REKONSTRUIERTE TEXTAUSGABE

analyse & kritik

Nr. 398 · 16.1.1997

Diese Ausgabe ist kein Scan des gedruckten Heftes. Sie rekonstruiert die Ausgabe aus den born-digital HTML-Dateien der CD-ROM akArchiv.5. Titel, Rubriken, Autorinnen- und Autorenangaben sowie Volltexte wurden aus der gesicherten CD-Quelle übernommen.

Umfang: 33 HTML-Quelldateien. Die ursprünglichen Dateinamen und CD-Quellpfade werden bei jedem Eintrag ausgewiesen. Vorhandene oder künftig aufgefundene Faksimile-Scans bleiben eigenständige Primärdigitalisate.

Quelle: akArchiv.5, lokale verifizierte CD-Sicherung · Fassung 9. August 2026

Inhalt

1. Kommt und feiert mit uns!
2. Spendenaufruf: 40.000 DM für ak! Noch fehlen etliche Scheine - ak-Redaktion
3. Siegt "Europa" in Belgrad? - Kt.
4. Auszüge aus dem Friedensabkommen Guatemalas. Kommentierte Dokumentation - Al., Nürnberg
5. Peru: Totgesagte Guerilla fordert Fujimori - kuk
6. Programmatik und Praxis der MRTA - kuk
7. Mein Gott, Walter! Elsässer/Wagenknecht und die Rekonstruktion des Kommunismus. Rezension - Ivo Bozic
8. Die Zellen sind in Wirklichkeit Gräber ... - Peter Nowak, kuk
9. Ideologie und Praxis der Vertreibungspolitik in Hamburg. Soziale Zonierung des öffentlichen Raums - Dirk Hauer, Pia Peddinghaus
10. "Grenzen der Globalisierung". Elmar Altvater und Birgit Mahnkopf - Heiko Wegmann
11. Neues vom Castor - NIX hoch 3
12. Öko-Institut Darmstadt auf seltsamen Abwegen. Zur Kritik an Castor-Blockaden in Gorleben - Bernhard Dietz
13. Die Ökofalle. Rezension - Gerd Bedszent
14. "Man versucht alles so hinzukriegen, wie es gerade paßt." Zu den 129a-Verfahren gegen KurdInnen - Mark Holzberger
15. Tausend Seiten Antifaschismus. Handbuch deutscher Rechtsextremismus - Martin Bayer
16. Spendenaufruf für Prozeßunterstützung von Birgit Hogefeld
17. Dauernde Teilung oder schrittweise Annäherung? Korea: Überlegungen zum Dialog zwischen Norden und Süden - Rainer Werning
18. Cillers Hochachtung für einen Killer. Türkei: Enge Zusammenarbeit von Staat, Faschisten und Drogenmafia - mi.
19. "Argentinische Verhältnisse" im NATO-Land Türkei. Die Mitverantwortung der Bundesrepublik - Thomas W. Klein
20. Türkische Lippenbekenntnisse. Ankara wegen Menschenrechtsverletzungen verurteilt - Ulla Jelpke, Mark Holzberger
21. Kein Frieden in Nordirland. Elf Monate nach dem Ende des IRA-Waffenstillstands - ein Rückblick - Dietrich Schulze-Marmeling
22. "Die Linke sollte sich auf ihre eigenen Möglichkeiten besinnen." Teil 2 des Gesprächs zw. Willi K. Goltermann und Knut Mellenthin
23. War die chinesische Kulturrevolution " zutiefst reaktionär"? - j., Hamburg
24. ML-Geschichte, Schema F. Stalinisierte Kgruppen, antiautoritärer KB? - Michael Steffen
25. Gratulations-Parcours. Lob, Anregungen und Kritik
26. "Ausrottung des Berufsverbrechertums". Die Kripo im Nationalsozialismus. Rezension - Vo.
27. "Gott will es" - ein Funke wird zum Steppenbrand. Der erste Kreuzzug von 1096 und der christliche Antijudaismus - ef.
28. Der bewaffnete Kampf auf dem "Sterbebett"? Diskussionsbeitrag zu "Kein Volkskrieg in Mexiko" aus ak 396 - Chile AG Braunschweig
29. Auf eigenen Füßen stehen! Eine Erwiderung auf Js. Dutschke-Kritik in ak 396 - Christoph Jünke
30. Neue alte Heimat: Antikommunismus. Ex-DDR"Bürgerrechtler" und CDU starten Rote-Socken-Kampagne `98 - mb., Berlin
31. Quelldatei 09.htm
32. Quelldatei 26.htm
33. Spendeneingang vom 10.12.96 bis 10.1.97

1. Kommt und feiert mit uns!

Rubrik: KB und AK · CD-Datei: daten/aksuche/ak398/29.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:398:29

Am 25. Januar ist es soweit: Wir starten zum End- und gleichzeitig Höhepunkt der ak-Jubiläumsfeierlichkeiten.

Bevor es aber mit Frohsinn und Geselligkeit richtig losgeht, wenden wir uns erst dem zu, was wir am besten können: der Diskussion politischer Fragen, diesmal in Form einer Podiumsveranstaltung. Unter dem Titel: "Die soziale Frage - Ansatzpunkt für linke Politik?" wollen wir mit anderen diskutieren, ob, wo und wie die Linke in den sozio-ökonomischen Umbruchprozeß eingreifen kann. Als Gäste werden teilnehmen Gisela Notz (Redaktion "beiträge zur feministischen theorie und praxis"), Jutta Klaß (VSP), Judith Delheim (PDS) und Karl Heinz Roth (Historiker und Arzt).

Ideologisch gestärkt, zumindest hoffentlich um einige interessante Anregungen reicher, wollen wir im Anschluß daran mit dem Feiern beginnen. Leider war es uns nicht möglich, das "Hamburger Straßentheater" (alte GenossInnen erinnern sich!) zu reaktivieren, aber für Unterhaltung ist trotzdem gesorgt - genauso wie für Essen und Trinken.

Wir haben uns bemüht, das Kulturprogramm bunt und vielfältig, aber auch "generationenübergreifend" zu gestalten - eben unserer LeserInnenschaft entsprechend. So tritt neben dem Chor Hamburger Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter das über Hamburg hinaus bekannte Blues-Urgestein Abi Wallenstein auf. Eine härtere Gangart bringt Engelscore, nämlich Punk-Over. Für tanzbare Musik jenseits von Pogo wird DJane Kathrin sorgen.

Also dann, Genossinnen und Genossen, ak-Autorinnen und Autoren, Leserinnen und Leser, Freundinnen und Freunde: Nutzt die Gelegenheit, alte Bekannte zu treffen, neue Menschen kennenzulernen, der Redaktion die Meinung zu sagen - und gemeinsam mit uns einen schönen Abend zu verbringen.

Und dann trinken wir noch einen

und nicht so`n Kleinen.

Samstag, den 25. Januar, ab 16.30 im Haus Drei in Hamburg Altona, Hospitalstraße/Max-Brauer-Allee.

Zu erreichen mit der S-Bahn (Holstenstraße oder Altona, dann ca. 5 Minuten zu Fuß) oder mit den Bus-Linien 113, 115 oder 183. Wer den Weg trotzdem nicht findet, kann uns an diesem Tag auch unter Tel. 040/380 95 85 über das "Indigo" im Haus Drei erreichen.

Beginn der Veranstaltung ist um 16.30 Uhr. Die Feier beginnt im Anschluß daran so gegen 19.30 Uhr. Der Einlaß - eventuell für die Auswärtigen wichtig - beginnt um 15.30 Uhr.

Eintritt 5,-/3,- DM und einen Kostenbeitrag fürs Buffet.

Übernachtungsmöglichkeiten können wir leider nicht gewährleisten - bitte kümmert Euch, wenn möglich, selbst.

2. Spendenaufruf: 40.000 DM für ak! Noch fehlen etliche Scheine

Autor: ak-Redaktion · Rubrik: KB und AK · CD-Datei: daten/aksuche/ak398/34.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:398:34

Das Zwischenergebnis der Spendensammlung kann sich sehen lassen: Fast 27.000 DM sind bisher bei uns eingegangen. So blicken wir denn - getreu dem immer gleichen Kanzlerwort zum Neuen Jahr - "mit Zuversicht" in die Zukunft.

Eine genaue Analyse der Spendeneingänge ergibt sogar äußerst begrüßenswerte Entwicklungen. So hat die Tübinger "Zelle altruistischer KartenspielerInnen" (ZAK) in diesem Jahr beim Skat eine Spendensumme von 839 DM erspielt. Das ist eine Steigerung um 47 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Von solchen Zuwachsraten kann die marode kapitalistische Wirtschaft nur träumen! Gern geben wir das Motto der Tübinger ZAKistInnen an alle ak-LeserInnen weiter: "Schafft zwei, drei, viele Skatrunden!"

Auch wer den Karten mißtraut, darf und sollte natürlich an unserer Spendenaktion teilnehmen. Es kann nicht oft genug wiederholt werden: Die Spendensammlung ist nicht nur für das Überleben unserer Zeitung notwendig. Sie ermöglicht auch ak-LeserInnen, die mit sehr wenig Geld auskommen müssen, den Kauf der Zeitung zu einem halbwegs erschwinglichen Preis. Ohne regelmäßige Zuschüsse (von denen nur ein Teil über die Spendensammlung aufgebracht wird) müßten wir den Preis der Zeitung auf 11 DM erhöhen. Da bitten wir schon lieber um einen freiwilligen Solidaritätszuschlag, dessen Höhe die SpenderInnen selbst bestimmen dürfen. Eine Begrenzung nach oben gibt es ohnehin nicht (dies an die Adresse potentieller Mäzene, die noch keinen geeigneten Nutznießer für ihre Wohltaten gefunden haben).

Aber auch viele kleinere Beträge helfen uns weiter. Bisher verteilt sich die gespendete Summe auf 128 ZahlerInnen - ein schöner Beleg für die außergewöhnliche "Leser-Blatt-Bindung" von ak. Der Beitritt zur Solidargemeinschaft der ak-UnterstützerInnen ist denkbar einfach: Auch dieser Ausgabe sind wieder die praktischen Überweisungsträger beigelegt. Vielleicht können wir schon auf unserer Jubiläumsfeier am 25. Januar unseren hoffentlich zahlreichen Gästen verkünden: Spendenziel erreicht!

ak-Redaktion

Spenden-Konto:

Robert Gatermann

Postbank Hamburg

BLZ 200 100 20, Konto: 464584204

Am einfachsten: den beiliegenden Überweisungsträger verwenden!

3. Siegt "Europa" in Belgrad?

Autor: Kt. · Rubrik: Jugoslawien / Ex-Jugoslawien · CD-Datei: daten/aksuche/ak398/30.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:398:30

Ein Eintrag im Buch der Rekorde ist der serbischen Opposition jetzt schon sicher: Am 7. Januar absolvierte sie in Belgrad bereits die fünfzigste Demonstration in ununterbrochener Folge, und ein Ende ist immer noch nicht abzusehen. Den bisherigen Dauerrekord - 37 Demo-Tage in Prag 1989 - haben die Serben schon jetzt weit hinter sich gelassen.

Ansonsten führt der Vergleich mit den damaligen tschechoslowakischen Ereignissen, die mit dem Sturz eines der letzten realsozialistischen Regime endeten, nur in die Irre. Die Regierung von Slobodan Milosevic kann nicht mit jenen zutiefst unpopulär gewordenen Systemen verglichen werden, die keinerlei Opposition zuließen und schließlich von einer allgemeinen Volksbewegung beiseite geschoben wurden. In kaum einem Land Europas ist in den letzten Jahren so häufig gewählt worden wie gerade in Serbien bzw. der neuen Bundesrepublik Jugoslawien. Daß diese Wahlen im großen und ganzen die politischen Kräfteverhältnisse korrekt widerspiegelten, wird kaum von irgendjemand ernsthaft bezweifelt. Solange der Krieg in Bosnien-Hercegovina und die Isolierung Serbiens durch die meisten bedeutenden Staaten der Welt andauerte, hatte die Sozialistische Partei eindeutig die Mehrheit der Bevölkerung hinter sich. Zweifellos war und ist der Zugang der serbischen Oppositionskräfte zu den Medien eingeschränkt, aber doch nicht stärker als in den anderen Nachfolgestaaten des früheren Jugoslawien auch - die dennoch nicht einem vergleichbaren missionarischen Druck der westeuropäischen Großmächte und der USA ausgesetzt sind.

Wahlniederlage der Opposition auf Bundesebene

Die letzten Wahlen zum neu-jugoslawischen Bundesparlament haben gerade erst am 3. November 1996 stattgefunden. Das von der Sozialistischen Partei geführte Linksbündnis erhielt landesweit fast doppelt so viele Stimmen (1,85 Mio.) wie der Oppositionsblock Zajedno, dessen Bestandteile gegenüber der letzten Wahl von 1993 sogar erhebliche Verluste hinnehmen mußten (von über 1,3 Mio. auf 969.000).

Allein diese in der hiesigen Berichterstattung zumeist unerwähnten Ergebnisse zeigen, daß Milosevic noch keineswegs mit dem Rücken an der Wand allein gegen die Volksmassen steht, auch wenn die täglichen Bilder aus Belgrad und einigen weiteren Städten diesen Eindruck vermitteln. Als dritte Kraft stabilisierte sich bei den November-Wahlen die rechtsextreme Radikale Partei von Seselj (780.000 Stimmen), von der zur Zeit kaum die Rede ist, die aber eine durchaus nicht zu vernachlässigende Größe darstellt.

Anders sah es bei den Kommunalwahlen aus, deren erster und zweiter Durchgang ebenfalls am 3. und dann am 17. November stattfanden. In Belgrad und den meisten anderen bedeutenden Städten siegte Zajedno. Die etablierte Führung glaubte, dieses Ergebnis durch Annullierung der Wahlen relativ einfach kippen zu können - und löste mit dieser eklatanten Fehleinschätzung die große Demonstrationswelle aus

Gewiß handelte es sich nicht um total repräsentative Ergebnisse - in Belgrad nahm im zweiten Durchgang weniger als die Hälfte der Bürgerinnen und Bürger an der Kommunalwahl teil, - aber als eines der Argumente für die Annullierung klang das allzu hanebüchen. Auch die unbezweifelbare Heterogenität des Zajedno-Wahlbündnisses bietet für einen solchen administrativen Schritt keine ernstzunehmende Handhabe.

Die westeuropäischen Großmächte und fast mehr noch die USA nahmen den despotischen Akt der Milosevic-Administration zum Anlaß einer Intervention durch Drohungen. Schließlich sind die während des Krieges verhängten Sanktionen gegen Serbien bzw. Jugoslawien nur "zur Bewährung" aufgehoben worden, und die serbisch-jugoslawische Mitgliedschaft in der OSZE ist immer noch nicht (wieder) hergestellt.

Am Ende war es Milosevic selbst, der die OSZE zur Überprüfung der Kommunalwahlen bzw. der Annullierungs-Entscheidung einlud. Da das Ergebnis vorhersehbar war, ging es dem vorzüglichen Taktiker offenbar darum, wieder einmal möglichst elegant und unbeschädigt den Rückzug aus einer maßgeblich von ihm selbst verursachten Problemlage anzutreten. Die OSZE-Untersuchungskommission stellte prompt fest, die Wahlergebnisse seien in Ordnung, die Annullierung folglich ungerechtfertigt, und Milosevic möge gefälligst den Wählerwillen respektieren.

Als erste Reaktion erkannte die jugoslawische Regierung Anfang Januar den Sieg von Zajedno in 9 der 16 Wahlbezirke von Belgrad sowie in Uzice, Kragujevac und Zrenjanin an, hielt jedoch zunächst an ihrem

Widerspruch gegen die Wahlergebnisse in zehn anderen Städten fest. Auch diese Rückzugspositionen wurden in den folgenden Tagen großenteils geräumt, so daß der Zeitpunkt schon absehbar ist, wo sich die Regierung vermutlich vollständig dem Entscheid der OSZE und damit auch der zentralen Forderung der Demonstrationsbewegung beugen wird.

Worauf will

die Opposition hinaus?

Ob das Oppositionsbündnis sich damit zufrieden gibt, ist noch eine offene Frage. Wahrscheinlich nicht, denn es betrachtet die Dauerdemonstrationen schon längst als besten Hebel zum Sturz der Milosevic-Regierung, also auch zur Revision des für Zajedno sehr ungünstigen Ergebnisses der letzten Parlamentswahlen. Kommunale Neuwahlen - wie zeitweise von den Regierungssozialisten befürwortet, aber von der Opposition entschieden abgelehnt - in Verbindung mit einer Neuwahl des Bundesparlaments könnten vielleicht eine Kompromißlösung darstellen, der sich beide Konfliktseiten kaum unbeschadet verweigern dürften.

Was würde sich daraus ergeben? Selbst bei einer erdrutschartigen Verschiebung auf Bundesebene, die nicht einmal wahrscheinlich ist, hätte Zajedno kaum Aussichten, die zur Regierungsbildung erforderliche Stimmenmehrheit zu gewinnen. Vorausgesetzt, daß beide Lager nicht mit den rechtsextremen Radikalen von Seselj zusammenarbeiten wollen - was sie zumindest aus Gründen internationaler Rücksichtnahme kaum versuchen dürften -, bliebe nur eine Regierungskooperation zwischen den Sozialisten und der Zajedno, oder zwischen Teilen beider Lager.

Die Stimmen einiger deutscher "Linksradikaler", die es bis vor kurzem noch für eine Frage der Ehre und der Prinzipienfestigkeit hielten, mit Milosevic durch dick und dünn zu gehen, sind mittlerweile verstummt. Eine gute Idee war die Parteinahme für den serbischen Präsidenten und Volkstribun von Anfang an nicht. Er war im früheren Jugoslawien der erste gewesen, der schon Ende der achtziger Jahre eine aggressiv-chauvinistische Massenmobilisierung gezielt einsetzte, um sich in einer Phase zunehmender Wirtschaftsprobleme und sozialer Not ein populistisches Fundament seiner Herrschaft zu sichern. Er begriff aber auch schon frühzeitig - wahrscheinlich sogar früher als viele heutige Führungskräfte der sogenannten demokratischen Opposition - die Grenzen und Konsequenzen dieser Option. Seit Frühjahr 1992 war er bemüht, den Maximalismus der serbischen Führer in der kroatischen Krajina und in Bosnien-Hercegovina unter Kontrolle zu bringen - ohne deshalb die materielle Unterstützung der serbischen Minderheiten ganz einzustellen. Das allerdings hätte wahrscheinlich auch kein anderer Politiker in Belgrad zu dieser Zeit tun oder befürworten können, ohne vom "Volkszorn" weggeschoben zu werden.

So gewann Milosevic im Bewußtsein der maßgeblichen westlichen Politiker die Statur eines intelligenten, konstruktiven und zugleich durchsetzungsfähigen Staatsmannes, dessen Unterstützung für eine Beendigung des jugoslawischen Bürgerkriegs unerläßlich sei. Seine Mitwirkung galt als entscheidend für das Zustandekommen des Dayton-Abkommens (November 1995) und als Garantie für dessen Einhaltung auf serbischer Seite. In dem Maße, wie sich der Nicht-Krieg in Bosnien-Hercegovina stabilisiert und auch die Verhältnisse zwischen den Nachfolgestaaten des früheren Jugoslawiens normalisiert wurden, verringert sich die Bedeutung von Milosevic als Figur im Spiel der Großmächte.

Andererseits bietet das serbische Oppositionsbündnis neben seiner Heterogenität - die nur durch die Gegnerschaft zur Sozialistischen Partei überbrückt wird - auch in seinen Einzelteilen und Sprechern bisher noch keine seriöse Alternative. Die westlichen Regierung haben es daher nicht allzu eilig, Milosevic einfach fallen zu lassen und das Gewicht ihrer wirtschaftlichen Druckmöglichkeiten voll zugunsten der Opposition in die Waagschale zu werfen.

Von dem auf Anhieb so sympathisch wirkenden jungen Philosophieprofessor Zoran Djindjic (Doktor der Universität Konstanz), der die Demokratische Partei leitet, weiß man, daß er zeitweise mit dem chauvinistischen Führer der bosnischen Serben, Karadzic, sympathisiert hat. Über Vuk Draskovic von der Erneuerungsbewegung - der stärksten Kraft im Zajedno-Bündnis - urteilen andere Oppositionelle, seine Vorstellungen würden teilweise auf eine Rückkehr zum Nationalismus des 19. Jahrhunderts hinauslaufen. Die Demokratische Partei Serbiens des Juraprofessors Vojislav Kostunica steht noch weiter rechts als die beiden eben genannten. Nur die Bürgerliche Allianz, die von der Soziologin Vesna Pesic geleitet wird, kann sich

darauf berufen, immer schon konsequent gegen den Krieg, gegen den großserbischen Chauvinismus und für eine demokratische "Zivilgesellschaft" eingetreten zu sein. Sie ist allerdings die kleinste Kraft im Viererbündnis.

Zajedno vertritt in erster Linie die städtischen Mittelschichten - und damit nach wie vor nur eine Minderheit der Bevölkerung, auch wenn sie mit ihren ständigen Großdemonstrationen in Belgrad (und daneben in rund 50 anderen Städten) wie eine allgemeine Volksbewegung in Erscheinung tritt. Hinter Milosevic steht vermutlich immer noch eine deutliche Mehrheit der ländlichen Bevölkerung. Bezeichnend ist aber, daß die Kräfte der Sozialistischen Partei offenbar für eine adäquate Gegenmobilisierung nicht mehr ausreichen, so daß sie der Opposition praktisch die Hauptstadt überlassen muß und in der internationalen Berichterstattung sehr viel geschwächter erscheint, als sie wohl in Wirklichkeit ist. Ein Versuch, mit einem aus der Provinz zusammengekarrten Aufgebot von mehreren hunderttausend Menschen in Belgrad aufzutrumpfen - eine Spezialität von Milosevic Ende der 80er Jahre - verlief zahlenmäßig eindeutig zugunsten der Oppositionskräfte.

Die Arbeiterschaft nimmt bisher an den Aktionen der Opposition kaum teil, scheint andererseits aber auch nicht mehr für Milosevic aktivierbar. Kein Wunder, da sie seit Jahren eine Verschlechterung ihrer sozialen Lage erlebt und es als Gegner immer noch in erster Linie mit dem Staat, statt mit einem bürgerlichen Unternehmertum, zu tun hat.

Ein bequemer Sündenbock

Milosevic dient heute der Oppositionsbewegung als Sündenbock für die Folgen des verlorenen Krieges um die Nachfolge des auseinandergefallenen Jugoslawiens. In dieser breiten Front von widersprüchlichen Interessen, Gefühlen und Ressentiments hat der im Kern nationalistische Vorwurf, Milosevic habe (durch seine realistische Politik und Diplomatie) die Serben in Bosnien-Hercegovina und Kroatien "verraten", ebenso seinen Platz wie die Ansicht, der Präsident habe Serbien "von Europa weggeführt". Die Tatsache, daß eine große Mehrheit der serbischen Gesellschaft die Entscheidung mitgetragen hatte, sich den Sanktionen der westlichen Großmächte nicht zu beugen, scheint bereits weithin in Vergessenheit geraten.

Nicht gerechtfertigt ist auch die offenbar weit verbreitete Ansicht, Milosevic und seine Sozialisten seien für die wirtschaftliche Misere verantwortlich. Jugoslawien war bereits in den 80er Jahren, lange vor der Auflösung des Staates, in eine schwere Krise geraten, die sich selbstverständlich durch den Krieg und vor allem durch die internationalen Sanktionen noch weiter verschärft hat. Nicht nur Serbien und das übrige frühere Jugoslawien, sondern sämtliche Staaten Osteuropas befinden sich seit der "Wende" von 1989 in riesigen wirtschaftlichen und sozialen Schwierigkeiten. Die in der Oppositionsbewegung vorherrschende Ansicht, man müsse zuerst einmal Milosevic stürzen, um dann von "Europa" endlich wieder mit offenen Armen aufgenommen und großzügig unterstützt zu werden, beruht ausschließlich auf Illusionen. Diese Träume sind Land für Land durch die Entwicklung seit 1989 widerlegt worden, aber dennoch offensichtlich unausrottbar. Gewiß sind die Chancen der einzelnen osteuropäischen Länder, den "Weg nach Europa" bzw. einen Anschluß an die Wirtschaftspotentiale der kapitalistischen Hauptmächte zu finden, sehr ungleich verteilt. Aber die Ursachen dafür sind grundsätzlicher Natur und kaum durch Regierungswechsel beeinflußbar. Ob mit oder ohne Milosevic wird Serbien kaum über einen Platz im Mittelfeld der um die Gunst "Europas" konkurrierenden osteuropäischen Staaten hinauskommen.

Kt., 10.1.97

4. Auszüge aus dem Friedensabkommen Guatemalas. Kommentierte Dokumentation

Nach 36 Jahren: Friedensverhandlungen in Guatemala abgeschlossen

Autor: AI., Nürnberg · Rubrik: Guatemala · CD-Datei: daten/aksuche/ak398/12.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:398:12

Mit Unterzeichnung des Friedensvertrages wurde am 29. Dezember 1996 der älteste und blutigste bewaffnete interne Konflikt Mittelamerikas beendet. Damit klingt eine Epoche aus, in der Zentralamerika ins Zentrum der internationalen Aufmerksamkeit gerückt war.

Die Befreiungsbewegungen Nicaraguas (FSLN), El Salvadors (FMLN) und Guatemalas (URNG) hatten sich im Laufe der siebziger Jahre von schwachen Guerillakleingruppen zu schlagkräftigen, politisch-militärischen Massenorganisationen entwickelt. Ende der 70er, Anfang der 80er Jahre brachten sie die Macht der lokalen autoritären Regimes, sowie die regionale Vorherrschaft der USA ins Wanken. In einer Epoche, die weltweit von Rückzugstendenzen und Niederlagen der Linken gekennzeichnet war, erlebte die revolutionäre Linke Zentralamerikas einen historisch beispiellosen Aufschwung. Im Falle Nicaraguas gelang sogar die Machtübernahme. In den Nachbarstaaten El Salvador und Guatemala lag sie zwischen 1980 und 1981 ebenfalls im Bereich des Möglichen.

Reagan bricht

die revolutionäre Welle

Das Fehlen verläßlicher und einigermaßen relevanter internationaler Bündnispartner sowie die konterrevolutionäre Prioritätensetzung der Regierung Reagan hatten zur Folge, daß die erstarkten Befreiungsbewegungen mit einer in der Region ebenfalls beispiellosen Welle gegenrevolutionärer Gewalt konfrontiert wurden. Von hochgerüsteten, ökonomisch und technologisch überlegenen Feinden umgeben, die auf die Regionalisierung und Militarisierung des Konfliktes setzten, ohne sicheres Hinterland und ohne tatkräftige Hilfe (Ausnahme: die Sandinisten konnten auf Waffenlieferungen aus Osteuropa und Berater aus Kuba zählen) hatten die FSLN, die FMLN und die URNG keine andere Wahl, als die Schläge zu absorbieren und zu versuchen, irgendwie zu überleben. Tausende Gefolterte, zigtausend "Verschwundene", weit über zweihunderttausend Tote und etwa zwei Millionen Flüchtlinge und Vertriebene gingen auf das Konto der barbarischen Counterinsurgency. Sie zielte primär darauf ab, die zivile Massenbasis der Aufstandsbewegungen zu zerstören. In Guatemala wurde das indianisch geprägte Hochland buchstäblich in Blut gebadet. 440 Dörfer wurden völlig dem Erdboden gleichgemacht, etwa eine Million Menschen, vor allem Maya-Nachkommen, mußten fliehen. Die Militärgewalt zerstörte die bis dahin existierenden sozialen und gesellschaftlichen Strukturen der Indígena-Gemeinden so tiefgreifend, daß sie in der sozialwissenschaftlichen Forschung mit der Conquista verglichen wird.

Alle drei Befreiungsbewegungen hatten zwischen 1980 und 1986 einen, wie sich im Nachhinein herausstellen sollte, nicht wiedergutzumachenden Aderlaß zu verkraften. Die militanten Massenbewegungen, die Hauptbasis in der 70ern, wurden in El Salvador und Guatemala bis auf geringe Reste zerschlagen. Viele erfahrene Kader wurden gefoltert, getötet, in den Untergrund oder ins Exil gezwungen. Der große Rest erfüllte in der Verteidigung gegen die Aufstandsbekämpfung vorwiegend militärische Funktionen. Diese erzwungene Militarisierung der Revolutionäre ließ die ohnehin kaum noch handlungsfähigen Basisbewegungen in der Luft hängen und schnitt die Linke von den nachwachsenden Generationen in den Städten ab. Ein langsames Ausbluten war die Folge. Die ab 1984 neuaufgebauten legalen Organisationen in El Salvador und Guatemala waren nur noch ein Schatten ihrer Vorgängerinnen.

Aufstandsbekämpfung durch "Demokratisierung"

Die blutige Unterdrückung der legalen Massenbewegungen durch Militär und paramilitärische Truppen brachte 1980-82 Aufstandsversuche zum Scheitern. Der Linken blieb nichts anderes übrig, als sich auf einen langdauernden Guerillakrieg umzuorientieren. Dabei geriet sie international in die Isolierung. Hierbei griffen innenpolitische und internationale Faktoren ineinander. Auf Betreiben der USA wurden die Militärjuntas in El

Salvador (1984) und Guatemala (1986) durch gewählte Zivilregierungen ersetzt. Dies hatte mehrere Konsequenzen:

a) Die Gegner der Guerillabewegungen waren nun nicht mehr diskreditierte Militärjuntas, die ihr politisches Mandat durch blanke Waffengewalt oder Wahlbetrug an sich gerissen hatten, sondern gewählte Christdemokraten. Diese konnten - mit Ausnahme der realsozialistischen Staaten - auf eine breite internationale Unterstützung bauen, die "Sozialistische Internationale" (SI) eingeschlossen. Die unter Napoleón Duarte in El Salvador und Vinicio Cerezo in Guatemala fortgeführte und perfektionierte Aufstandsbekämpfungspolitik, die von ihren Förderern "Demokratisierung" und von ihrer Gegnern "Krieg niedriger Intensität" genannt wurde, konnte nicht nur auf US-Hilfe, sondern auch auf das tätige Wohlwollen Westeuropas zählen. Lediglich die massive US-Aufrüstung der Contra war umstritten.

b) Innenpolitisch implizierte dies, daß der FMLN und der URNG die bürgerlichen Bündnispartner fehlten, um gegen den traditionellen Machtblock aus Armee und Großgrundbesitzern anzurennen. Dies ist ein wesentlicher Unterschied zu Nicaragua, wo die Sandinisten in der Phase des Volksaufstandes auch das Bürgertum gewinnen konnten und so Somoza isolierten. Dies hatte letztlich den Zerfall der somozistischen Nationalgarde zur Folge, die notwendige Voraussetzung des militärischen Sieges der Sandinisten. Anders in Guatemala und El Salvador: Dort mutierte die Christdemokratie zum Juniorpartner von Armee und Großgrundbesitz. Sie stabilisierte die angeschlagenen Repressionsapparate und verschaffte ihnen die dringend benötigen Waffen sowie Reputation.

c) Aufgrund der geänderten innenpolitischen Konstellation und des anhaltenden Drucks der USA auf ihre Verbündeten gerieten die salvadorianischen und die guatemaltekischen Revolutionäre in die Defensive. Zusätzlich zu den militärischen Großoffensiven hatten sie sich des Terrorismusvorwurfs zu erwehren. Schon ab 1981 gab es auf der internationalen Bühne außerhalb des realsozialistischen Lagers keine Verbündeten mehr, die den beabsichtigten Sturz der Militärregimes und den Aufbau einer revolutionär-demokratischen Ordnung mitgetragen hätten. Dies sowie die herben sozialen und wirtschaftlichen Rückschläge, die das sandinistischen Nicaragua im Zuge der 1982 massiv ausgeweiteten Contra-Invasion erlitt, zwangen die Befreiungsbewegungen zum Umdenken.

d) Die Sandinisten gerieten immer mehr unter Druck und wurden gezwungen, die Revolution zu mäßigen und ihren Gegnern bis hin zu den Handlangern der Contra politische Freiräume zuzubilligen.

Es war offensichtlich, daß die Strategie der bewaffneten Machtübernahme, die den Aufschwung der mittelamerikanischen Befreiungsbewegungen ermöglicht hatte, der neuen Wirklichkeit nicht mehr angemessen war. Das sozialrevolutionäre Programm erwies sich - mit partieller Ausnahme Nicaraguas - als in der Praxis undurchführbar, weil die Gegenkräfte unter Führung der USA entschlossen waren, dies mit allen Mitteln zu unterbinden.

Verhandlungen als Weg aus der Sackgasse

In allen drei Ländern kamen die jeweiligen Befreiungsbewegungen zur Ansicht, daß an Verhandlungen mit dem Feind zur Beendigung des Krieges kein Weg vorbei führe. Im Falle El Salvadors äußerte der sozialdemokratische Bündnispartner der Guerilla, Guerillermo Ungo, bereits 1982, daß Verhandlungen nötig seien. Die Neuorientierung war in allen Bewegungen Gegenstand heftiger interner Polemiken und ging nicht bruchlos ab. Der Tiefpunkt wurde in El Salvador erreicht, als am 6. April 1983 die Ermordung der Dialogbefürworterin Kommandantin Ana María (FMLN-FPL) und am 12.4. der Selbstmord des FPL-Chefs und Gegners von Zugeständnissen, Cayetano Carpio, gemeldet wurde. Da FPL-Spitzenleute den Mord an Ana María planten und durchführen ließen, war die bis dahin größte und stärkste FMLN-Mitgliedorganisation ihrer Führungsspitze beraubt. Aufgrund der internen Widersprüche verloren die geschwächten Volksbefreiungskräfte (FPL) viele Mitglieder. Im Oktober 1984, ein gutes Jahr nach dem blutigen Richtungsstreit, kam es zur ersten Dialogrunde zwischen FMLN/FDR und der christdemokratischen Regierung Duarte. Im selben Jahr ersetzte die FMLN das "revolutionär-demokratische Programm" durch das Angebot, eine "Regierung mit breiter Beteiligung" zu bilden. Exakt an dieser Nahtstelle ist im Falle der FMLN ein Einschnitt festzustellen, der die "Strategie der revolutionären Machtübernahme" aufgibt zugunsten einer Konzeption der Machtteilung.

In Guatemala ist die Zäsur nicht ganz so deutlich ausgeprägt. Ein erstes Moment ist die Abspaltung "Revolutionärer Oktober" (OR), die mit dem ehemaligen EGP-Gründungsmitglied Mario Payeras (Comandante Benedicto) im Januar 1984 das revolutionäre Volksheer verließ. Das EGP, die größte und militärisch schlagkräftigste der URNG-Mitgliedsorganisationen, hatte den Militäroffensiven den höchsten Tribut zu entrichten, und Payeras war zu der Ansicht gelangt, daß der bewaffnete Kampf und mit ihm das Konzept der bewaffneten Machtübernahme keine Zukunft mehr habe.

Ein Anzeichen der Umorientierung stellte der einseitige Waffenstillstand der URNG dar, den sie bei der Amtsübernahme des Christdemokraten Vinicio Cerezo 1986 ausrief. In der Begründung bezog sich die Guerilla positiv auf das Ergebnis des Wahlprozesses, zu dessen Boykott sie aufgerufen hatte. Sie verzichtete von vorneherein darauf, ihre revolutionär-demokratische Plattform von 1982 als Gegenmodell in die Debatte zu bringen. Im Juli 1987 lancierte die URNG einen breit angelegten Dialogvorschlag.

Etwa ab 1984 kristallisierte sich heraus, daß in der mittelamerikanischen Linken im wesentlichen nicht mehr das "Ob" sondern nur noch das "Wie" der Verhandlungen umstritten war. Die CONTADORA-Initiative (ab 1/1983) und das daraus hervorgegangene ESQUIPULAS II-Abkommen (7/1987) förderten den Dialog. Aufgrund der unterschiedlichen Kräftekonstellationen und der anhaltenden Anläufe der USA und ihrer Verbündeten, die Konflikte auf militärischem Wege zu ihren Gunsten zu entscheiden, war jedoch allen Verhandlungsprozessen ein wechselvolles Auf und Ab beschieden. So kam es in den einzelnen Ländern zu unterschiedlichen Zeitpunkten zu Arrangements zwischen den Befreiungsbewegungen und ihren Gegnern. In Nicaragua vereinbarten die Sandinisten mit der Contra eine Feuerpause (Sapóa, 3/1988), die schließlich 1990 in die Demobilisierung von 20.000 Contras mündete. In El Salvador beendete der Vertrag von Chapultepec (1/1992) den bewaffneten Konflikt. Bis zum Dezember 1992 war die Entwaffnung von 8.800 FMLN-Guerillas abgeschlossen.

Nachzügler Guatemala

Mit der Abwahl der Sandinisten (1990) und dem Kriegsende in El Salvador (1992) verschwand Mittelamerika aus den Schlagzeilen. Zwar dauerte der Konflikt in Guatemala an, es gab jedoch weder genügend Tote noch war ein Umsturz zu erwarten, so daß sich die Aufmerksamkeit der internationalen Massenmedien in engen Grenzen hielt. Sonderfaktoren (militärisch starke und ökonomisch potente Armee, geographisch isolierte und militärisch nur bedingt schlagkräftige Guerilla, geschwächte Basisbewegungen, vergleichsweise geringer US-Einfluß und die traditionell geringe internationale Beachtung des Konflikts) bewirkten, daß Guatemala im mittelamerikanischen Friedensprozeß hinterherhinkt.

Im drittgrößten, bevölkerungsreichsten und wirtschaftlich wichtigsten Land begann der Dialogprozeß erst 1990 ernsthaft, als er in den Nachbarländern bereits sehr weit fortgeschritten war. In Oslo (3/1990) unterschrieben URNG und die "Nationale Versöhnungskommission", die mit Billigung der Regierung handelte, eine Grundsatzvereinbarung zur "Friedenssuche mit politischen Mitteln". Zwischen Mai und Oktober 1990 traf sich die URNG mit einer Reihe gesellschaftlicher Gruppen. Dabei wurde der Dialogwille aller Seiten betont. Dies half ihr im Inland die politische Isolation zu durchbrechen. Im April 1991 gab es direkte Gespräche URNG/Regierung unter Beobachtung der UNO, wobei man die Tagesordnung der zukünftigen Unterredungen vereinbarte. Im Juli 1991 folgte ein allgemeingehaltenes Rahmenabkommen über die Demokratisierung und die friedliche Beendigung des Konfliktes.

Zwischen Juli 1991 und Januar 1994 stagnierten die Gespräche. Die Armee und mit ihr verbündete politische Kräfte versuchten noch einmal, einen Siegfrieden durchzusetzen. Dieses Konzept scheiterte jedoch innen- und außenpolitisch. Der Wendepunkt war der fehlgeschlagene Selbstputsch des Präsidenten Serrano Elías (5/1993), der in einem politischen und institutionellen Desaster endete und der URNG Handlungsspielraum verschaffte.

Der eingesetzte Übergangspräsident Ramiro de León Carpio nahm die Tagesordnung von 1991 wieder auf und unterschrieb zwischen März 1994 (Menschenrechte; Verhandlungsfahrplan), Juni '94 (Flüchtlinge; Aufklärung der Vergangenheit) und März 1995 (Indígenas) einige zum Teil wichtige Vereinbarungen, in der die Regierungsseite Zugeständnisse wie die internationale Überwachung des Friedensabkommens durch die UNO machte, die sie zuvor strikt zurückgewiesen hatte.

Aber erst der seit Januar 1996 amtierende Präsident Arzú gab der Beendigung des Krieges allererste Priorität. Bereits vor Amtsantritt traf er sich mit der Guerilla-Führung zu mehreren Geheimgesprächen. Er wechselte die Verhandlungsdelegation aus und stimmte unter anderem dem sozio-ökonomischen Abkommen (5/1996) und der Vereinbarung über Armee und Zivilgesellschaft (9/1996) zu. Der Neoliberale Arzú übte Druck zur Beschleunigung der Gespräche aus, so daß im Verlauf einer Europareise, die im Dezember stattfand, in Oslo (4.12.), Stockholm (9.12.) und Madrid (12.12.) drei weitere Teilvereinbarungen paraphiert wurden. Der insgesamt neunjährige Verhandlungsprozeß endete am 29. Dezember in Guatemala-Stadt mit der Unterzeichnung des Friedensabkommens. In wenigen Monaten werden etwa 3000 URNG-Guerillas demobilisiert und die vier URNG-Mitgliedsorganisationen verwandeln sich in eine legale Einheitspartei, die den Namen URNG beibehält.

Frieden, Befriedung und Neoliberalismus

Die Erfahrungen in El Salvador und Nicaragua lassen es geraten erscheinen, die Beendigung des bewaffneten Konfliktes nicht mit dem Beginn eines "Friedens" gleichzusetzen. Dazu bleibt zu vieles beim Alten. Insbesondere wird die tiefe soziale Spaltung der Gesellschaften Mittelamerikas nicht aufgehoben. Im Gegenteil: Die in allen Ländern eingeschlagene strikt neoliberale Wirtschaftspolitik produziert zwar Wachstumsraten von bis zu 5%, die soziale Polarisierung wird jedoch durch die Privatisierung von Staatsbetrieben, Entlassungen, die Einrichtung von "freien Wirtschaftszonen" und die zunehmende Informalisierung der Ökonomie weiter verschärft.

Inwieweit die Entmilitarisierung der Gesellschaften durch Rufe nach der starken Hand gegen die stark zunehmende (Gewalt)Kriminalität konterkariert wird, ist noch offen. Es gibt jedoch Anzeichen in diese Richtung. Unter diesen Bedingungen sind die ausgehandelten demokratischen Spielräume, neben der Schwächung der traditionellen Oligarchien das Hauptergebnis der revolutionären Kämpfe, nicht auf Dauer gesichert. Dies gilt für alle drei Staaten. Von einem "festen und dauerhaften Frieden", Ziel der Verhandlungen, ist Mittelamerika weit entfernt.

Al., Nürnberg

Auszüge aus dem Friedensabkommen Guatemalas

Nachfolgend werden die wichtigsten Elemente des guatemaltekischen Friedensabkommens vorgestellt. Dieses nimmt zu den entscheidenden gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Fragen Stellung. Es hat den Charakter eines international gültigen Vertrages und besteht aus einer Serie von Einzelvereinbarungen zu inhaltlichen und operativen Fragen. Da es sich um umfangreiche Texte handelt, die sich zudem partiell überschneiden, legt ak eine Zusammenfassung vor, die auf einer eigenen Übersetzung aus den Originaldokumenten basiert. Vereinbarungen, die lediglich technische Probleme wie Wiederaufnahme/Fortführung der Gespräche, Tagesordnungen oder Modalitäten der Verifikation der Verhandlungsergebnisse zum Gegenstand haben, referieren wir nicht.

Zwischen der Festlegung der Verfahrensweise und der Tagesordnung (México D.F., 4/1991), der ersten Vereinbarung über Demokratisierung (Querétaro, 7/1991) und dem Abschlußdokument (Guatemala 12/1997) lagen fast sechs Jahre. In diesem Zeitraum berichtete ak regelmäßig über den Friedensprozeß. Dabei würdigten wir einige Teilabkommen ausführlicher und differenzierter, als es in diesem Überblick möglich ist.

1) Rahmenabkommen

über Demokratisierung

(Querétaro, 25.7.1991)

Erstes, noch sehr allgemeingehaltenes inhaltliches Ergebnis ohne konkrete Durchführungsbestimmungen und ohne zeitliche Fristen. Beide Konfliktparteien betonen, daß in "Guatemala Maßnahmen notwendig sind, welche die Entwicklung der Demokratisierung im Politischen, Wirtschaftlichen, Sozialen und Kulturellen sichern". Verfassungsreformen seien notwendig, um "die funktionale und partizipative Demokratie zu verbessern". Dazu seien der Respekt der Menschenrechte, die Unterordnung des Militärs unter die zivile Macht und Verfassungsreformen erforderlich.

2) Globalabkommen

über Menschenrechte

(México D.F., 29.3.1994)

Das nach jahrelangem Streit zustandegekommene Dokument schreibt Zusagen der Regierung fest, wonach sie die Menschenrechte schütze und die nötigen Schritte zu deren Sicherung unternehme. Dies wird durch einige Abmachungen konkretisiert. So wird der Menschenrechtsbeauftragte in seinen Funktionen gestärkt. Außerdem verpflichtet sich die Regierung, Delikte wie "Verschwindenlassen" oder "außergerichtliche Hinrichtungen" in das Strafgesetzbuch aufzunehmen. Gesetze oder Anordnungen, welche "die Verurteilung und Bestrafung von Verantwortlichen für Menschenrechtsverletzungen" verhindern sollen, dürfen nicht erlassen werden. Die Straffreiheit für uniformierte Täter soll beendet werden. Illegale und geheime Sicherheitsapparate dürften überhaupt nicht und die paramilitärischen Zivilpatrouillien (PAC) nur auf freiwilliger Basis bestehen. Die Regierung verpflichtete sich, keine neuen Zivilpatrouillien zu bilden. Daß die URNG auf die völlige Abschaffung der PAC verzichtete, trug ihr von Basisorganisationen Kritik ein. Beide Konfliktparteien beantragten die Überwachung der Vereinbarungen durch die UNO. Ende 1994 nahmen etwa 400 Personen der UNO-Mission MINUGUA ihre Tätigkeit auf.

3) Wiederansiedlung der Flüchtlinge (Oslo, 17.6.1994)

Alle Flüchtlinge, Rückkehrer und innerhalb Guatemalas Vertriebenen sollen wiederangesiedelt werden. Darunter ist zu verstehen, daß sie "legal an ihre Herkunftsorte zurückkehren" oder "sich an einen anderen Ort ihrer Wahl" begeben können. Die Regierung garantiert, daß die Rückkehr freiwillig und unter Bedingungen der "Würde und Sicherheit" verläuft. Sofern die Herkunftsorte der Flüchtlinge in der Zwischenzeit neu besiedelt wurden, soll ein Interessensausgleich zwischen diesen und den Rückkehrern gefunden werden. Die Rückkehrer werden so schnell wie möglich mit Personaldokumenten ausgestattet und erhalten ihre Landtitel zurück oder bekommen eine Entschädigung.

Die Flüchtlinge haben Mitspracherecht bei Entscheidungen, welche "die Planung, Ausführung und Finanzierung" der Rückkehr betreffen. In einer dafür zuständigen Kommission sind sie ebenso wie die Regierung mit zwei Delegierten vertreten. Diese Kommission hat die Aufgabe, lokale Entwicklungsprojekte auszuarbeiten, die besonders die Sicherung der Grundbedürfnisse und Basisdienstleistungen sowie die Steigerung der Agrarproduktion und die Schaffung von Einkommensquellen ermöglichen sollen. Die Regierung verpflichtet sich, zu diesem Zweck Ressourcen zur Verfügung zu stellen und internationale Gelder zu aquirieren. Bei der Umsetzung der Vereinbarung kommt es zu Verzögerungen und zu vielfältigen Behinderungen und Problemen.

4) Einrichtung einer

Wahrheitskommission

(Oslo, 23.6.1994)

Zwei Guatemalteken sowie der UNO-Vertreter Jean Arnault bilden eine dreiköpfige Kommission, die mit Beginn des Friedensschlusses sechs Monate Zeit hat, einen Bericht über die Menschenrechtsverletzungen zu verfassen, die zwischen Ausbruch des bewaffneten Konfliktes bis zu dessen Ende lagen. Die Wahrheitskommission wird von Experten unterstützt und die Konfliktparteien sagen zu, mit ihr zusammenzuarbeiten. Die Wahrheitskommission soll "ausgewogen und unabhängig" die Gewalttaten und Menschenrechtsverletzungen aufklären, den Konfliktparteien sowie dem UNO-Generalsekretär die Ergebnisse vorlegen und Empfehlungen formulieren, wie sich die Wiederholung derartiger Untaten vermeiden läßt.

Neben der geringen Besetzung und der Kürze der verfügbaren Zeit, die eine umfassende Darstellung der Verbrechen von vorneherein unmöglich machen, stieß auf scharfe Kritik, daß "die Kommission keine Verantwortlichkeiten individuell zuschreiben wird". Ihr Bericht und ihre Empfehlungen dürfen laut Vertragstext "weder juristische Absichten noch Folgen" haben.

5) Rechte der Indígena-Völker

(México D.F., 31.3.1995)

Das in sieben Kapitel gegliederte Dokument könnte, sofern es auch nur in Teilen umgesetzt wird, für das Selbstverständnis und den gesellschaftlichen Alltag Guatemalas weitreichende Konsequenzen haben. Guatemala wird nicht länger als mestizische Nation mit spanischer Staatssprache, sondern als multikultureller und mehrsprachiger Staat definiert. Zur Begründung heißt es: "Das Thema Identität und Rechte der indianischen Völker ist ein grundlegender und historisch entscheidender Punkt für die Gegenwart und Zukunft Guatemalas. Die indianischen Völker schließen die Völker der Maya, der Garífunas und Xinca ein", sie bilden 2/3 der Gesamtbevölkerung. Mit Unterzeichnung des Textes erkennt der Staat an, daß diese Völker historische und kulturelle Besonderheiten aufweisen, die respektiert werden müssen. "Aufgrund ihrer Geschichte, der Eroberung, der Kolonisierung, aufgrund von Vertreibungen und Migrationen hat die guatemaltekische Nation einen multiethnischen, multikulturellen und vielsprachigen Charakter. Die Unterzeichner respektieren die Identität sowie die politischen, ökonomischen, sozialen und kulturellen Rechte der Mayas, Garífunas und Xinca im Rahmen der Einheit der Nation und Unteilbarkeit des Territoriums des Staates Guatemala".

In mehreren Kapiteln wird eine Vielzahl konkreter Maßnahmen für den "Kampf gegen die Diskriminierung" aufgelistet, so der Ausbau der zweisprachigen und interkulturellen Erziehung, das Erbringen staatlicher Dienstleistungen in der jeweiligen Regionalsprache oder ein Übersetzungsdienst für das Rechtswesen. Am Anfang müsse das Eingeständnis stehen, daß es die Diskriminierung gebe und daß sie überwunden werden müsse.

6) Sozio-ökonomische Aspekte

und Agrarsituation

(México D.F., 6.5.1996)

Die Modernisierung des Landes und die Entwicklung der Produktivkräfte stehen im Zentrum dieser Übereinkunft. Die Ziele sollen durch das Ineinandergreifen von demokratischer Partizipation auf allen Ebenen, Sozial- und Bildungspolitik, Agrarpolitik sowie durch eine effiziente öffentliche Verwaltung erreicht werden. Die konkreten Maßnahmen zur Verbesserung der Aus- und Weiterbildung, der Vermarktung, der Rechtssicherheit etc. zielen primär auf die Steigerung der Produktivität ab. Die Bekämpfung der absoluten Armut ist demgegenüber nachgeordnet. Die Logik lautet: Erst produzieren und Geld verdienen und dann verteilen. Die extrem ungleiche Verteilung von Besitz und Einkommen wird an keiner Stelle in Frage gestellt oder gar Gegenstand einer Umverteilungspolitik. Eine Agrarreform ist nicht vorgesehen. Die Schaffung eines Landfonds und einer Agrarbank, die kreditfinanzierte Landkäufe ermöglichen sollen und als Herzstück der ländlichen Modernisierung gelten, können prinzipiell nur Sektoren nützen, die überhaupt kreditwürdig sind. Die Mehrzahl der Landarmen und Landlosen ist davon weit entfernt.

Soweit sozialpolitische Zusagen gemacht werden (die Ausgaben im Bildungs- und Gesundheitswesen sollen bis zum Jahr 2000 gemessen am Bruttosozialprodukt um 50% steigen, der Analphabetismus auf 30% sinken) sollen sie durch eine 50%ige Erhöhung des Steueraufkommens, das primär auf indirekten Steuern fußt, getragen werden. Sämtliche Maßnahmen sind nur durch ein anvisiertes Wirtschaftswachstum von mindestens 6% jährlich zu finanzieren!

Das sozio-ökonomische Abkommen läuft auf die Bildung eines korporatistischen Blocks zur Modernisierung und Produktivitätssteigerung hinaus. Diejenigen, die weder feste Arbeit noch Land haben und deswegen arm oder extrem arm sind, also 2/3 der Gesamtbevölkerung, sind davon letztlich ausgeschlossen. Begriffe wie "Klassen, Interessen oder Konflikt" sucht man vergeblich. Statt dessen ist von "Dialog, Agenten der Entwicklung und Konsens" die Rede. Da Besitzstände nicht angegriffen werden, ist es nicht weiter verwunderlich, daß die Privilegierten sich mit Kritik zurückhielten und die "Deutsch-Südamerikanische Bank" die Guerilla als "pragmatisch" lobt (Kurzbericht über Lateinamerika, 2/96). Basis- und Indígenaorganisationen äußerten sich zum Teil sehr unzufrieden.

7) Stärkung der Zivilgesellschaft

und Funktion der Armee

(México D.F., 19.9.1996)

Die Reformierung und Modernisierung der Exekutive, die Stärkung der Gewaltenteilung und das Zurückdrängen des Militäreinflusses werden mit einer Reihe von Maßnahmen eingeleitet. Erwähnenswert sind die Neudefinition der Armeeaufgabe auf die Landesverteidigung, die Truppenreduzierung um 1/3 (bisher offiziell: 46.000) im Jahre 1997 und die Reduzierung des Verteidigungshaushaltes ebenfalls um 1/3 bis 1999. Außerdem werden die paramilitärischen Zivilpatrouillien (PAC) endgültig aufgelöst, die Zwangsrekrutierung abgeschafft und ein ziviler Ersatzdienst eingeführt. Die Militärgerichtsbarkeit wird auf disziplinarische Aspekte begrenzt. Des weiteren wird die Militärpolizei PMA abgeschafft und aus den bestehenden Polizeien eine Zivile Nationalpolizei gebildet mit "mindestens 20.000 Beamten bis zum Jahr 2000". Der berüchtigte Militärgeheimdienst G-2 wird in seinen Kompetenzen eingeschränkt. Ebenso wie zwei neu zu gründende Zivilgeheimdienste unterliegt er der Kontrolle eines parlamentarischen Ausschusses. Eine Justizreform soll der Straflosigkeit ein Ende machen und die Strafverfolgung effektivieren. Während die Armee ihren TV-Kanal an die Regierung zurückgibt, behält sie die Kontrolle über die bedeutende Armeebank (Banco del Ejército) sowie eine Reihe Unternehmensbeteiligungen.

Die Maßnahmen tragen zur Entmilitarisierung bei. Dies wird vor allem auf dem Land zu spüren sein, weil die verlängerten Arme und Ohren des Militärs in den Gemeinden, Zivilpatrouillien und Militärbeauftragte abgeschafft werden. Es wird jedoch weder eine Säuberung noch eine Einschränkung der beträchtlichen institutionalisierten Wirtschaftsmacht des Militärs geben. Die Armee kehrt in die Kasernen zurück, bleibt jedoch ein relativ unabhängiger Schlüsselfaktor im Machtgefüge.

8) Definitiver Waffenstillstand

(Oslo, 4.12.1996)

Der bereits seit März '96 faktisch bestehende Waffenstillstand wird formell ratifiziert. Dazu werden Regelungen über Truppentrennung und Entflechtung getroffen. Bemerkenswert ist, daß den Guerillakräften "außerhalb ihrer Sammlungsorte sowohl Propaganda als auch politische Aktivitäten" untersagt sind. Die URNG-Angehörigen dürfen die genau festgelegten Sammlungsorte, die von entmilitarisierten Zonen umgeben sind, nur nach Rücksprache mit der UNO verlassen. Außerdem muß die Guerilla der UNO eine detaillierte Inventur "aller ihrer Waffenbestände, wo sie sich auch befinden mögen", übergeben. Die Demobilisierung erfolgt ab einem festgelegten Stichtag innerhalb von zwei Monaten. Die UNO überwacht die Waffenniederlegung, die nicht direkt mit der Demobilisierung von Armeeeinheiten in Zusammenhang steht. Eine Inventur des Armeearsenals ist nicht vorgesehen.

9) Verfassungsreform und Wahlreform

(Stockholm, 7.12.1996)

Die Einzelvereinabrungen schlagen sich in einer Verfassungsreform und neuen Gesetzen nieder. So wird die "Definition und Charakterisierung der guatemaltekischen Nation" mit den Begriffen "nationale Einheit, multiethnisch, plurikulturell und vielsprachig" neu festgeschrieben. Der Kongreß wird in seinen Funktionen gestärkt mit der Besonderheit, daß Abgeordnete nur für zwei Legislaturperioden wählbar sind. Das zu reformierende Justizwesen legt auf die Zugangsmöglichkeit für indianische Campesinos besonderes Gewicht. Staatlich bezahlte Anwälte für Mittellose und Übersetzungsdienste sind dafür wichtige Grundvoraussetzungen.

Die Reform des Wahlrechts beinhaltet die Erstellung eines aktualisierten Wahlregisters, die Ausgabe eines neuen Personaldokuments, das auch als Wahlberechtigung gilt, das Wahlrecht für Soldaten, die Regelung und Begrenzung der Wahlkampfkosten und kostenlose TV-Sendungen für alle Parteien. Mit diesen Maßnahmen will man die Wahlbeteiligung und damit die Legitimität der Mandatsträger erhöhen und die Repräsentativität und Pluralität des politischen Systems erweitern.

10) Wiedereingliederung der URNG

(Madrid, 12.12.1996)

Die Demobilisierung und Legalisierung der URNG-Angehörigen wird durch ein "Gesetz zur nationalen Versöhnung" geregelt. Es amnestiert die Guerillas, die im Zusammenhang mit ihrem politischen Kampf Gesetze brachen. Dies gilt auch für Militärs, wenn es im Zusammenhang von Kriegshandlungen erfolgte. Davon ausgenommen sind Taten, die gegen Menschenrechte verstoßen.

Die URNG-Mitglieder erhalten Personaldokumente, international überprüfte Sicherheitsgarantien und, sofern nötig, übergangsweise Leibwachen. Die soziale und wirtschaftliche Wiedereingliederung ist Aufgabe einer zu gründenden URNG-Stiftung, die kurz- und mittelfristige Maßnahmen initiiert um die Bereiche Bildung, Gesundheit, Wohnung und ökonomische Projekte abzudecken. Die Regierung trägt zur Finanzierung der Stiftung bei und bemüht sich um internationale Gelder. Die Regierung sagt zur Informationen über verhaftete und "verschwundene" URNG-Mitglieder zur Verfügung zu stellen, so daß die sterblichen Reste aufzufinden sind.

11) Schlußabkommen

(Guatemala, 29.12.1996)

Mit dem erfolgreichen Ende des Dialogs geben die Unterzeichnenden den Zeitplan für die Durchführung der Teilabkommen bekannt.

Die kommenden Monate werden zeigen müssen, ob der Friedensvertrag nach Waffenabgabe der URNG totes Papier bleibt bzw. wie weit die Vereinbarungen tatsächlich umgesetzt werden. Erfahrungen aus anderen Friedensprozessen lehren, daß hierbei eine Portion Skepsis angebracht ist.

Al., Nürnberg

Die Zukunft der Befreiungsbewegung Guatemalas

Interview mit Rolando Morán (URNG/Guatemala)

Rolando Morán, Jahrgang 1932, gehört der vierköpfigen Generalkommandantur der guatemaltekischen Befreiungsbewegung URNG an. Als Studentenführer mußte er 1954 nach dem Sturz der demokratischen Regierung Arbenz erstmals ins Exil gehen. 1962 baute Morán, den mit Che Guevara eine enge Freundschaft verband, die erste guatemaltekische Guerillagruppe mit auf. Nach der Zerschlagung der FAR gründete er 1972 das "Guerillaheer der Armen" (EGP), dessen Chef er bis heute ist. Morán, dessen Klarname Ricardo Ramírez lautet, veröffentlichte unter verschiedenen Pseudonymen unter anderem zusammen mit Regís Debray selbstkritische Beiträge zur Politik der lateinamerikanischen Guerillabewegungen. Er setzte sich mit Erfolg dafür ein, die Maya-Nachkommen in die Reihen der Aufständischen zu integrieren. Zwischen 60 und 80% der Guerillas der "Revolutionären Nationalen Einheit Guatemalas" (URNG) sind Maya-Indígenas. Albert Sterr sprach mit ihm über die politische Zukunft der Befreiungsbewegung.

Am 12. Dezember wurde in Madrid ein weiteres Teilabkommen im Rahmen des guatemaltekischen Friedensprozesses unterzeichnet, das die Reintegration der Befreiungsbewegung regelt. Am 29. Dezember wurde der seit 1962 anhaltende interne Krieg endgültig beendet. Kehren Sie nach Guatemala zurück, Herr Morán?

Selbstverständlich. Dafür habe ich mein ganzes Leben lang gekämpft. Ich habe mich immer für Freiheit, Demokratie und das Vorankommen meines Landes eingesetzt. Es wäre sehr negativ, wenn ich ausgerechnet nach Abschluß des Friedensprozesses nicht nach Guatemala gehen würde.

Wann ist es soweit?

Ich möchte noch etwas zum Wort "zurückkehren" sagen. Ich war nie von Guatemala abwesend. Ich habe jedoch meinen Wohnsitz nach Mexiko verlegt, als der Friedensprozeß ernsthaft begann. Wir wurden von Mexiko freundlich aufgenommen und konnten die Aktivitäten entfalten und die Kontakte knüpfen, die für den Dialog wichtig waren. Davor hielt ich mich immer in Guatemala auf. Natürlich nicht in der Hauptstadt. Ich lebte im Untergrund. Das ist auch nicht weiter verwunderlich, schließlich leitete ich eine Guerillabewegung.

Wird sich die "Revolutionäre Nationale Einheit Guatemalas" (URNG), die ja aus vier Mitgliedsgruppen besteht, in eine legale politische Partei umwandeln?

Es ist unser Ziel, daß sich die URNG ins legale politische Leben Guatemalas reintegriert. Die URNG soll als legale Einheitspartei registriert werden.

Was meinen Sie, wenn sie von "Einheitspartei" sprechen?

Die vier Organisationen, die bisher die URNG bilden, werden sich in eine einzige Organisation verwandeln. Das wird seine Zeit dauern, aber wir arbeiten bereits daran.

Heißt das, daß Sie von vorneherein keine Anstrengungen unternehmen, die vier URNG-Mitgliedsorganisationen zunächst jeweils separat zu legalisieren?

Auf keinen Fall. Diese vier Organisationen EGP, FAR, ORPA und PGT haben ihre historische Aufgabe erfüllt und werden nun von der Bildfläche verschwinden. Sie lassen in der Geschichte und Bevölkerung unseres Landes tiefe Spuren zurück und werden von der politischen Einheitspartei URNG abgelöst.

Sie werden sich also nicht im Rahmen der oppositionellen "Demokratischen Front" (FDNG) organisieren, die bei den Wahlen im vergangenen November 1995 insgesamt 8% der Stimmen und 6 Parlamentssitze holte und von fortschrittlichen und linken sozialen Bewegungen getragen wird?

Zur Klarstellung: Wir beabsichtigen die URNG als politische Partei zu gründen. Diese Partei setzt sich zum Ziel breite Bündnisse zu schließen, um eine "nationale Front" aufzubauen. Dieser Zusammenschluß, der auch politische Parteien wie die FDNG angehören sollen, ist als Instrument gedacht, um die Zukunft eines neuen, besseren Guatemala zu schaffen.

Was sind Ihrer Ansicht nach die größten Herausforderungen, denen sich die URNG in der neuen Etappe stellen muß?

Die Größte besteht darin, ausgehend von politisch-militärischen Organisationen eine politische Partei aufzubauen, die Einheit beizubehalten und sich als erstrangige politische Kraft zu etablieren.

Sie haben lange und verlustreiche Kämpfe hinter sich gebracht, um an diesen Punkt zu kommen. Die Befreiungsbewegung URNG verstand sich historisch als Avantgarde. Welches Selbstverständnis wird die politische Partei URNG prägen? Sieht sie sich als Vorhut der gesellschaftlichen Transformationen oder lediglich als eine neue, zusätzliche Partei im Konzert der demokratischen und linken Opposition?

Die URNG hat bereits bewiesen, daß sie eine erstrangige politische Kraft ist. Wir sind aber der Meinung, daß auch alle anderen politischen Parteien ihre Rolle und Aufgabe haben. Wir wollen diese Bewegungen nicht hegemonisieren. Wir beabsichtigen vielmehr zusammen mit den anderen demokratischen, fortschrittlichen und revolutionären Gruppen und Organisationen eine "große nationale Front" zu bilden, die für die Bevölkerung Guatemalas das Instrument sein soll, mit Hilfe dessen es die Zukunft in die eigenen Hände nehmen kann.

Welche Rolle werden Sie persönlich dabei spielen?

Nun gut,...

Ich möchte Sie bitten, sich nicht um die Antwort zu drücken, Herr Morán. Sie sind schließlich der URNG-Kommandant mit der längsten politischen Geschichte.

Ich werde solange weiter aktiv sein, wie es mir meine Kräfte erlauben. Ich werde mich für Guatemala und die Sache der Revolution in meinem Land engagieren. Dies ist der große Traum meines Lebens, der mich stets motiviert hat.

Vielen Dank für das Gespräch.

5. Peru: Totgesagte Guerilla fordert Fujimori

Autor: kuk · Rubrik: Peru · CD-Datei: daten/aksuche/ak398/33.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:398:33

Lima ist seit dem 17.12.1996 Schauplatz der vielleicht spektakulärsten Geiselnahme Lateinamerikas in diesem Jahrhundert. Das Kommando "Edgar Sanchez" der MRTA (Movimiento Revolucionario Tupac Amaru) hält seit dem 17.12.1996 eine große Zahl hochrangiger Geiseln in seiner Gewalt, nachdem es in einem Handstreich die japanische Botschaft besetzt hat.

Die wichtigste Forderung der Geiselnehmer nach Freilassung von 458 inhaftierten MRTA-Gefangenen wird von der peruanischen Regierung strikt abgelehnt. Manches deutet darauf hin, daß es 25 Tage nach Beginn der Aktion zwischen Regierung und MRTA noch zu keinem ernsthaften Gespräch über eine Lösung gekommen ist. Es folgt eine Dokumentation der Ereignisse.

Dienstag, 17.12. Verkleidet als Mitarbeiter eines Partyservices und als Boten eines Blumengeschäftes gelangen ca. 20 Mitglieder eines Kommandos der MRTA in die japanische Botschaft, in der ein vorgezogener Diplomatenempfang anläßlich des Geburtstages von Kaiser Akihito gegeben wird. Als die Sicherheitskräfte den Überfall erkennen, entwickelt sich ein etwa einstündigen Feuergefecht mit der Polizei, in dessen Verlauf fünf Kommandomitglieder festgenommen und eines verwundet wird. Zu diesem Zeitpunkt befinden sich knapp über 530 Menschen aus etwa 28 Ländern auf dem Grundstück. Noch in der Nacht zu Donnerstag werden 200 Geiseln freigelassen. Es handelt sich um alle weiblichen Geiseln, einschließlich der Mutter und der Schwester Fujimoris, um Bedienstete und ältere Geiseln.

Das Kommando "Edgar Sanchez" veröffentlicht das Kommuniqué Nr. 1, in dem es u.a. heißt: "Die Operation steht unter dem Kommando des MRTA-Kommandeurs Hemegidio Huerta Loayza. ... Wir sehen diese militärische Operation als einen Protest an gegen die Einmischung der japanischen Regierung in das politische Leben unseres Landes, die zu jeder Zeit sowohl die menschenrechtsverletzenden Methoden der Fujimori-Regierung als auch dessen Wirtschaftspolitik unterstützt hat ...

Wir möchten der Bevölkerung weiterhin mitteilen, daß wir zu dieser extremen Maßnahme gezwungen worden sind, um das Leben von Dutzenden von Mitgliedern und Führern unserer Organisation zu retten, die unter unmenschlichen Bedingungen im Gefängnis sitzen und die einer Gefängnisordnung unterliegen, die auf eine physische und mentale Vernichtung abzielt. Sie sitzen in wahrhaften ‚Zellengräbern`, die von Herrn Alberto Fujimori wiederholt mit den Worten beschrieben worden sind: ‚dort werden sie verrotten und nur als Tote wieder herauskommen`...

Wir werden die Geiseln nur freilassen, wenn die Regierung die folgenden Forderungen erfüllt:

- Die Regierung verpflichtet sich, ihre Wirtschaftspolitik dergestalt zu korrigieren, daß es der Bevölkerungsmehrheit besser geht. Alle Gefangenen, die MRTA-Mitglieder sind, und all diejenigen, die dessen beschuldigt werden, sind freizulassen.

- Dem Kommando, das die japanische Botschaft besetzt hat, in Begleitung der freigelassenen MRTA-Gefangenen den Abzug in das zentrale Urwaldgebiet ermöglichen. Zur Sicherheit werden einige, noch zu bestimmende Geiseln ebenfalls mitfahren. Sie werden freigelassen, sobald wir unser Guerilla-Gebiet erreicht haben.

- Zahlung einer Kriegssteuer. ..."

Mittwoch, 18.12. Der Rote Kreuz Mitarbeiter Michael Minning übernimmt die Vermittlungstätigkeit. Gegen Abend drohen die Rebellen mit der Erschießung des peruanischen Außenministers, falls ihre Forderungen nicht erfüllt werden. In der Nacht zum Donnerstag werden fünf Diplomaten freigelassen, die als Verbindungsdelegation zur peruanischen Regierung dienen sollen. Dazu gehört der deutsche Botschafter Heribert Wöckel. Von seiten der Regierung wird Erziehungsminister Domingo Palermo als Kontaktperson benannt. Außenminister Klaus Kinkel verbietet dem deutschen Botschafter, die Vermittlerrolle weiter auszuüben.

Donnerstag, 19.12. Die Regierung sperrt der Botschaft Wasser, Strom, Telefon und Funktelefonnetze. Peruanische Regierungskreise bestätigen, daß der Präsident nur durch einen Zufall nicht selber auf dem

Empfang war. Großbritannien schickt zivile und militärische (SAS) Terrorismusexperten. Auch die USA senden Sicherheitsexperten und warnen vor jeglichen Zugeständnissen an die "Terroristen".

Freitag, 20.12. Die Geiselnehmer stellen ein Ultimatum. Wenn die Regierung bis Samstag nicht auf die Forderungen eingehe, dann würden sämtliche Kontakte abgebrochen. Das peruanische Kabinett lehnt die Freilassung der 458 Gefangenen ab. Abends werden 38 Geiseln freigelassen. Noch befinden sich 380 in der Botschaft.

Samstag, 21.12. Ein peruanischer Journalist darf die Botschaft betreten und führt Interviews mit Tudela, Cerpa und Aoki durch. Nach Freilassung weiterer Geiseln befinden sich noch 365 in der Botschaft.

Sonntag, 22.12. Das Kommando Edgar Sanchez veröffentlicht ein zweites Kommuniqué, indem es die Forderung nach Freilassung der Gefangenen bekräftigt. Fujimori hält eine Fernsehansprache, in der er die Forderungen der MRTA ablehnt. Statt dessen fordert er sie zur Niederlegung der Waffen und Freilassung der Geiseln auf. Erst dann wolle er eine für alle Seiten annehmbare Lösung in Betracht ziehen. Einige freigelassene Geiseln erheben Vorwürfe gegen Botschafter Wöckel. Durch seine Weigerung, in die Residenz zurückzukehren, habe er eindeutig gegen seinen Vermittlungsauftrag verstoßen. Dies habe "tiefe Unzufriedenheit bei allen hinterlassen". (HA, 23.12.) 225 Geiseln werden gegen 21 Uhr entlassen, darunter alle europäischen einschließlich der beiden deutschen, 140 aus Asien und Lateinamerika bleiben in der Botschaft.

Montag, 23.12. In ihrem dritten Kommuniqué weist das Kommando auf die sich seit dem 16.12. im Hungerstreik befindenden Häftlinge hin und erklärt: "Die nationale Leitung der MRTA unterstreicht ihre Bereitschaft, eine politische Lösung für die schweren politischen und ökonomischen Probleme Perus zu finden."

Peruanische Spezialeinheiten proben den Sturm auf die Botschaft. Eine freigelassene Geisel identifiziert den Anführer des Kommandos als Nestor Cerpa Cartolino (Commandante Evaristo). Der 48jährige ist das einzige noch auf freiem Fuß befindliche Gründungsmitglied der MRTA.

Dienstag, 24.12. Ein uruguayisches Gericht läßt zwei mutmaßliche MRTA-Mitglieder frei, die bereits zur Auslieferung nach Peru vorgesehen waren. Daraufhin wird der uruguayische Botschafter freigelassen. Die peruanische Regierung ist empört.

Mittwoch, 25.12. Boris Jelzin bietet Fujimori die Entsendung einer russischen Spezialeinheit an und schlägt einen internationalen Sturmangriff auf die Residenz vor. Nach der Freilassung weiterer Geiseln, u.a. eines akut erkrankten japanischen Botschaftssekretärs, befinden sich noch 104 in der Botschaft.

Donnerstag, 26.12. Der Botschafter von Guatemala wird vier Tage vor Unterzeichnung des Friedensabkommens in Guatemala freigelassen.

Freitag, 27.12. Die Regierung verkündet, daß für Lima und die Hafenstadt Callao seit dem 18.12. der Ausnahmezustand gelte. Die G-7 Staaten verabschieden in Paris eine Erklärung, in der die peruanische Regierung aufgefordert wird, den Geiselnehmern keine Zugeständnisse zu machen. Zu den festgehaltenen Botschaftern gehört auch der aus Bolivien. In diesem Land sind vier MRTA-Kämpfer inhaftiert.

Samstag 28.12. Erster dreistündiger Kontakt mit einem Regierungsmitglied, dem Erziehungsminister Palermo. Freilassung von 20 Geiseln. In einem Brief der japanischen Geschäftsleute an die Regierung in Tokio wird diese aufgefordert, sich stärker für sie einzusetzen, da die Situation unter ständiger Bewachung durch schwer bewaffnete Guerilleros nur sehr schwer durchzustehen sei. Noch 83 Geiseln.

Sonntag, 29.12. Die Regierung läßt sich von einer Public-Relationsagentur beraten, wie aus der Geiselnahme möglichst viel politischer Gewinn zu holen sei. Das Ergebnis ist ein verfeinertes, medienwirksames Ritual bei jeder Geiselfreilassung. Das peruanische Parlament verabschiedet eine Erklärung, in der die Regierung, d.h. Fujimori, als allein zuständige Instanz zur Bewältigung der Geiselaffäre anerkannt wird. Damit verzichtet es auf jegliche Einflußnahme.

Montag, 30.12. Fujimori lehnt die Freilassung der Gefangenen ab und bekräftigt den Willen, eine Lösung ohne Blutvergießen zu suchen. Er zieht den Abzug des Kommandos in ein anderes Land in Betracht. Gewalt werde unter der Bedingung nicht eingesetzt, daß die Rebellen die Waffen niederlegen und die Geißeln freiließen. Die

Umwandlung der MRTA in eine politische Partei lehnt er ab. Einer Gruppe von Journalisten wird erlaubt, sich zwecks Fotoaufnahmen zur Botschaftsmauer zu begeben. Als sie merken, daß sich Mitglieder der peruanischen Antiterrorpolizei und des Geheimdienstes unter sie mischen, brechen sie das Unternehmen ab.

Dienstag, 31.12. Freilassung des Botschafter Honduras und des argentinischen Generalkonsuls. 21 Journalisten gelangen gegen den Willen der Polizei in die Botschaft und sprechen über zwei Stunden lang mit Cerpa, Tudela und Aoki. Cerpa lehnt das Angebot Fujimoris auf ungehinderte Ausreise ab und wiederholt die Forderung nach Freilassung der 458 Gefangenen. Man werde sich nicht mit einer Verbesserung der Haftbedingungen zufriedengeben. Bei den Verhandlungen mit Palermo habe es keinerlei Fortschritte gegeben. 81 Geiseln.

Donnerstag, 2.1. Freilassung von zwei peruanischen Politikern und fünf japanischen Geschäftsleuten. In einer Erklärung bezeichnet das Kommando die Geiseln erstmals als Kriegsgefangene, die entsprechend der Genfer Konvention behandelt würden. An diesem Tag scheint ein Wendepunkt in der Frage der Geiselfreilassung erreicht zu sein. Bisher sind offensichtlich diejenigen freigelassen worden, die als Unbeteiligte angesehen wurden. Unter den verbliebenen 74 Geiseln befinden sich neben dem bolivianischen Botschafter 19 japanische Staatsangehörige, wovon wiederum 11 Botschaftsangehörige sind.

Freitag, 3.1. Fujimori zieht personelle Konsequenzen aus der Geiselnahme. Zuerst trifft es einige der Geiseln. Nachvollziehbar ist es, daß Maximo Rivero Díaz, Chef der Nationalen Direktion gegen den Terrorismus (Dincote), (wegen Unfähigkeit?) gefeuert wird. Der Dincote wird vorgeworfen, von dem Überfall auf die Botschaft nicht informiert worden zu sein. Auch für sechs der acht festgehaltenen Generäle werden Nachfolger benannt, ebenso ein neuer Präsident des Obersten Gerichtshofs.

Samstag, 4.1. In der Nacht zum Sonntag hängt die MRTA Transparente an die Außenwände, auf denen zu lesen ist: "Herr Fujimori: Mit arroganten Erklärungen und ohne einen Dialog kann es nie eine Lösung geben", "Peru heute: 13 Millionen in bitterer Armut - wo ist der Fortschritt?" und "Mütter, Frauen und Kinder warten auch auf die Freiheit unserer Gefangenen. Frieden für alle Peruaner".

Sonntag, 5.1. Boliviens Außenminister Antonio Aranibar trifft in Lima ein. Sein Land lehnt Verhandlungen über die Freilassung von vier MRTA-Gefangenen im Austausch gegen den bolivianischen Botschafter ab.

Montag, 6.1. Ministerpräsident Hashimoto glaubt nicht an eine schnelle Lösung der Geiselnahme. Sowohl seitens der Regierung in Lima als auch seitens der MRTA habe es "Fehleinschätzungen" gegeben. Isaac Velazco erklärt, daß es keine weiteren Freilassungen geben werde, solange das Kommando keinen Kontakt zu den Gefangenen aufnehmen dürfe und die Verhandlungen von Regierungsseite auf Eis gelegt seien.

Dienstag, 7.1. Um 4 Uhr morgens fallen in der Botschaft drei Schüsse, die vermutlich versehentlich abgegeben worden sind. Ein japanischer Fernsehjournalist und sein Dolmetscher verschaffen sich über ein Nachbargrundstück Zutritt zur Botschaft. Nach dem Verlassen werden sie von der Antiterrorpolizei Dincote verhaftet, das Filmmaterial wird eingezogen. Perus Ministerpräsident Alberto Pandolfi erklärt in einer Fernsehansprache, daß seine Regierung inoffizielle Gespräche mit dem MRTA-Kommando anstrebe, um eine umfassende Lösung herbeizuführen.

kuk

Kommentar

Mit der spektakulären Aktion in Lima macht eine Guerillabewegung auf sich aufmerksam, die außerhalb Perus bisher wenig Beachtung gefunden hat. Von einer Solidaritätsbewegung war in Deutschland in den vergangenen zehn Jahren kaum etwas zu spüren. An der Programmatik oder der Praxis (siehe Seite 7) kann das Desinteresse eigentlich nicht liegen. Die MRTA litt an dem Negativimage des größeren, spektakuläreren Leuchtenden Pfades in weiten Teilen der Linken. Weil viele mit der krausen Ideologie von dessen Präsidenten Gonzalo, den unvermittelbaren Aktionen des Sendero und den ständigen Meldungen über Anschläge und Staatsterror nichts anfangen konnten, wandten sie sich kopfschüttelnd von Peru ab.

Der erste Erfolg des Kommandos "Edgar Sanchez" besteht ohne Zweifel darin, die internationale Aufmerksamkeit auf sich gezogen zu haben. Mit der MRTA präsentiert sich eine der wenigen verbliebenen linken Befreiungsbewegungen, die nicht vom Konzept des bewaffneten Kampfes lassen wollen. Ob dies längst

anders aussehen würde, wenn ihr mit Alberto Fujimori nicht ein besonders widerwärtiger, rücksichts- und kompromißloser Diktator (ja, ja, er ist demokratisch gewählt) gegenüberstehen würde, ist eine andere Frage. Ihr bisheriges Beharren auf einem gewaltsamen Sturz des kapitalistischen Systems bringt ihr mit Sicherheit Mißtrauen bei denjenigen ein, die Verhandlungslösungen für den zeitgemäßeren Weg halten, die sozialen Widersprüche in den lateinamerikanischen Staaten einer Lösung näher zu bringen.

Zweifellos muß sich eine militante Bewegung nicht nur nach ihrer Programmatik, sondern auch nach ihrer Praxis beurteilen lassen. Die Dokumentation der Aktionen der vergangenen zehn Jahre kann dabei eine kleine Hilfe sein. Nicht geklärt werden kann die Frage, warum es der MRTA nicht gelungen ist, trotz des schweren Kreuzfeuers von Staatsterroristen und Senderisten eine breitere Verankerung in der Bevölkerung zu erreichen. Ob strategische Schwächen oder objektiv widrige Verhältnisse die Ursache sind, läßt sich von hier aus schwer beurteilen.

Nun zur konkreten Aktion in Lima. Geiselnahmen in dieser zugespitzten Form sind ein ambivalentes Unternehmen. Werden die Forderungen erfüllt, dann war es ein toller Erfolg, und viele schauen mit Bewunderung auf die tapferen Helden. Geht die Sache aber schief, werden gar Unschuldige verletzt oder getötet, dann wird die Aktion zur Katastrophe, für die das Kommando die Verantwortung trägt. Angesichts des hohen Risikos grenzt der bisherige Verlauf in Lima fast an ein Wunder - nur ein Verletzter bei der handstreichartigen Einnahme. Die hochgelobten Geheimdienste und die Sicherheitskräfte entpuppten sich als Pappnasen. Mancher wollte da nicht an Zufall glauben.

Was aber, wenn schon zu Beginn alles anders gelaufen wäre, wenn Sicherheitskräfte gleich die Entscheidung gesucht hätten? Ein Blutbad hätte den humanitären Anlaß der Geiselnahme, nämlich die Befreiung gequälter Häftlinge, sofort zunichte gemacht. Dank guter Planung und wohl auch dank einer großen Portion Glück ist es anders gekommen. Die MRTA konnte mit der sukzessiven Freilassung der "unbeteiligten" Geiseln und der außerordentlich guten Behandlung der Zurückgehaltenen unter Beweis stellen, daß sie keine "Terroristen" sind, sondern gesprächsbereite, vernünftige Kontrahenten. Und vernünftig ist natürlich ihre Hauptforderung, die sofortige Freilassung der Gefangenen. (Wer daran noch Zweifel hat, sollte auf Seite 8 nachlesen.)

Und genau hier beginnt auch das Dilemma. Keine politische Kraft innerhalb wie außerhalb Perus, keine nationale oder internationale Menschenrechtsorganisation konnte die Regierung Fujimori bisher von ihrem menschenvernichtenden Prozeß- und Haftregime abbringen. Die MRTA sah keine andere Möglichkeit, die Gesundheit, ja das Leben ihrer GenossInnen zu retten, als den Präsidenten persönlich auf's äußerste herauszufordern. Das Leben und die Freiheit höchster Funktionsträger des Landes und das der Vertreter des zweitwichtigsten Verbündeten gegen die Freiheit der Gefangenen. Eine Verzweiflungstat, oder kühles Kalkül, daß es mit diesem Pfand gelingt, den unbeweglichen Fujimori zum Nachgeben zu zwingen?

Mit der Maximalforderung nach Freilassung aller Gefangenen konfrontiert sich die MRTA allerdings auch mit der international anerkannten Gepflogenheit, auf Geiselnahmen auf keinen Fall mit Freilassung von Häftlingen zu reagieren. Daß Japan hier in den vergangenen Jahren die einzige Ausnahme bildete, ist vom Kommando zwar schön kalkuliert worden. Tatsächlich gibt es aber in Tokio keine Bereitschaft, wirklich ernsthaft auf Fujimori in Richtung einer Gefangenenfreilassung einzuwirken. Und so wandert der Schwarze Peter wieder zum Kommando "Edgar Sanchez" zurück. Fujimori braucht wenig internationalen Druck zu fürchten - um so weniger, als nur noch Vertreter von drei Staaten in der Botschaft sind -, wenn er einfach nur abwartet. In der Botschaft ist es unangenehmer als hinter dem Präsidentenschreibtisch. Erschießungsdrohungen der MRTA wird es kaum mehr geben, sie wären auch völlig sinnlos.

Zwar können auch gewaltsame Lösungen keinesfalls ausgeschlossen werden, denn eine saubere Befreiungsaktion mit maximal einer Handvoll toter Geiseln wäre Fujimori am liebsten. Wahrscheinlich ist es jedoch, daß sich die MRTA irgendwann mit einem Rückzug unter Aufgabe ihrer Maximalforderungen begnügen muß.

kuk, 11.1.97

6. Programmatik und Praxis der MRTA

Annäherung an eine wenig bekannte peruanische Guerillabewegung

Autor: kuk · Rubrik: Peru · CD-Datei: daten/aksuche/ak398/32.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:398:32

Die MRTA bildete sich 1984 aus zwei Organisationen der radikalen Linken, der MTA und der MIR-IV. An der Gründungskonferenz nahmen 300 Personen teil. Zum Grundverständnis gehörte, daß die Schaffung eines sozialistischen Perus nicht alleine auf parlamentarischem Weg erreicht werden kann. Nach der Konferenz wurde die Arbeit in den Untergrund verlegt und mit dem Aufbau bewaffneter Einheiten begonnen. Programmatisches Ziel der Bewegung ist die Schaffung einer breiten Volksfrontbewegung, auf deren Basis sich eine neue sozialistische Gesellschaft bilden soll. Alphabetisierung und politische Schulung der Landbevölkerung, zumeist Indios, spielten eine wichtige Rolle. Für sie forderte die MRTA eine Verbesserung ihrer Lebensbedingungen und mehr Chancengleichheit. Mit der Gründung von Basisorganisationen, aber auch über den Dialog mit Parteien und Gewerkschaften, versuchte die Guerilla, ihren gesellschaftlichen Einfluß zu erweitern.

Bei dem Versuch, die politisch-militärische Praxis der MRTA zu dokumentieren, taucht die Schwierigkeit auf, daß ihr viel mehr Aktionen angelastet werden, als sie tatsächlich durchgeführt hat. Daher habe ich einen MRTA-Vertreter um Stellungnahme zu den von mir recherchierten Fällen gebeten. Die im folgenden genannten Aktionen sind zwar nicht vollständig - sie sind aber mit Sicherheit oder mit hoher Wahrscheinlichkeit dieser Organisation zuzurechnen. Der erste bewaffnete Anschlag ist wahrscheinlich im Juni 1984 unternommen worden. Zunächst konzentrierte die MRTA sich auf die städtischen Zentren, vor allem auf Lima.

MRTA-Aktionen unter

der APRA-Regierung

Im Juli 1985 wurde Alan García (APRA: Alianza Popular Revolucionaria Americana) zum Präsidenten gewählt. Im Kampf gegen den Sendero Luminoso ("Leuchtender Pfad") und die MRTA verhängte seine Regierung den Ausnahmezustand. Für die MRTA war die Propaganda der eigenen Ideen von Anfang an ein wichtiges Ziel: Mit dem Piratensender "4. November" schaltete sie sich wiederholt in Rundfunk- und Fernsehsendungen ein, um Kommuniqués zu verbreiten, in denen zum bewaffneten Kampf aufgerufen wurde. Anfang November 1986 entdeckte die Polizei in einem Vorort von Lima die Sendeanlagen. Dabei wurden fünf Menschen festgenommen. Anläßlich der im selben Monat stattfindenden Gemeindewahlen rief die MRTA die Bevölkerung zum Boykott des Urnengangs auf. Kurz vor Weihnachten verübte sie in Lima eine Reihe von Bombenanschlägen gegen öffentliche Gebäude, sowie gegen amerikanische Einrichtungen, darunter das US-Kulturinstitut. Dabei entstand zum Teil erheblicher Sachschaden.

Im Februar 1987 besetzten MRTA-Kommandos vorübergehend sieben Rundfunksender in Lima. Das Personal wurde gezwungen, eine Erklärung auszustrahlen, in der die Militarisierung des Landes kritisiert wurde. Damals hatte die APRA-Regierung einen harten Kurs gegen Oppositionelle eingeschlagen und Massenverhaftungen u.a. an den Universitäten vorgenommen. Von Ende Februar bis Anfang März wurden zahlreiche Banken und öffentliche Gebäude (z.B. die Ministerien für Wirtschaft und Erziehung) durch explodierende Sprengkörper verwüstet. Die MRTA betont, daß Bombenanschläge immer nachts verübt wurden, um möglichst keine Bediensteten oder Besucher der Einrichtungen zu gefährden. Für Anschläge gegen APRA-Büros übernimmt sie keine Verantwortung.

Im Februar 1988 startete die Regierung Alan García eine groß angelegten Steckbriefkampagne gegen insgesamt sechs führende Köpfe des Sendero und der MRTA. "Tot oder lebendig" hieß es auf ganzseitigen Anzeigen mit den Fotos der Gesuchten, die in den großen Tageszeitungen und im Fernsehen veröffentlicht wurden. Auf die Ergreifung des Sendero-Chefs Guzman sowie des MRTA-Führer Polay wurden jeweils 50.000 Dollar ausgesetzt. Als die Regierung im Sommer 1988 ein Anti-Inflationsprogramm verkündete, das u.a. eine 200%ige Preiserhöhung für Lebensmittel mit sich brachte, rief die MRTA die Bevölkerung Limas in Flugblättern auf, gegen die Regierung zu demonstrieren.

Im Juli 1988 entführte ein MRTA-Kommando den pensionierten Luftwaffengeneral und Unternehmer Garcia. Er wurde nach über dreimonatiger Geiselhaft freigelassen. Es gab Vermutungen, wonach die Familie des

Entführten ein Lösegeld in Höhe von drei Mio. Dollar zahlte. Außerdem hatten sie zwei Wochen vor der Freilassung auf Anordnung der Rebellen in einem Slum von Lima Lebensmittel und Kleider verteilt.

Im Oktober 1988 streikten 85.000 Bergarbeiter landesweit 57 Tage lang für die Befugnis ihrer Gewerkschaft, Tarifverträge für die gesamte Bergbauindustrie des Landes aushandeln zu dürfen. Guerilleros der MRTA überfielen den Lastwagen einer Geflügelfarm und teilten 5.000 Brathähnchen an streikende Bergleute aus. Anfang Februar 1989 verhaftete die Polizei den MRTA-Führer Rolando Polay Campos und inhaftierte ihn im Gefängnis Canto Grande (Lima).

Ebenfalls 1989 wird der Medienzar Héctor Delgado Párker, Berater des Präsidenten Alan García, entführt. Dabei kommt sein Chauffeur ums Leben. Nach der Erfüllung der Forderungen wird Párker freigelassen. Im Zusammenhang mit den wiederholten Entführungen werden von Regierungsseite Meldungen lanciert, wonach die Opfer sehr schlecht behandelt worden seien. Es ist die Rede von Gehirnwäsche und wochenlangem Gefangenhalten in Erdlöchern. Dies wird von der MRTA entschieden zurückgewiesen. Zwar werde mit den Entführten über Politik und Ziele der Organisation diskutiert, doch die Behandlung sei ansonsten so gut, wie es unter den Umständen möglich sei.

Am 28.4.1989 wird eine größere MRTA-Einheit vom Militär umzingelt. Nach schweren Kämpfen, bei denen auch die Luftwaffe eingesetzt wird, ergeben sich die z.T. schwer verwundeten Guerilleros. Noch am selben Tag gibt der oberste Heeresbefehlshaber den Befehl zur Exekution. Etwa 62 Personen, darunter 20 Zivilisten, werden mit Kopfschuß getötet.

Gegen Ende der Amtszeit des Präsidenten Garcia signalisierte die MRTA Dialogbereitschaft gegenüber der Regierung. Der Regierungsbeamte Demetrio Tafur, der 33 Tage lang entführt und am 28.7.1989 im Amazonas-Gebiet freigelassen worden war, teilte mit, daß die Aufständischen wünschten, die Präsidentschaftswahlen im April 1990 "mittels Volksreferenden" durchzuführen.

Der peruanische Schriftsteller und Ex-Präsidentschaftskandidat Mario Vargas Llosa behauptet im Spiegel (1/97), daß die MRTA im Wahlkampf 1989/90 auf dem Flughafen von Pucallpa ein Attentat auf ihn und seine Familie verübt habe. Dabei seien unbeteiligte Bauern ums Leben gekommen. Seitens der MRTA wird dies entschieden zurückgewiesen. Vargas Llosa sei ein konservativer Politiker, mit dem man sich ausschließlich im Dialog auseinandersetzen, ihn jedoch keinesfalls zu einem Anschlagsziel machen würde.

Fujimori wird Präsident

Nach dem Wahlsieg Fujimoris verkündete die neue Regierung im Juli 1990 harte Maßnahmen zur Sanierung der zerrütteten Wirtschaft. Die Preise explodierten, viele Grundnahrungsmittel kosteten über Nacht das Zehnfache. Die soziale Situation in Peru verschärfte sich, bei Plünderungen in Armenvierteln waren Todesopfer zu beklagen, Dutzende wurden verhaftet. Ende Juli besetzten MRTA-Guerilleros kurzzeitig das dpa-Büro in Lima. Mitte August wurden Bombenanschläge gegen den Präsidentenpalast und gegen ein Polizeifahrzeug verübt. Über zwei kurzzeitig besetzte Radiosender rief die MRTA die Bevölkerung Limas zur Plünderung von Supermärkten auf.

Am 9.1.1990 erschoß ein Kommando der MRTA den ehemaligen Verteidigungsminister, General Enrique López Albújar, der am 28.4. des Vorjahres verantwortlich für den Exekutionsbefehl der MRTA-Gefangenen gewesen war. Im Juli 1990 gelang es Victor Polay, zusammen mit 46 GenossInnen durch einen 300 m langen Tunnel aus dem Gefängnis Canto Grande zu entfliehen. Der Stollen war mit Hilfe von Bergarbeitern von außen gegraben worden. Am 15.10. besetzten 120 streikende ArbeiterInnen in Lima das Werk der Carbolan S. A., dem Peruanischen Pelikan-Ableger. Der Konflikt hatte sich an der Forderung der Beschäftigten nach einem Inflationsausgleich (Inflationsrate 1989: 11.000%) entzündet. Der als korrupt geltende Richter Cesar Ruiz Trigoso ordnete die polizeiliche Räumung des besetzten Werks an, wobei er gegen bestehende gesetzliche Bestimmungen verstieß. Bei der mit Kampfpanzern und Schußwaffen durchgeführten Räumung wurden mehrere BesetzerInnen z.T. schwer verletzt und 28 Frauen und Männer in Haft genommen. Ein MRTA-Kommando erschoß den Richter Ruiz Trigoso Mitte November 1990.

Mitte Mai 1991 berichtete AFP über eine militärische Offensive der MRTA im Nordosten Perus. Dabei seien die Ortschaften Saposoa, Tarapoto, Rioja und Mayobamba angegriffen, mehrere Menschen getötet und zahlreiche Dorfbewohner und Polizisten verschleppt worden. Weite Teile der Bevölkerung seien in Panik geflüchtet,

zahlreiche öffentliche Gebäude gesprengt worden. Die MRTA hält dagegen, daß lediglich einige Polizisten mitgenommen und später der katholischen Kirche übergeben worden seien.

Seit Ende der 80er Jahre dehnte die MRTA ihr Betätigungsfeld auf ländliche Regionen aus. Im Departement San Martin hatte sich eine starke Volksbewegung gegen die Zentralregierung in Lima gebildet. Die MRTA unterstützte die Autonomiebestrebungen und etablierte sich in vielen Dörfern als Ordnungsmacht. In San Martin liegt das Huallaga-Tal, ein traditionelles Kokaanbaugebiet. Nachdem Kokainhändler auf des Huallaga-Tal aufmerksam geworden waren, explodierte die Erntemenge. Spätestens 1992 wurden immer wieder Berichte veröffentlicht, wonach die MRTA kräftig am Drogenhandel mitverdiene. Sie selber weist die mit der Begründung zurück, der Kokaanbau richte schweren ökologischen Schaden an (Bodenverarmung, Vergiftung der Flüsse durch die Kokafabriken). Daher stehe der massive Anbau im Gegensatz zum Interesse der Bevölkerung.

Am 12.2.1992 beschädigte eine explodierende Autobombe die US-Botschaft in Lima erheblich. Nach Angaben eines Polizeisprechers wurden bei der Aktion, die der MRTA zugeschrieben wurde, zwei Sicherheitsbeamte schwer verletzt. Im April 1992 setzte Fujimori die Verfassung außer Kraft, löste das Parlament auf und kündigte an, für 12-18 Monate mit Ausnahmegesetzen zu regieren. Rundfunk- und Fernsehstationen wurden von der Armee besetzt und z.T. geschlossen. Es kam zu Verhaftungen von oppositionellen Parlamentariern und sechs unbequemen Juristen. Geschlossen wurden Büros von Oppositionsparteien sowie von Gewerkschafts- und Massenbewegungen. Die Armee übernahm die Kontrolle über die Gefängnisse. Fujimoris Vorgehen wurde weltweit verurteilt. Die USA setzten ihre Wirtschafts- und Militärhilfe aus.

Militärische Rückschläge

Doch im Kampf gegen den Sendero Luminoso und die MRTA konnte Fujimori Erfolge vorweisen. Abimael Guzman, der Vorsitzende des Leuchtenden Pfades wurde in Lima verhaftet. Dort erwischte es am 10.6. auch Victor Polay Campos. Bereits Mitte April war die Nummer zwei der MRTA, Peter Cardenas Shulte, festgenommen worden. Ende Mai hatte die Polizei ein Computerzentrum der Rebellen entdeckt und dabei wichtige Informationen über die innere Struktur der MRTA erhalten.

Weihnachten 1992 kam es in verschiedenen Teilen des Landes zu Massenfestnahmen von über 1.100 Menschen. Allein in der Hauptstadt Lima wurden 700 Personen inhaftiert, von denen nach Angaben der Polizei mindestens 20 dem Leuchtenden Pfad oder der MRTA angehören. Am 25.5.1993 wurden wieder erbitterte Gefechte zwischen der MRTA und der Armee gemeldet. Die Regierung verlängert den Ausnahmezustand in weiten Teilen des Landes.

Im April 1995 gewann Fujimori die allgemeinen Wahlen in Peru mit über 60% der gültigen Stimmen. Organisatorische Mängel und Wahlbetrug waren unübersehbar. Der ehemalige UNO-Generalsekretär Perez de Cuéllar bekam mit inoffiziell 21,3 Prozent nicht einmal halb so viele Stimmen wie der Sieger. Der Prestigeverlust der traditionellen Parteien, die Erfolge im Kampf gegen die Guerilla und die Währungsstabilisierung wurden als die wichtigste Ursachen des Fujimori-Sieges genannt. Er erklärte, daß die extrem liberale Wirtschaftspolitik fortgesetzt werde, und daß die Zuständigkeit der Militärgerichtsbarkeit für bestimmte Verbrechen bestehen bleibe, bis die beiden Guerilla-Bewegungen Sendero Luminoso und MRTA gänzlich besiegt seien.

Im Juli 1995 verkündete Fujimori dann den endgültigen Sieg über den Terrorismus und die Vernichtung der MRTA. Doch am 30.11. desselben Jahres wurden in Molina, einem Stadtteil von Lima, 30 Tupac Amarus verhaftet, die das Parlamentsgebäude besetzen wollten, um die Abgeordneten gegen die MRTA-Gefangenen auszutauschen. Gegenwärtig verfügt die MRTA noch über eine Guerillafront in der Selva Central sowie über wenige Kommandos, die landesweit agieren können. Die Finanzierung der Organisation erfolgte in den letzten Jahren u.a. durch Entführungen von Geschäftsleuten und Erpressung eines Lösegeldes. Wenn man die Berichte von amnesty international oder anderen Menschenrechtsorganisationen durchsieht, dann läßt sich feststellen, daß die MRTA in bezug auf Menschenrechtsverletzungen - verglichen mit Sendero und der Regierung - relativ wenig vorzuwerfen ist. Dennoch gibt es vereinzelte Berichte über die Ermordung und Folterung entführter Personen oder die willkürliche Tötung von Personen bei Angriffen. Es darf aber wohl angenommen werden, daß es sich dabei um Ausnahmen handelt. Terroristische Aktionen gehören nicht zur politisch-militärischen Strategie der Tupac Amarus.

Die aktuelle Strategie

Die MRTA bestreitet nicht, daß sie in den vergangenen drei Jahren schwere Rückschläge hat hinnehmen müssen. Ihr Eu-ropa-Vertreter Isaac Velazco kennzeichnet diese Periode als taktischen Rückzug: "Als Folge der großen militärischen Offensiven der peruanischen Armee, der Repression gegenüber der Bevölkerung und der neoliberalen Politik standen wir mit sehr verringerter sozialer Basis da. Wir beschlossen, den Großteil der politischen und militärischen Strukturen in ländlichen Gebieten im Zentrum Perus, in der Selva Central, zu konzentrieren. Im restlichen Land blieben nur Kommando- und Milizstrukturen, die eine intensive politische und organisatorische Arbeit in Stadtteilen, mit Bauern und Arbeitern durchführen. (...) Heute sieht sich die Regierung der Situation gegenüber, daß wir in den letzten Jahren die politische Arbeit und die politisch-militärische Ausbildung neuer Kämpfer und Kader fortgesetzt haben und nie so angeschlagen waren, wie der Staat dachte."

Und zur Programmatik: "Natürlich bedarf die Transformation einer Gesellschaft der Zerstörung des alten Staates und des Aufbaus eines neuen. Das heißt, man muß die Macht übernehmen. Aber die Macht übernehmen für wen? Wozu? Und zu wessen Nutzen? Da liegt die zentrale Frage. Die Antwort lautet: Die Macht muß in den Händen der Arbeiter von Stadt und Land liegen. Es muß eine partizipative Demokratie geben. Mechanismen der Volksmacht müssen hervorgebracht werden. Und das praktizieren wir seit Jahren." (jW, 30.12.)

Im Zusammenhang mit der Geiselnahme in Lima wird viel über eventuelle Friedensverhandlungen zwischen MRTA und Regierung spekuliert. Bisher hat die Fujimori-Regierung dies immer ausgeschlossen. Und auch die MRTA-Vertreterin Norma Velazco gibt sich noch entschieden: "Die Militanten der MRTA (...) lehnen Friedensgespräche mit der Regierung kategorisch ab. Das betrifft alle MRTA-Mitglieder von der Basis bis zur Führung. Der revolutionäre Kampf für die Veränderung der Gesellschaft ist und bleibt notwendig."

kuk

7. Mein Gott, Walter! Elsässer/Wagenknecht und die Rekonstruktion des Kommunismus. Rezension

Autor: Ivo Bozic · Rubrik: Westdeutsche Linke allgemein; PDS; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak398/05.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:398:05

Die eine gilt als stalinistische Betonkopfkommunistin, der andere als antideutscher Vulgärmarxist. Beide haben mehr politische Feinde als Freunde und lieben es zu polarisieren. Dennoch werden sowohl die Wortmeldungen von Sahra Wagenknecht als auch die von Jürgen Elsässer von nicht wenigen mit Interesse verfolgt. Wagenknecht findet Aufmerksamkeit wegen ihrer schon originellen Sturheit, Elsässer wegen seiner sturen Originalität. Nun haben beide zusammen ein Buch geschrieben ("Vorwärts und vergessen?", Konkret-Verlag) das den Anspruch erhebt, ein "Startzeichen für die Rekonstruktion einer kommunistischen Perspektive" zu sein. Streitgespräche, Artikel und Vorträge sind so hintereinander plaziert, daß sich tatsächlich eine Diskussion ergibt.

Wer nun meint, aus der Tatsache, daß Wagenknecht und Elsässer zum großen Teil die selben Feinde haben, eine politische Harmonie ableiten zu können, wird aber eines besseren belehrt. Zwar gibt es sicher weiter auseinandergehende Positionen als die von Wagenknecht (Kommunistische Plattform der PDS) und dem Ex-KBler Elsässer, doch von Einheit statt Klarheit kann in dem Buch nicht die Rede sein. Dabei kommt vor allem Elsässer die Konstellation zugute. Neben der ultraorthodoxen Wagenknecht, die Seite über Seite die Losung "Wir wollen unsern guten Walter Ulbricht wieder haben!" zelebriert, kann sich Elsässer als anarcho-marxistischer Sponti präsentieren. So plädiert er für die Vernichtung sämtlicher Uhren, lobt den Pariser Mai '68, verflucht die "Hölle der Kleinfamilie", kritisiert, daß "spießige Marxisten-Leninisten den chaotisch-revoluzzerhaften SDS zerstörten", will den Staat grundsätzlich abschaffen und freut sich über eine Annäherung der Anarchisten und Kommunisten. Letztlich löst er sein Sammelsurium aus Karl Marx und John Lennon dialektisch auf: "Die Kommunisten Leninscher Tradition organisierten zwar erfolgreich zahlreiche Revolutionen, scheiterten aber an den von ihren Bewegungen aufgebauten oder tolerierten Machtstrukturen. Die Anarchisten wiederum erreichten zwar einen weitgehenden Abbau von Machtstrukturen in ihren Bewegungen, brachten aber keine Revolution zustande. Vielleicht müssen beide voneinander lernen, wenn es künftig klappen soll." Konkret sieht Elsässers Synthese so aus: "Eine kommunistische Bewegung kann nur als situationistisch-anarchistische groß werden - und nur als marxistisch-leninistische siegen."

Ansonsten baut Elsässer wie gewohnt auf den Hauptwiderspruch Ökonomie und verurteilt das "theoretische Deckchensticken luxuriöser Nebenwidersprüche", weil die Leugnung der Klassenwidersprüche den Nationalismus befördere. Und an diesem Punkt läuft sich Elsässer selbst in die Falle. Denn sein eigentlicher Hauptwiderspruch ist seit langem der Nationalismus. Angeblich ist das für ihn rein taktisch: "Aus der richtigen Erkenntnis, daß die Gesellschaft durch den ökonomischen Hauptwiderspruch strukturiert wird, sollten die Kommunisten deshalb nicht die falsche Schlußfolgerung ziehen, daß hier am leichtesten polarisiert werden kann." Doch wenn man Elsässers Abrechnung mit dem Deutschnationalismus der SED und seiner Einschätzung der ständig potentiell faschistischen deutschen Arbeiterschaft folgt, dann wird klar, daß die Nation, und nicht das Kapital sein Hauptgegner ist.

Auch und gerade Sahra Wagenknecht widmet sich den angeblichen Nebenwidersprüchen. Doch leider versteht sie nicht so recht, worum es da geht. Da spricht sie vom Nord-Süd-Konflikt, der selbstverständlich eine Folge der kapitalistischen Produktionsstrukturen ist, und versucht damit den Rassismus als eigenständiges Unterdrückungsverhältnis zu negieren. Die DDR sei nicht rassistisch gewesen, weil sie den Trikont selbstlos unterstützte. Und außerdem habe "auf den Straßen der DDR kein Ausländer und kein Farbiger Angst haben" müssen, von Nazis überfallen und erschlagen zu werden. Dabei lag das nicht daran, daß es keine Rassisten gegeben hat, sondern im Verhältnis zur BRD fast keine Ausländer. Wenn man sich die Ausländerpolitik vor 1990 anschaut, dann war die BRD geradezu eine Multi-Kulti-Gesellschaft im Vergleich zur beinahe ausländerfreien Zone DDR.

Das Unterdrückungsverhältnis Patriarchat reduziert Wagenknecht auf die Arbeitsmöglichkeiten für Frauen in der DDR. In der Tat ist das ein wichtiger Punkt, in dem die DDR der BRD weit überlegen war. Doch daß Frauenunterdrückung bereits beim Rede- oder Sexualverhalten - in der Familie - anfängt, kommt bei Wagenknecht nicht vor.

Die 27jährige PDS-Kommunistin baut ihren ganzen Sozialismus auf ein Fundament fauliger DDR-Nostalgie: "... dann und nur dann, wenn sie (die ostdeutsche Identität; Anm. I.B.) ihre Ablehnung des Bestehenden aus einem positiven Rückbezug auf die DDR formuliert; nur dann kommt nämlich auch für die Zukunft die sozialistische Systemalternative in den Blick". Durch die Provokationen Elsässers kommt Wagenknecht erst so richtig aus der Defensive. Es gehe "doch nicht um eine Überwindung des Glaubens an den Staat oder gar die Familie, sondern es geht darum, daß die Rolle des gegenwärtigen Staates durchschaut wird". Es bringe gar nichts "abstrakt gegen den Staat zu schimpfen". Elsässer antwortet mit antiautoritären Erkenntnissen und versucht Wagenknecht auf den Stand des linken Diskurses in der BRD Ende der 70er zu bringen, also auf seinen Stand.

Doch halt! Zumindest eine wichtige neue These stellt Elsässer doch auf: "Der Reformismus ist tot", verkündet der junge- Welt-Redakteur. Mit Zahlen versucht er zu belegen, daß die Kassen wirklich leer seien, das Umverteilungsgerede von Gysi und Co. daher Populismus und die Standortfrage innerhalb des Kapitalismus real. Daher sei der Kommunismus das "Minimalprogramm ökonomischer Besserung". Wenn dies aber so ist, dann gilt es, ganz neue Strategien zu entwickeln, gerade im Kampf gegen den Sozialabbau. Dann dürfen sich Linke nicht mehr mit Parlamentarismus abgeben, dann müßte Politik durch und durch revolutionär sein. Über die PDS bräuchte man sich keinen Kopf mehr zu machen. Klarheit statt Einheit könnte die Losung sein, wenn systemimmanent eh nichts mehr zu erkämpfen wäre.

Gleichzeitig zeichnet Elsässer aber auch die Bedrohung durch den latenten Faschismus auf, sieht die Gefahren einer Faschisierung wachsen. Kommt man aber zu einer Krisen- und Faschisierungsanalyse, ist der Schulterschluß mit allen Demokraten notwendiger denn je. Eine spannende und für die "Rekonstruktion einer kommunistischen Perspektive" entscheidende Frage. Leider wird sie erst auf den letzten Seiten des Buches aufgeworfen. Eine Diskussion bleibt zunächst aus. Doch die muß auf jeden Fall geführt werden.

Ivo Bozic

Sahra Wagenknecht/ Jürgen Elsässer, "Vorwärts und vergessen? - Ein Streit um Marx, Lenin, Ulbricht und die verzweifelte Aktualität des Kommunismus", Konkret-Verlag, Hamburg 1996, 142 Seiten, 19,80 DM

8. Die Zellen sind in Wirklichkeit Gräber ...

Autor: Peter Nowak, kuk · Rubrik: Peru · CD-Datei: daten/aksuche/ak398/27.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:398:27

... in denen die Gefangenen langsam zugrunde gehen. - Diese Feststellung stammt von Otilia Campos de Polay, der Mutter des inhaftierten MRTA-Führers Victor Polay. Ähnlich sehen das zahlreiche Menschenrechtsorganisationen, die sich seit Jahren für eine Verbesserung der Haftbedingungen in den peruanischen Gefängnissen einsetzen. Amnesty internatonal (ai) beispielsweise protestiert schon seit 1992 gegen die von Fujimori erlassenen Antiterrorismusgesetze, unter denen mindestens 5.000 politische Gefangenen in unfairen Prozessen zu langen Haftstrafen verurteilt worden sind. Der MRTA werden zwischen 400 und 500 der Gefangenen zugerechnet. Die konkreteste Angabe findet sich in der FR, die von 442 verurteilten Personen, darunter 89 Frauen und 353 Männer, spricht.

Daß das Leben von Gefangenen in Peru nicht viel wert ist, weiß eine breite Öffentlichkeit spätestens seit Juni 1986 (damals fand gerade eine Sitzung der Sozialisten Internationale in Lima statt), als Sicherheitskräfte eine Gefängnisrevolte militanter PCP-Mitglieder niederschlugen und etwa 100 Menschen töteten. Ähnliches wiederholte sich am 6.5.1992 (diesmal unter Fujimori), als bei dem Sturm auf zwei von der PCP kontrollierten Flügel des Miguel-Castro-Castro Gefängnisses 40 Häftlinge und zwei Polizisten ums Leben kamen. Seitdem ist wenig über die Situation in den Knästen berichtet worden.

Um diesen Zustand zu ändern, wiesen Norma und Isaac Velasco, die Europa-Vertreter der MRTA, bereits am 27.11. bei einer Veranstaltung in Berlin auf die unmenschlichen Haftbedingungen in Peru hin. Gegen die linken Bewegungen wird mit Sondergesetzen vorgegangen: Wer des Terrorismus oder der Vaterlandverrats verdächtig ist, muß sich vor einem Militärgericht verantworten. Das Verfahren dauert in der Regel nicht länger als einen Tag, ein Verteidiger ist nicht zugelassen, die Richter sind vermummt. In vielen Fällen reicht die Denunziation eines übelwollenden oder eines gefolterten Mitmenschen aus, um zu 20 Jahren Gefängnis verurteilt zu werden. Allein 1994 übernahmen die Menschenrechtsorganisationen die Verteidigung von 700 Personen, die erwiesermaßen unschuldig unter den obengenannten Vorwürfen verurteilt worden sind.

Maßgeblich für die hohe Zahl von Verhaftungen und Verurteilungen ist das Reue-Gesetz (Ley de arrepentimiento), das im Mai 1992 in Kraft trat. Verhaftete, die bereit sind, 15 Namen von anderen "Terroristen" zu nennen, können mit Vergünstigungen im Prozeß rechnen, wenn ihre Denunziation zu Verhaftungen führt. Ai beklagt, daß die Beschuldigungen von der Polizei in vielen Fällen nicht überprüft worden sind.

Die Haftbedingungen

Im ersten Jahr nach der Verurteilung darf der/die Gefangene keine Besuche empfangen. Danach haben direkte Angehörige das Recht, eine halbe Stunde im Monat zu Besuch zu kommen, Kinder dürfen dies alle drei Monate für eine halbe Stunde. Der Hofgang für Gefangene dauert eine halbe Stunde pro Tag. Es gibt weder Radio noch Fernsehen und kein Recht auf medizinische Behandlung. Für Ernährung stehen den Justizbehörden täglich umgerechnet DM 1,20 pro Gefangenem/r zur Verfügung. Das reicht für eine Tasse Tee und ein Stück Brot zum Frühstück, sowie für eine Suppe oder einen Teller Bohnen zum Mittag. Abendessen gibt es für die MRTA-Gefangenen grundsätzlich nicht. Oft sind die Lebensmittel verdorben, die Wächter geben Ratten, Scherben oder Kakerlaken dazu.

Frauen haben bereits in den antikolonialen Kämpfen eine wichtige Rolle gespielt. In der tupacamaristischen Revolution von 1780 übten sie leitende Funktionen aus. Heute sind Frauen in Peru sowohl in der linken wie in der rechten Bewegung aktiv. Tausende von ihnen sitzen in den Knästen, einige weil sie am bewaffneten Kampf teilgenommen haben, andere weil sie in Stadtteil-, Frauen- und ArbeiterInnenorganisationen aktiv waren. Für sie gelten die gleichen Haftbedingungen wie für die Männer, allerdings sind sie sexueller Belästigung und Erniedrigung ausgesetzt. Ein weiteres Problem ist der Mangel an Wasser. Jeder/m Gefangenen stehen nur 2 Liter pro Tag zur Verfügung. Damit müssen sie Körperpflege, Wäschereinigung und Flüssigkeitsaufnahme erledigen.

Die miserablen hygienischen Bedingungen sind u.a. Ursache für viele Erkrankungen.

Es gibt 12 Hochsicherheitsvollzugsanstalten in Peru. Eine relativ neue heißt Yanamayo und befindet sich in 4.000 Meter Höhe in den Anden. Die klimatischen Bedingungen dort machen den Gefangenen das Leben

schwer. Der kalte Wind pfeift durch die unverglasten Fenster und hat bei vielen Gefangenen Erkrankungen der Atemwege (Tuberkulose) und des Magens ausgelöst. Auch hier fehlt jegliche ärztliche Betreuung. In Yanamayo ist auch die amerikanische Journalistin Lorie Berenson (siehe ak 389) inhaftiert. Viele MRTA-Gefangenen sind mit 20 bis 30 Personen in einer Zelle zusammengepfercht, die eigentlich für 10 Häftlinge vorgesehen ist. MRTA-Gefangene aus dem Knast Miguel Castro Castro (Lima) beklagen in einem offenen Brief vom November 1996, daß sie mit Gefangenen des Sendero zusammengelegt worden seien. Dies führe zu ständigen Auseinandersetzungen untereinander. Außerdem seien inzwischen 80% der Gefangenen an Magen-Darm- oder Leberschäden erkrankt. Körperkontakt mit Angehörigen werde durch Trennscheiben während der Besuche unterbunden.

Härtere Haftbedingungen für MRTA-FührerInnen

Die wichtigsten MRTA-FührerInnen sitzen in dem Knast, der sich innerhalb des Marinestützpunktes der Hafenstadt Callao befindet. Maria Lucero Cumpa befindet sich seit Jahren in totaler Isolation, weil sich ihre Familie von ihr distanziert hat, und nach den Bestimmungen des Terrorismusgesetzes nur Familienangehörigen der Besuch erlaubt ist.

Der Gründer und langjährige Führer der MRTA, Victor Polay, wurde 1993 zu lebenslanger Haft verurteilt und ist ebenfalls in Callao inhaftiert. Seine Mutter berichtet, daß Victor und Peter Cardenas, ein weiteres Führungsmitglied, mit Elektroschocks gefoltert worden seien. Bei Mißhandlungen habe ihr Sohn einen Schulterbruch erlitten. Während der Überführung aus dem Gefängnis Yanamayo nach Callao öffneten die Bewacher eine Flugzeugtür und drohten, Cardenas und Polay lebendig aus dem Flugzeug zu werfen.

Polays Zelle liegt acht Meter unter der Erde. In der zwei mal vier Meter großen Zelle befinden sich ein Bett und eine Latrine. Es gibt kein elektrisches Licht. Durch ein 15 cm großes Loch in der Decke dringen etwas Licht und Luft in die Zelle. Die halbe Stunde, in der Polay die Zelle für den Hofgang, der ganz alleine erfolgt, verlassen darf, ist die einzige Gelegenheit, etwas zu Lesen. Verboten ist alles, was im Entferntesten mit Politik zu tun hat. Seine Mutter durfte Polay erstmals 14 Monate nach der Verlegung nach Callao besuchen. Seine Kinder können ihn alle vier Monate sehen.

1993 wurde den Gefangenen des Sendero und der MRTA ein "Friedensangebot" unterbreitet. Im Gegenzug zur bedingungslosen Kapitulation und der Unterzeichnung eines Dokuments, in dem der bewaffnete Kampf "bereut" wird, ist eine Verbesserung der Haftbedingungen (größere Bewegungsfreiheit im Gefängnis, Schreibpapier) angeboten worden. Während dies im Sendero zu einer Organisationsspaltung führte, nachdem sich Abimael Guzman angeblich darauf einließ, haben die Mehrzahl der MRTA-Gefangenen - darunter sämtliche FührerInnen - dies zurückgewiesen und sind seitdem verschärften Haftbedingungen ausgesetzt.

Beschwerden von UNO-Institutionen, verschiedener Menschenrechtsorganisationen sowie der Organisation Amerikanischer Staaten haben nichts an den Haftbedingungen ändern können. Francisco Soberon, Leiter des peruanischen Menschenrechtskomitees, weist darauf hin, daß jede/r, der/die die Zustände in den peruanischen Gefängnissen kritisiert, von der Regierung sofort als Sympathisant des Terrorismus eingeordnet wird. Von einer machtvollen internationalen Solibewegung, die für die Gefangenen eine große Hilfe sein könnte, kann zur Zeit keine Rede sein. Die MRTA setzt sich für die Rechte aller politischen Gefangenen ein, d.h. auch für die der unabhängigen Gefangenen und die der Kommunistischen Partei Perus (PCP). Wie die Aktion in Lima zeigt, glauben die Tupac-Amarus inzwischen nicht mehr daran, daß mit legalen Mitteln oder auf dem Verhandlungsweg eine Verbesserung der Haftbedingungen, ganz zu schweigen von einer Freilassung, zu erreichen ist.

Nach der Besetzung

Am 15.12. traten zahlreiche MRTA-Gefangenen in einen unbefristeten Hungerstreik, um eine Verbesserung ihrer Haftbedingungen zu erreichen. Auf die zwei Tage später erfolgende Geiselnahme reagierte die peruanische Regierung mit einer Verschärfung des Haftregimes. Sämtliche MRTA-Gefangenen unterliegen für den Monat Januar einer Kontaktsperre. Das Rote Kreuz, das seit 1993 die Gefangenen betreut, erhält keinen Zutritt mehr zu den Knästen. Eine Amnestiekommission hatte zu Weihnachten die Entlassung von 80 Gefangenen in die Wege geleitet, die nachweislich zu Unrecht verurteilt worden waren. Nach der Geiselnahme hat die Regierung die Freilassung ausgesetzt. Die Petition der Kommission, geringfügige Verbesserungen der Haftbedingungen zuzulassen, wurde abgelehnt.

Peter Nowak/kuk

9. Ideologie und Praxis der Vertreibungspolitik in Hamburg. Soziale Zonierung des öffentlichen Raums

Autor: Dirk Hauer, Pia Peddinghaus · Rubrik: Sozialpolitik; Polizeistaat/Polizeiterror; SPD · CD-Datei: daten/aksuche/ak398/11.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:398:11

"Eine Drucksache außer Kontrolle", so titelte das Hamburger Abendblatt vom 19.10.1996. Anlaß war die unerwartet lang anhaltende und heftige öffentliche Debatte um den berühmt-berüchtigten Senatsdrucksachenentwurf "Maßnahmen gegen die drohende Unwirtlichkeit der Stadt". Seit Juli diesen Jahres kursierte dieses vertrauliche Papier der Innenbehörde, als dessen eigentlicher Drahtzieher der Erste Bürgermeister Henning Voscherau gilt. Zur Erinnerung (1): Hintergrund des Textes ist eine Befragung der Hamburger Polizeireviere und eine "Kriminologische Regionalstudie" des LKA in Altona, St. Georg, Billstedt und Bergedorf zur "Beeinträchtigung des Sicherheitsgefühls der Bürgerinnen und Bürger". Die Polizei und die Innenbehörde fassen dabei Bettelei und Hundescheiße, Drogenszene und wilde Müllkippen, Graffitis und Schrott-Autos zu einem Paket der "Unwirtlichkeit der Stadt" zusammen. Es ist zum einen dieses sozialhygienische Vokabular in dem Papier, das Empörung verursacht, und das von einigen Sozialdemokraten wie z.B. dem Bürgerschaftsabgeordneten Holger Christier (SPD) als "unglückliche Wortwahl" bezeichnet wird.

Am 29.10.1996 erklärte der Senat - sicherlich unter dem Eindruck der öffentlichen Kritik und der heftigen Auseinandersetzungen in der SPD - diesen Drucksachenentwurf für erledigt. In einer neuen Drucksache sollen polizeilich-repressive Instrumente zur "Sauberhaltung der Stadt" nur noch geprüft werden. Ansonsten stehen - in der Praxis oft nicht minder repressive - sozialpolitische Maßnahmen im Vordergrund, mit denen Bettelei, Graffiti-Sprayerei und offene Drogenszene bekämpft werden sollen. Nichtsdestoweniger läßt der Erste Bürgermeister in einer persönlichen Erklärung keinen Zweifel daran aufkommen, daß er eine polizeiliche Lösung von offener Armut und Verelendung auch weiterhin anstrebt: "Nach meiner festen Überzeugung brauchen wir - mehr als in früheren, leichteren Zeiten - ... eine starke Demokratie mit Maß und Mut zu konsequenterem Durchgreifen gegenüber Fehlverhalten im Einzelfall." (persönliche Erklärung Voscheraus vom 29.10.1996). In Zeiten zunehmender sozialer Polarisierung und sozialer Konflikte will Voscherau die "wehrhafte Demokratie" oder - mit etwas anderen, aber richtigeren Worten - Polizei und Justiz als offene und direkte Instrumente der Klassenherrschaft. In der Pressekonferenz vom 29.10.1996 stellte Voscherau demzufolge auch klar, daß er natürlich davon ausgeht, daß die erwähnten "Prüfungen" zu dem Ergebnis führen, daß Rechtsgrundlagen für polizeiliches Vorgehen existieren und angewandt werden.

Privatisierung

des öffentlichen Raums

Was Voscherau damit sehr deutlich androht, ist die ungebrochene Aktualität der "Vertreibungsdrucksache" in der zukünftigen (sozial-)politischen Auseinandersetzung in Hamburg. Es lohnt sich daher, die Logik dieses Drucksachenentwurfs näher zu betrachten.

Der Drucksachenentwurf geht von einem sozialhygienischen Vokabular über zu einer unmißverständlichen sozialhygienischen Praxis: Das Ziel ist erklärtermaßen die Bekämpfung der sichtbaren Erscheinungsformen von zunehmender Armut und Elend, die Verhinderung von "Konzentration und Verfestigung" sowie das "Sauberhalten" "repräsentativer Räume" und "Visitenkarten der Stadt". Dafür werden nicht nur neue ordnungspolitische Instrumente gefordert, sondern auch auf den Ausbau der "Sicherheitspartnerschaft Bürger und Polizei", auf neue Ordnungsdienste und privat finanzierte Wachdienste gesetzt. (alle Zitate aus dem Drucksachenentwurf des Senates)

Was der Senatsdrucksachenentwurf ganz unverhohlen anstrebt, ist die Vertreibung verelendeter und verarmter bzw. nach den herrschenden Normen sozial auffälliger Menschen aus bestimmten Regionen der Stadt, nämlich aus den "repräsentativen Räumen" und den "Visitenkarten". Vertreibungspolitik ist in dieser Logik ein ganz nüchterner politökonomischer Standortfaktor. In erster Linie kommt es darauf an, daß die Stadt der Reichen und Wohlhabenden schöner und lebenswerter wird. Reichtum soll sich ungestört präsentieren können, und Reichtum soll ungestört konsumiert werden können. So hat Ulf Kalkmann, Sprecher des Hamburger Einzelhandelverbandes, nichts gegen Bettelei in Wohngebieten (Blankenese oder Alstertal wird er nicht meinen), wohl aber sollen Bettler aus den Shopping-Meilen der Innenstadt vertrieben werden: "Allerdings

bin ich der Meinung, daß es gewisse Einschränkungen geben sollte und diese vertretbar sind. In unmittelbarer Nähe von Einzelhandelsgeschäften sollte Betteln nicht möglich sein. Das Einkaufen ist für viele auch eine Angelegenheit des Gefühls, der situativen Entscheidung. Die pure Anwesenheit von Bettlern könnte potentiellen Kunden so etwas wie ein schlechtes Gewissen machen... und sie beim Kaufen beeinträchtigen. Außerdem geht es mir um das Gleichheitsprinzip. Auch der Einzelhandel hat ein Recht auf freie Entfaltung - und die wird nun einmal beeinträchtigt, wenn z.B. an den Eingängen von Geschäften Bettler sitzen. Auch durch seine Umsätze erfüllt der Einzelhandel eine gesellschaftliche Funktion - Rückgänge schaden der Volkswirtschaft und damit im Grunde allen." (Morgenpost vom 12.10.1996). Mit einem gewissen Neid blickt Herr Kalkmann auf die Geschäftspassagen im Hanseviertel, wo private Wachdienste rigoros das Hausrecht der Ladeninhaber gegen Bettler durchsetzen können: "Die Straße gehört allen, und alle dürfen sie benutzen, aber bitte nicht zu Lasten anderer (...) Ich meine nicht zu Lasten der Geschäfte und damit aller in der Stadt. Wenn in den Passagen nicht gebettelt werden darf, weil die Eigentümer dort Hausrecht haben, erleidet die Einkaufsstraße einen Wettbewerbsnachteil. Bettler schaden bereits durch ihre Anwesenheit." (Interview in der TAZ-Hamburg vom 11.10.1996).

Vor diesem Hintergrund entfaltet die Senatsdrucksache ihre eigentliche Logik letztlich in der Zonierung der Stadt nach sozialen Kriterien, in einer Quasi-Privatisierung des öffentlichen Raums. Bestimmte Quartiere, Viertel und Straßenzüge werden für Menschen mit bestimmten sozialen Merkmalen wie Drogenabhängigkeit, Verelendung, Hautfarbe o.ä. schlicht gesperrt. Mit der Drucksache soll diese soziale Apartheid mit offener armenpolizeilicher Repression durchgesetzt werden. Das elementare Grundrecht auf Freizügigkeit wird an die Einkommenshöhe und an sozial angepaßtes Verhalten gekoppelt. Am Ende einer solchen Entwicklung stehen dann videoüberwachte und hightech-gesicherte Straßen, Plätze und Stadtteile, die von Polizei, kommunalen Ordnungsdiensten und privaten Wachdiensten kontrolliert werden. Während diese "Reichenghettos" aber eben nicht bedeuten, daß die Freizügigkeit ihrer Bewohner juristisch oder polizeilich eingeschränkt ist, so gilt das tendenziell für die Armutsbevölkerung nicht mehr: In der inneren Logik einer solchen Politik von Vertreibung und Zonierung des öffentlichen Raums liegen letztendlich auch regelrechte, polizeilich und sozialpolitisch kontrollierte Zwangsghettos für die Armutsbevölkerung der Stadt, auch wenn dies politisch nicht geplant und praktisch auch nicht erkennbar ist.

"Gesunde Stadtteile" und "Wegelagerei"

Bei aller öffentlichen Aufregung über diesen Text der Innenbehörde wird leicht übersehen, daß eine Politik der repressiven Ausgrenzung und der Vertreibung in Hamburg durchaus Vorläufer hat. Und dies gilt genauso für die sozialhygienischen Denkmuster, mit denen die Vertreibungsdrucksache begleitet und begründet wurde.

Bereits 1992/93 ging eine extra gebildete Sondereinheit der Polizei (KORA) u.a. mit Platzverweisen gegen Junkies in St. Georg vor. Ebenfalls seit 1992/93 ist der Hauptbahnhof für Schwarze faktisch eine no-go-area. Kurz vor Weihnachten 1993 gab der Hamburger Bürgermeister Henning Voscherau der Bild-Zeitung ein Interview, in dem er dafür eintrat, "gefährdete Stadtteile vor ungesteuertem Zuzug zu schützen." Beispielsweise müsse Wilhelmsburg für AusländerInnen gesperrt werden, um eine Verslumung zu verhindern, dafür sei im Zweifel auch eine Grundgesetzänderung notwendig. Nach dem ersten Aufschrei verschlimmbesserte sich der Erste Bürgermeister gegenüber dem NDR: Es ginge nicht speziell um die Einschränkung der Freizügigkeit für Ausländer. Vielmehr müsse auch ein zu hoher Anteil von Langzeitarbeitslosen und Sozialhilfeempfängern in bestimmten Quartieren verhindert werden. Entgegen den ersten Kommentaren, in denen die Presse nahezu unisono die "Ausländerfeindlichkeit" Voscheraus geißelte, ist der Kern der bürgermeisterlichen Ergänzungen der Presse kaum eine kritische Würdigung wert gewesen. Sie offenbarte den Klassencharakter einer solchen sozialhygienischen Ordnung des städtischen Raums, der viel eher mit "Sozialrassismus" umschrieben werden könnte. "Rassismus" im engen Sinne oder gar "Ausländerfeindlichkeit" greifen bei der Analyse zu kurz. Die Botschaft war unmißverständlich und ist damals nicht zufällig von den Reps begeistert gefeiert worden: Bestimmte Bevölkerungsteile werden zu "sozialen Problemgruppen" erklärt. Dabei ist nicht ihre soziale Situation das Problem, sondern die behauptete "Gefährdung" "intakter Stadtteile", die "umzukippen" drohen. Bestimmte Bevölkerungsgruppen gefährden die "gesunde Bevölkerungsmischung" in einem Quartier und werden daher erst ideologisch und dann ganz praktisch ausgegrenzt. Mit dem Ziel der "Durchmischung" beschreibt Voscherau hier durchaus die gängige Orientierung der Hamburg Stadtentwicklungspolitik oder des sogenannten Armutsbekämpfungsprogramms für "vernachlässigte Gebiete". Aber die Logik der Ausgrenzung geht darüber hinaus: Wenn es in bestimmten

Quartieren ein "Zuviel" an Armen gibt und die reichen Viertel eh abgeschottet werden, so bleiben in der Konsequenz für die "zu vielen Armen" eigentlich nur ghettohafte Verhältnisse.

In einem persönlichen Schreiben an den damaligen Leiter des Bezirksamtes Mitte beschwerte sich der SPD-Bürgerschaftsabgeordnete (und damalige ÖTV-Sekretär in der Abteilung Seehäfen) Peter Kämmerer am 14. Juni 1994 über die Verwahrlosung und das "Schmuddelimage" von St. Pauli. Als Sprecher der "Interessengemeinschaft St. Pauli", dem Zusammenschluß der Geschäftsleute und Gewerbetreibenden in St. Pauli, sorgt er sich um die "Stadtstreicherproblematik": "So werden Touristen angepöbelt oder massiv belästigt, in Hauseingänge uriniert, so daß in einigen Nebenstraßen ein infernalischer Gestank herrscht, es werden auf den Gehwegen Nachtlager aufgeschlagen, die den Besucherverkehr hemmen, es gehen von einigen Stadtstreichergruppen erhebliche Lärmbelästigungen aus und vor allem werden Gehsteige in erheblicher Weise verunreinigt." In Kämmerers Augen "liegt hier jedoch in dieser Art von ‚Wegelagerei` ein Verstoß gegen das Hamburger Wegerecht vor", sowie "eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung", so daß das Bezirksamt ordnungspolitisch einschreiten und "diese Art von Störern unverzüglich aus dem öffentlichen Raum vertreiben" müsse.

Rigorose Abschiebung des "Intensivdealers"

Im letzten Herbst begann die Hamburger Polizei, insbesondere die Revierwache 11 in der Kirchenallee, ein "Handlungskonzept St. Georg" des Innensenators umzusetzen: Die sogenannte "offene Drogenszene" am Hauptbahnhof sollte "zerstreut" und der Hauptbahnhof "gesäubert" werden. Vermutete Junkies und Kleindealer erhielten in St. Georg und am Sternschanzenbahnhof Platz- und Gebietsverbote, egal ob sie in den Quartieren wohnten, dort ihren Hausarzt hatten, zur Apotheke oder zur Arbeit gehen wollten. In der öffentlichen Debatte wurde auch hier mit dem "sozial unverträglichen Verhalten" von Junkies und Dealern, mit dem Interesse an einem sauberen Hauptbahnhof und mit (angeblichen) Belästigungen, Beeinträchtigungen und Ängsten "der Bürgerinnen und Bürger in dieser Stadt" argumentiert. Im Eifer des Gefechts zog da ein Abgeordneter der STATT-Partei in der Bürgerschaft auch schon mal die Parallele zum Bundesseuchengesetz oder es wurde vor entstehenden Bürgerwehren in St. Georg gewarnt. Dieser Vertreibungspolitik ging im Frühjahr und Sommer 1995 eine massive Hetze und Medienkampagne gegen nicht-deutsche, vor allem schwarze und kurdische Jugendliche voraus: Angeblich seien alle Schwarzen und 80% der Kurden am Hauptbahnhof Drogendealer. Es wurde die Figur des "Intensivdealers" geschaffen. Das sind Personen, die der Polizei mehrfach - drei- bis fünfmal - im Zusammenhang mit Drogenermittlungen "aufgefallen waren" und denen mindestens einmal Drogenhandel "nachgewiesen" wurde. Dabei war es völlig egal, ob bei ihnen etwas gefunden wurde oder nicht. Und wodurch der "Nachweis des Drogenhandels" erbracht wurde, ist bis heute nicht geklärt. Gerichtliche Urteile wurden jedenfalls nicht abgewartet: Solche "Intensivdealer" wurden rigoros abgeschoben. Das Abschiebeinteresse war so groß, daß staatsanwaltliche Ermittlungen extra eingestellt wurden, um eine schnellere Abschiebung zu ermöglichen. Nachdem etliche Richter die Praxis der Platzverweise und Gebietsverbote z.T. scharf kritisiert hatten, wurde diese rechtswidrige Praxis im Nachhinein durch eine im Winter 1995/96 im Eilverfahren durchgepeitschte Verschärfung des Sicherheits- und Ordnungsgesetzes abgesichert.

Gerade die Geschichte dieses "Handlungskonzeptes St. Georg" zeigt, wie staatliche Maßnahmen und Propaganda die "Ängste und Belästigungen der Bevölkerung" produzieren, mit denen dann Vertreibungspolitik weiter begründet wird. So hat erst die "Zerstreuung" der offenen Drogenszene am Hansaplatz in St. Georg durch die Sondereinheit KORA die Junkies in die Hauseingänge und die Spielplätze in St. Georg getrieben. Das Bündnis von Bewohnerinitiativen, Drogenhilfeeinrichtungen und Stadtteilprojekten, das in St. Georg lange für ein besseres Leben im Stadtteil für alle - ausdrücklich auch für Junkies - gekämpft hatte und über St. Georg hinaus Vorbildcharakter hatte, ist nicht zuletzt auch durch staatliche Politik kaputtgemacht worden.

Ideologischer Klassenkampf

Im momentanen Umbau des traditionellen Sozialstaates geht es nicht nur um Sozialabbau und die Demontage von Sozialeinkommen und sozialen Rechten. Es geht auch darum, auf der ideologischen Ebene die Sozialstaatsidee bzw. bisherige Vorstellungen von sozialer Gerechtigkeit auszuhöhlen und umzudefinieren. (2) Die Elemente einer repressiven Ausgrenzungsstrategie gegenüber verarmten und verelendeten Menschen, bzw. gegenüber "sozial auffälligen" Personen bilden dabei einen Pol in diesem ideologischen Klassenkampf. Hier läßt sich am ehesten der Versuch nachweisen, einen gesellschaftlichen Konsens gegen diejenigen zu

konstruieren, die "der Gemeinschaft" auf der Tasche liegen. Diese "Gemeinschaft" sind die imaginären "kleinen Leute", die "Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt" mit ihren "berechtigten Sorgen" oder auch "die friedlichen, arbeitsamen, steuerzahlenden Bürger" (persönliche Erklärung Voscheraus vom 29.10.1996), deren Werte und Normen definieren, was "sozialverträglich" ist und was nicht. In den Vertreibungsmaßnahmen und ihrer ideologischen Begründung wird ein leistungsfähiger und produktiver gesellschaftlicher Kern beschworen. Voscherau spricht in diesem Zusammenhang gern von den Grundwerten und Zielen der Arbeiterbewegung, zu denen die SPD zurückkehren müsse. "Arbeiterbewegung" à la Henning Voscherau ist dabei ein "Potential an Arbeitskräften ... die diszipliniert und tüchtig sind und nicht zu Streiks oder Fehlzeiten neigen" (Interview im Hamburger Abendblatt, 27.2.1996). Die Bezugnahme auf eine solche Arbeiterbewegung ist immer eine deutliche Kampfansage gegen Randgruppen, Leistungsunfähige und Marginalisierte gewesen. Die Feinde der Voscherau'schen "Gemeinschaft" sind in erster Linie alle die, die nicht fleißig arbeiten und Kosten verursachen. Von der Behauptung einer "Problemgruppe" geht das Muster über in eine gezielte Abspaltung und Ausgrenzung: "die" und "wir", "die" gefährden "gesunde Stadtteile", "die" bringen Verelendung und Verslumung, "die" müssen "wir" uns vom Leib halten. Und wenn erstmal "menschlicher Müll" definiert worden ist wie in der angesprochenen Vertreibungsdrucksache, ist es nur konsequent, wenn er auch wie Müll behandelt wird.

Die Auseinandersetzungen innerhalb der Hamburger SPD, aber auch die Kritik aus Kreisen der Wohlfahrtsverbände zeigen, daß sich dieser offen repressive Pol in der Neudefinition von Sozialstaatlichkeit keineswegs durchgesetzt hat. Gegen eine offen polizeiliche Lösung der "sozialen Frage" steht die Position einer "sozialpolitischen" Lösung, die man vielleicht mit "repressiver Fürsorge" bezeichnen kann: Hier wird die Repression auf die Ebene der Sozial- und Wohnungsämter sowie neuer Formen der Pflichtarbeit bzw. "niedrigschwelligen Arbeit" verlegt. Und nicht zuletzt wird der (Straßen-)Sozialarbeit aufgetragen, Junkies, Bettler, Obdachlose und Verelendete von der Straße zu sammeln.

Die "Vertreibungsdrucksache" und die Kontinuität, in der sie zumindest in Hamburg steht, ist in unseren Augen ein besonders markantes Beispiel dafür, wie die bisherigen Vorstellungen von sozialer Gerechtigkeit oder berechtigten Ansprüchen auf soziale Leistungen und Sozialeinkommen angegriffen werden und wie statt dessen versucht wird, eine aggressiv ausgrenzende Gemeinschaftsideologie durchzusetzen. Es ist uns jedoch wichtig festzuhalten, daß diese "Gemeinschaft" von Henning Voscherau und anderen ein imaginäres Gebilde ist. Gerade das unerwartet heftige und durchweg kritische Echo auf die Vertreibungsdrucksache oder die eingestandenen Schwierigkeiten mit der "Sicherheitspartnerschaft Bürger und Polizei" belegen, daß ein aggressives Bewußtsein davon, daß soziale Säuberungen gerecht sein sollen, erst konstruiert werden muß. Yuppie-Slogans wie "Eure Armut kotzt mich an" sind noch nicht mehrheitsfähig. Gleichzeitig hat sich aber auch gezeigt, daß dieser Protest im wesentlichen von engagierten SozialarbeiterInnen, Kirchen und liberaler Öffentlichkeit artikuliert worden ist. Obwohl es zur selben Zeit in den Betrieben zu durchaus heftigen Auseinandersetzungen um die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall gekommen ist, und obwohl auch hier ein verletztes Gerechtigkeitsempfinden häufig der entscheidende Mobilisierungsfaktor gewesen ist, hat es keine öffentlichkeitswirksame Bezugnahme aufeinander gegeben. Unseres Erachtens wird es in Zukunft darauf ankommen, hier Brücken zu schlagen. Die Verteidigung der Menschenwürde eines jeden Menschen unabhängig von Hautfarbe, Geschlecht, Alter, Verfügbarkeit am Arbeitsmarkt, Gesundheit etc. scheint uns dabei ein sinnvoller und unverzichtbarer Pfeiler zu sein.

Dirk Hauer,

Pia Peddinghaus

Anmerkungen:

1) Die markantesten Zitate aus dieser Drucksache haben wir bereits in der Off Limits Nr.15 vom September/Oktober 1996 zusammengestellt; eine Kurzfassung ist auch über den Arbeitskreis Wohnraumversorgung und das "Bündnis gegen Armut und Ausgrenzung" erhältlich.

2) Ausführlicher begründet ist dieser Gedanke in zwei Papieren der Gruppe Blauer Montag: "Der Sozialstaat zwischen Globalisierung und 'moralischer Ökonomie'" (siehe ak Nr.393) und "Mehr Markt. Mehr Repression. Thesen zum (ideologischen) Umbau des Sozialstaates am Beispiel der Hamburger Sozialpolitik (ak Nr.394)

Eine erste Fassung dieses Artikels ist in off-limits Nr. 16 (Dez. 96/ Jan. 97) erschienen. Für uns wurde der Text von den AutorInnen aktualisiert und neu bearbeitet.

10. "Grenzen der Globalisierung". Elmar Altvater und Birgit Mahnkopf

Ein neues Buch von Elmar Altvater und Birgit Mahnkopf

Autor: Heiko Wegmann · Rubrik: Imperialismus und Weltwirtschaft; Bücher, Filme, Broschüren; Antiglobalisierungsbewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak398/07.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:398:07

Zunächst einmal sei vorangestellt, daß es ungemein schwierig ist, dieses äußerst viele Themen und ganze 636 Seiten umfassende Werk kurz und gerecht zu besprechen oder überhaupt nur die Hauptthesen anzudeuten. Denn es geht um die Grenzen der Weltgesellschaft und um Wirtschaftsblöcke, um Geld- und Freihandelstheorien, um "disembedding" (also um die "Entbettung" von Geld und Ökonomie aus der Gesellschaft) sowie um Virtualisierung und "prometheische", d.h. an Kraft und Gewalt alles übersteigende Revolutionen in der Geschichte.

Dabei erheben Altvater und Mahnkopf den Anspruch, sich nicht mit dem oberflächlichen Schein des Schlagwortes Globalisierung zufriedengeben zu wollen, sondern tiefer in den Sachverhalt einzudringen und ihn "gesellschaftstheoretisch zu entschlüsseln". Der Klappentext behauptet außerdem, daß es den AutorInnen in der "Darstellung der unterschiedlichen Facetten und der Widersprüchlichkeiten des Globalisierungsprozesses" gelungen sei, zugleich "provokante Alternativen ins Blickfeld zu rücken".

Während der erste Anspruch mit Abstrichen erfüllt wird, sucht man vergeblich nach Alternativen, erst recht wird man keine "provokanten Alternativen" finden.

Altvater und Mahnkopf verstehen Globalisierung zunächst einmal als Herstellung des kapitalistischen Weltsystems: ‚Globalisierung' ist nicht nur (aber auch) ein Schlagwort, das die tendenzielle ‚reductio' in der Gesellschaft ‚ad unum', zu einer globalisierten Gesellschaft beschreibt. Wenn Gesellschaften sich nämlich durch Grenzen auszeichnen, die sie gegenüber einer Umwelt absetzen, dann sind diese im Zuge der Globalisierung durchlässiger geworden oder gar verschwunden." (S.12). Gleichzeitig bedeutet Globalisierung aber auch eine umfassende Beschleunigung in Zeit und Raum: "Die Absurdität ist darin zu erblicken, daß der Prozeß der Globalisierung überhaupt nicht zum Stillstand gelangen kann. Ist die Globalisierung erst einmal in Reichweite der Marktagenten, dann muß sie nachgerade zwanghaft immer schneller und immer weiter ausladend fortgesetzt werden ..." (S.16).

Durchgesetzt wird die Globalisierung am intensivsten über die Finanzmärkte mit Hilfe des Diktats von Währungskonkurrenz und Zinsen. "Doch das Geld ist nicht nur Inkarnation einer virtuellen Welt, sondern ‚harte Budgetrestriktion' der wirklichen Ökonomie, d.h. es zwingt zur Akkumulation, zur Produktion von Profit, zum Wettbewerb und daher zur Produktivitätssteigerung, zur Beschleunigung - und alle diese erzwungenen Antworten sind ohne Naturverbrauch auf stets höherem Niveau nicht zu haben" (S.16f.). Die Frage der Nachhaltigkeit, so Altvater und Mahnkopf, müsse daher in der wissenschaftlichen Diskussion an jeder Stelle gestellt werden und nicht erst dann, wenn Nachhaltigkeit selbst zum Thema werde. (S.17). Damit soll "angedeutet werden, daß das globalisierende Modell einer Durchkapitalisierung der Welt nach menschlichem Ermessen in die soziale und ökologische Katastrophe führt, und daß es daher darauf ankommt, das Bornierte des Entwicklungsmodells herauszuarbeiten." (S.17)

Es gibt mittlerweile eine nicht abreißende Flut von Veröffentlichungen zum Thema Globalisierung (gerade auch von Elmar Altvater). Birgt also dieser neue, koloßale Band endlich die erhoffte Aufklärung?

"eclectic messy center"

Das Buch zeigt sicherlich viele wichtige Zusammenhänge auf, allerdings ohne eine wirkliche Vertiefung gegenüber anderen, sehr viel knapperen Darstellungen zu leisten. Die AutorInnen kommen immer wieder zu dramatischen und irgendwie richtigen Schlüssen, z.B. was die Grenzen der Globalisierung durch "disembedding" (d.h. durch das Herausheben der Geldlogik aus den sozialen Handlungswelten) oder die Konsequenzen der Geld- über die Arbeitsgesellschaft betrifft. Trotzdem bleiben diese Schlüsse in mehrfacher Weise zahnlos.

Die theoriebewanderten AutorInnen scheuen davor zurück, sich theoretisch festzulegen und somit die Sachverhaltsanalyse kategorial "einzubetten". Dadurch verliert die Analyse an Tiefenschärfe, und den einzelnen Schlußfolgerungen fehlt der Zusammenhang. Es wird ausdrücklich darauf verwiesen (S.79), daß verschiedene theoretische Ansätze kombiniert werden müssen, um der komplexen Realität gerecht zu werden. Dieser allgemeinen Aussage läßt sich kaum widersprechen, doch das geforderte, angeblich produktive "eclectic messy center", das "eklektische Durcheinander", führt in die Sackgasse. Es ist am Ende z.B. nicht klar, ob die Globalisierung letztlich kapitaltheoretisch kritisiert wird, oder lediglich aufgrund der Einbuße von keynesianistischen Regulationsmöglichkeiten. Unklar bleibt auch, welcher theoretische Stellenwert den Anleihen aus der Thermodynamik (diese Theorie wird von Altvater und Mahnkopf hier leider nicht mehr erklärt), aus der Chaos- und aus der liberalen Außenhandelstheorie beigemessen wird, die Deregulierungen zugunsten des freien Marktes fordert.

Der Schwerpunkt des Werkes besteht vor allem in einer mehrdimensionalen Auseinandersetzung mit der Außenhandelstheorie. Die meines Erachtens notwendige gesellschaftstheoretische Entschlüsselung von Entwicklungen im Verhältnis von Akkumulationsdynamik des Kapitals, von Konzernstrategien, Klassenstrukturen und -kämpfen kommt jedoch zu kurz. (Eine Ausnahme bildet z.B. das Kapitel zu den geschlechtsspezifischen Auswirkungen der Dienstleistungsexpansion und Flexibilisierung). Die AutorInnen bieten einen sehr informativen Einblick in die Theorie und aktuelle Situation regionaler Wirtschaftsblöcke. Die politisch wichtige Frage aber, wie sich der Weltmarkt weiterentwickeln wird, bleibt unterbelichtet. In dem Abschnitt "Fragmentierung oder der globale Verteilungskampf um den Mehrwert" finden sich lediglich ein paar abstrakte, unverfängliche Aussagen (z.B. daß nationale oder regionale Ökonomien Fraktionen des Weltkapitals sind; daß bei einem Renditenvergleich der ganze Globus ins Blickfeld gerät und daß im Kampf um den Mehrwert die Stellung in der Währungskonkurrenz entscheidend ist). Dabei wäre u.a. zu untersuchen, ob eigentlich noch Wachstumspotentiale vorhanden sind oder ob die Akteure der internationalen Konkurrenz ein Nullsummenspiel spielen. Es wäre auch nach den ökonomischen und politischen Konfliktpotentialen zu fragen ("Wirtschaftskrieg", aggressiver Protektionismus), die die Globalisierung - abgesehen von der gegenwärtigen sozialen Krise - birgt.

"Zahnlose Begriffe"

Zahnlos sind auch viele der gewählten Begriffe. Was andere vor längerem als Entfremdung und später als Widerspruch zwischen System und Lebenswelt beschrieben haben, wird hier aufwendig als "disembedding" unterbreitet - mit dem Fazit, daß da mal irgendwo eine Grenze kommen muß. Doch was folgt daraus?

Ärgerlich ist im übrigen auch die häufige Benutzung völlig unnötiger (weil nicht für die theoretische Begriffsbildung dienlicher) und ungebräuchlicher Fremdwörter: das finde ich echt "ubiquitär", "myopisch", weil sozial "entropisch"!

Trotz zahlreicher Rückgriffe auf das klassische Freihandelstheorem, "Entbettungsmechanismen" usw., bleibt der Nachgeschmack, daß es sich hier um so etwas wie "Zeitdiagnose" oder Gegenwartsbeschreibung handelt und nicht um eine gesellschaftstheoretische, bzw. historisch-konkrete Herleitung von Prozessen. Dieses Manko macht sich u.a. in dem Abschnitt über "global governance" bemerkbar, wo über die Notwendigkeit von globaler Regulation schwadroniert wird, ohne den Begriff (staats-) theoretisch zu fassen. Erst geht um die gesellschaftliche Fragmentierung, die Zunahme von Armut und die Herrschaft der Zinsen; dann werden unvermittelt "ökologische Bewegungen, die von Anfang an über Nationalstaaten hinausgreifen, sich internationalisieren und Ansätze von vernetzter Zivilgesellschaft, von Gegengesellschaft bilden" zu den zentralen Hoffnungsträgerinnen. "Der Widerspenstigen Zähmung kann nur außerhalb des nationalstaatlichen Funktionsraums und außerhalb des nodalisierten (d.h. des vernetzten, verknoteten, H.W.) Raums der global operierenden ökonomischen Mächte stattfinden: in einer globalen ‚civil society'. Diese ist zum Teil kitschige Vorstellung und dennoch außerordentlich ernst zu nehmen. Sie findet (...) statt (...) ‚vor Ort' in den nationalen Gesellschaften, in den internationalen Netzwerken der Nicht-Regierungsorganisationen, in den, mit den und häufig im Gegensatz zu den internationalen Organisationen (z.B. Weltbank)." (S.590).

"Provokante" Alternativen

Gänzlich schwindelig wird einem schließlich, wenn die "provokanten Alternativen" vorgestellt werden: Sie bestehen in Re-Regulierung durch Energiesteuer, Tobin-Steuer (eine Steuer auf Kapitaltransaktionen ins

Ausland) zur "Entschleunigung" der finanziellen Kapitalbewegungen) und einer "Entlastung des Faktors Arbeit" (Senkung der Lohnnebenkosten und steuerfinanzierte Grundsicherung). Bei J. Hirsch ("Der nationale Wettbewerbsstaat", 1995) und bei Narr/Schubert ("Weltökonomie. Misere der Politik", 1994) wird wenigstens noch ernsthaft auf strukturelle radikaldemokratische Defizite von Zivilgesellschaft und repräsentativer Demokratie eingegangen, bevor erste dann doch zur Rettung zweiter beschworen wird.

Bei Altvater und Mahnkopf fehlt dafür scheinbar der Platz. Zwar unterlag die Gesellschaft auch schon zu Zeiten von Fordismus und Keynesianismus (diese Begriffe werden nicht systematisch erklärt) dem Primat des Geldes/Kapitals, doch wird der Demokratieverlust infolge der Globalisierung so hoch eingestuft, daß gelegentlich der Eindruck entsteht, früher, als es noch Währungsstabilität, territorial integre Staaten, Vollbeschäftigung und sozialen Frieden gab, wäre alles noch irgendwie in Ordnung gewesen: "Erst mit der Dominanz des ökonomischen Prinzips im Gefolge der Globalisierung", so Altvater und Mahnkopf, "stellt sich auch die Frage nach den demokratischen Prozeduren im Unterschied zu den ökonomischen Regeln." (S. 543). Problematisch ist hier zudem der Rekurs auf die nicht zu unterschätzende "identitätsbildende Kraft" des Nationalstaats, auch wenn gleichzeitig politisch korrekte Einwände gegen die aktuelle Abschottung der Festung Europa erhoben werden.

Trotz aller Kritik sei bemerkt, daß sich auf den 636 Seiten viel Wissenswertes findet. Auch haben hier die politische Ökologie (incl. guter Kritik am Glauben an die Ökologisierung durch kapitalistische Effizienzsteigerung) und - im Gegensatz zu anderen linken Studien - geschlechtsspezifische Aspekte des Wandels der Arbeit ihren sicheren Platz.

Heiko Wegmann, Oldenburg

Elmar Altvater, Birgit Mahnkopf: Grenzen der Globalisierung. Ökonomie, Ökologie und Politik in der Weltgesellschaft, 636 S., Verlag Westfälisches Dampfboot, Münster 1996, DM 58,-.

11. Neues vom Castor - NIX hoch 3

Rubrik: Anti-AKW-Bewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak398/35.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:398:35

Im Oktober (ak 395) berichteten wir zuletzt über die geplanten Widerstandsaktionen gegen den Castor-Transport mit abgebrannten Brennelementen nach Gorleben, mit dem im November 1996 gerechnet wurde. Da die Betreiberseite diesen Transport auf das Jahr 1997 verschoben hat, haben alle AKW-GegnerInnen erfreulicherweise viel Vorbereitungszeit gewonnen und diese auch genutzt.

Die BI Lüchow-Dannenberg rechnet damit, daß der Transport frühestens im März stattfinden kann, da winterliche Straßenverhältnisse und das frühe Einsetzen der Dunkelheit gegen einen Termin im Januar oder Februar sprechen.

In den vergangenen Monaten hatten diverse Politiker mit der Debatte um einen sogenannten Sechser-Pack, d.h. sechs Castor-Behälter in einem Transport zusammenzupacken, um die Kosten des Polizeieinsatzes pro Behälter zu reduzieren, für einigen Pressewirbel gesorgt. Der Realisierung dieses Planes werden wenig Chancen eingeräumt. Bei den derzeitigen Transportkapazitäten der Atommafia sei es nicht möglich mehr als die ursprünglich geplanten drei Behälter auf die Bahn zu bringen.

Besonderer Druck für einen Abtransport der Brennelemente besteht im AKW Neckarwestheim, da die Betreiber ihre Abnahmeverträge mit der "Wiederaufbereitungsanlage" La Hague gekündigt haben.

Der konkrete Termin des Castor-Transportes wird sich - u.a. wegen der Mobilisierung des umfangreichen Polizeiaufgebotes - nicht verheimlichen lassen. Daher wird der Widerstand im Wendland am Wochenende vor dem Transport - wie bereits Tradition - mit einer X-Minus-Großdemonstration am Samstag eröffnet. Diese findet in diesem Jahr in Lüneburg statt und ermöglicht allen AKW-GegnerInnen eine bequeme Anreise per Bahn. Einer massenhaften Beteiligung - auch für Menschen aus Orten ohne existierende Anti-AKW-Bewegung - steht also nichts im Wege. Am Sonntag findet dann in Dannenberg die sogenannte "Stunk-Parade" der Bäuerlichen Notgemeinschaft statt.

Alle diejenigen, denen es möglich ist, bis zum eigentlichen Castor-Transport im Landkreis zu bleiben, können in den zur Verfügung stehenden Camps übernachten und sich gemeinsam auf die Blockade vorbereiten. Für eine Infrastruktur wird gesorgt, was man/frau sonst noch mitbringen sollte, bitte vor der Anreise mit den örtlichen Gruppen absprechen.

Aus der in ak 395 vorgestellten Initiative "1000 HamburgerInnen mehr ins Wendland" haben sich - nach einer erfreulich gut besuchten NIX3-Veranstaltung im November - neue Mobilisierungsstrukturen für Hamburger Anti-Castor-AktivistInnen entwickelt. Die HamburgerInnen werden in diesem Jahr erstmalig dafür sorgen, daß auch die sogennante Nordstrecke (die Ausweichroute für den Transport nach Gorleben) blockiert werden wird. (Hamburger Aktivisten-Treffen jeden 1. Dienstag im Monat um 19 Uhr in der Werkstatt 3)

Unter dem Motto "Den Castor verhindern, bevor er losfährt!" werden in den nächsten Monaten zahlreiche Aktionen stattfinden:

1.2.97: Bundesweiter dezentraler Aktionstag gegen die Betreiber der AKWs (Energieversorgungsunternehmen).

8.2.97: Anti-Siemens-Aktionstag in Berlin (Ankündigung s. Kalender, S. 31)

15.2.97: Unter dem Titel "Renaturierung der Bahnstrecke Uelzen" wird ein Schienenaktionstag der örtlichen Gruppen im Wendland durchgeführt.

Vom 21.-22.2.97 findet ein Internationales Frauen-Camp im Wendland statt.

Am 22.2.97 wird aus Anlaß "20 Jahre Standortbenennung Gorleben" einmal keine Protestaktion stattfinden, sondern ein großes Fest gefeiert. Dort sollen (u.a. durch die Vorstellung "Pleiten, Pech und Pannen" vergangener Aktionen) auch einmal die heiteren Aspekte eines jahrelangen Widerstand gewürdigt werden.

Nähere Infos: BI Lüchow Dannenberg

Tel.: 05841/4684 (Mo, Mi, Fr, Sa 9-12 Uhr, Do 15-18.30 Uhr)

Für Netz-SurferInnen die Internet-Adresse:

http://www.oneworldweb.de/castor

12. Öko-Institut Darmstadt auf seltsamen Abwegen. Zur Kritik an Castor-Blockaden in Gorleben

Autor: Bernhard Dietz · Rubrik: Anti-AKW-Bewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak398/28.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:398:28

Mit zwei gezielt gesetzten Interviews zunächst im Focus und am 5. Dezember 96 dann in der taz hat Michael Sailer, Leiter des Bereichs Reaktorsicherheit im Öko-Institut Darmstadt, harte Kritik an den Blockaden der Castor-Behälter nach Gorleben geübt und den Bau von mindestens zwölf neuen Zwischenlagern gefordert. Mit dem Verweis auf die nach wie vor praktizierte Wiederaufarbeitung deutschen Atommülls im Ausland und der damit verbundenen Plutoniumproduktion hält Michael Sailer die Proteste in Gorleben nicht für geeignet, das Ende der Atomindustrie zu erzwingen. Im Gegenteil - seiner Ansicht nach gehen die Blockaden ins Leere. Es sei ein Trugschluß, "durch die Blockade einer Bahnstrecke bei Gorleben die Atomindustrie zu behindern."

Die Reaktionen waren eindeutig: Breite und scharfe Ablehnung der Überlegungen von Michael Sailer von allen Reihen der AtomkraftgegnerInnen, aber auch Kritik am Öko-Institut insgesamt, das sich im Bemühen um Anerkennung und Aufträge Schritt für Schritt aus der Bürgerinitiativen-Szene verabschiedet und ihre Auftraggeber vor allem bei Landesregierungen und mittlerweile auch Großkonzernen sucht.

Aufmerksame BeobachterInnen konnten den Konflikt schon seit einigen Monaten erahnen. Auf verschiedenen Ebenen hatte Michael Sailer das ganze letzte Jahr über versucht, der Orientierung der Anti-AKW-Bewegung auf die Gorlebener Castor-Transporte entgegenzuarbeiten, stets mit Hinweis auf die ausländische Wiederaufarbeitung. Doch mit geringem Erfolg.

Im August wurde dann die Diskussion in die Medien hineingetragen. Der taz-Redakteur Klaus-Peter Klingelschmitt, dem man in diesem Zusammenhang ruhigen Gewissens als Michael Sailers Hausredakteur bei der taz bezeichnen kann, plädierte in einer "Ökolumne" deutlich dafür, daß die Anti-Atom-Bewegung in der Entsorgungsfrage nicht mehr nur bei der Ablehnung bleiben könne, sondern eine realpolitische Verantwortung für den Atommüllnotstand übernehmen müsse.

Es folgte ein Interview mit Michael Sailer im Focus, in dem er die Gorlebener Castor-Blockaden kritisiert. Von Focus wurde dies begierig aufgenommen und in den Folgeausgaben wurde ausführlich an der Kampagne der ach so gemeingefährlichen Castor-GegnerInnen gebastelt.

Den Höhepunkt bildete nun das Interview in der taz vom 5.12.96. In diesem von Klingelschmitt geführten Interview kritisiert Michael Sailer zunächst, daß die Anti-Atom-Bewegung die immensen Probleme (v.a. die Verseuchung der Umwelt und die Plutoniumgewinnung) der Wiederaufarbeitung des deutschen Atommülls im französischen La Hague und im britischen Sellafield zu wenig beachte. Wer diese Probleme lösen wolle, müsse sich für die Zwischen- und Endlagerung von Atommüll im eigenen Land stark machen. Die Blockaden der Zwischenlagerung in Gorleben würden nur dazu führen, daß die Atomindustrie weiter ins Ausland ausweicht, und dort durch die Wiederaufarbeitung Plutonium produziert wird und die Umwelt weit mehr geschädigt und gefährdet wird, als durch die Zwischenlagerung in Deutschland

Da es nach Michael Sailers Ansicht verständlich sei, daß die Menschen in Gorleben und in Ahaus nicht die Folgelasten der Atomkraftnutzung tragen wollen, plädiert er für den Bau von mehreren neuen Zwischenlagern: "Am liebsten wäre es mir, wenn die Betreiber auf dem Betriebsgelände der AKWs Zwischenlager einrichten." Und weiter: "Aus sicherheitstechnischen Gründen müssen die (zusätzlichen, Anm. ak) Zwischenlager auf dem Betriebsgelände Trockenlager mit z.B. sicherheitstechnisch verbesserten Castor-Behältern sein."

Die Kritik an dieser Position kam prompt und deutlich, von Schleswig-Holstein bis nach Bayern, aus allen Spektren der Anti-Atom-Bewegung. Michael Sailer würde die Blockaden der Atomtransporte, die von Deutschland nach Frankreich und Großbritannien gehen, nicht sehen wollen, seine Betrachtung sei unpolitisch, ja er betreibe das Geschäft der Atomlobby. Der Konflikt ließ auch das Öko-Institut nicht verschont.

Die Gründungsmitglieder Günter Altner, Gerd Michelsen und Stephan Kohler haben ihren Austritt aus dem Trägerverein des Instituts erklärt, weil Michael Sailers Position "den Bürgeriniativen in den Rücken falle und sachlich falsch" sei. Zwei Tage nach Bekanntwerden dieser Austritte plazierte Klaus-Peter Klingelschmitt einen

Artikel mit der Überschrift "Seit' an Seit' mit Michael Sailer" in der taz, in dem Sailers Kollege Uwe Ilgemann sich groß und breit über die Freiheit der alternativen Wissenschaft ausläßt.

Energiewirtschaftlicher Hintergrund der Debatte

Nach dem Aus für die Wiederaufarbeitungsanlage Wackersdorf im April 1989 haben die deutschen AKW-Betreiber neue Verträge zur Wiederaufarbeitung abgebrannter Brennelemente mit La Hague (Frankreich) und Sellafield (Großbritannien) abgeschlossen. Diese Wiederaufarbeitungsverträge brachten ihnen einerseits formal den sogenannten Entsorgungsvorsorgenachweis, den sie zum Betrieb der AKWs brauchten, andererseits war der Abtransport nach Frankreich auch eine willkommene Umgehung der Probleme in Gorleben und Ahaus, den beiden Standorten für ein deutsches Zwischenlager.

Diese Wiederaufarbeitung birgt für die Elektrizitätswirtschaft den Nachteil, daß sie relativ teuer ist. Die Uranpreise sind in den letzten Jahren in den Keller gefallen und werden dort auch noch lange bleiben - daher ist das Interesse an wiederaufgearbeitetem Uran gleich Null. Plutonium wird nicht mehr gebraucht: Der schnelle Brüter ist tot, die Verwendung von Plutonium in MOX-Brennelementen macht die Brennelemente nur teuer, und bringt vergleichsweise wenig. Darum hat die Elektrizitätswirtschaft seit einiger Zeit ein ökonomisches Interesse, die Wiederaufarbeitung loszuwerden.

Diesem Interesse der Energiewirtschaft kam die Bundesregierung schon vor zwei Jahren nach. Die Wiederaufarbeitung wurde nicht mehr gesetzlich vorgeschrieben und die Option der direkten Endlagerung der abgebrannten Brennelemente erlaubt. Und so steht nun die AKW-betreibende Energiewirtschaft vor der ungeliebten Alternative: Entweder ökonomisch günstigere, aber politisch heikle Zwischenlagerung in Gorleben und Ahaus oder teure, aber politisch unspektakuläre Wiederaufarbeitung im Ausland.

Der anhaltende bzw. sogar zunehmende Protest in Gorleben beeinflußt die Entscheidung der Energiewirtschaft und treibt sie - nicht aus direkt ökonomischen, sondern grundsätzlich politischen Erwägungen - tendenziell wieder in die Arme der französischen Wiederaufbereitungsfirma Cogema. Während diese in der Vergangenheit eher bettelnd alles dafür tat, daß die Wiederaufarbeitungsverträge von den deutschen AKW-Betreibern auch erfüllt werden, bekommt Cogema nun wieder Oberwasser. Im Wissen um die Angst der AKW-Betreiber um ihren Entsorgungsvorsorgenachweis stellt Cogema angeblich wieder härtere Bedingungen, z.B. langfristige, schwer kündbare Wiederaufarbeitungsverträge und Verträge zur Herstellung von MOX-Brennelementen.

Die Betrachtung, daß der politische Widerstand in Gorleben und Ahaus die Verhandlungsposition der französischen Wiederaufarbeitungsfirma Cogema stärkt, ist also durchaus richtig. Ebenso ist richtig, daß die ökologischen und gesamtpolitischen Folgen der Wiederaufarbeitung weit gefährlicher sind als die Zwischenlagerung.

Seltsame Schlußfolgerungen

Die Problembeschreibung von Michael Sailer ist also so verkehrt nicht. Und diesem Problem muß sich die Anti-AKW-Bewegung auch stellen. Fatal an Sailers Äußerungen sind hingegen erstens die Einschätzung der aktuellen Entwicklung des Anti-Atom-Widerstandes und zweitens seine Lösungsvorschläge zur Verhinderung der Wiederaufarbeitung.

Bei aller Kritik an der "Castor-Zentriertheit" der Anti-Atom-Bewegung ist nicht zu verkennen, daß die jüngste Entwicklung rund um Gorleben neuen Schwung in eine mehr als 20 Jahre alte Bewegung gebracht hat. Nicht nur, daß über diese Aktionen die Atomwirtschaft wieder stärker ins öffentliche Interesse rückt, und damit auch der sogenannte Normalbetrieb der Altanlagen verschärft in Frage gestellt wird. Im Zusammenhang mit diesen Aktionen sind neue Gruppen entstanden und eine neue Generation der Anti-Atom-Bewegung bestimmt diese Aktivitäten wesentlich mit. Wer sich die Geschichte der sozialen Bewegungen der letzten dreißig Jahre anschaut, weiß, daß so ein Generationswechsel keine pure Selbstverständlichkeit ist.

Mit dem Widerstand gegen die Castor-Transporte hat die bundesdeutsche Anti-Atom-Bewegung nach dem Aus für die WAA Wackersdorf seit Jahren wieder ein gemeinsames überregionales Projekt gefunden, daß sich - dank der Transportproblematik - in nahezu idealer Weise auch dezentral umsetzen läßt. Nicht zuletzt sollte man erwähnen, daß die Entwicklung der letzten beiden Jahren auch so manchen Ex-AktivistInnen aus den siebziger und achtziger Jahren wieder zu neuen Aktivitäten umtreibt.

Falsch ist auch die Darstellung von Michael Sailer, die Anti-AKW-Bewegung würde das von ihm dargestellte Problem nicht sehen. Die Transporte abgebrannter Brennelemente ins Ausland sind seit vielen Jahren Thema - schon lange vor den Transporten in Gorleben. Schon Geschichte sind die Aktionen in Lübeck, wo ein Transport nach Schweden blockiert wurde und auch die Behinderung von Atommülltransporten nach Sellafield in Bremen und Hamburg. Aber auch Blockaden an den Ausgangspunkten von Transporten zur Wiederaufarbeitung nach La Hague und Sellafield haben durchaus Tradition. Grob geschätzt wird es hier schon 40 bis 50 Blockadeaktionen gegeben haben - zugestandenermaßen mit einer deutlich geringeren Medienresonanz.

Wesentlich brisanter als seine Fehleinschätzung der Anti-Atom-Bewegung ist jedoch die politische Konsequenz, die Michael Sailer aus der energiepolitischen Lage zieht. Die aufgrund des Widerstands in Gorleben gestärkte Position der französischen Cogema führt bei ihm fast reflexartig zu der Konsequenz, den Ausbau neuer Entsorgungsinfrastrukturen in Form von ca. zwölf neuen Zwischenlagerhallen an AKW-Standorten zu befürworten. Dabei hätte dieser Vorschlag weitreichende Konsequenzen:

- Durch die damit immens erweiterten Entsorgungskapazitäten wäre der Hebel, AKWs über fehlende Entsorgungsnachweise vielleicht dicht machen zu können, für lange Zeit aus der Hand gegeben.

- Die ökonomisch relativ günstige Entsorgungsform in Zwischenlagern würde dem Atomstrom und damit auch den großen Strommonopolen wieder Kostenvorteile gegenüber anderen Energieformen verschaffen.

- Der Ausstieg aus der Wiederaufarbeitung wäre vermutlich vorübergehend gegeben, allerdings nur, solange der ökonomische Vorteil vorhanden ist. Es gibt jedoch keine Garantie, daß die AKW-Betreiber nicht wieder zur Wiederaufarbeitung zurückkehren, z.B. weil die Cogema mit Dumping-Angeboten lockt, oder das Interesse an Plutonium wieder zunimmt.

Als Alternative zu Sailers Vorschlägen gibt es auf der politischen Ebene durchaus Möglichkeiten, das "Schlupfloch" der ausländischen Wiederaufarbeitung zu stopfen. Bereits nach dem derzeitigen Atomgesetz ist die Wiederaufarbeitung als Entsorgungsvorsorge nur erlaubt, wenn sie "schadlos" erfolgt. Daß die Wiederaufarbeitung in La Hague und Sellafield nicht schadlos ist, belegen mittlerweile eine Fülle von Studien, übrigens auch Studien, die von deutschen Landesregierungen in Auftrag gegeben wurden. Es liegt in der Hand jeder atomkritischen Landesregierung, die ausländische Wiederaufarbeitung nicht mehr als Entsorgungsvorsorgenachweis anzuerkennen. Dies wäre eine politische Lösung, die nicht von wechselnden ökonomischen Rahmenbedingungen abhängt und den Entsorgungsdruck für die Betreiber erhöht und nicht vermindert.

Michael Sailers Vorschlag hingegen ist ein rein technischer. Durch das Anbieten günstiger Entsorgungsmöglichkeiten will er die Wiederaufarbeitung verhindern. Nun ist Michael Sailer aber nicht der engstirnige Ingenieur, der wirklich nur auf dieser technischen Ebene denkt.

Vorbereitung für einen "Entsorgungskonsens"

Kurioserweise ist dieser Vorschlag von Sailer nicht so weit entfernt von dem, was Niedersachsens Ministerpräsident Gerhard Schröder als Energiekonsensvorschlag in die Debatte wirft. Schröder ist nach zwei gescheiterten Verhandlungsrunden inzwischen ja schon so weit weichgekocht, daß von den ursprünglichen Zielen (Stillegung von Altreaktoren, kein Reaktorneubau, Energiewende) kaum mehr die Rede ist. Ihm geht es nur noch darum, wenigstens irgendetwas für Niedersachsen rauszuholen. Und da ist er mit dem Bau zusätzlicher Zwischenlager in Süddeutschland schon fast zufrieden.

Im Deal um einen Energiekonsens ist man in die dritte Runde gegangen. Die SPD-Genossen Schröder und Müntefering trafen sich Mitte Dezember mit Umweltministerin Angela Merkel und Kanzleramtschef Bohl.

Zu befürchten ist ein Konsens, der angesichts der zur Schau getragenen harten Haltung von Angela Merkel den Anschein eines Kompromisses erweckt, im Grunde aber genau auf der Linie der ökonomischen Interessen der Energiewirtschaft liegt. Eine Vereinbarung, die den Ausbau der Zwischenlagerkapazitäten in Deutschland vorsieht und damit den Streß mit der Einlagerung in Gorleben lindert, die teure Wiederaufarbeitung erspart, den Entsorgungsdruck wegnimmt und - als "großer Erfolg" von Gerhard Schröder - Niedersachsen von den Entsorgungsaufgaben entlastet.

Dieser sich abzeichnende Konsens bringt der Anti-Atom-Bewegung so gut wie nichts, der Atomindustrie aber eine spürbare Erleichterung auf Jahre hinaus, und die SPD wird versuchen, sich als Gestalterin darzustellen.

Auf sozialdemokratischen Pfaden?

Und so taucht die Frage auf, warum Michael Sailer dieser Entwicklung mit seiner Politik das Wort redet, und damit versucht dem Motto der Anti-AKW-Bewegung "Konsens ist Nonsens" das Wasser abzugraben. Ist es wirklich nur sein Engagement gegen die Wiederaufarbeitung, oder will er nicht mittelbar oder unmittelbar auch am Zustandekommen dieses Konsenses mitwirken?

Das Öko-Institut hat es in seiner zwanzigjährigen Geschichte geschafft, vom reinen Unterstützungsinstitut der Bürgerinitiativenbewegung in den achtziger Jahren über grüne Regierungsbeteiligungen und einzelne fortschrittliche SPD-Minister auch zum amtlich bestellten Gutachter zu werden. Hie und da durchaus mit anerkennenswerten Erfolgen, wie z.B. bei der Stillegung der Hanauer Plutoniumfabriken. Um diesen neuen Gestaltungsspielraum zu bewahren und zu erweitern, werden nun verstärkt die Fühler in Richtung Sozialdemokratie ausgestreckt.

Da sich das Öko-Institut im Bereich Reaktorsicherheit zunehmend zum Monopolisten in der alternativen Szene entwickelte, konnte es auf die Unterstützung durch Bürgerinitiativen und Bündnisgrüne bisher blind vertrauen. Da Bündnisgrüne aber in Koalitionen immer nur Juniorpartner sind, galt es, sich bei der SPD nicht nur als "Koalitionszugeständnis" einzuführen, sondern sich dort selbst Respekt zu verschaffen. Dabei wurde die Konkurrenz zwischen Grünen und SPD durchaus ausgenutzt, und - zur Sicherung des Gutachterstatus - durchaus auch mal der Kontakt zur SPD intensiver gepflegt, als zu den Grünen.

Der neueste Vorstoß von Michael Sailer bezüglich der Castor-Transporte ist nicht die erste deutliche Formulierung sozialdemokratischer Positionen aus dem Mund des Öko-Instituts.

Verwundert waren auch viele EinwenderInnen beim Erörterungstermin im Oktober letzten Jahres in Hanau, als es um den Antrag der Siemens AG ging, die ehemaligen Plutoniumfabriken stillzulegen. Das Interesse von Siemens, den Standort möglichst schnell plutoniumfrei zu bekommen, wurde auch von der Landesregierung geteilt. Der Frage, was mit dem Plutonium anschließend passiert und ob es garantiert weder ein militärischen, noch einer zivilen Nutzung zugeführt wird, blieb aber offen. Allerdings wurde von der Landesregierung dem Abtransport einer Teilmenge Plutonium nach Frankreich mit anschließender Verarbeitung zu MOX-Brennelementen bereits vorab zugestimmt. Als Gutachter wirkten bei allen Fragen das Öko-Institut und Michael Sailer mit.

Verstimmung über das Öko-Institut herrscht auch bei den Grünen im Münchner Stadtrat. Dort bemüht man sich seit Jahren den Koalitionspartner endlich dazu zu bewegen, den städtischen Anteil am AKW Ohu 2 zu verkaufen. Zur Absicherung des Vorhabens hat man ein Gutachten über die technische Machbarkeit und die Rentabilität in Auftrag gegeben, und das Öko-Institut in die Gutachtergemeinschaft hineingehievt. In seinem Teil des Gutachtens hat das Öko-Institut auch für den Verkauf des städtischen Anteils plädiert. Doch schon vor der erstmaligen Beratung des Gutachtens im Stadtrat wirkt Michael Sailer als vom SPD-Oberbürgermeister Ude ausgesandter Vermittler. Da die sozialdemokratisch geführten Stadtwerke den Verkauf mit allen Mitteln verhindern wollen und auch die Münchner SPD an diesem Punkt die Koalitionsvereinbarungen nicht einhalten will, droht eine kräftige Koalitionskrise. In verschiedenen Gesprächsrunden mit Michael Sailer sollen die Grünen nun dazu gebracht werden, ihre klare Position aufzugeben. Dabei spielt Sailer keineswegs den konsequenten Vertreter seines Gutachtens, sondern viel mehr die Rolle eines "trouble-shooters", um sein gutes Verhältnis zum SPD-OB Ude und den Stadtwerken nicht zu gefährden.

Michael Sailer, Gründungsmitglied und Leiter der Reaktorsicherheitsabteilung des Öko-Institutes, betreibt seit einiger Zeit eine Politik, die zunehmend an der Interessenslage der SPD orientiert ist. Es mag dahingestellt sein, ob dies realpolitisch für den Ausstieg aus der Atomenergie sinnvoll ist. Es mag auch dahingestellt sein, ob ein von den Bürgeriniativen gegründetes Institut, das langfristig und zugleich qualifizierter arbeiten will und muß, nur so überleben kann. Klar ist jedoch, daß das Öko-Institut sich auch in dem Sinne etabliert hat, daß die Meinung des Auftraggebers wesentlichen Einfluß auf den Inhalt der Gutachten hat. Und die potenten Auftraggeber sind eben im Bereich der Atompolitik längst nicht mehr die Initiativen, sondern sozialdemokratische und rot-grüne Landesregierungen mit ihren spezifischen Interessen. Daher ist das Öko-Institut genau so kritisch zu beobachten wie alle anderen auch.

Bernhard Dietz

13. Die Ökofalle. Rezension

Autor: Gerd Bedszent · Rubrik: Umweltpolitik; Imperialismus und Weltwirtschaft; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak398/31.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:398:31

Über die Studie "Zukunftsfähiges Deutschland" des "Wuppertal Institutes für Klima, Umwelt und Energie" ist in letzter Zeit viel geschrieben und diskutiert worden - auch in ak. Für die einen bedeutet sie einen programmatischen Ansatz, um unter Beibehaltung (oder sogar unter Zuhilfenahme) des einzig- und allein seeligmachenden Marktes die unerwünschten Nebeneffekte der umweltzerstörenden kapitalistischen Produktionsweise zu beseitigen, für die anderen ist sie nichts anderes als ein besonders perfides Projekt neokolonialer Ausbeutung. BefürworterInnen der Studie sind hauptsächlich in den Reihen reformistischer Parteien und der etablierten Umweltverbände zu finden - KritikerInnen größtenteils bei kleinen, radikalen Umwelt- und Dritte-Welt-Gruppen. Zu letzteren kann getrost auch der Autor des hier rezensierten Buches gezählt werden: Christoph Spehr ist Redakteur des "Forum entwicklungspolitischer Aktionsgruppen", der Zeitschrift des "Bundeskongresses entwicklungspolitischer Aktionsgruppen" (BUKO).

Aus den Reihen des BUKO ist unmittelbar nach Erscheinen der Wuppertaler Studie die erste (und härteste) Kritik gekommen. Christoph Spehr führt diese Kritik in seinem Buch fort, versucht sie theoretisch zu untermauern und eine Alternative zum Nachhaltigkeitskonzept zu entwickeln.

Im Gegensatz zu sonstigen Analysen und kritischen Texten verzichtet die "Ökofalle" aber weitgehend auf wissenschaftliches Vokabular, versucht mittels einer anschaulichen und flüssigen Schreibweise (und vielen anschaulichen Beispielen) das schwierige Thema auch nicht-akademischen Leserkreisen nahezubringen.

Zum Anfang des Buches zerpflückt der Autor noch einmal sehr engagiert die Wuppertaler Studie, charakterisiert sie als eine Krisenbewältigungsstrategie des industriellen Nordens gegenüber den zunehmenden ökologischen Folgen der eigenen Art und Weise des Wirtschaftens. Diese Strategie sei jedoch nicht im geringsten geeignet, den sich anbahnenden Ökokollaps abzuwenden, verzögere ihn nur und versuche gleichzeitig, seine Auswirkungen möglichst auf die Länder des Südens abzuwälzen. Das von der Wuppertaler Studie propagierte "nachhaltige Wirtschaften" beseitige weder den Wachstumszwang der industriellen Warenproduktion, noch reduziere es ernsthaft die umweltzerstörenden Folgen der Industrieproduktion. Die geplante ökologische "Verschlankung" der Produktion würde unweigerlich durch das ungebremste Produktionswachstum wieder eingeholt.

Eine weitere heftige Kritik des Buches gilt den "Bobby Browns". Dieser Prototyp des fordistischen Lohnarbeiters (die Bezeichnung stammt aus einem Song von Frank Zappa) wäre neben den Managern der kapitalistischen Unternehmen die entscheidende Stütze des warenproduzierenden Systems. Sie realisierten nicht nur die industrielle Warenproduktion, sondern sorgten durch ihr Konsumverhalten auch für einen entsprechenden Absatz der erzeugten Güter, bildeten somit die Grundlage der Massengüterproduktion überhaupt. Das so bestehende "Bündnis zwischen Kapital und Arbeit" gehe aber zu Lasten der Natur.

"Ökologie" als solche sieht Christoph Spehr nicht grundsätzlich als positiv besetzte Kategorie. Dieses einstmals brisante und von diversen Protestbewegungen propagierte Thema sei inzwischen weitgehend in das System integriert worden. Die meisten grünen NROs hätten mittlerweile schon Quasi-Regierungsfunktionen. Sich jetzt an dem laut Wuppertaler Studie geforderten "Natur-Management" zu beteiligen, hieße letztendlich Systemstabilisierung: Was auf der einen Seite durch asketische Selbstbeschränkung einer Handvoll Idealisten eingespart wird, wird von der anderen Seite unweigerlich wieder profitträchtig vermarktet und zerstört. Und um genau diese "Ökofalle", in die große Teile der einstmals vorhandenen grünen Protestbewegung hineingetappt sind, geht es in Spehrs Buch. Es beschreibt sehr richtig, daß ein emanzipatorischer Ansatz nur in der Negation der Grundlagen der gegenwärtigen Ordnung liegen kann.

Ein wesentlicher Mangel des Buches ist jedoch, daß es in einer (wenn auch radikalen) Moralkritik der kapitalistischen Warenproduktion steckenbleibt. Zu deren Beseitigung ist nach Meinung des Autors lediglich die Überwindung von Herrschaft, also der Macht der herrschenden Subjekte, notwendig. Die ökonomischen Gesetze, die diese Art von Herrschaft überhaupt erst ermöglichen, werden von ihm souverän negiert. Die in dem Buch enthaltenen, auf den Kategorien "Natur", "Herrschaft" und "Gesellschaft" aufbauenden

theoretischen Ansätze wirken daher etwas hilflos, werden z.T. nicht zuende gedacht, erkannte Entwicklungstendenzen nicht weiterverfolgt.

Trotz der genannten Inkonsequenzen kommt Christoph Spehr zu den (meiner Meinung nach) richtigen Schlußfolgerungen: Im Zeitalter des Zerfalls der Moderne können Räume erobert werden für neue gesellschaftliche Experimente jenseits der Zwänge des warenproduzierenden Systems. Woraus sich für die (noch existierende) Linke die Aufgabe ergibt, diese Entwicklung zu befördern - sei es durch Teilnahme an postmodernen Revolten oder durch Sabotage im Inneren des Systems.

Ich wünsche mir deshalb, daß dieses Buch von möglichst vielen gelesen und diskutiert wird.

Gerd Bedszent

Christoph Spehr: Die Ökofalle - Nachhaltigkeit und Krise. Wien (Promedia) 1996. 240 S., 35 DM.

14. "Man versucht alles so hinzukriegen, wie es gerade paßt." Zu den 129a-Verfahren gegen KurdInnen

Autor: Mark Holzberger · Rubrik: Klassenjustiz, Repressionen; PKK · CD-Datei: daten/aksuche/ak398/15.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:398:15

Die Unterstützung des kurdischen Befreiungskampfes wird in der BRD auf zweierlei Arten kriminalisiert: Durch das Verbot kurdischer Vereine und durch strafrechtliche Verfolgung mit Hilfe des Staatsschutzparagraphens §129a ("terroristische Vereinigung").

In den Jahren 1989-1994 wurden in dem größten "Terroristen"-Prozeß der bundesdeutschen Rechtsgeschichte über zwei Dutzend KurdInnen nach §129a angeklagt und schließlich vier von ihnen auch wegen "Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung" verurteilt (ak 365).

Jetzt werden kurdische AktivistInnen von einer zweiten §129a-Prozeßwelle überrollt: In einem sogenannten "Strukturermittlungsverfahren PKK" wird gegen mindestens 35 Beschuldigte ermittelt. 22 KurdInnen wurden bislang unter dem Vorwurf der Mitgliedschaft in einer "terroristischen Vereinigung innerhalb der PKK-Führungsstruktur" verhaftet, und gegen 19 Personen wurde Anklage erhoben. Sie sitzen alle - ein Teil seit zweieinhalb Jahren - unter Isolationshaftbedingungen in deutschen Hochsicherheitstrakten. Im September 1995 hat in Frankfurt/M. der erste von bislang vier §129a-Prozessen gegen kurdische AktivistInnen begonnen. Drei weitere laufen mittlerweile in Hamburg, Stuttgart und München (die in Düsseldorf und Berlin sollen demnächst anfangen). Dieser Artikel möchte erstmals eine Übersicht des bisherigen Prozeßverlaufs vermitteln.

Bei der PKK handelt es sich um eine Organisation, deren Parteistrukturen im Ausland angesiedelt sind. Auch die bundesdeutschen Staatsschutzbehörden gehen davon aus, daß es sich bei der PKK um eine sogenannte "Auslandsorganisation" handelt. Für die Anwendung des §129a sind aber "terroristische Vereinigungsstrukturen" innerhalb der BRD vonnöten. Hierfür erfanden die bundesdeutschen Repressionsstrategen die sogenannte "Europäische Frontzentrale" der PKK (ACM). Für sich genommen kann aber auch diese - angeblich europaweit existierende - PKK-Abteilung noch keine inländische "terroristische Vereinigung" im Sinne des §129a darstellen. Die hierfür notwendigen "terroristische Vereinigungsstrukturen" der PKK in der BRD werden von den Staatsschutzbehörden mit Hilfe des von ihnen entworfenen Systems von angeblichen "Regional-" und "Gebietsverantwortlichen" der PKK konstruiert: Demnach "bilden leitende Funktionäre der PKK in Deutschland mit der ACM als ‚auswärtiger Kopf` und Lenkungsorgan an der Spitze spätestens seit Juni 1993 eine Vereinigung, deren Zielrichtung die Begehung schwerwiegender Straftaten ist (...) Der terroristischen Vereinigung, die sich mit der Planung und Steuerung der Straftaten befaßt, gehören in Deutschland die Leiter der von der PKK gebildeten geographischen Bereiche (fünf Regionen, die in ca. 17 Gebiete unterteilt sind) an." (BAW-Pressemitteilung, 16.10.95)

Den meisten kurdischen "TerroristInnen" wird lediglich die Erledigung stinknormaler Parteiarbeit vorgehalten, wie das Sammeln von Spenden, das Planen von Veranstaltungen, das Anwerben von neuen AktivistInnen für die Unterstützung des kurdischen Befreiungskampfes hierzulande, oder auch nur AnsprechpartnerIn für KurdInnen zu sein - fürwahr gar schröckliche Ausprägungen des "internationalen Terrorismus".

Hamburger Belastungszeuge:

"Ich bin dagegen, daß diese Freunde vor Gericht sitzen"

Nur einem Viertel der kurdischen politischen Gefangenen werden Körperverletzungsdelikte zu Last gelegt. Wie z.B. den drei vor dem Hamburger Staatsschutzsenat des Hanseatischen Obersten Landgerichtes angeklagten KurdInnen. Ihnen wird u.a. vorgeworfen, den Mord an dem angeblichen "PKK-Aussteiger" A. angeordnet zu haben. Dieser war am 7.10.1994 in Hamburg durch Schläge schwer verletzt worden. Die Angeklagten sollen die Tat zwar nicht eigenhändig ausgeführt haben, sie sind auch nicht als Anstifter angeklagt. Die BAW versucht, ihnen diesen versuchten Mord in die Schuhe zu schieben, indem sie behauptet, die Angeklagten seien als "terroristische Raum-" oder "GebietsleiterInnen der PKK" für das Geschehen verantwortlich. (1)

Nachdem Tat- und PolizeizeugInnen vor dem Hamburger Staatsschutzsenat wenig Erhellendes zu bieten hatten, wurde im April 1996 der Geschädigte, der Kurde A., vernommen. Der vorsitzende Richter Mentz

verfügte, daß für diese Vernehmung des Tatopfers die Öffentlichkeit ausgeschlossen wurde - wegen angeblicher Gefährdung des A. Als dieser jedoch den Gerichtssaal betrat, verlangte er als erstes die Wiederzulassung der Prozeß-BesucherInnen - vorher wolle er nicht sagen. Nur nach der Androhung eines Ordnungsgeldes machte A. die folgende Aussage: "Ich bin dagegen, daß diese Freunde vor Gericht sitzen müssen. Ich ziehe meine damalige Aussage zurück. Ich kann nicht sagen, daß es die PKK war. Vielmehr wollen Leute es der Organisation in die Schuhe schieben." A. berichtete davon, daß er dies schon damals der Polizei gesagt habe. Die taz vom 18.4.96 gab die weitere Aussage des A. folgendermaßen wieder: "Nicht die Organisation oder gar die sympathisierende Öffentlichkeit, zu der er sich selber zähle, hätten ihn bedroht, sondern erst die Polizei und nun der Richter." Beim Verlassen des Gerichtssaales verabschiedete er sich bei den Angeklagten mit Handschlag. (2)

Stuttgart:

Polizei und VS erpressen Belastungsaussagen

Der KurdInnen-Prozeß in der Schwaben-Metropole begann mit einem Streit über die Sitzordnung im Gerichtssaal. Als Antwort auf ihre kämpferische Prozeßerklärung hatte das Gericht die kurdischen Angeklagten auseinandersetzt: der größte Teil deren AnwältInnen weigerte sich daraufhin, ihre Plätze einzunehmen, und verbrachten den Prozeßtag in Stammheim stehend. Nächster Konfliktpunkt war die Anordnung des vorsitzenden Staatsschutzrichters, das die Angeklagten die türkische Sprache benutzen sollen. Die KurdInnen drehten den Spieß um und boten an, auf die türkische Übersetzung des deutschen Prozeßsprache zu verzichten, damit alles sofort ins Kurdische übersetzt werden könne. Als das Gericht stur blieb, warfen die Angeklagten dem Staatsschutzsenat vor, denselben Rassismus wie den der Türkei zu praktizieren. Aus Protest verklebten sie sich ihren Mund und begannen, das Prozeßgeschehen durch Trommeln auf die Tische zu stören bzw. den Fortgang der Verhandlung zu boykottieren.

Im Verlauf der Beweiserhebung schälte sich immer deutlicher heraus, wie sehr Verfassungsschutz und der polizeiliche Staatsschutz die Ermittlungen beeinflußt hatten: Ein kurdischer Polizeizeuge aus München wurde bereits vor seiner gerichtlichen Vernehmung von der Polizei darauf hingewiesen, daß es sich bei der Angeklagten um jene Person handele, die der Kurde bis dahin nur unter ihrem angeblichen Decknamen kennen würde. Andere KurdInnen berichteten darüber, ihnen sei gedroht worden, daß, wenn sie nicht im Sinne der Anklage aussagen würden, auch gegen sie ein §129a-Verfahren oder gar aufenthaltsbeendende Maßnahmen eingeleitet würden. (3)

Kronzeuge in Frankfurt:

"Beim BKA haben sich meine Angaben weiter entfaltet"

Bereits in dem "Düsseldorfer Kurden-Prozeß" sind kurdische Belastungszeugen (Hasan Dogan und Nusret Arslan) sowie ein Kronzeuge (Ali Cetiner) aufgetreten. Insbesondere Cetiner hat alle Befürchtungen bestätigt, die bei der Einführung der Kronzeugenregelung für "terroristische Straftäter" befürchtet wurden: er war bereits vor seiner Festnahme als Spitzel für die schwedische Geheimpolizei SÄPO aktiv. Er war während seiner Arbeit innerhalb von PKK-Strukturen als Provokateur tätig. Schließlich entpuppte sich Cetiner vor Gericht als handfester Lügner (vgl. ak 353). Aber deutschen Staatsschutzrichtern ist so manches scheißegal, so daß Cetiners Lügengeschichten ungeniert Eingang in ihre Urteilsbegründungen fanden.

In den jetzigen §129a-Verfahren werden vom Staatsschutz erneut eine Reihe von kurdischen Belastungszeugen aufgefahren: der 21jährige Kurde aus Berlin, Eser Altinok, sowie - der gewichtigste bislang - Davut Sermet.

Die Anklagevertretung hatte es sich mit ihren Kronzeugen so einfach vorgestellt. Aber wie schon bei Ali Cetiner (4) mußte die BAW auch bei Davut Sermet einräumen: "Bis in das Jahr 1994 hatten die Ermittlungsbehörden lediglich lückenhafte Erkenntnisse zur neuen Struktur und Arbeitsweise der PKK. Erst die Angaben des Beschuldigten Davut Sermet ließen (...) die Einleitung von Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts der Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung zu." (5) Was die BAW als Erfolg der damals zur Diskussion stehenden Kronzeugenregelung abfeiert, fällt jedoch auf sie selber zurück: sie hatte nämlich außer den Angaben dubioser Zeugen nichts in der Hand, als sie zum großen Schlag gegen politisch aktive KurdInnen ausholte.

In dem - vorläufig bis März 1997 terminierten - Frankfurter Kurden-Prozeß gegen Senor Güngor, Dogan Özcerik und Ahmet Karadeniz geht es um Sachbeschädigung gegen türkische Einrichtungen und eine Brandstiftung mit einem Todesopfer in Wiesbaden (November 1993). Hier soll der Kronzeuge insbesondere über angebliche politische Strukturen von KurdInnen in der BRD aussagen. Allerdings ist Sermet - im Gegensatz zu Cetiner - nicht mehr als ein kleines Licht, eine Randfigur, ein Mitläufer. Er war in der BRD mit keinerlei Funktionsaufgaben innerhalb kurdischer Strukturen betraut. Die - nützlichen - Berichte des "Arbeitskreises gegen den Frankfurter Kurdenprozeß" (6) zeigen denn auch, wie kümmerlich dessen Kenntnisse über kurdische Strukturen waren:

Einer "Skizze" Sermets zufolge sollen der "Europaorganisation der PKK" neben außereuropäische Regionen (wie Kanada und Australien) auch die Leiter kurdischer Vereine und Hilfsorganisationen angehören. Dabei konnte Sermet nicht zwischen der tatsächlichen ERNK und den lediglich erfundenen ACM-Struktur unterscheiden.

Sermet will nur an einem Treffen (in Hanau) teilgenommen haben, bei dem sogenannte "aktionistische Aktivitäten" geplant worden sein sollen. Nur aufgrund der von Sermet angeblich bei diesem einen Treffen gemachten Beobachtungen werden zwei der in Frankfurt angeklagten Kurden beschuldigt, sogenannte "Gebietsverantwortliche der PKK" und damit automatisch Mitglieder der ominösen "terroristischen ACM" gewesen zu sein. Auf diesem Treffen in Hanau soll vorgeblich die Besetzung der türkischen Botschaft in Mainz beschlossen worden sein - eine Aktion, die allerdings niemals stattfand. Als Sermet angab, daß auf diesem Treffen über Datum und Zeitpunkt der Besetzung entschieden worden sein soll, sprang die BAW ihrem Schützling eiligst zur Seite. Sie wies Sermet darauf hin, daß seine Aussage der von der BAW behaupteten Arbeitsstruktur der ACM von Befehl und Gehorsam widerspräche - schwupps "korrigierte" Sermet seine Aussage im dem Sinne, daß sie ins "Argumentations"muster der BAW paßte.

Einigermaßen hilflos waren die Versuche Sermets, sein dürftiges Wissen zu erklären: "Die zwei Jahre, die ich in Europa bin, hat mich niemand speziell über Aufbau und Funktion der Partei informiert. Meine Berichte ergeben sich aus meinen Eindrücken, von Veranstaltungen und von Freunden." Ob sich diese "Eindrücke" so ganz von alleine bei Sermet eingestellt haben, daran sind berechtigte Zweifel angebracht. Nachdem Sermet sich als Kronzeuge zur Verfügung gestellt hatte, sei er zum BKA nach Bonn-Meckenheim verbracht worden. "Dort haben sie mir Fragen gestellt, die ich beantwortete - so haben sich meine Angaben weiter entfaltet." - über 300 Seiten "entfalten" sich die verworrenen Aussagen Sermets in den Protokollen des BKA.

Bei Sermet lassen sich aber auch grundsätzliche Einwände bezüglich der Kronzeugenregelung darstellen: 1992 floh Sermet in die BRD und beantragte Asyl - ohne Erfolg. Im Dezember 1993 war er zur Ausreise bis zum 9. März 1994 aufgefordert worden. Drei Wochen bevor er ausgewiesen werden sollte, ging Sermet zur Berliner Polizei und bot sich als Kronzeuge an. Daß "Angst vor Abschiebung" ein relevanter Faktor seines Aussageverhaltens gegenüber dem BKA war, räumte Sermet in seiner gerichtlichen Vernehmung ein.

Der Staatsschutz seinerseits ließ sich nicht lumpen. Die BAW verwandte sich gegenüber dem Bundesamt für ausländische Flüchtlinge für Sermet. Dieses honoriert dessen Denunziationsbereitschaft im Februar 1995 mit der Zuerkennung des sogenannten "Kleinen Asyls".

Ob ein mit der Drohung einer Abschiebung - also aufgrund seiner Angst um Leib und Leben - vom deutschen Staatsschutz eingekaufter Kronzeuge überhaupt ein zuverlässiger Zeuge sein kann, muß bezweifelt werden. Mensch stelle sich einmal die Folgen vor, wenn Sermet sich nicht mehr im Sinne des deutschen bzw. des türkischen Staatsschutzes funktionalisieren lassen würde.

Insofern wirkt Sermet in seiner Offenheit beinahe schon wieder naiv, als er am 12. Februar 1996 auf die Frage, warum er - seinen eigenen Aussagen zufolge - auch Freunde belüge, antwortet: "Man versucht alles so hinzukriegen, wie es gerade paßt."

Mark Holzberger

Anmerkungen:

1) Die BAW steht hierbei - ähnlich wie bei RAF-Prozessen - vor dem Problem, wie sie die nur einzelnen vorgeworfenen Gewaltdelikte den restlichen KurdInnen in die Schuhe schieben kann. Je mehr die BAW das Bild einer stark hierarchisierten und hochkonspirativ vorgehenden "terroristischen Vereinigung innerhalb der

PKK" hochzuhalten versucht, desto unglaubwürdiger wird allerdings ihre Behauptung, bei der angeblich existierenden ACM handele es sich (im Verbund mit den vorgeblichen "Regional-" und "Gebietsverantwortlichen") um einen basisdemokratischen Haufen, in dem alle Entscheidungen kollektiv getroffen würden.

2) Zitate nach: Lokalberichte Hamburg (4.7.96).

3) Informationen nach einem Bericht der Stuttgarter Prozeßgruppe vom 15.10.96

4) Die Lügengeschichten Cetiners hätten die Anklage im "Düsseldorfer Kurden-Prozeß "erst richtig rund gemacht", mußte der damalige Bundesanwalt, Lothar Senge, später einräumen.

5) Stellungnahme der BAW in einer Anhörung vor dem Rechtsausschuß des Deutschen Bundestages am 22.11.95

6) Zu beziehen über: "Arbeitskreis gegen den Kurdenprozeß"; Berger Str. 277; 60385 Frankfurt/M.

Der Artikel ist eine überarbeitete Fassung eines Referates von Mark Holzberger (Mitarbeiter im Büro von Ulla Jelpke MdB) vom 4. Oktober 1996 auf einer Veranstaltung "Weg mit §129a" in Berlin.

BAW stolpert über

Großen Lauschangriff

Mit Beschluß vom 22. Oktober 1996 hat das OLG-Stuttgart die für Anfang November vorgesehene Eröffnung eines §129a-Verfahrens gegen zwei KurdInnen (Asilhan Dogan und Ibrahim Kaya) platzen lassen: die vorgelegten Beweismittel seien im wesentlichen unzulässig.

Zum Hintergrund: Der Staatsschutz suchte mit Hilfe eines §129a-Haftbefehls den sogenannten "Gebietsverantwortlichen der PKK" in der baden-württembergischen Landeshauptstadt. Im Zuge einer Durchsuchung des Stuttgarter Deutsch-Kurdischen Freundschaftsvereins am 23.10.95 wurden dessen Räume verwanzt. Bis zum 22.3.96 - also über fünf Monate hinweg - wurden sie "akustisch überwacht". Zusätzlich führten Polizei (und Geheimdienste?) eine Video-Observation "und weitere Ermittlungsmaßnahmen" durch.

Dumm nur, daß der zuständige Bundesgerichtshof den hier durchgeführten "Großen Lauschangriff" auf einer unzureichenden gesetzlichen Grundlage angeordnet hatte: Im Rahmen der Gefahrenabwehr wäre das Lauschen über das Landespolizeigesetz des Ländles ohne weiteres möglich gewesen. Nicht aber zur Strafverfolgung. Die Strafprozeßordnung erlaubt in den §§100c und 100d nämlich - bis zu einer diesbezüglichen Änderung von Art. 13 Grundgesetz - "lediglich" das Abhören des nicht-öffentlich gesprochenen Wortes außerhalb von Wohnungen - nicht aber innerhalb von privat oder geschäftlich genutzten Räumen.

Die Stammheimer Staatsschutzrichter machten sich in der Begründung ihres Beschlusses über die Einfältigkeit der BAW-Anklage fast schon lustig. Sie meinten, der Verdacht, im Freundschaftsverein würden "terroristische Straftaten" geplant, würde gerade die Vermutung nahelegen, daß dies in geschlossenen Räumen und nicht in aller Öffentlichkeit stattfinden würde - und der "Große Lauschangriff" somit unzulässig wäre.

15. Tausend Seiten Antifaschismus. Handbuch deutscher Rechtsextremismus

Autor: Martin Bayer · Rubrik: Rechtsradikale, Neonazis; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak398/03.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:398:03

Es ist auf dem besten Weg zum Standardwerk des Antifaschismus, das "Handbuch deutscher Rechtsextremismus" aus dem Verlag Elefanten Press. Mit 1.056 Seiten ist es sicherlich das umfangreichste aktuelle Werk, das zu diesem Thema auf dem Markt ist: In vier Abschnitten bringt es von Basiswissen bis hin zu einem Lexikon des Neofaschismus alles, was von einem antifaschistischen Grundlagenwerk erwartet werden darf. Vielleicht wäre es künftig sinnvolle eine zweibändige Ausgabe herauszubringen - ein Lexikon und einen Materialband -, da das gut tausendseitige Werk doch etwas unhandlich in seiner Handhabung ist.

Der Herausgeber Jens Mecklenburg, der die komplette Antifa-Edition bei Elefanten Press zusammenstellt, konnte namhafte AutorInnen für sein Handbuch gewinnen. In Teil A, der grundlegende Beiträge enthält, schreiben u.a. Ralph Giordano und Reinhard Kühnl. Betrachten wir das ganze Buch, so reicht die Bandbreite der AutorInnen von Markus Birzer, einem Dozenten der Bundeswehr-Hochschule mit entsprechender Zentrierung auf das Grundgesetz als Maß aller Dinge, bis hin zur FANTIFA (Feministische Antifa) aus Marburg. Der Schwerpunkt liegt aber eindeutig bei AutorInnen aus dem linken Spektrum.

"Im ‚Handbuch deutscher Rechtsextremismus` finden sich auch kontroverse politische Positionen wieder", schreibt dazu Jens Mecklenburg, "da gerade in Wissenschaften wie Zeitgeschichte und Politikwissenschaft, in denen es über die Gewinnung von Fakten und Daten hinaus auch um Analysen, Interpretationen und unvermeidlich subjektive Werturteile geht, festgestellte Tatsachen sehr unterschiedliche, mit politischen und weltanschaulichen Grundpositionen zusammenhängende Bewertungen erfahren können. Die Leserin/der Leser erhält die Möglichkeit, verschiedene Zugänge und Bewertungen zum Thema kennenzulernen." Diese Vorgehensweise ist einem Grundlagenwerk sicherlich angemessen.

Im zweiten Teil des Handbuches wird "Deutschland rechtsaußen" lexikalisch vorgestellt. Neben rechtsextremen und neofaschistischen Organisationen werden auch Burschenschaften, rechtskonservative, militaristische und revanchistische Gruppen sowie heidnische Sekten und christlich-fundamentale Gruppen in eigenen Abschnitten aufgeführt. Ein Medien- und ein Personenteil ergänzen dieses Lexikon.

Ein kleiner Test sollte die Tauglichkeit in Verbindung mit dem Personen- und Sachregister überprüfen. Zwei Nazi-Funktionäre von bisher überwiegend regionaler Bedeutung, Klaus Beier und Jürgen Schwab, sowie zwei recht eigenartige Kleingruppen, der Bund Frankenland und der Bund für Gesamtdeutschland (BGD), wurden als Testbegriffe auserkoren. Ergebnis: Sowohl Beier als auch Schwab (dieser sogar unter seinem Pseudonym A. Morbach) kommen im Register mit entsprechenden Verweisen auf den Lexikonteil vor, der BGD hat sogar einen eigenen Eintrag; lediglich der Bund Frankenland ist den Lexikon-AutorInnen unbekannt. Ein insgesamt sehr zufriedenstellendes Ergebnis, das bei anderen Nachschlagewerken zu diesem Thema bisher selten erreicht wurde. Zu bemängeln ist hier lediglich der mit zehn Seiten erheblich zu geringe Personenteil des Lexikons.

Vertiefungen zum Thema Rechtsextremismus enthält Teil C des Handbuches. In 22 Beiträgen werden so ziemlich alle relevanten Themen behandelt. Vom Netzwerk militanter Neonazis über die Situation in Österreich, den Antisemitismus oder das rechtsextreme Neuheidentum bis hin zum Thema Rechtsextremismus bei Jugendlichen. Beleuchtet werden zudem Männerbünde unter Nazis. In einem weiteren Beitrag bleiben auch die "Kameradinnen" nicht unberücksichtigt. Nazi-Skins, rechtsextremes Wahlverhalten, Rassismus in den Medien, Vertriebene, Studentenverbindungen und mehr sind Stichworte, zu denen weiterführende Beiträge gedruckt sind. Charlotte Wiedemann stellt zudem fest, daß die Themen der Rechten die der Mitte sind. Andere AutorInnen sind Christoph Butterwegge, Bernd Siegler, Siegfried Jägery, Rolf Gössner, Ulla Jelpke, Anton Maegerle, etc.

Beispielhaft seien hier zwei Beiträge näher erwähnt: Ralf Ptaks "Wirtschaftspolitik und die extreme Rechte" sowie Fabian Virchows " ... über die Trümmer der KZ-Gedenkstätten" zum Thema Auschwitzleugner und Geschichtsfälscher.

Ptak stellt fest, es sei "erstaunlich, daß die Vorstellungen der extremen Rechten zur Wirtschaftspolitik und einer daraus folgenden Sozialpolitik in der bundesdeutschen Diskussion über den Rechtsextremismus so wenig Beachtung finden. Gerade der immer wieder diskutierte Zusammenhang zwischen der politisch-ökonomischen Krise der kapitalistischen Gesellschaft und dem Erstarken des Rechtsextremismus verlangt nach einer Auseinandersetzung mit den sozio-ökonomischen Vorstellungen der extremen Rechten." Er kommt zu dem Ergebnis, daß es zwei große wirtschaftspolitische Richtungen innerhalb des Rechtsextremismus gibt. Zum einen die klassisch-faschistische Kapitalismusvorstellung mit staatlichem Interventionismus, die er als "repressive Stabilisierung der kapitalistischen Ordnung" bezeichnet; zum anderen die von den "Republikanern", dem "Bund freier Bürger" oder Haiders "Freiheitlichen" vertretene neoliberalistische Richtung.

Schlüssig und nachvollziehbar entwickelt er die Ausführungen zu diesen beiden Strömungen und macht die beiden Haupttendenzen sichtbar.

Keinen Zweifel läßt er daran, daß die neoliberale Richtung durch ihre Nähe zu allgemein anerkannten wirtschaftlichen Positionen gefährlicher ist. "Die Ausrichtung auf die neoliberale Gesellschaftskonzeption paßt sich ... an bestehende Entwicklungstendenzen in der Gesellschaft an, denn das neoliberale Gedankengut bestimmt den allgemeinen Teil der wirtschafts- und sozialpolitischen Auseinandersetzung in der Gesellschaft. Es bietet eine allgemein anerkannte theoretische Legitimation für die rigide Ausdifferenzierung der Gesellschaft nach Leistungskriterien sowie die Umverteilung der Einkommen zugunsten der Besitzer von Produktiv- und Geldvermögen und ist verknüpfbar mit traditionellen Ideologien des Rechtsextremismus."

In dem Beitrag von Fabian Virchow über die "Revisionisten", die er treffender als Negationisten bezeichnet sehen möchten, wird sehr informiert das Netzwerk der Auschwitzleugner aufgezeigt. Um deren "absurde Vorstellungen in den Köpfen der Menschen verankern" zu können, greifen die Negationisten auf die "weit verbreitete Wissenschaftsgläubigkeit ebenso" zurück wie auf "die Unkenntnis über geschichtliche Tatsachen". Bliebe noch anzumerken, daß diese Geschichtsfälscher sich auch sehr gezielt die tief verwurzelten antisemitischen Vorurteile über angebliche "raffgierige Juden" und die rassistischen Vorstellungen z.B. von den "lügenden Zigeunern" sowie einen weit verbreiteten Antiamerikanismus und andere gängige Idiotien zunutze machen; auf diese Vorurteile aufbauend können die Aussagen von jüdischen KZ-Überlebenden, Sinti und Roma oder amerikanischen Quellen (früher auch sowjetischen) etc. leicht denunziert und durch gegenteilige ersetzt werden.

Völlig zutreffend ist Virchows Feststellung, den Negationisten gehe es "um Politik, Ideologie und Macht. Die neofaschistischen Gruppen wollen nicht in erster Linie einen anderen Text in den Geschichtsbüchern sehen; sie wollen Einfluß und Macht. Denn wer in der Gesellschaft autoritäre Konzepte und eine starke Partei rechts von der CDU/CSU durchsetzen will, muß den Faschismus von seinen beiden schwersten Verbrechen befreien: der Schuld am Zweiten Weltkrieg und der Vernichtung der europäischen Juden."

Dabei übersieht er nicht die Wechselwirkung mit etablierten Kräften: "Die ‚Rückkehr zur Normalität`, d.h. die Beseitigung der ‚Schuldkomplexe der Deutschen` und ein ‚unverkrampftes Verhältnis zur Nation`, gilt den gesellschaftlichen Eliten als wesentliche Etappe, Deutschland wieder als Großmacht zu etablieren. Es eröffnet zugleich neofaschistischen und antisemitischen Kräften neue Wirkungsmöglichkeiten."

Den letzten Teil des Buches bildet ein ausführlicher Anhang mit einer Chronologie des deutschen Rechtsextremismus von 1945 bis 1995, einer Auswahlbibliographie, dem AutorInnenverzeichnis sowie dem Sach- und Personenregister. Das Verzeichnis antifaschistischer Einrichtungen, Organisationen und Medien wäre ausbaufähig. So fehlt unter "Zeitschriften mit antifaschistischer Berichterstattung" die analyse & kritik, was sicherlich fast unverzeihbar ist!

Martin Bayer

Jens Mecklenburg (Hg.): Handbuch deutscher Rechtsextremismus, gebunden mit Schutzumschlag, Berlin 1996, Verlag Elefanten Press, 1.056 S., DM 68,-.

16. Spendenaufruf für Prozeßunterstützung von Birgit Hogefeld

Rubrik: Haftbedingungen · CD-Datei: daten/aksuche/ak398/16.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:398:16

Nach zweijähriger Verhandlungsdauer endete im November 1996 der Prozeß gegen Birgit Hogefeld mit einem Lebenslänglich-Urteil. Der 5. Staatsschutzsenat des Oberlandesgerichtes Frankfurt hat außerdem die besondere "Schwere der Schuld" festgestellt, um die Haftdauer über 15 Jahre hinaus festzuschreiben. In der Presse war angesichts dieses Urteils von "zweifelhafter Beweislage" (Frankfurter Rundschau) die Rede. In der Süddeutschen Zeitung hieß es: "In der Verantwortung der Gerichte liegt es, mit wachsendem zeitlichen Abstand zu den Taten imme größere Sorgfalt bei der Beweisführung walten zu lassen. Das Hogefeld-Verfahren gibt auch in dieser Hinsicht Anlaß zur Sorge" und die Tageszeitung schrieb: "Der Rechtsgrundsatz ‚im Zweifel für den Angeklagten` ist in der staatlichen Überreaktion auf den politisch motivierten Terrorismus vor zwei Jahrzehnten kurz und bündig abgeschafft worden."

Es muß endlich aufhören, daß Bundesanwaltschaft und Staatsschutzsenate willkürlich und ihren eigenen Gesetzen zuwider handelnd Anklagen und Verurteilungen durchpeitschen können.

Die Verteidigung hat gegen dieses Urteil Revision eingelegt. Für den Fall der Zurückweisung ist eine Klage beim Europäischen Gerichtshof beabsichtigt. Da für die Finanzierung des Revisionsverfahrens Geld benötigt wird, bitten wir um Spenden.

Spenden bitte auf das Konto der Bunten Hilfe Frankfurt:

Sonderkonto V. Luley, Konto-Nr. 16072-603, Postbank NL Frankfurt, BLZ 500 100 60, Stichwort: Revision

Auf diesem Wege ein herzliches Danke für die bisherige und zukünftige Unterstützung der Prozeßarbeit und ein gutes Neues Jahr.

Die Schlußerklärung von Birgit Hogefeld ist in der Frankfurter Rundschau vom 19.12.96. der Jungen Welt und der taz vom 6.11.96 sowie in den November-Ausgaben der ak und der SoZ auszugsweise abgedruckt.

Die vollständige Fassung ist gegen 5,- DM (Schein oder Briefmarken) erhältlich bei: Prozeßgruppe Birgit Hogefeld, c/o Infoladen, Werderstr. 8, 65195 Wiesbaden.

17. Dauernde Teilung oder schrittweise Annäherung? Korea: Überlegungen zum Dialog zwischen Norden und Süden

Autor: Rainer Werning · Rubrik: Korea (Nord); Korea (Süd) · CD-Datei: daten/aksuche/ak398/23.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:398:23

Zumindest vier herausragende Ereignisse rückten die koreanische Halbinsel in den vergangenen Wochen neuerlich ins Blickfeld internationaler Aufmerksamkeit:

* Die im August von massiven - vor allem studentischen - Protesten und Demonstrationen begleiteten Gerichtsurteile gegen die Ex-Präsidenten Chun Doo-Hwan und Roh Tae-Woo sowie einige hochrangige Generäle und Topmanager der Chaebol wegen Korruption bzw. Landesverrat und Verstrickung in die blutige Niederschlagung des Kwangju-Aufstandes im Mai 1980; (1)

* die Anlandung eines nordkoreanischen U-Bootes an der Küste Südkoreas Mitte September und die dadurch ausgelöste erhöhte Alarmbereitschaft der südkoreanischen Sicherheitskräfte;

* die Ende Oktober begonnenen zweiwöchigen Manöver von über einer halben Million südkoreanischer und US-amerikanischer Soldaten zwecks Erprobung gemeinsamer Kampfbereitschaft gegen nordkoreanische Kommandooperationen; (2)

* die ebenfalls Ende Oktober von (dem am 12. November demissionierten) Außenminister Gong Ro-Myung im Pariser Hauptquartier der OECD (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) unterzeichnete Vereinbarung über den Beitritt Südkoreas zu diesem nunmehr 29 Mitglieder zählenden erlauchten "Club der Reichen", eine Ehre, die in Asien bisher nur Japan zuteil geworden ist, das der OECD seit 1964 angehört. (3)

In diesen Ereignissen, so lautet die erste meiner beiden Hauptthesen, verschränken sich auf eigentümliche Weise Elemente der alten mit solchen der neuen Weltordnung, das Anachronistische steht neben dem Zeitgeistigen. Die zweite Hauptthese ist: Das Überwinden der unverschuldeten, in einer historischen Umbruchphase wesentlich von äußeren Kräften oktroyierten Teilung ist ein Prozeß, der weitaus langwieriger und konfliktträchtiger verlaufen wird, als dies von sämtlichen Protagonisten angenommen wurde.

"Befriedung"

statt Befreiung

Mit dem Ende der japanischen Kolonialherrschaft (1910-45) verband der überwiegende Teil der Koreaner die hoffnungsfrohe Erwartung, endlich wieder selbst die Geschicke des Landes lenken zu können. Diese Erwartung sollte sich sehr bald schon als Wunschdenken entpuppen, das die Kalküle der Siegermächte (der USA und der Sowjetunion) unberücksichtigt ließ. Diese hatten sich längst vor Kriegsende darüber verständigt, Korea auch nach einem Sieg über Japan die Unabhängigkeit vorzuenthalten und die Halbinsel statt dessen eine Zeitlang "treuhänderisch" zu verwalten. Der 38. Breitengrad diente später als Demarkationslinie zwischen zwei Groß- und Siegermächten, die um so undurchlässiger wurde, je erbitterter deren Systemkonfrontation im Zuge des Kalten Krieges und jeweils verfolgter imperialer Eigeninteressen eskalierte. Für diejenigen politischen Kräfte in Korea, denen zumindest am Aufbau einer eigenen Regierung, wenn nicht gar an tiefgreifenden sozialen Reformen gelegen war, bedeuteten die Anlandung US-amerikanischer Truppen in Inchon und die Präsenz der Roten Armee nördlich des 38. Breitengrades eine Einschnürung eigener Handlungsspielräume, die sich schrittweise, d.h. mit der von außen intensivierten Einflußnahme auf innerkoreanische Prozesse in Form des Aufbaus und der Protektion strategischer Machtgruppen, verringerten.

Rhee Syngman ist bekanntlich auf Geheiß Washingtons aus seinem US-amerikanischen Exil nach Südkorea ausgeflogen, dort zum Präsidenten gekürt und gegen beträchtliche Anfeindungen seitens einer breitgefächerten Opposition - inklusive militärischer Mittel - gestützt worden. Im Norden der Halbinsel vermochte es derweil die Gruppe um Kim Il-Sung, damals nur eine unter mehreren vormals antijapanischen Partisanengruppen, sich mittels sowjetischer Unterstützung langsam ins Zentrum der politischen Macht zu

rücken. Was den Grad der sozialökonomischen Reformen (z.B. den Umgang mit den ehemaligen Kollaborateuren der japanischen Kolonialadministration sowie die Neugestaltung der Besitzverhältnisse qua Land-/Agrarreform), die Entfaltungsmöglichkeiten der landesweit gebildeten Volkskomitees, die jeweilige innenpolitische Akzeptanz und ideologische Legitimation betraf, dürfte den Norden eine größere Binnensolidarität und geringere gesellschaftliche Polarisierung ausgezeichnet haben als den Süden. Wenn gleich sich beide Regime in Seoul und Pjöngjang im Laufe der Zeit, nicht zuletzt bedingt durch die verschärfte Systemkonfrontation ihrer "Schutz"mächte, stabilisierten, gestalteten sich deren Kontrollmechanismen höchst unterschiedlich. Während die Sowjetunion ihre letzten Truppenkontingente bereits 1948 aus Nordkorea abgezogen hatte, blieb die Präsenz im Süden des Landes stationierter Gls (ca. 37.000) ungebrochen stark.

In diesem Sinne markierten die beiden Staatsgründungen noch im selben Jahr - am 15. August 1948 die Schaffung der Republik Korea (Südkorea) und am 9. September die Proklamation der Koreanischen Demokratischen Volksrepublik (Nordkorea) - sowohl die imperial begründete Teilung des Landes als auch - dadurch bedingt - die jeweiligen Herrschaftsansprüche der beiden Staatsapparate auf Aufhebung eben dieser Teilung. Als ideologische Leitplanken dieses Bestrebens dienten der Antikommunismus auf der einen und der Antiimperialismus auf der anderen Seite, was sich konkret darin äußerte, daß freedom & democracy (aus südlicher Sicht) ebenso hegemonial durchgesetzt werden sollte wie (aus nördlicher Sicht) die Überwindung des neokolonialen Status der Republik Korea mit der KVDR als revolutionärem Hinterland.

Konfrontation

statt Kooperation

Die eigentliche Tragik bestand darin, daß die nach der Kapitulation Tokios von den Koreanern erhoffte Befreiung aufgrund der geostrategischen Lage der Halbinsel als delikateste Nahtstelle der Ost-West-Blockkonfrontation auf dem asiatischen Festland verunmöglicht, mehr noch, ihre Souveränität aufs neue beschnitten wurde und zu allem Überfluß dem Aggressor Japan eine Teilung seines Landes erspart blieb. (4) Die Gründung der VR China im Oktober 1949 tat ein übriges, um im Westen die Furcht vor einem unkontrollierbaren Vordringen des Kommunismus in Asien zu nähren. Nicht zufällig ist seinerzeit im Pentagon und State Department der Begriff "roll back" geprägt worden, über dessen - im Vergleich zum späteren "containment"-Konzept - offensiven Charakter die damaligen US-Außenminister Dean Acheson und John Foster Dulles keinen Zweifel ließen.

In Korea kam es zum ersten "heißen" Konflikt des Kalten Krieges, dem auf beiden Seiten politisch-diplomatische Attacken und Konterattacken sowie militärische Provokationen vorangegangen waren, die schließlich zum offenen Bürgerkrieg mit häufig wechselnden, die gesamte Halbinsel erfassenden Frontverläufen eskalierten. Infolge des massiven Eingreifens von UN-Truppen unter US-amerikanischer Ägide und Einheiten chinesischer Freiwilligenverbände erlangte der Konflikt eine gefährliche internationale Dimension. (5) Die Frage, wer die ersten Schüsse abfeuerte, ist angesichts des zuvor geschürten und vorhandenen Konfliktpotentials zweitrangig. Die "Eroberungs"these, ob nun vom Norden gegen den Süden oder vice versa gewendet, ist löchrig und ebenso wenig überzeugend wie die Annahme, der US-Imperialismus habe den Norden bzw. dieser mit Hilfe der Sowjetunion den Süden okkupieren wollen. Für die UdSSR war Nordkorea zu der Zeit eine zu vernachlässigende Größe, für die ein neuer Krieg überhaupt nicht auf der Agenda stand. (6) Und für die US-Politik war Korea zumindest bis 1950 nicht integraler Bestandteil des eigenen "defense parameters ", wie das seinerseits im Jargon des Pentagon hieß.

Unbestritten ist, daß das dreijährige Kriegsgeschehen in Korea (Juni 1950 - Juli 1953) über immense materielle Verwüstungen hinaus tiefe, bis heute klaffende psychische und emotionale Wunden hinterließ, die durch das Waffenstillstandsabkommen von Panmunjom zwar notdürftig überdeckt, beileibe jedoch nicht geheilt, geschweige denn durch eine umfassende Friedensregelung in ihren Auswirkungen gelindert werden konnten.

Modell Nord

versus Modell Süd

Die katastrophalen Zerstörungen auf der gesamten koreanischen Halbinsel infolge bakteriologischer Kriegführung sowie Flächenbombardements von bis dato nicht gekanntem Ausmaß - überliefert ist die

zynische Bemerkung eines US-amerikanischen Luftwaffengenerals, es gäbe dort partout keine Ziele mehr! - machten den Wiederaufbau in beiden Landesteilen gleichermaßen zur vordringlichsten Aufgabe. Bezog Südkorea den Löwenanteil seiner entsprechenden Hilfszuwendungen - Schenkungen und zinsgünstige Kredite in Höhe von über 6 Mrd. US-Dollar allein bis Mitte der 70er Jahre (7) - aus den USA und nach der Normalisierung seiner Beziehungen mit Tokio im Jahre 1965 ebenfalls in zunehmendem Maße aus Japan, so erhielt Pjöngjang materielle und finanzielle Unterstützung aus der VR China, der Sowjetunion und anderen Ländern des RGW (Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe), ohne diesem jedoch jemals beigetreten zu sein.

Durch beispiellose Massenmobilisierungen wurde im nördlichen Landesteil der Grundstein für den Auf- und Ausbau einer weitgehend an den sozialen und medizinischen Bedürfnissen der Bevölkerung orientierten Ökonomie gelegt, die Jahre vor der Prägung des Begriffs "Modell Südkorea" zweistellige Wachstumsraten aufwies, was vor allem in den zahlreichen seit 1960 unabhängig gewordenen Staaten im Trikont Faszination ausstrahlte. Politisch flankiert wurde diese Entwicklung durch die endgültige Herrschaftssicherung der Gruppe um Kim Il-Sung, dessen Entwurf einer umfassenden Selbständigkeit des eigenen Sozialismus-Konzepts in Gestalt der Dschutsche-Ideologie und schließlich - auf dem Höhepunkt der sogenannten "Großen Polemik über die Generallinie innerhalb der kommunistischen und Arbeiterbewegung" - durch die Strategie der Äquidistanz zu Moskau und Peking. In dieser Hinsicht konnte Nordkorea als erstes Beispiel für den Versuch dessen gelten, was später im Diskurs der Dependenztheorien unter "Autozentrismus" gefaßt werden sollte. Retrospektiv ist der nordkoreanischen Führung eine gewisse Klugheit und Weitsicht nicht abzusprechen.

Dschutsche bedeutete auf außen-, wirtschafts- und sicherheitspolitischer Ebene eine über weite Strecken relativ erfolgreiche Strategie zur Wahrung eigener Handlungsspielräume. Ob Dschutsche auch eine erkenntnistheoretische Bereicherung und/oder eine Weiterentwicklung der marxistischen Philosophie darstellt, ist eine Frage, die, je nach Interessenlage, einige Experten für gelöst halten, anderen indes als Gegenstand eines aufreibenden akademischen Disputs gilt. Bei aller Apologetik und Herrschaftslegitimation, zu deren Zweck Pjöngjangs offizielle Propaganda sich mit den Dschutsche-Ideen panzert(e), scheint diesen doch ein hohes Maß an Plausibilität und Mobilisierungspotential in der eigenen Bevölkerung zuzukommen. Immerhin eignen sich die Dschutsche-Ideen als geschlossenes Ideologiegebilde mit - massenpsychologisch betrachtet - vielfältigen Identifikationsmöglichkeiten. Durch sie konnte der Machtanspruch der Nomenklatura mit den Wünschen und Interessen der Bevölkerung weitgehend gekoppelt werden; das ist eine Erklärung für die bemerkenswerte politische Kontinuität in der Volksrepublik.

Vergleichbares hat es in der Geschichte Südkoreas nicht gegeben. Dort war statt dessen eine eigentümliche Symbiose von martialischem Antikommunismus und developmentalism (8) zu konstatieren: Entwicklung - makroökonomisch betrachtet - als Zielgröße an sich, eingeleitet und durchgesetzt unter rigiden Vorgaben zentralstaatlicher Planungsinstanzen, was per definitionem wie immer auch geartete Elemente von Partizipation "der da unten " ausschloß. Das erforderte zwangsläufig die Stärkung der Staatsapparate, wies insbesondere den Sicherheitskräften eine herausragende Stellung in der Gesellschaft zu und begünstigte die Heranbildung und Qualifizierung effizienter wie kompetenter technokratischer Kader. Unter diesem Gesichtspunkt bildeten die von Park Chung-Hee, der seine Offizierssporen während der japanischen Kolonialherrschaft verdient hatte, seit Mitte der 60er Jahre initiierten Politiken zur Durchsetzung des developmentalism den Auftakt eines beispiellosen gesellschaftspolitischen und ökonomisch-kulturellen Transformationsprozesses, der binnen dreier Dekaden eine Entwicklung nachholte, die in Westeuropa Jahrhunderte währte und für die selbst Japan ein Jahrhundert benötigte.

Die Erfolgsstory des "Modell Südkorea" basiert auf spezifischen konstitutiven Faktoren, deren Übertragbarkeit auf sogenannte Dritte-Welt-Länder höchst zweifelhaft ist: Südkoreas exportierter "Frontstaat"-Charakter im Ost-West-Konflikt, massive Unterstützung seitens der USA und Japans, seine innen- wie außenpolitisch geförderte Entwicklungsstrategie exportorientierten Typs, ein relativ abgeschotteter Binnenmarkt mit langjährig tolerierten Protektionsmechanismen, die Verwendung externen Kapitals für wesentlich produktive Zwecke und der Ausbau einer guten Infrastruktur, Förderung der internen Sparquote und gezielte Investitionen in den Bereichen Erziehung/Ausbildung und Forschung und Entwicklung unter der Führung einer erfahrenen Bürokratie und weitsichtiger Technokraten mit dem Militär als Garant für die "Domestizierung" der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung sowie die erzwungene Kostensenkung des Faktors Arbeit - all das bot dem Kapital denkbar günstige Verwertungsbedingungen und lieferte - ideologiekritisch gewendet - nachgerade den schlagenden Gegenbeweis neoliberaler Positionen, wonach einzig eine offene, marktwirtschaftlich

ausgerichtete Gesellschaft Wachstum ermöglicht. Wäre Park Chung-Hees überliefertes Diktum aus den späten 60er Jahren gültig, wonach an eine Wiedervereinigung erst zu denken sei, wenn Südkorea das Zehnfache des nordkoreanischen Bruttosozialprodukts erwirtschaftet habe, müßte die Vereinigung bereits vollzogen, zumindest aber die politische Priorität schlechthin sein. Das ist mitnichten der Fall.

Annäherungen

Beide bisher herausragenden innerkoreanischen Annäherungen, die gemeinsamen Rote-Kreuz-Gespräche und Regierungsverhandlungen, die in dem Nord-Süd-Kommuniqué vom Juli 1972 gipfelten, und der im Dezember 1991 von Seoul und Pjöngjang unterzeichnete Aussöhnungsvertrag geschahen jeweils in Situationen weitreichender internationaler Umbrüche: Im ersten Fall war kurz zuvor die langjährige Feindschaft zwischen der VR China und den USA beigelegt worden, so daß ein Gutteil der antikommunistischen Propaganda an Bedrohlichkeit einbüßte. 1991 verschwand nach der Erosion der real-sozialistischen Systeme in etlichen Staaten Osteuropas schließlich mit der Sowjetunion ein potenter Bündnispartner Nordkoreas, mit dem es seit Beginn der 60er Jahre qua gemeinsamem Beistandspakt verbunden war, von der politischen Bühne.

Beide Male waren aber auch markante innerkoreanische Prozesse dafür verantwortlich, daß der mühsam geknüpfte Dialogfaden letztlich riß. In Südkorea verhängte Präsident Park Ende 1972 das Kriegsrecht; es begann eine Zeit innerer Repression und Abschottung gegenüber dem Norden. Anfang der 90er Jahre war dann die nordkoreanische Führung ihrerseits damit befaßt, den Fall der Mauer in Berlin, die Ereignisse in Osteuropa und Rußland aufmerksam zu verfolgen und mögliche "ideologische Kontaminierungen" von sich fernzuhalten. (9) Zusätzlich belastet wurde der innerkoreanische Dialog durch die sogenannte Atomfrage (10), den Tod von Staats- und Parteichef Kim Il-Sung im Sommer 1994 (11) und durch die bereits erwähnte Anlandung eines nordkoreanischen U-Bootes an der südkoreanischen Küste im September.

Zwischenzeitlich herrschte auf nord- wie südkoreanischer Seite kein Mangel an Vorschlägen von Pjöngjangs (Kon)Föderationskonzept bis hin zu Roh Tae-Woos Aufruf zur Bildung eines Commonwealth - zur gegenseitigem Annäherung bzw. Wiedervereinigung. Sie scheiterten allesamt am Fehlen eines institutionellen, für beide Seiten gleichermaßen verbindlichen Rahmens und/oder gerieten unfreiwillig in den Sog außenpolitischer Neukonstellationen und tagespolitischer Konfrontationen (z.B. Überdenken der russischen Politik gegenüber Nordkorea und dessen Schlagabtausch mit den USA bezüglich des Yongbyon-Atomkomplexes).

Neben Zypern ist Korea heute das letzte geteilte Land der Erde. Die Vereinigungsprozesse in der jüngsten Gegenwart - Vietnam, der Jemen und Deutschland - haben über die Unterschiedlichkeit der damit verbundenen Dynamiken hinaus immense politische, wirtschaftliche und emotionale Schwierigkeiten aufgeworfen, deren zufriedenstellende Lösung noch Jahre dauern wird. In Vietnam hat der siegreiche Norden jahrelang den Süden politisch wie ökonomisch bevormundet, was erst mit der Erneuerungsbewegung auf wirtschaftlichem Gebiet (Doi Moi) bei Wahrung des politischen Hegemonieanspruchs der KP Vietnams gelockert wurde (12), während es im Jemen 1993/94 zum offenen Bürgerkrieg kam. In Deutschland bleiben wohl noch auf Dauer Gefühle von "Zweitklassigkeit" im Osten virulent, solange und insofern die dort von westdeutschen Politikern einst vollmundig gepriesenen "blühenden Landschaften" auf sich warten lassen. (13) Südkoreanische Politiker haben bei allen diesen Vereinigungsprozessen explizit das deutsche Beispiel als Vorbild für die eigene Politik favorisiert, wenngleich spätestens seit Sommer 1991 eine Kehrtwende stattgefunden hat. Seitdem haben renommierte südkoreanische think tanks Wirtschaftsexperten nach Deutschland entsandt, um vor Ort den Einigungsprozeß sorgfältig zu studieren. Herausgekommen sind dabei etliche Studien und Modellrechnungen (14), die allesamt nahelegten, doch nicht gemäß "deutschem Muster" zu verfahren.

Hatte man zuvor in Seoul nichts gegen eine Destabilisierung des nordkoreanischen Regimes einzuwenden, so setzt man heute alles daran, sich mit Pjöngjang ins Benehmen zu setzen und eine Machterosion der dort Regierenden tunlichst zu vermeiden; andernfalls zeitigte das desaströse politische wie wirtschaftliche Rückkoppelungen und gefährdete hochgradig den Bestand des eigenen Gemeinwohls. Auffällig ist in diesem Zusammenhang dennoch das gegenseitige Hochschaukeln von Feindbildern; so ist es relevanten gesellschaftlichen Gruppen in Süd- wie Nordkorea gleichermaßen verwehrt, ohne ausdrückliche staatliche Duldung Eigeninitiative für die Wiedervereinigung zu entfalten. Vor allem das seit 1948 in Südkorea

bestehende, obgleich mehrfach modifizierte Nationale Sicherheitsgesetz ist ein groteskes Relikt obrigkeitsstaatlicher Selbstherrlichkeit: Es steht in krassem Kontrast zu der von Präsident Kim Young-Sam postulierten segyehwa - frei übersetzt etwa "Verweltgesellschaftlichung" (15) -, zumal diese gerade jene Prinzipien - nämlich: Offenheit, Liberalisierung, Deregulierung und Globalisierung - beinhaltet, zu denen sich Seoul anläßlich seiner bevorstehenden Vollmitgliedschaft in der OECD wiederholt bekannt hat und deren strikte Umsetzung nunmehr ansteht.

Szenarien

der Verständigung

Welche sinnvollen und gleichzeitig realistischen Szenarien gibt es, um die Nord-Süd-Verständigung zu intensivieren und schließlich den (Wieder)Vereinigungsprozeß zu beschleunigen? Folgende Schritte wären dazu aus meiner Sicht unablässig:

* Die im Konsens zu erzielende Vereinbarung über regelmäßige Konsultationen auf höchster diplomatischer Ebene mit dem Grundsatz der gleichberechtigten Anerkennung und Würde bei strikter Unterlassung gegenseitiger Attacken/Beschimpfungen im Geiste des bereits existierenden A Aussöhnungsvertrages, der immerhin ein entsprechendes Regelwerk vorsieht;

* die Schaffung eines Runden Tisches, an dem zunächst im Sinne vertrauensbildender Maßnahmen Vorurteile abgebaut und wo nach der Bestimmung erster konkreter Schritte über gemeinsame Besucherprogramme (Stichwort: "kleiner Grenzverkehr") die Modalitäten eines umfassenden Wirtschafts-, Handels- und Kulturaustausches getroffen werden;

* die schrittweise Einbindung anerkannter Persönlichkeiten aus Nord wie Süd und relevanter sozialer Kräfte in den offiziellen Dialog, wobei als Voraussetzung dafür sämtliche auf beiden Seiten noch existierende juristische und/oder politische Hindernisse zu beseitigen wären;

* gemeinsam abgestimmte außenpolitische Initiativen, um die jeweiligen früheren oder noch präsenten "Schutzmächte" - konkret: die USA, China und Rußland - in den Prozeß einer umfassenden regionalen Friedenssicherung - möglicherweise ein ostasiatisches Pendant zur KSZE bzw. OSZE - einzubeziehen, deren Schlußakkord die Unterzeichnung eines Friedensvertrages (16) bildete. Das freilich erforderte die Überwindung eines weiteren Anachronismus: die Einstellung großangelegter gemeinsamer südkoreanisch-US-amerikanischer Manöver und den graduellen Abzug der noch in Südkorea stationierten US-Truppen, was angesichts der militärischen Stärke der südkoreanischen Armee und ihrer technologischen Ausrüstung ohnehin überfällig ist und zudem Seouls Souveränität nicht beschnitte. Für Nordkorea hätte dies eine positive Signalwirkung und erleichterte es seiner Regierung im Gegenzug, über einen beiderseitigen Truppenabbau zu verhandeln und Einsparungen im militärischen Bereich vorzunehmen.

* In einem späteren Stadium wären sodann die Mechanismen und das Prozedere zu klären, wie ein geregeltes Miteinander in sämtlichen Sphären des gesellschaftlichen Lebens gewährleistet und der Vereinigungsprozeß (eventuell auf dem Wege einer befristeten Föderation oder Konföderation) jenseits von Unterwerfungen realisiert werden kann.

Ich bin mir darüber im klaren, daß solche Erwägungen nicht frei sind von Idealtypisierung und Projektionen. Doch wenn beide Protagonisten die (Wieder)Vereinigung als vorrangig ansehen und diesen Prozeß verantwortungsbewußt und ernsthaft begleiten, dürften sich die skizzierten Schritte dahin als unhintergehbar erweisen. Hypothetisch angenommen, alle diese Schritte seien bereits praktisch umgesetzt, so wäre das ohnehin erst der Beginn einer genuinen Nord-Süd-Annäherung und schüfe erst die Bedingungen für ;zivilere Umgangsformen und offenere Kommunikationskanäle - vielleicht vergleichbar mit der innerdeutschen Situation nach dem Anfang der 70er Jahre ausgehandelten Grundlagenvertrag. Bis dann tatsächliches oder symbolisches Mauerwerk einstürzt oder abgetragen ist, dürfte angesichts unverarbeiteter Bürgerkriegstraumata und gravierender Systemunterschiede noch eine schmerzliche Dialogphase zwischengeschaltet sein. Es wäre vermessen, deren Zeitrahmen bereits heute bestimmen zu wollen.

Rainer Werning

Anmerkungen:

1) Ausführlich habe ich das u.a. in Zeitschriftenaufsätzen für die Blätter für deutsche und internationale Politik 10'96, Bonn (Okt.) 1996, S. 1178-80 und Die Wochenzeitung-WoZ, Zürich, 30.8.1996, S. 1 und 10 behandelt.

2) Lt. Berichten der US-amerikanischen Nachrichtenagentur Associated Press (AP) und der Deutschen Presse-Agentur (dpa) aus Seoul vom 28.10.1996

3) Siehe dazu Gebhard Hielscher in der Süddeutschen Zeitung (München) vom 26./27.10.1996, S. 8.

4) Stellte man Analogien zu Europa her, wo Deutschland infolge seiner Aggressions- und Annexionspolitik geteilt wurde, hätte dieses Schicksal in Ostasien eher Japan denn dessen vormalige Kolonie Korea erleiden müssen.

5) General Douglas MacArthur, seinerzeit in Personalunion Chef der US-amerikanischen Streitkräfte und Oberkommandierender der UN-Truppen in Korea, hatte auf dem Höhepunkt der Kriegführung zeitweilig gar die "Pulverisierung" - sprich: atomare Zerstörung - von chinesischen Städten im Grenzgebiet zu Nordkorea erwogen, was seinen Vorgesetzten in Washington zu weit ging und letztlich zur Demission des Generals führte.

6) Ansonsten hätte Moskau die eigenen Truppen wohl kaum bereits 1948 von der Halbinsel abgezogen und spätestens mit Ausbruch der Feindseligkeiten auch militärisch Flagge gezeigt.

7) Diese Summe entsprach dem Volumen der im gleichen Zeitraum an den gesamten afrikanischen Kontinent geleisteten Hilfe. Vgl. Walden Bello/Stephanie Rosenfeld, "Dragons in Distress: The Crisis of the NICS", in: World Policy Journal 7(1990): 431-468, hier: 434. Die Unterstützung verfolgte ein klares strategisches Ziel: die Sicherung der US-amerikanischen Einflußzone in Asien. Die Wirtschaften der Newly Industrialized Countries (NICS) sollten gefördert werden, um sie gegen den vermuteten "Domino-Effekt" kommunistischer Machtübernahme zu schützen, Wirtschaftswachstum sollte sie gegen diese Bedrohung immunisieren siehe dazu: Bruce Cumings, "The Political Economy of the Pacific Rim", in: Ravi Arvind Palat (ed.), Pacific Asia and the Future of the World System, Westport/London 1993, S. 21-37 und Peter J. Opitz, "Das ‚Land der Morgenstille` - ein Brennpunkt der Weltpolitik", in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B36-37, Bonn 1988, S. 3-16, hier: S. 7.

8) In Ermangelung eines adäquaten Begriffs im Deutschen ("Entwicklung-ismus" bzw. die Umschreibung "Entwicklung als Ideologie" käme dem Sachverhalt nahe) verwende ich diesen Terminus zur Kennzeichnung einer staatlich exekutierten Politik von "Entwicklung um jeden Preis", was gleichzeitig ideologisch besetzt ist. Siehe auch: Boris Holzer, "Entwicklung und Demokratisierung in Südkorea: Kleine Schritte nach dem großen Sprung", in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B30-3 1, Bonn 1996.

9) Mit dieser Begründung hat Pjöngjang damals den Großteil seiner in diesen Ländern weilenden Experten und Studenten nach Hause zurückgerufen.

10) Der Streit darüber, ob Nordkorea in seinem Yongbyon-Kernkraft-Komplex bereits einsatzfähige Atomwaffen entwickelt habe, schlug in der internationalen Medienberichterstattung weitaus höhere Wellen als in Südkorea selbst. Zeitweilig gar sah sich die Regierung Kim Young-Sams genötigt, Washington diplomatisch um Zurückhaltung zu ersuchen. Die vor allem in den US-amerikanischen Medien geschürten Befürchtungen eines möglichen atomaren Schlages einer Desperado-Clique in Pjöngjang gegen den Süden entbehrten von vornherein jeglicher Grundlage. Sie verebbten denn auch ebenso rasch wie sie geschürt worden waren. Weitaus weniger Beachtung fand dann die in der malaysischen Hauptstadt Kuala Lumpur im Frühjahr 1995 getroffene US-amerikanische-nordkoreanische Vereinbarung über Umrüstungen in Yongbyon, die Lieferung von Leichtwasser-Reaktoren und Kohle an Pjöngjang im Wert von umgerechnet ca. 4 Mrd. US-Dollar sowie die Errichtung von Liaison-Büros in den jeweiligen Hauptstädten - insgesamt betrachtet ein unzweifelhafter Erfolg der nordkoreanischen Diplomatie, was seinerzeit seriöse Medien (z.B. die Süddeutsche Zeitung) als eine Mischung aus bewunderungswürdiger Beharrlichkeit und geschickter diplomatischer (Erpressungs)Manöver kommentierten. Näheres in: Du-Yul Song/Rainer Werning, "Feindbild Nordkorea: Interventionen und die Regulierung des Kalten Krieges", in: Du-Yul Song, Korea-Kaleidoskop. Aktuelle Kontexte zur Wiedervereinigung, Osnabrück 1995: secolo Verlag, S. 140 ff.

11) Pjöngjang zeigte sich äußerst enttäuscht und erbost über das Nicht-Reagieren Seouls; statt eines Kondolenzschreibens oder gar -besuches attackierten südkoreanische Medien den Verstorbenen als einen der

Hauptdrahtzieher des Koreakrieges, und die Regierung ging harsch gegen alle Kräfte (vorrangig Mitglieder und Sympathisanten der nationalen studentischen Vereinigung Hanchongryon) vor, die öffentlich den Tod Kim Il-Sungs betrauerten.

12) Auf dem VI. Parteitag der KP Vietnams im Dezember 1986 wurde eine umfassende Reform des Wirtschaftssystems - Marktmechanismen anstelle zentraler Administration, Zulassung von Privateigentum an Produktivkapital - und ein Ende des militärischen Engagements in Kambodscha beschlossen, gleichzeitig aber auch die verstärkte Mitwirkung des Volkes an der Ausübung der Staatsgewalt sowie die Erhöhung der Effektivität staatlicher Tätigkeiten gefordert.

13) Vgl. beispielsweise: Richard Kiessler/Frank Elbe, Ein runder Tisch mit scharfen Ecken - Der diplomatische Weg zur deutschen Einheit, Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, 1993, 272 S. sowie Tobias Dürr, "Abschied von der ‚inneren Einheit` - Das Lebensgefühl PDS und der alte Westen", in: Blätter für deutsche und internationale Politik 1I'96, Bonn (Nov.) 1996, S. 1349-56.

14) Würde Nordkorea vergleichbar den Entwicklungen in der Endphase der DDR implodieren, so die Grundannahme, entständen dem Süden binnen einer Dekade - und da weichen die Prognosen aufgrund unterschiedlicher Bemessungskriterien signifikant voneinander ab - an Folgekosten mindestens umgerechnet 200 Milliarden, schlimmstenfalls bis zu einer Billion US-Dollar - vgl. dazu u.a.: Jin-Young Bae, "Die Kosten der Einheit Koreas und ihre Finanzierung", in: Korea Forum 5.1-2: 13-17, Essen (Asienhaus), April/Mai 1995.

15) Siehe dazu Du-Yul Song, a.a.0. sowie Rainer Werning in mehreren Aufsätzen des Korea Forum in den Jahren 1994/95.

16) Anstelle des im Sommer 1953 getroffenen Waffenstillstandsabkommens, das pikanterweise von Südkorea nicht unterzeichnet worden war.

Tauwetter am 38. Breitengrad?

In Korea redet man wieder über Frieden

Die Vokabeln Frieden und Entspannung kennen die meisten KoreanerInnen allenfalls aus dem Fremdsprachenunterricht. Seit Jahrzehnten ist das Verhältnis zwischen den verfeindeten Brüdern, der Demokratischen Volksrepublik Korea (Nordkorea) und der Republik Korea (Südkorea), milde formuliert, frostig. Im Hochschaukeln gegenseitiger Feindbilder, flankiert von gelegentlichem Säbelrasseln, gingen beide Seiten recht burschikos ans Werk: Brandmarkt die politische Führung in Pjöngjang den südkoreanischen Präsidenten Kim Young-Sam ungeniert als "Marionette des USA-Imperialismus", fährt man in der südkoreanischen Metropole Seoul gleichsam unbekümmert eine Retourkutsche und unterstellt den Machthabern um Kim Jong-Il, dem designierten Nachfolger-Sohn des 1994 verstorbenen Staats- und Parteichefs Kim Il-Sung, "Aggressivität und Kriegslüsternheit".

Jetzt scheint das Kriegsbeil erst einmal beiseite gelegt zu sein. Zur Jahreswende entschuldigte sich Pjöngjang offiziell für das Eindringen eines U-Bootes in südkoreanische Gewässer, das im September in Seoul höchste Alarmbereitschaft ausgelöst hatte. Im Gegenzug übergaben südkoreanische Militärs ihren Kameraden aus dem Norden im Grenzort Panmunjom die sterblichen Überreste der während der spektakulären U-Boot-Affäre in wochenlangen Suchaktionen aufgespürten und schließlich exekutierten "Spione" - in fein säuberlich geschnürten Urnen. Kurz darauf dann die Nachricht, noch in diesem Monat solle ein Vorbereitungstreffen über Friedensgespräche stattfinden, an dem außerdem die USA und die VR China teilzunehmen gedächten. Eine dauerhafte Friedensregelung soll auf der koreanischen Halbinsel den seit Juli 1953 in Panmunjom ausgehandelten Waffenstillstand ablösen. Durch ihn ist damals der dreijährige Bürgerkrieg - der erste "heiße" Konflikt des Kalten Krieges - beendet worden. Unterzeichnet wurde das Abkommen von Nordkorea, den USA und der VR China, die selbst mit sogenannten Freiwilligenverbänden in das Kriegsgeschehen eingegriffen hatte. Von einer friedlichen Annäherung zwischen Nord- und Südkorea (übrigens Nichtunterzeichner des Waffenstillstands) war indes keine Rede.

Zwar gab es im Sommer 1972 im Rahmen gemeinsamer Rote-Kreuz-Verhandlungen und Ende 1991 nach Unterzeichnung eines Nord-Süd-Aussöhnungsvertrages kurzzeitig Avancen zwischen Seoul und Pjöngjang. Sie versandeten allerdings aufgrund jeweiliger innenpolitischer Schwierigkeiten. Ende 1972 verhängte der damalige Präsident Südkoreas, Park Chung-Hee, das Kriegsrecht, während Nordkorea zu Beginn der

neunziger Jahre nach der Erosion der realsozialistischen Regime zum Überdenken seiner Politik gezwungen worden war. 1994 gar malten die USA das Schreckgespenst einer akuten atomaren Bedrohung durch Nordkorea an die Wand, um Anfang 1995 mit Pjöngjang - diesmal kleinlaut - die Lieferung von Leichtwasserreaktoren und Öl sowie die Einrichtung von Liaison-Büros in den jeweiligen Hauptstädten zu vereinbaren. Für den Norden bedeutete dies zweifellos einen politisch-diplomatischen Erfolg, der seine jetztige Teilnahme an den Vierergesprächen erleichterte.

Das Kalkül, sich nunmehr erneut aufs mühsame Buchstabieren von Frieden und Entspannung einzulassen, ist unschwer auszumachen: Nordkorea befindet sich nach verheerenden Überschwemmungen und Dürrekatastrophen in einer prekären wirtschaftlichen Situation. Seine beschworenen Planerfüllungen gleichen einem Vabanquespiel, seit der bilaterale Handel - vorrangig betrifft dies die Lieferung von Öl - mit den einst engsten Verbündeten, der Sowjetunion beziehungsweise Rußland und der VR China, in Devisen abgewickelt wird. Innenpolitisch steht die offizielle Amtsübernahme von Kim Jong-Il noch aus. Um schließlich seine ehrgeizigen Joint-venture-Vorhaben im Grenzgebiet zu China und Rußland sowie im Einzugsgebiet der Hafenstadt Nampho erfolgversprechend anzukurbeln, muß sich Pjöngjang als berechnenbarer und zuverlässiger Verhandlungspartner empfehlen.

In Südkorea ist Präsident Kim Young-Sam durch die massiven und für das Big Business seines Landes unerwarteten Demonstrationen der Gewerkschaften in die Bredouille geraten. Die außerparlamentarische und Teil der parlamentarischen Opposition werfen seiner Regierung überdies Untätigkeit in der Wiedervereinigungspolitik vor. So möchte denn Kim die Proteste parieren und dem Druck wenigstens ein Ventil öffnen, indem er an den Vierergesprächen teilnimmt. Und somit signalisieren, seinerseits ein wenig zur Bewegung in der Starrheit beizutragen.

Rainer Werning

18. Cillers Hochachtung für einen Killer. Türkei: Enge Zusammenarbeit von Staat, Faschisten und Drogenmafia

Autor: mi. · Rubrik: Türkei · CD-Datei: daten/aksuche/ak398/24.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:398:24

Seit zwei Monaten wird die Türkei durch eine beispiellose Skandalserie erschüttert - ausgelöst durch einen Autounfall. Ans Tageslicht kommt dabei die enge Zusammenarbeit zwischen staatlicher "Konterguerilla", rechtsradikalen Todesschwadronen und Drogenmafia.

Die Geschichte liest sich wie ein Kriminalroman für Verschwörungs-Phantasten. Aber die wenigen bisher bekannten Fakten sprechen für sich. Es begann am 3. November 1996 mit einem tödlichen Autounfall. In der Nähe der westtürkischen Stadt Susurluk war ein schwarzer Mercedes 600 mit hoher Geschwindigkeit auf einen langsam fahrenden Lkw aufgeprallt.

Drei Insassen der Limousine kamen ums Leben: Abdullah Catli (ein seit 18 Jahren international gesuchter rechtsradikaler Killer), Hüseyin Kocadag (früherer Chef der Anti-Terror-Abteilung der Istanbuler Polizei und jetzt Leiter der Polizeiakademie), sowie Gonca Uz (eine türkische Schönheitskönigin, der Geheimdienst- und Mafia-Connections nachgesagt wurden). Der einzige Überlebende war der Parlamentsabgeordnete Sedat Bucak. Im Kofferraum des Mercedes fanden sich Kokain, Schußwaffen mit Schalldämpfern (für Attentate geeignet), Abhör-Wanzen und jede Menge gefälschte Pässe. Es war offensichtlich, daß es bei der illustren Runde im Mercedes nicht um einen "alltäglichen" Korruptionsfall ging.

Die Behörden versuchten zunächst, sich mit verschiedenen lächerlichen Dementis zu behelfen. Erst hieß es, der Abgeordnete Bucak sei gar nicht dabei gewesen. Catli habe sich gerade der Polizei stellen wollen, der Polizeioffizier habe ihn dabei begleitet. Dann stellte sich allerdings heraus, daß die vier gemeinsam in einem Hotel abgestiegen waren. Dann diagnostizierte ein Arzt bei Bucak als Folge des Unfalls "Gedächtnisschwund". Dagegen drohte Bucak selbst im Fernsehen, er werde "auspacken", wenn man ihm zu nahe treten sollte, usw.

Bucak gilt als enger Vertrauter von Tansu Ciller, der früheren Ministerpräsidentin und jetzigen Außenministerin. Er ist ein kurdischer Feudalherr in der Stadt Siverek mit einer Privatarmee von angeblich bis zu 10.000 Mann. Mit diesen "Dorfschützern" spielt er eine wichtige Rolle im "schmutzigen Krieg" gegen die PKK.

Vor allem aber die Biographie des tödlich verunglückten Catli hat es in sich: In den 70er und 80er Jahren war er führender Funktionär der rechtsradikalen "Grauen Wölfe". In dieser Zeit soll er für eine Vielzahl von Morden verantwortlich gewesen sein. Seit der Ermordung von sieben linken Studenten 1978 wurde er von Interpol gesucht. 1981 soll er dem späteren Papst-Attentäter Mehmet Ali Agca die Schußwaffe besorgt haben. Wegen Heroinschmuggels kam er 1986 in Frankreich ins Gefängnis und wurde zwei Jahre später an die Schweiz ausgeliefert. Dort wurde er zu sieben Jahren Haft verurteilt. 1990 floh er aus dem Gefängnis in Zug - angeblich mit Hilfe des türkischen Geheimdienstes.

Bei dem Autounfall hatte Catli Dokumente bei sich, die ihn als Polizeioffizier und als Diplomaten auswiesen - echte Dokumente. Wie er an diese Unterlagen gekommen ist, konnte bisher noch nicht aufgedeckt werden. Jedenfalls verfügte er über beste Kontakte zu höchsten Regierungsstellen. Es gilt als sicher, daß Catli eine zentrale Figur im "schmutzigen Krieg" gegen die PKK war. Seine "Spezialeinheiten" waren für Attentate und andere heikle Aktionen zuständig, die man nicht dem regulären Militär überlassen wollte.

Rund 3.500 gezielte Mordanschläge gegen Oppositionelle und gegen (angebliche) PKK-SympathisantInnen hat der türkische Menschenrechtsverein in den vergangenen Jahren gezählt. Mehrere hundert Menschen gelten als "verschwunden" und wurden wahrscheinlich entführt, gefoltert und ermordet. Dazu kommen in den kurdischen Provinzen noch viele tausend Opfer von militärischen Operationen. Rund zwei Millionen kurdische ZivilistInnen wurden bisher vertrieben. Ziel ist es, das Land zu entvölkern und so der PKK die Unterstützung der Bevölkerung zu entziehen.

Als die Dementis nach dem Autounfall nichts mehr halfen, trat Außenministerin Ciller die Flucht nach vorne an: "Wer im Namen dieser Nation und dieses Staates schießt oder sein Blut vergießt, wird von uns immer mit Respekt bedacht," sagte sie zur "Ehrenrettung" Catlis. Daran überrascht nur die Offenheit, mit der Ciller

propagiert, daß in der Repression nach innen und beim Krieg gegen die PKK alle Mittel recht sind. Wohlgemerkt: Dieselbe Ciller, die in Bonn und anderen westlichen Hauptstädten als Garantin für eine "Demokratisierung" der Türkei hofiert und üppig mit Militärhilfe bedacht wird.

Konterguerilla

Die linke Zeitschrift Aydinlink veröffentlichte im Herbst ein Dokument, das angeblich aus Geheimdienstkreisen stammt. Für seine Authentizität spricht die Tatsache, daß darin Catli (inclusive Deckname auf den Diplomatenpässen) erwähnt wird. Darin wird der inzwischen zurückgetretene Innenminister Agar schwer belastet. Er habe eine internationale Drogen- und Waffenhandels-Organisation aufgebaut - unter Einbeziehung von Polizisten, Militärs, Rechtsradikalen und Mafia. Der verdeckte Kampf gegen PKK und die linksradikale Organisation Dev Sol sei nur Vorwand für Revierkämpfe im Heroingeschäft. Auch der konservative Oppositionsführer Mesut Yilmaz will in den Besitz von ähnlichen Geheimdienst-Dokumenten gelangt sein.

Die "Spezialeinheiten" finanzieren sich u.a. mit illegalen Waffengeschäften und Drogenhandel. Zu ihren Opfern zählen nicht nur Oppositionelle, sondern vermutlich auch Mafia-Konkurrenten, Industrielle und selbst mißliebige Generäle. Zur Zeit wird in der Türkei über fast jedes unaufgeklärte "linke" Attentat und jeden mysteriösen Flugzeugabsturz neu spekuliert. Vermutlich lassen sich die beiden Bereiche "Aufstandsbekämpfung" und "Drogenhandel" nicht auseinanderhalten. Die verdeckten Operationen gegen die PKK und linke türkische Oppositionelle sind auf eine "verdeckte" Finanzierung angewiesen. Dies kann durchaus eine gewisse Eigendynamik entwickeln, so daß schließlich nicht mehr jede einzelne (Mord)Aktion der "Spezialeinheiten" unmittelbar im staatlichen Interesse stehen muß. Auch die Privatarmeen in den kurdischen Provinzen folgen im Krieg gegen die PKK sicherlich eigenen Gesetzen. Ob deswegen gleich die "Auflösung des türkischen Staates und die Parzellierung der Macht durch kriminelle Banden, die Politiker kaufen" drohen, wie es taz-Korrespondent Ömer Erzeren an die Wand malt, sei dahingestellt.

Auch die jüngste Skandalserie mag zum Teil auf interne Widersprüche im Apparat zurückgehen. Es fällt auf, daß immer wieder (vermeintliche?) Geheimdienst-Dossiers an die Öffentlichkeit gelangen. Womöglich war es ja nicht einmal ein "echter" Autounfall, der dem Killer Catli das Leben kostete - so kurz, nachdem sein Name in der Presse auftauchte?

Schadensbegrenzung

Von offizieller Seite gibt es allerlei Versuche für eine Schadensbegrenzung. Innenminister Mehmet Agar, ein enger Freund von Ciller, mußte zurücktreten, als herauskam, daß er im selben Hotel wie die vier Unfallauto-Insassen abgestiegen war. Ein parlamentarischer Ermittlungsausschuß ist eingesetzt, der allerdings keine "Staatsgeheimnisse" untersuchen darf. Staatspräsident Demirel hat sich mit Oppositionspolitikern getroffen, um über Möglichkeiten einer "Aufklärung" zu sprechen. Zumindest nach außen hin zeigen Außenministerin Ciller und ihr islamistischer Koalitionspartner Necmettin Erbakan keine Besorgnis über allzu weitgehende Enthüllungen.

Ihre Gelassenheit scheint nicht unberechtigt: alle großen Parteien waren in den vergangenen Jahren an Regierungen beteiligt und dürften über die Killerkommandos zumindest Bescheid gewußt haben. Ein Beispiel dafür ist Mesut Yilmaz, der Chef der konservativen Mutterlandspartei, der jetzt gern als "Saubermann" auftritt und gegen die "korrupten Politiker" wettert. (Ende November ging ein Foto seiner blutig geschlagenen Nase durch die Weltpresse: ein junger Rechtsradikaler hatte ihm als "Verräter" ins Gesicht geschlagen.) Aber auch Yilmaz war bereits Ministerpräsident und Außenminister - z.B. 1990, als Catli aus dem Schweizer Gefängnis befreit wurde.

Auch die einzige "unbefleckte" Partei, die islamistische Refah-Partei von Ministerpräsident Erbakan, hat wohl kaum ein Interesse an der Aufklärung der verschiedenen Skandale - zumindest soweit Außenministerin Ciller und ihre "Partei des rechten Weges" (DYP) davon betroffen sind. Schon die Koalitionsvereinbarung zwischen Erbakan und Ciller wies den Weg: Seither wird nicht mehr untersucht, wo die Millionenbeträge geblieben sind, die beim Regierungswechsel in den Kassen der bisherigen Ministerpräsidentin fehlten. Ob sie der persönlichen Bereicherung Cillers oder der Finanzierung der Todesschwadronen gedient haben, wird sich vielleicht nie aufklären lassen.

mi.

Quellen:

Woche 22.11., FAZ 2.12., taz 5.12., NZZ 13.12.96.

19. "Argentinische Verhältnisse" im NATO-Land Türkei. Die Mitverantwortung der Bundesrepublik

Autor: Thomas W. Klein · Rubrik: Militärpolitik BRD - Bundeswehr; NATO und NATO-Strategien; Türkei · CD-Datei: daten/aksuche/ak398/25.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:398:25

1952 wurde die Türkei NATO-Mitglied. Die Zugehörigkeit zur "westlichen Wertegemeinschaft" bedeutete für die Menschen in der Türkei jedoch nicht den offiziell gerne verkündeten Zuwachs an Demokratie und Freiheit. Im Gegenteil: Im Zuge des NATO-Beitritts wurde der Staatsterror praktisch institutionalisiert.

Unter dem Namen GLADIO wurde 1990 ein NATO-Geheimbund aufgedeckt, der unter verschiedenen Bezeichnungen in vielen NATO-Ländern existierte. In der Türkei hieß der jeder parlamentarischen Kontrolle entzogene Geheimbund zunächst "Anti-Terror-Organisation". Kurze Zeit später wurde er treffender in "Amt für besondere Kriegsführung" umbenannt. Und dieser Name war Programm. Der Zusammenhang zu dem nun toten, international gesuchten Terroristen Catli, der in der Türkei des Jahres 1996 in Begleitung eines einflußreichen Politikers und eines hochrangigen Polizisten umherreiste, ist schnell hergestellt. "Die türkische Guerilla-Organisation ist wohl die brutalste und blutrünstigste Truppe, die im geheimen Nato-Auftrag tätig war. (...) Die türkische Gladio-Organisation wurde vorwiegend aus den Reihen der faschistischen ‚Grauen Wölfe` rekrutiert, die in den siebziger Jahren zahlreiche Intellektuelle und Arbeiterführer ermordeten". (1) Catli war genau in dieser Tradition stehend tätig.

Besonders in den politisch unruhigen 70er Jahren waren die GLADIO-Geheimtruppen bzw. faschistische Terrororganisationen äußerst aktiv. 1977 und 1978 gab es z.B. Massaker an Teilnehmern von Mai-Demonstrationen. Von öffentlichen Gebäuden wurden damals Menschen beschossen: Mehrere Dutzend Tote und Hunderte Verletzte haben diese Massaker gekostet, bei denen die anwesenden "Sicherheitskräfte" tatenlos zusahen. Dieser Terror hatte ganz offensichtlich die Rückendeckung der polizeilichen und militärischen Führung. Die Verbindungen zu den politischen Führungskreisen in der Türkei können bis heute nur bruchstückhaft aufgezeigt werden.

Interessant ist es dabei, die Ereignisse im Zusammenhang mit dem in den 70er Jahren zeitweise regierenden Sozialdemokrat Ecevit zu betrachten. Nachdem Ecevit "Anti-Terror-Einheiten" für den Terror auf den Straßen verantwortlich gemacht hatte und damit aussprach, was als offenes Geheimnis gehandelt wurde, verübten am 29. Mai 1977 "Unbekannte" einen Anschlag auf ihn, den er aber überlebte. Die Ermittlungen in diesem Fall blieben jedoch ebenso erfolglos, wie die zu den Massakern an den 1. Mai-Kundgebungsteilnehmern. ",Kräfte im Staatsapparat` verhinderten die Aufklärung", und der ehemalige Verteidigungsminister der herbeigeputschten Regierung, Safa Giray, nahm einige Zeit später kein Blatt vor den Mund: "Ecevit soll seine Schnauze halten. Selbst wenn er etwas weiß, ist es notwendig, daß er schweigt". (2)

Mit welchen Mitteln selbst Regierungschefs, die den allmächtigen Militärs in der Türkei nicht nach der Pfeife tanzen, zu rechnen haben, zeigen der mißlungene Anschlag und derartige Drohungen mehr als deutlich. Ecevit sollte dann auch der letzte Regierungschef bleiben, der den Mut aufbrachte, offensichtlich bestehende Zusammenhänge öffentlich zu benennen.

Der ehemalige Oberst Talat Turhan, der sich allzu intensiv mit den Hintergründen des Terrors in der Türkei beschäftigte, wurde z.B. 1971 nach dem Sturz der Regierung Demirel durch die Militärs von Angehörigen des Geheimbundes gefoltert. Seinen Recherchen verdankt die Öffentlichkeit dennoch wichtige Informationen; Turhan veröffentlichte das "Field Manual 31", die Übersetzung einer amerikanischen Army-Order, die von der türkischen Armee übernommen wurde. In der "top-Secret"-Order ist ausdrücklich die Bildung einer illegalen Gruppe vorgesehen. Unterschrieben wurde die militärische Dienstvorschrift von dem damaligen Chef der Heeresstreitkräfte, Ali Keskiner. Das darin beschriebene Tätigkeitsfeld: "Folter, Entführung, Brandstiftung, Sabotage, Propaganda, Desinformationspolitik".

NATO-Unterstützung

Der Staatsterror in der Türkei erhielt zu allen Zeiten Rückendeckung im Militärbündnis. Als am 12. September 1980 das Militär unter Führung von General Evren putschte, war die Haltung der befreundeten und verbündeten Staaten - sprich der NATO - eindeutig. Vor und während des Putsches hielt sich die "Aliied Mobil

Force", die schnelle Eingreiftruppe der NATO im Rahmen des NATO-Manövers "Anvil Express" in der Türkei auf und gewährte den türkischen Generälen Rückendeckung. Und sicher kein Zufall: Zum Zeitpunkt des Putsches stand die geheime NATO-Truppe unter Befehl von Kenan Evren, dem Putsch-General und späteren Präsidenten. Evrens Doppelrolle ist eindeutig: Einerseits mit Terrorakten die politische Stabilität des Landes erheblich erschüttern, andererseits sich dann als "Retter des Landes" an die Spitze des Staates putschen.

Der Putsch hatte Signalwirkung. Der politisch unsichere Kantonist Türkei erhielt nun alle notwendige Unterstützung aus den USA und vor allem auch aus der Bundesrepublik. Immerhin war das erste internationale Abkommen, dem die Junta nach dem Putsch ihre Zustimmung gab, ein Vertrag mit der Bundesrepublik über Polizeihilfe im Wert von 15 Millionen Mark. Im Rahmen dieses Vertrags wurden Waffen, Munition, kugelsichere Westen und Polizeifahrzeuge geliefert.

In den Jahren nach dem Putsch wurde die politische Opposition des Landes praktisch ausgeschaltet. Hundertausende Menschen - eine ganze politische Generation - mußte die Foltermaschinerie des Regimes durchlaufen. Nach Angaben von amnesty international wurden in den 80er Jahren mehr als eine viertel Million Menschen aus politischen Gründen in Haft genommen: "Gefoltert wurden sie fast alle" (3). Die Erkenntnisse der Kohl-Regierung waren übrigens zu dieser Zeit auf dem gleichen Stand wie heute; die damalige Staatsministerin Irmgard Adam-Schwaetzer sprach in dieser Zeit aus, was bis heute scheinbar unverrückbare Regierungslinie ist: "amnesty sagt, es würde systematisch gefoltert. Diese Hinweise haben wir nicht." (4) Aus Sicht der Militär-Junta und der befreundeten Regierungen stabilisierte sich in den 80er Jahren die politische Lage an der Südostflanke der NATO. Die Opposition wurde liquidiert, saß im Gefängnis oder war ins Exil gegangen.

Deutsche Ausbilder?

Anders verhielt es sich in den kurdischen Provinzen des Landes. Auch dort kam es zu Razzien und massiver Unterdrückung, aber ein Erstarken der kurdischen Arbeiterpartei PKK konnte auf diese Weise gerade nicht verhindert werden, sondern führte nur zu einer militärischen Konfrontation. Doch auch hier war die Bundesrepublik wichtigster Partner bei der Politik einer militärischen Lösung "des Problems". 1985 hielt sich die Spitze der türkischen Polizei in der Bundesrepublik auf. Auf dem Programm stand u.a. ein Besuch beim BKA und bei der GSG-9. Kurz danach stellte die Türkei Spezialtruppen für den Einsatz in Kurdistan auf.

In welcher Tradition diese Tag und Nacht einsatzbereiten Spezialtruppen stehen, offenbart ein Zitat aus der türkischen Presse, in der die besondere Schlagkraft dieser Kommandos gelobt wird: "Beim Einsatzbefehl geht ein Schlag durch den Körper der todesmutigen bärenstarken Männer ... Ihre automatischen Wunderwaffen treffen immer. Unsere Helden werden, auch wenn die letzten Magazine leergeschossen sind, nicht ruhen, bis sie auch dem letzten Verbrecher die tödliche Lektion erteilt haben." Und was bei deutschen Ausbildern gelernt wurde, zeigt auf makabere Weise der folgende Ausspruch: "Wir lernen alles", erklärt einer dieser Soldaten, "was zur Kunst des gnadenlosen Tötens gehört." (5)

Wer alles aus Regierungssicht zu den Verbrechern oder Terroristen gezählt wird, darauf hat die 1994 in Südkurdistan erschossene, deutsche Journalistin Lissy Schmidt in dem bereits im März 1992 geschriebenen Artikel "Argentinische Verhältnisse in Kurdistan" hingewiesen: "Vedat Aydin, ein führender Oppositionspolitiker aus Diyarbakir, war im Juni vergangenen Jahres nachts von der Polizei abgeholt worden. Drei Tage später fand man seine Leiche: mit zertrümmertem Kopf und gebrochenen Gliedern. Dieses Ereignis war der Anfang ‚argentinischer Verhältnisse` in Kurdistan. 68 Menschen, Journalisten, Mitglieder der Menschenrechtsvereinigung und der Gewerkschaften - sind seitdem ermordet worden. ... von türkischen und kurdischen Intellektuellen und Demokraten wird Waffenruhe in Kurdistan gefordert. Die Antwort der Regierung hierauf: ‚Erst müssen die Terroristen mit Stumpf und Stiel ausgerottet werden.` ‚Terrorist`, das sind mittlerweile alle Kurden, die sich gegen die ‚argentinischen Verhältnisse` zur Wehr setzten oder auch nur benennen." (6)

Die staatliche Vorgehensweise gegen Oppositionelle, Journalisten und Menschenrechtler entspricht genau der Tradition, die schon in der Namensgebung des NATO-Geheimbundes zum Ausdruck kam: Das "Amt für besondere Kriegsführung" hat, aus dessen Sicht, "würdige Nachfolger" gefunden. In einem 1992 veröffentlichten Bericht von amnesty international werden der Polizei des NATO-Landes Morde und Folter vorgeworfen. Die bezugnehmend auf die amnesty-Berichte am 8.5.92 in der Frankfurter Rundschau unter der Überschrift "Todesschwadronen in der Türkei" dargelegten Informationen zum Staatsterror in der Türkei finden

zuletzt immer wieder ihre Bestätigung. Paramilitärische Spezialtruppen verschleppen Menschen, foltern und töten; ausgebildet wurden sie in der Bundesrepublik und ausgerüstet sind sie mit deutschen Waffen.

Thomas W. Klein

Thomas W. Klein ist Soziologe und in der Friedensforschung tätig.

Anmerkungen:

1) L. Müller: Gladio - das Erbe des Katlen Krieges, Reinbek 1991, S. 56.

2) ebenda.

3) ai: Türkei: Die verweigerten Menschenrechte, Bonn 1988.

4) ai-Info 2/89, S. 11.

5) Pogrom, Kurdistan Bd.2, S. 145.

6) Lissy Schmidt in: EntRüsten 5, Idstein 1992, S. 16.

20. Türkische Lippenbekenntnisse. Ankara wegen Menschenrechtsverletzungen verurteilt

Autor: Ulla Jelpke, Mark Holzberger · Rubrik: Türkei · CD-Datei: daten/aksuche/ak398/13.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:398:13

Der Straßburger Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) des Europarates hat am 18. Dezember 1996 die türkische Regierung wegen der Verletzung von Menschenrechten in der Türkei lebender KurdInnen verurteilt. Dies ist das zweite Urteil, in mittlerweile 56 als zulässig erklärten Verfahren, in denen KurdInnen die Türkei wegen der Verletzung der Garantien verklagt haben, die ihnen aus der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) von 1950 zustehen.

Der Kurde Zeki Akzoy war im November 1992 im kurdischen Kiziltepe von türkischen "Sicherheitskräften" festgenommen worden. Über 14 Tage wurde er im Polizeigewahrsam gehalten - ohne Kontakt zu einer AnwältIn oder ÄrztIn. Während dieser Zeit wurde Akzoy nachweislich gefoltert: er wurde geschlagen und getreten, beleidigt und mit Elektroschocks an den Genitalien mißhandelt. Schließlich wurde er nackt an einem berüchtigte Folterinstrument, der sogenannten "Palästinenser-Schaukel", aufgehängt. Infolgedessen waren die Arme von Zeki Akzoy dauerhaft gelähmt, als er am 8. Dezember 1992 dem türkischen Staatsanwalt in Mardin gegenübergestellt wurde. Dieser unterließ es - trotz der unübersehbaren Verletzungen - ein diesbezüglichen Ermittlungsverfahren einzuleiten.

Zeki Akzoy verklagte im Mai 1993 die Türkei wegen der erlittenen Folter. Monatelang wurde er daraufhin bedroht und bedrängt, seine Klage zurückzuziehen. Als er sich weigerte, wurde Akzoy am 16. April 1994 ermordet. Er ist einer von über hundert Opfer "außerrechtlichen Hinrichtungen" durch den türkischen Staat.

Der Menschenrechts-Gerichtshof stellte nun fest, daß Akzoy aufgrund der nachweislichen Folterspuren in seinen Rechten gemäß Art. 3 EMRK verletzt worden ist.

Bereits im September hatte Straßburg im Fall "Akdivar gegen die Türkei" die Türkei verurteilt. BewohnerInnen des kurdischen Dorfes Kelekci hatten die türkische Regierung in Straßburg verklagt, nachdem türkische "Sicherheitskräfte" Anfang 1993 ihr Dorfes vollständig zerstört hatten - eine systematischen "Politik der türkischen Regierung", wie das Straßburger Gericht feststellte, der bereits über 1.000 kurdische Dörfer zum Opfer gefallen sind.

Kein Rechtsschutz

im Folterstaat

Der Kern, und die größte Peinlichkeit für die türkische Regierung in diesen Verfahren ist der in beiden Urteil festgestellte fehlende Rechtsschutz in der Türkei. Für die Zulässigkeit einer Klage vor dem Straßburger Gericht ist eigentlich Voraussetzung, daß der inländische Rechtsweg erschöpft ist.

Im Akzoy-Urteil nun meinten die Straßburger RichterInnen, allein schon aufgrund der Ignoranz des Staatsanwaltes sei es "verständlich", wenn Akzoy für sich keinen realistischen Weg sah, den türkischen Rechtsweg zu beschreiten. In der "verletzlichen und machtlosen" Situation eines Folteropfers hätte Akzoy kein innerstaatliches Rechtsmittel zur Verfügung gestanden.

Auch in dem Akdivar-Verfahren gab der Menschenrechtsgerichtshof den KlägerInnen insofern statt, als daß sie in der Türkei kein neutrales Verfahren hätten erwarten können. Angesichts des Ausnahmezustandes in Türkei/Kurdistan (infolgedessen die türkische Regierung ja einige Artikel der EMRK außer Kraft gesetzt hat) und der offenkundig "verletzlichen Position" der KlägerInnen, urteilte das Straßburger Gericht, die Hoffnung der klageführenden KurdInnen auf ein unabhängiges gerichtliches Verfahren sei "vernachlässigend gering". Im Gegenteil hätten sie (und - wie die Straßburger RichterInnen ausdrücklich betonten - auch ihre AnwältInnen) mit Einschüchterungen und Drohungen seitens staatlicher Organe rechnen müssen.

Eine Delegation des Gerichts hatte während einer Reise in die Türkei das bestätigt gefunden, was zuvor schon von amnesty international festgestellt worden war: das zivilrechtliche Entschädigungsverfahren, das die türkischen Behörden im Akdivar-Verfahren eingeleitet hatten, ist reine Augenwischerei. Es gibt keinen Fall, in dem die Opfer von Überfällen türkischer "Sicherheitskräfte" entschädigt worden sind. Dagegen seien Fälle

bekannt geworden, in denen Personen, die eine derartige Klage eingereicht hatten, gefoltert und "verschwunden" oder außerrechtlich hingerichtet worden seien.

Desolate Menschenrechtslage

Das Akdivar-Urteil zeigte Ende Oktober überraschend Wirkung. Der Anwalt der Türkei vor dem Straßburger Menschenrechtsgerichtshof legte sein Mandat nieder: Er könne nicht länger die Lügen der türkischen Regierung als bare Münze verkaufen.

Tatsächlich hat sich die Lage der Menschenrechte in der Türkei (allen Beteuerungen in Ankara wie auch in Bonn! zum Trotz) nicht gebessert - im Gegenteil. Im Oktober hatte "amnesty" erneut einen Lagebericht vorgelegt. Darin wird u. a. auch das Ausmaß der Folter angeprangert: "Zu den häufigsten Foltermethoden zählen neben Schlägen und Tritten, das Aufhängen mit auf dem Rücken gefesselten oder an Stangen festgebundenen Armen, das Abspritzen mit eiskaltem Wasser aus Hochdruckstrahlern, sexuelle Übergriffe gegen Frauen und Männer, Elektroschocks an Fingern, Zehen, im Mund- und Genitalbereich sowie Schläge auf die Fußsohlen. Auch Kinder und Jugendliche werden von der Folter nicht verschont. Zwischen 1990 und Januar 1996 sind mindestens 93 Menschen an den Folgen der Folter gestorben. Die Folterer kommen fast immer ungeschoren davon. Es herrscht hier ein System der Straflosigkeit." (ai-journal 10/96)

Im Dezember 1996 hat das Anti-Folter-Komitee des Europarates in einer öffentlichen Stellungnahme die türkische Regierung beschuldigt, in der Türkei wäre die Folter ein "nach wie vor weitverbreitetes" Phänomen. Das Anti-Folter-Komitee sah sich zu dieser ungewöhnlichen und aus seiner Sicht schärfsten Reaktion gezwungen, nachdem Delegationen des Europarates in den vier Jahren seit dem ersten Türkei-Bericht des Anti-Folter-Komitees - und zuletzt im September 1996 - "eindeutige Beweise für die Anwendung der Folter und anderer Formen schwerer Mißhandlungen durch die türkische Polizei gefunden" haben.

Die türkischen Gesetze, die Folter und Mißhandlung von Gefangenen verbieten, erweisen sich in der Realität als "Lippenbekenntnisse" - faktisch werden sie "ignoriert": GerichtsmedizinerInnen, die eigentlich Foltervorwürfe begutachten sollen sind - nach Erkenntnissen des Straßburger Komitees - "in ihrer großen Mehrheit" weder entsprechend ausgebildet noch wirklich unabhängig von den staatlichen "Sicherheitskräften". Die Staatsanwaltschaften zeigten "kein Interesse" an der strafrechtliche Verfolgung von Folterern, zu der sie an sich gesetzlich verpflichtet seien. Vielmehr erkannte das Anti-Folter-Komitee unter den StaatsanwältInnen eine "Tendenz, möglichst die Polizei zu verteidigen, anstatt die Fälle objektiv zu untersuchen."

Trotzdem hat die Bundesregierung am 10. März 1995 ein Abschiebeabkommen mit der Türkei unterzeichnet. Dieses basiert zu wesentlichen Teilen darauf, daß KurdInnen nach ihrer Abschiebung unter der Kontrolle von AnwältInnen, ÄrztInnen und des türkischen Rechtsstaates sicher sein könnten, nicht gefoltert oder mißhandelt zu werden. Daß eben diese Schutzfunktionen in der Türkei nicht gewährleistet werden, muß unbedingt und unverzüglich einen umfassenden und unbefristeten Abschiebestopp in die Türkei zur Konsequenz haben.

Ulla Jelpke (MdB), Mark Holzberger

Quellen:

Akdivar v Turkey (Urteil v. 16.9.96); Akzoy v. Turkey (Urteil v. 18.12.96). European Comittee for the Prevention of Torture and Inhuman or Degrading Treatment or Punishment: Public Statement on Turkey (6.12.96), Übersetzung durch Verf.

21. Kein Frieden in Nordirland. Elf Monate nach dem Ende des IRA-Waffenstillstands - ein Rückblick

Elf Monate nach dem Ende des IRA-Waffenstillstandes - ein Rückblick

Autor: Dietrich Schulze-Marmeling · Rubrik: Irland · CD-Datei: daten/aksuche/ak398/01.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:398:01

Der Frieden dauerte nur 526 Tage. Auf den einseitigen Waffenstillstand, den die IRA am 31. August 1994 erklärt hatte, reagierte die britische Regierung hinhaltend. Statt die nordirischen Loyalisten zum Kompromiß mit der katholischen/republikanischen Minderheit zu zwingen, verschleppte sie den "Friedensprozeß" durch ultimative Forderungen an Sinn Féin und IRA. Die in pathetischen Appellen beschworene "historische Chance" wurde vertan. Dietrich Schulze-Marmeling zieht eine Bilanz des vergangenen Jahres. Der Artikel ist ein vom Autor aktualisierter Auszug aus seinem Buch "Nordirland. Geschichte, Landschaft, Kultur & Touren", das im Oktober im Verlag Die Werkstatt (Göttingen) erschienen ist (siehe nebenstehende Besprechung). Wir danken dem Verlag für die Genehmigung zum Nachdruck.

Am 9. Februar 1996 um 19.01 Uhr explodierte in den Londoner Docklands, einem der prestigeträchtigsten Projekte der Thatcher-Ära, eine massive IRA-Bombe, die zwei Menschen das Leben kostete und über 100 verletzte. Die Explosion war noch auf der anderen Seite Londons zu hören. Der ökonomische Schaden wurde mit über 50 Mio. Pfund beziffert. Bereits eine halbe Stunde zuvor war bei einem Journalisten der südirischen staatlichen Rundfunkanstalt RTE eine IRA-Erklärung folgenden Wortlauts eingegangen:

"Nur sehr widerstrebend gibt die Führung der IRA bekannt, daß die völlige Einstellung aller militärischen Operationen heute abend um 18 Uhr endet. Wie wir am 31. August 1994 erklärt haben, wollten wir mit dem Waffenstillstand den demokratischen Friedensprozeß fördern und unseren entschlossenen Einsatz für seinen Erfolg unterstreichen. (...) Anstatt sich dem Friedensprozeß anzuschließen, hat die britische Regierung nicht aufrichtig gehandelt. Major und die Führer der Unionisten haben diese Chance für die Lösung des Konflikts vertan. In den vergangenen 18 Monaten wurden im Londoner Parlament immer wieder parteipolitische und sektiererische Interessen über die Rechte des irischen Volkes gestellt. Wir möchten bei dieser Gelegenheit unser entschiedenes Engagement für die republikanischen Ziele bekräftigen. Die Lösung des Konflikts in unserem Land erfordert eine umfassende Verhandlungsregelung. Sie ist so lange unmöglich, wie die britische Regierung ihrer Verantwortung nicht gerecht wird. Die Schuld für das bisherige Scheitern des irischen Friedensprozesses tragen eindeutig John Major und seine Regierung."

Eine vertane Chance

Die Aufkündigung des IRA-Waffenstillstands und die Toten in den Docklands bedeuteten das vorläufige Ende des Friedensprozesses. Der politische Flügel der republikanischen Bewegung wurde durch die Bombe in seinen Friedensbemühungen geschwächt. Eine Kritik an dem Vorgehen der IRA, so sehr sie auch moralisch und ethisch gerechtfertigt war, kam jedoch nicht an der Tatsache vorbei, daß die eigentliche Schuld an der neuerlichen Eskalation andere trugen. Der Friedensprozeß war gescheitert, weil es einer politisch schwachen britischen Regierung an Mut und Innovationsgeist sowie dem notwendigen Verständnis für die historische Bedeutung des IRA-Waffenstillstands mangelte. Eine Mischung aus politischer Unfähigkeit und Ignoranz hatte zur Folge, daß die Chance, den Konflikt in Nordirland zu entmilitarisieren und einer politischen Lösung zuzuführen, vorerst ungenutzt blieb. Geradezu kriminell war das britische Verhalten bezüglich der IRA-Waffen. Der Regierung war bekannt, daß eine einseitige Waffenabgabe durch die republikanische Guerilla völlig ausgeschlossen war. Da die britische Regierung mit dem IRA-Waffenstillstand nichts anzufangen wußte und nicht gewillt war, auf die Unionisten auch nur den geringsten Druck auszuüben, begnügte sie sich damit, auf Zeit zu spielen. Druck bekamen lediglich Sinn Féin und die IRA zu spüren. Positiven anglo-irischen Initiativen, ob Joint Declaration oder Framework Document, folgte keine entsprechende Politik. Die britische Praxis blieb den gesamten Friedensprozeß über hinter diesen Dokumenten zurück.

Es nicht bekannt, daß John Major während des 17monatigen Waffenstillstands auch nur ein Gespräch mit einem Repräsentanten republikanischer Politik und Ideologie führte. Die Welt des irischen Republikanismus blieb ihm und seinen Mitarbeitern somit unerschlossen. Auch der extrem ideenlose Nordirlandminister war unfähig und unwillens, mit Gerry Adams eine Beziehung zu entwickeln, die mit der zwischen den

Verhandlungsführern im südafrikanischen Friedensprozeß vergleichbar wäre und dort ein wesentlicher Schüssel zum Frieden wurde - eine Beziehung gegenseitigen Respekts und Vertrauens.

Aber auch die Dubliner Regierung traf ein gerütteltes Maß an Mitschuld. Die Befürchtungen, die die Wahl John Brutons zum Premierminister begleitet hatten, sollten sich bestätigen. Während Albert Reynolds den Friedensprozeß quasi zu seinem persönlichen Lebenswerk erklärt hatte, war die Unterstützung durch den Oppositionsführer von starken Vorbehalten geprägt. Brutons Nordirlandpolitik bestand bis dahin fast ausschließlich darin, um die Sympathien der unionistischen Community zu werben, weshalb ihn sein Vorgänger Albert Reynolds "John Unionist" getauft hatte. Bruton war der Auffassung, daß die Unionisten durch Konzessionen von ihren Hardline-Positionen abzubringen seien. Der Verlauf des Friedensprozesses sprach allerdings eher für das Gegenteil. Während Albert Reynolds die britische Regierung wiederholt unter Druck setzte, um auf diese Weise der republikanischen Bewegung die Abkehr vom bewaffneten Kampf und den Eintritt ins konstitutionelle Lager zu erleichtern, und das Tempo des Friedensprozesses zu forcieren versuchte, verzichtete sein Nachfolger weitgehend darauf. Für die britische Regierung war John Bruton ein Geschenk des Himmels, für den Friedensprozeß ein Desaster. Sinn Féin strafte er mit Mißtrauen und Arroganz, während er zugleich die neue UUP-Führung um den Hardliner David Trimple umgarnte, die ihn später brutal vorführen und enttäuschen sollte. Von der Eigenständigkeit, Innovationskraft und Dynamik der Nordirlandpolitik der Ära Reynolds war bald nichts mehr zu spüren. Statt dessen überließ Bruton der britischen Regierung und den Unionisten das Feld.

Auf unionistischer Seite fehlte ein populärer Modernisierer, der die unionistische/protestantische Community aus ihrer selbstgewählten Isolation in einen offenen Dialog mit dem restlichen Irland führen konnte. Die politischen Führer des unionistischen Mainstreams begnügten sich mit einer Obstruktionsstrategie, die von der Regierung nicht nur geduldet, sondern sogar unterstützt wurde, da sie ihr ermöglichte, sich hinter vermeintlich legitimen unionistischen Interessen zu verstecken.

Die britische Regierung und ihr Geheimdienst wurden vom Ende des Waffenstillstands überrumpelt. Aber auch die Sinn-Féin-Führung zeigte sich zumindest vom Zeitpunkt der Erklärung und des Anschlags überrascht. Dennoch war sie darum bemüht, dem Eindruck einer Spaltung der republikanischen Bewegung zu begegnen. Gerry Adams bedauerte den Anschlag, verurteilte ihn jedoch nicht. Die IRA habe die Verantwortung für den Anschlag zu tragen, die britische Regierung jedoch die Verantwortung für den Kollaps des Friedensprozesses. Sowohl Adams als auch sein Kollege Martin McGuinness machten keinen Hehl daraus, daß sie nun mit leeren Händen dastanden. Sie würden die IRA erst wieder um einen Waffenstillstand bitten, wenn sie reale Konzessionen anzubieten hätten.

Republikanische Doppelstrategie

Tatsächlich wurde die republikanische Bewegung während des Waffenstillstands zwar von erheblichen Spannungen heimgesucht, von einer Spaltung konnte indes keine Rede sein. Wenn es für Adams und McGuinness etwas Wichtigeres gab als den Frieden, dann war dies die Einheit der Bewegung. Unter allen Umständen galt es zu vermeiden, daß sich diese, wie in der Vergangenheit wiederholt der Fall, spalten würde. Denn dies hätte sowohl für den militärischen wie den politischen Flügel eine erhebliche Schwächung bedeutet.

Tatsächlich entsprach die IRA-Erklärung exakt der republikanischen Doppelstrategie von bewaffnetem und politischem Kampf, da sie die politischen Bemühungen der diversen nationalistischen Kräfte ausdrücklich lobte, wie die Bedeutung einer Verhandlungslösung betonte. Sie hielt sich somit ein Hintertürchen offen.

Die britische Regierung reagierte zwar mit dem Abbruch des Dialogs auf ministerieller Ebene, ließ aber ebenfalls ein Hintertürchen offen. So blieb der Kontakt zwischen Sinn Féin und Regierungsbeamten bestehen.

Nicht nur in London, sondern auch in Dublin und seitens der SDLP wurde der Anschlag scharf verurteilt, zugleich aber die britische Regierung kritisiert. Die "Wahl-Idee", so Premier Bruton, sei ein "ernster Fehler" gewesen. Der weitsichtigste Kommentar kam vom ehemaligen Premier Albert Reynolds: "Der einzige Weg zurück zu einem Waffenstillstand ist der Weg über Gespräche. Entweder haben wir Gespräche, oder wir haben Gewalt." Reynolds geißelte damit alle Versuche, gegenüber Sinn Féin erneut eine Politik der Isolation und Quarantäne zu betreiben.

London wurde als Ort des Anschlags sicherlich nicht nur ausgesucht, weil Bomben auf dem britischen Mainland die Regierung erheblich mehr schmerzten als das ferne Kriegsgeschehen in der Provinz. Offensichtlich hatte auch die IRA ein Interesse daran, Nordirland so lange wie möglich zu verschonen, zumal auch die eigene Community den Waffenstillstand durchaus genossen hatte. Die umfassende Wiederaufnahme bewaffneter Operationen auch in Nordirland wäre auf Widerspruch gestoßen und hätte möglicherweise eine Gegenbewegung ausgelöst. Außerdem wäre das Verhältnis zur Dubliner Regierung und zur SDLP zu stark belastet worden. Hinzu kam das Risiko loyalistischer Vergeltungsschläge. Der Waffenstillstand der loyalistischen Paramilitärs blieb zunächst intakt.

Majors und Trimples Forumwahlen endeten mit überraschenden Zuwächsen für Sinn Féin und die DUP und verfehlten somit ihren von London und der UUP intendierten Zweck. Mit 15,5% (17 von 100 Sitzen) erzielte Sinn Féin das beste Ergebnis in der Geschichte der Partei. In vier Wahlkreisen (West Belfast, North Belfast, Fermanagh & South Tyrone und Mid Ulster) konnte die Partei die SDLP überflügeln. In Belfast wurde Sinn Féin erstmals stärkste Partei. In anderen Wahlkreisen - wie Newry & South Armagh - gelang es ihr, die Kluft zu den moderaten Nationalisten deutlich zu verringern. Für die SDLP war das Ergebnis alarmierend. Bei den Unterhauswahlen 1992 hatten noch 184.445 (23,5%) für sie gestimmt jetzt ware es nur noch 160.786 (21,4%, 21 Sitze). Hingegen verbesserte sich Sinn Féin von 78.291 auf 116.377 Stimmen. Offenbar hatte es ein Teil von potentiellen SDLP-Wählern für notwendig befunden, auf die britische Regierung stärkeren Druck auszuüben. Gleichzeitig wollten wohl viele SDLP-Wähler den friedenspolitischen Kurs der Sinn-Féin-Führung stärken.

Die DUP konnte sich gegenüber 1992 von 13,1% auf 18,8% (24 Sitze) verbessern. Die UUP blieb zwar mit 24,2% (30 Sitze) stärkste unionistische Formation, verlor aber gegenüber 1992 (34,5%) deutlich. Zu den Verlierern gehörte auch die Alliance Party (6,5% bzw. 7 Sitze gegenüber 8,7% 1992). Die United Kingdom Unionists von Robert McCartney (3,7%, 3 Sitze) landeten in North Down auf dem zweiten Platz, während die mit den loyalistischen Paras verbündeten Kleinparteien PUP und UDP einen Achtungserfolg (3,5% bzw. 2,2%) landen konnten und aufgrund des Wahlsystems jeweils zwei Abgeordnete zugesprochen bekamen.
Ex-Premier Reynolds forderte, Sinn Féin auch ohne eine Erneuerung des IRA-Waffenstillstands an den Verhandlungstisch zu lassen. Statt dessen sollte sich die republikanische Bewegung lediglich verpflichten, zum frühestmöglichen Zeitpunkt zur Waffenruhe zurückzukehren. Doch die Regierung beharrte auf ihrer Position, so daß die Gespräche am 10. Juni 1996 ohne Sinn Féin begannen.

Am 15. Juni explodierte in Manchester eine der größten Bomben in der IRA-Geschichte. Der Sprengsatz zerstörte das Arndale Shopping-Centre, verletzte mehr als 200 Menschen und richtete einen Schaden in Höhe von über 200 Mio. DM an. Anderthalb Stunden vor dem Anschlag erging eine Warnung an einen lokalen Rundfunksender, so daß ca. 75.000 Menschen aus der Stadt noch evakuiert werden konnten. Der Anschlag wurde in London, Dublin und Washington scharf verurteilt. Die britische Regierung erklärte, mit einer bloßen Waffenstillstandserklärung der IRA sei es nun nicht mehr getan, und Sinn Féin habe sich auf "absehbare Zeit" selbst von den Verhandlungen ausgeschlossen. Gleichzeitig räumte man ein, daß Kontakte mit der Partei auf unterer Ebene weiterlaufen würden. Gerry Adams äußerte "Schock und Bedauern" und betonte, Sinn Féin sei weiterhin an der Wiederherstellung des Friedensprozesses interessiert. Zugleich vermied er eine direkte Verurteilung der IRA. Am 28. Juni explodierte erstmals wieder eine IRA-Bombe auf dem Kontinent, als Mörsergranaten auf eine britische Kaserne in Osnabrück gefeuert wurden.

Die Loyalisten provozieren

Die Marching Season 1996 brachte zunächst einen weiteren dramatischen Rückschritt für den Friedensprozeß. In Portadown wollten die Orangisten durch die katholisch/nationalistische Garvaghy Road marschieren - eine Route, die als pure Provokation gedacht war und von der örtlichen RUC-Führung zunächst verboten wurde. Seit den Waffenstillstandserklärungen hatten die Märsche der Orangisten noch stärker den Charakter von Ersatzkriegen angenommen, mit denen protestantische und unionistische Dominanz gezeigt werden sollte. Treibende Kräfte waren hierbei weniger die Paramilitärs als Politiker von UUP und DUP. In Portadown war es vor allem der UUP-Vorsitzende David Trimple, der den loyalistischen Mob mobilisierte. Den katholischen Bewohnern der Garvaghy Road hatte er dagegen über Monate das Gespräch verweigert. Keine Berührungsängste zeigte Trimple gegenüber dem als "King Rat" berechtigten UVF-Mann Billy Wright. Wright wurde selbst von Gesinnungsfreunden als nicht kontrollierbarer "Extremist" eingestuft und war Kommandant der Mid-Ulster-Einheit der UVF, der zahlreiche sektiererische Morde vorgeworfen wurden. Während die

Orangisten tagelang die Garvaghy Road belagerten, wurde unweit von Portadown der katholische Taxifahrer Michael McGoldrick ermordet. Loyalistische Insider vermuteten "King Rat" als Täter.

Der loyalistische Protest gegen ein Durchmarschverbot durch die Garvaghy Road legte die gesamte Provinz lahm. Über 80 Straßen wurden blockiert, ebenso der Belfaster Flughafen und die wichtigsten Fährverbindungen. Die RUC sah dem Treiben tatenlos zu und verhinderte auch nicht, daß Tausende von Loyalisten aus allen Teilen der Provinz in den Portadown-Ortsteil Drumcree reisten, um die dortigen Belagerer zu verstärken. Der stellvertretende UUP-Vorsitzende John Taylor drohte, es würden sich 100.000 Orangemen in Drumcree einfinden, wenn die Garvaghy Road nicht für den Marsch freigegeben würde.

Die Machtprobe endete schließlich nach fünf Tagen mit einem Sieg für die Orangisten - dank der Regierung in London, die sich für nicht zuständig erklärte, und dank der RUC, deren Basis ohnehin mit den Belagerern sympathisierte. Die von der Polizei und der Armee errichteten Sperren wurden beseitigt und die Orangisten durch die Garvaghy Road geleitet, deren friedlich protestierende Bewohner von der RUC brutal verprügelt wurden. Ein 23minütiger Orangisten-Marsch schien die Provinz um 25 Jahre zurückgeworfen zu haben. "Wir sind nicht Bürger zweiter, sondern dritter Klasse", äußerte ein verbitterter Anwohner. "Wir sind die weißen Nigger dieser Provinz."

Der Kapitulation der RUC folgten schwere Unruhen in einigen katholischen/nationalistischen Gegenden, denen von der RUC und der Armee mit äußerster Härte begegnet wurde. In Derry wurde am 12. Juni der Katholik Dermot McShane von einem Armeefahrzeug umgefahren und getötet. Am 12. Juli leitete die RUC auch noch durch die katholische Lower Ormeau Road in Belfast eine orangistische Parade. Wegen 500 Orangisten wurden die Bewohner 24 Stunden in ihren eigenen Häusern gefangengehalten.

Die Auseinandersetzungen um die orangistischen Märsche wurden von neuerlichen Vertreibungen begleitet. Über 600 Menschen, in ihrer Mehrheit Katholiken, mußten in diesen Tagen ihren Wohnsitz wechseln. Die IRA verzeichnete einen erheblichen Popularitätsschub, auch südlich der Grenze. Angesichts des Terrors des von sogenannten "konstitutionellen Politikern" angeführten loyalistischen Mobs und des parteilichen Verhaltens der RUC war die Entwaffnung der IRA kein Thema mehr. Sie hatte sich in der aufgehetzten Stimmung eher als mäßigende Kraft präsentiert, und selbst moderate Nationalisten bezeichneten die Auflösung der RUC nun als unumgänglich.

An den Allparteiengesprächen durfte Sinn Féin dennoch nicht teilnehmen; ohnehin steckten sie nach der Marching Season in einer Krise. Die SDLP hatte das Forum wegen der Vorfälle in Drumcree verlassen; auch die Alliance Party hatte sich vorläufig zurückgezogen. Die UUP- und DUP-Vertreter begnügten sich mit purer Obstruktionspolitik und machten deutlich, daß an ernsthafte Verhandlungen nicht zu denken sei. Die britische Regierung setzte dem wenig entgegen und weigerte sich, wie die Marching Season zeigte, die unionistischen und loyalistischen Politiker zum Dialog und zum Kompromiß zu zwingen. Hieran waren bereits in der Vergangenheit alle Versuche gescheitert, den Konflikt einer dauerhaften Lösung zuzuführen.

Majors Politik: Aussitzen

Ende Juli empfing John Major in seinem Amtssitz eine vierköpfige Delegation von Politikern der PUP und der UDP. Thema war der loyalistische Waffenstillstand, dessen Zukunft als höchst ungewiß erschien. Die PUP wurde u.a. von John White vertreten, einem ehemaligen UVF-Gefangenen, der 1973 den SDLP-Politiker Paddy Wilson und dessen Lebensgefährtin mit 30 Messerstichen ermordet hatte und hierfür später zu 14 Jahren Gefängnis verurteilt wurde. Als Monate zuvor Gerry Adams vor einem Ende des IRA-Waffenstillstands gewarnt hatte, war dem Sinn-Féin-Präsidenten das gewünschte "Krisengespräch" mit dem britischen Premier, das eine positive Signalwirkung in Richtung IRA hätte zeitigen können, verweigert worden.

Die britische Regierung war an einer Einhaltung der loyalistischen Waffenruhe unbedingt interessiert, da diese es ihr erleichterte, die Loyalisten als einsichtig und moderat hinzustellen, während die IRA der internationalen Öffentlichkeit nicht als Symptom, sondern als Ursache des Konflikts präsentiert wurde.

Am 7. Oktober explodierte im Lisburner Hauptquartier der britischen Armee eine IRA-Bombe, durch die ein Soldat getötet und weitere 30 Menschen verletzt wurden. Die Lisburn-Bombe war die erste IRA-Attacke in Nordirland seit August 1994. Damit wurde zwar die Beschränkung militärischer Operationen auf das "British Mainland" aufgegeben. Aber die weithin befürchtete Rückkehr zu dem Ausmaß von Gewalt, das vor dem

Waffenstillstand herrschte, blieb aus. Offensichtlich war die IRA weiterhin daran interessiert, einen Spielraum für die Aushandlung eines neuen Waffenstillstands zu lassen. Hierzu gehörte auch, den Loyalisten keinen Vorwand für die Aufkündigung ihres Waffenstillstands zu liefern. Die neuerliche Einbeziehung der Loyalisten in die militärische Auseinandersetzung bzw. deren Erweiterung um eine sektiererische Komponente hätte die Bemühungen um neue politische Initiativen erheblich erschwert.

Auch das Ziel der IRA-Attacke ließ darauf schließen, daß man die Loyalisten nicht übermäßig provozieren wollte. In Lisburn wurde die britische Armee angegriffen. Ein Anschlag auf eine mit protestantischen Nordiren besetzte Polizeistation wäre indes von den loyalistischen Paras in gewohnter Weise als Angriff auf die nordirische protestantische Community interpretiert worden, und die loyalistischen Paras hätten nicht länger abseits stehen können.

Während der ganzen Zeit gab es immer wieder Spekulationen über eine bevorstehende Army Convention der IRA und einen neuen Waffenstillstand. Tatsächlich liefen zwischen Sinn Féin und London sowie zwischen der republikanischen Bewegung und Dublin und Washington die Drähte heiß. Als Mittler wirkte erneut der unermüdliche John Hume. Der Kontakt zwischen der republikanischen Bewegung und London war auch nach dem Ende des IRA-Waffenstillstands niemals völlig abgebrochen worden. Zwischen Dublin und Sinn Féin war er nach der Krise um die orangistischen Märsche sogar offiziell erneuert worden.

Währenddessen betrieb insbesondere die DUP eine weitere Eskalation sektiererischer und territorialer Auseinandersetzungen. In der Grafschaft Antrim, einer Hochburg der Paisley-Gefolgschaft, wurden katholische Messen blockiert. Die Ausweitung der Auseinandersetzung in sämtliche Lebensbereiche machte auch vor dem Fußball nicht halt. Im September bestritt Cliftonville FC, ein Club aus dem Norden Belfasts, dessen Anhängerschaft überwiegend katholisch ist (der Vorstand besteht hingegen mehrheitlich aus Protestanten), ein Pokalspiel gegen den Nachbarn Crusaders. Austragungsort war das neutrale "The Oval", ein Stadion im protestantischen Osten Belfasts und Heimat von Glentoran FC. Als die Busse der Cliftonville-Fans im Osten eintrafen, wurden sie von der RUC zurückgeschickt, da eine lokale Bürgerinitiative einen "spontanen" Protest gegen ihre Anwesenheit organisiert habe. In Portadown erging es den Cliftonville-Fans einige Wochen später noch übler, als Loyalisten, die Plakate mit der Aufschrift "No Republican Scum in Mid Ulster" (scum = Abschaum) trugen, die Busse angriffen, in denen auch Angehörige der Spieler saßen. Um die Sicherheit ihrer Familien besorgt, weigerte sich die Mannschaft, zur zweiten Halbzeit anzutreten.

Ende November schienen die Hoffnungen auf einen neuen republikanischen Waffenstillstand endlich bestätigt zu werden. Die IRA offerierte London eine neue Waffenruhe. Um eine neuerliche Frustration zu vermeiden, wurden diesmal jedoch, anders als im August 1994, Bedingungen gestellt: Sinn Féin müsse zur Allparteienrunde zugelassen werden; ein straffer Zeitplan müsse baldige Fortschritte in den Verhandlungen garantieren; über eine Entwaffnung der paramilitärischen Formationen solle erst gesprochen werden, wenn erste Fortschritte erzielt seien; die britische Regierung müsse "vertrauensbildende Maßnahmen" ergreifen, wozu auch die vorzeitige Freilassung republikanischer Gefangener gehöre. Die Forderungen waren alles andere als maximalistisch. Vielmehr entsprachen sie den Vorschlägen der von London und Dublin autorisierten "Mitchell-Kommission", die Major allerdings im Januar schon einmal verworfen hatte. (Die Kommission bestand aus dem Vorsitzenden und Namensgeber US-Senator John Mitchell, dem kanadischen General John de Chastelain und dem ehemaligen finnischen Premier Harri Holkeri.)

John Major reagierte wie üblich: Die Meßlatte wurde weiter angehoben. Ohne auf die Forderungen der IRA im einzelnen einzugehen, erklärte der Premier, eine republikanische Waffenstillstandserklärung müsse über die vom August 1994 hinausgehe und "von überzeugender Eindeutigkeit" sein. (Seinerzeit verkündete die IRA keinen permanenten, sondern einen unbefristeten Waffenstillstand.) Erst wenn sich die britische Regierung davon überzeugt habe, daß die IRA ihre militärischen Aktivitäten vollkommen eingestellt habe, könne Sinn Féin am Verhandlungstisch akzeptiert werden.

In Dublin und bei der SDLP stieß Majors Antwort auf scharfe Kritik. Nur die Unionisten freuten sich darüber, daß es bis zu den kommenden Unterhauswahlen wohl keine Änderung in der britischen Nordirlandpolitik geben wird.

Dietrich Schulze-Marmeling

Nordirland - das Standardwerk

Schon länger war in ak nichts mehr von unserem Nordirland-Experten Dietrich Schulze-Marmeling zu lesen. Die Arbeit an seinem im Oktober erschienenen Buch ging (leider) vor. Das Ergebnis seiner Mühen als Herausgeber und Haupt-Autor kann sich sehen lassen: 480 Seiten über Nordirland, "Geschichte, Landschaft, Kultur & Touren" (Untertitel) - ein für politisch Interessierte und Irland-Liebhaber ebenso interessantes wie nützliches Buch, das zum Standardwerk werden könnte. Es lädt ein zum Besuch im "Apartheid-Land" - "nicht nur der Geschichte, Kultur und Landschaft wegen, sondern auch und gerade der Menschen".

Gegen die immer noch populäre "These vom anachronistischen Ringen zweier Konfessionen" stellt Schulze-Marmeling im ersten Teil solide historische Informationen. Er zeigt, daß die Probleme der "doppelten Minderheiten" (Protestanten in Gesamtirland, Katholiken in Nordirland) auf jahrhundealte Kolonialstrategien zurückgehen. Seine Darstellung der Geschichte Nordirlands beginnt mit der englischen Plantation-Strategie des 17. Jahrhunderts und endet mit einer Bilanz der Ereignisse des Jahres 1996. (Diesen Abschnitt haben wir nebenstehend in einer vom Autor aktualisierten Fassung dokumentiert.) Zur schnellen Orientierung enthält der Anhang zusätzlich eine kurze und übersichtliche Chronologie, verfaßt vom Dubliner taz-Korrespondenten Ralf Sotschek.

Der zweite Teil des Buches gibt nicht nur Einblicke in Literatur, bildende Kunst, Oper, Rock-Musik und Pubs (Autoren: Jürgen Schneider, Hans-Christian Oeser und Ralf Sotschek). Er enthält auch einen lesenswerten Beitrag des Herausgebers über "Fußball in einer gespaltenen Gesellschaft", u.a. mit einem Porträt des "genialsten Fußballers, den die irische Insel bis heute hervorgebracht hat": George Best. Europas Fußballer des Jahres 1968, langhaarig und bärtig, war zugleich der "erste Popstar des europäischen Fußballs", ein Liebling der Frauen und Rebell; heute ist er - der Autor zitiert die Irish Times - eine "Legende, die sich weigert zu sterben".

Teil drei über Belfast, Derry und die Grafschaften ("six counties") hat nicht nur hohen Gebrauchswert für Nordirland-Reisende. Neben Adressen und Hinweisen auf sehenswerte Ziele enthalten die Beiträge auch historische Fakten, Hintergrundinformationen zum Leben der Menschen und Hinweise auf Orte, die als Schauplätze der "troubles" bekannt wurden. Im Anhang findet sich neben der schon erwähnten Chronologie und etlichen touristischen Tips ein "Kleines Lexikon" mit Wissenswertem über die sozialen und ökonomischen Verhältnisse (Erwerbslosigkeit, Emigration etc.) und über die politischen Parteien und paramilitärischen Gruppierungen.

Einziger Mangel des Buches: Es ist wegen seines Umfangs zumindest für Rucksack-Touristen eine erhebliche Belastung. Aber es läßt sich auch mit Gewinn zu Hause lesen - bei einem Gläschen Bushmills, dem weltbekannten Produkt der "ältesten Whiskey-Brennerei der Welt".

Dietrich Schulze-Marmeling (Hrsg.): Nordirland. Geschichte, Landschaft, Kultur & Touren. Verlag Die Werkstatt (Göttingen), 480 Seiten, 49,80 DM

22. "Die Linke sollte sich auf ihre eigenen Möglichkeiten besinnen." Teil 2 des Gesprächs zw. Willi K. Goltermann und Knut Mellenthin

Teil 2 des Gesprächs zwischen Willi K. Goltermann und Knut Mellenthin

Rubrik: Westdeutsche Linke allgemein; KB und AK · CD-Datei: daten/aksuche/ak398/10.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:398:10

Das Silberjubiläum des AK/"analyse & kritik" hat zwei langjährige Autoren und Redakteure dieser Zeitschrift wieder einmal zu einem politischen Gespräch zusammengeführt. Willi K. Goltermann verließ den KB Ende 1979 zusammen mit der Gruppe Z, die sich damals den Grünen zuwandte. Knut Mellenthin gehörte der AK-Redaktion bis März 1994 an. Im Zentrum des ersten Gesprächsteils, den wir in der vorangegangenen Ausgabe wiedergegeben haben, stand das Für und Wider um ein wesentliches Element der KB-Politik, die sog. Faschisierungsthese. Diesmal geht es vor allem um die Politik der Grünen und der PDS. Im dritten Teil, den wir im nächsten AK abdrucken, sprechen Willi und Knut über die wirtschaftliche und soziale Entwicklung sowie sich daraus ergebende Schlußfolgerungen für linke Politik.

Wi.: Die beiden Spaltungen des KBs, 1979 und 1990, sowie seine Selbstauflösung 1992 sind meines Erachtens insgesamt nicht zurückzuführen auf vermeintliche analytische Fehler, die schon Anfang der 70er Jahre bei Gründung oder in den ersten Aufbaujahren des KBs angelegt gewesen wären. Die erste Spaltung des KB, die zum Ausscheiden der Gruppe Z führte, hatte jedenfalls mit Themen wie etwa der Faschisierungsthese, unserer distanzierten Haltung zum realsozialistischen Lager einschließlich Chinas, unserer Position zum DGB, zum Parlamentsbetrieb, unserer Einschätzung der Kriegsgefahr usw. nichts tun. Im Gegenteil, die Gruppe Z hat damals erklärt, daß die Faschisierungsthese auch von ihr vertreten werde, und die Kriegsgefahr hat die Gruppe Z nach meiner Erinnerung noch schärfer eingeschätzt als die KB-Mehrheit.

Kt.: Das könnte ich weder bestätigen noch dementieren, weiß ich nicht mehr. Insgesamt ist es sicher so, daß von euch kein großer Bruch mit der KB-Politik gemacht worden ist. Damals hat sich das für uns ganz anders dargestellt. Ihr habt ja auch, zumindest nach außen, erhebliche taktische Konzessionen an euer neues Umfeld gemacht. Ich denke da an Stichworte wie "Abschied vom Leninismus", "Abschied vom linken Ghetto". Da gab es plakative, sehr vordergründige Äußerungen, die wohl nur darauf berechnet waren, das neue Umfeld zufriedenzustellen, aber analytisch eigentlich nichts geklärt haben.

Wi.: Einen "Abschied vom Leninismus" hat es mit Sicherheit nicht gegeben. Den habt allenfalls ihr uns an die Rockschöße geheftet. Ähnliches gilt vermutlich zur Parole vom "Abschied vom linken Ghetto". Das war eigentlich nicht unsere Politik.

Aber sicherlich hat es Anpassungen und Zugeständnisse an's neue Umfeld gegeben. Das wäre auch nur logisch. Aus der Erinnerung kann ich da aber nur zwei Punkte benennen, wobei der erste Punkt eigentlich kein direktes Zugeständnis an das neue Umfeld war, sondern sich eher aus dem Konflikt mit der KB-Mehrheit ergab. Ich meine hier das Thema der innerorganisatorischen Demokratie. Zur Erinnerung: Wir hatten damals Fraktionsstatus im KB beantragt, der uns nicht gewährt wurde. Unsere Polemik darum wurde bei den Grünen positiv vermerkt, und wir mußten - als konkretes Zugeständnis an die Grünen - unseren damaligen Kongreß für die Grünen und andere öffnen.

Ein zweiter Punkt betraf unser damaliges Pazifismus- bzw. Gewalt-Verständnis. Zu dieser Frage bin ich - stellvertretend für die Gruppe Z - von einer Bundesdelegation der Grünen einige Stunden lang durchleuchtet worden und habe diese "Prüfung" ohne substantielle Abstriche am Leninismus auch mit einiger Bravour bestanden.

Die Grundkonzeption der Gruppe Z konnte allerdings nicht durchgehalten werden. Sie bestand darin, nach innen unsere kommunistische Grundeinstellung zu bewahren und weiter zu entwickeln und zugleich nach außen eine demokratische Massenpolitik durch die Mitglieder der Gruppe Z bei den Grünen zu betreiben. Es war ziemlich schnell erkennbar, daß das nicht klappen würde. Konkret würde ich heute die enormen Anfangserfolge von Mitgliedern der Gruppe Z bei den Grünen als einen wesentlichen Grund benennen, der zur schnellen Auflösung des Organisationszusammenhangs der Gruppe Z beigetragen hat. Maßgebliche

Mitglieder der Gruppe Z glaubten, daß sie die Grüne Partei gewissermaßen zu der ihren machen könnten. Das hat sich als fataler Irrtum herausgestellt. Als dieser Irrtum bemerkt wurde, gab es den Gruppenzusammenhang nicht mehr; es gab also keinen Hafen, in den die lädierten Schiffe hätten zurückkehren können.

Trotzdem bin ich der Auffassung, daß eine grundsätzliche Kritik, wie sie von Teilen der Linken auch heute noch gegen den damaligen Versuch der Gruppe Z, bei den Grünen mitzuarbeiten, vorgetragen worden ist, prinzipiell falsch ist. Das Scheitern der Linken bei den Grünen hat bei vielen, nicht zuletzt auch bei betroffenen ehemaligen Mitgliedern der Gruppe Z, zu einer Position geführt, daß man mit Wahlen und darüber hinaus mit Bündnispolitik überhaupt nichts mehr am Hut haben sollte. Das halte ich für grundsätzlich falsch. Solche Standpunkte führen geradewegs ins Sektierertum. Wo eine gesellschaftspolitische Praxis nicht mehr Korrektiv von Wahrheitsfindung sein kann, kann jeder Unfug glaubhaft erzählt werden. In einem solchen Klima entstehen dann um ein jeweils unüberprüfbares Glaubensbekenntnis herum kleine und kleinste Grüppchen, allesamt perspektivlos und politikunfähig.

Wir hatten damals andere Chancen, bei den Grünen mitzuarbeiten, die wir nicht wahrgenommen haben und über deren Ergebnisse man folglich auch nicht urteilen kann, weil praktische Beweise fehlen. Grundsätzlich ist es natürlich heute, bzw. präziser formuliert: nach der Vereinigung der Grünen mit den sogenannten Bürgerrechtlern der Ex-DDR, aus meiner Sicht nicht mehr ratsam, bei den Grünen mitzuarbeiten. Das hängt aber vor allem mit der Schwäche der Linken zusammen und nicht mit dem Gedanken als solchen. Wenn man links geblieben ist, und das nicht nur im sektiererischen Kostüm, dann muß man sich über einen Wahlerfolg der Grünen zu Lasten des alten Parteispektrums eher freuen als traurig sein, selbst dann, wenn man die Grünen gar nicht gewählt hat. Dasselbe würde ich auch für die PDS formulieren: Obgleich zwischen mir und der PDS Welten liegen, würde ich mich über einen Wahlerfolg zu Lasten der SPD oder gar der Union eher freuen als traurig sein.

Kt.: Wenn Du sagst "Welten liegen", hast Du wahrscheinlich doch zur PDS eine noch größere Distanz als zu den Grünen, lebensgeschichtlich.

Wi.: Nein, das würde ich nicht sagen. Ich habe die letzten Male PDS gewählt.

Kt.: Ach so, ich noch nie.

Wi.: Die meisten Linken gehen gar nicht mehr zur Wahl, das finde ich falsch. Wenn ich wählen kann, dann geschieht das unter taktischen Gesichtspunkten. Ein Bundestag mit PDS hat einen größeren politischen Unterhaltungwert als einer ohne. So einfach ist das zu sehen. Ich erwartete aber für eine mögliche Rekonstruktion der revolutionären Linken von der PDS wie auch von den Grünen keinen positiven Beitrag. Individuen, sogar kleinere Gruppen innerhalb dieser Parteien könnten vielleicht bei einem immerhin vorstellbaren Rekonstruktionsprozeß der Linken relevant werden. Aber sie müßten dann die Grünen oder die PDS verlassen.

Kt.: Für mich bedeutet die PDS immer noch, bei aller Kritik an ihren Vorstellungen und ihrer praktischen Politik, ein wesentliches Element der Kontinuität der Linken - das einzige von Bedeutung eigentlich, weil die Grünen kein Element linker Politik mehr darstellen.

Wi.: Das sehe ich auch so, jedenfalls nach der Fusion der Grünen mit den DDR-Bürgerrechtlern. Sie sind eine parlamentarische Honoratiorenpartei geworden, die in keinem Politikfeld praktisch relevant ist. Sicherlich arbeiten einzelne Grüne in dieser oder jener Bürgerinitiative erfolgreich mit, aber sofern sie denn dort Erfolg haben, ist ihnen das persönlich zuzuschreiben und ist nicht Element grüner Strategie. Es ist kein Zufall, daß solche Basis-Grünen zum Beispiel in Schleswig-Holstein oder NRW in scharfer Opposition zum Kurs ihrer Partei stehen. Die Weichen auf Ablösung und Übernahme der Rolle der FDP sind irreparabel gestellt.

Kt.: Inklusive der Option, sich nicht völlig dagegen zu verschließen, irgendwann einmal auch mit der CDU/CSU in Koalition zu gehen. Das ist ja auch schon so gesagt worden.

Wi.: Ja, selbstverständlich. Und meiner Meinung nach wird die Grüne Partei sogar von der SPD in diese Rolle getrieben. Die SPD treibt die Grünen dorthin und kritisiert diese Entwicklung gleichzeitig. Daß die grünen Mitregierenden in NRW und Schleswig-Holstein von Clement, Matth-iesen, Simonis oder anderen Hohlköpfen systematisch provoziert werden, hängt damit zusammen, daß die SPD immer noch nicht akzeptiert, daß die

Grünen eine eigenständige politische Formation bilden, sondern nach wie vor der Meinung ist, daß die Grünen eigentlich in die SPD hineingehören.

Kt.: Das ist ja auch eine Annahme, die nicht so völlig aus der Luft gegriffen ist. Ich bezweifle, ob die Grünen wirklich eine eigene Kultur repräsentieren. Für Teile ihres Wählerspektrums gilt das sicher immer noch, aber ansonsten denke ich, Frau Sager oder selbst Wilfried Maier würden auch in der SPD ihren Platz finden.

Wi.: Zweifellos. Das gilt für viele, und manche haben den Schritt auch vollzogen, Schily zum Beispiel. Aber als Strömung, denke ich, ist das in absehbaren Zeiten nicht zu erwarten. Die Grünen sind schließlich der letzte noch zuckende Impuls der 68er Revolte und der Einstellungen und Werte, die damals entwickelt worden sind.

Kt.: Biographisch unbedingt, ja.

Wi.: Biographisch sowieso. Inhaltlich in gewissem Umfang auch, wobei man sagen muß, daß witzigerweise die Ökologie '68 kein Thema war, sondern später dazugekommen ist. Aber sonst gibt es dort unter Wählern und Parteibasis doch Kontinuitäten.

Kt.: Biographisch ja. Inhaltlich zweifle ich daran. Du sagst mit Recht, Ökologie war damals kein Thema. Auf der anderen Seite sehe ich viele der Themen, die damals eine Rolle gespielt haben - Räte-Demokratie, antiautoritäre Staatskritik, bewußter Einsatz von Militanz, Solidarität mit revolutionären Befreiungsbewegungen, Bündnis mit dem Proletariat - bei den Grünen nicht oder jedenfalls nicht mehr.

Wi.: Alle Inhalte sind geschliffen oder als Jugendsünden verarbeitet worden, das stimmt. Ich bezog mich in erster Linie auf das Verhältnis der Grünen zur SPD und deren Annahme, daß die Grünen eigentlich in die SPD gehörten. Denn die 68er Revolte hat einen scharfen Bruch mit der SPD gebracht, und dieser Bruch stellt eine Kontinuität bis heute dar.

Kt.: Ja, der Versuch, wirklich selbständig und dauerhaft etwas aufzubauen und sich nicht, wie die Jusos, als Garnierbeilage der SPD in Dienst nehmen zu lassen, kann wohl als Erbe der 68er Revolte gelten

Wi.: Ich denke, bei den Grünen würde ein Antrag, sich in die SPD aufzulösen, als viel größerer, weil grundsätzlicher Verrat betrachtet werden, als ein Antrag, der eine Koalition mit der CDU befürwortet.

Kt.: Ja. Witzigerweise könnte ich mir andererseits in der PDS einen Antrag auf Auflösung in die SPD sehr viel eher vorstellen. Solche Vorstöße hat es tatsächlich schon mehrfach gegeben.

Wi.: Jaja. Die Existenz und - vor allem - die Entwicklung der PDS ist nur zu verstehen aus der sozialdemokratischen Abgrenzungspolitik heraus. Es ist genial von der CDU, wie sie mit einfachsten Mitteln das sozialdemokratische Potential der Gesamt-BRD zu spalten vermochte und sich darüber eine parlamentarische Mehrheit verschaffen konnte.

Kt.: Man hat - zum Glück für die Linke, möchte ich sagen! - der Masse der ehemaligen SED-Mitglieder von vornherein absolut keine Chance gegeben, sich in die SPD einzureihen und im Rahmen dieser Partei in Ostdeutschland die Plätze einzunehmen, die ihrer sachlich-fachlichen Kompetenz entsprechen. Dabei haben auch die antikommunistischen Hysteriker aus der sogenannten Bürgerrechtsbewegung der DDR eine erhebliche Rolle gespielt. Ich freue mich nur, daß die Entwicklung in den "neuen Ländern" über diese Figuren total und verdientermaßen hinweggegangen ist. Die Menschen in Ostdeutschland haben wirklich ganz andere Probleme und Sorgen als die Hexenjagd auf "rote Socken" und "alte Seilschaften".

Wi.: Es wird vielfach nicht verstanden, daß die SED ihrem Wesen nach nicht nur keine kommunistische Partei war, als die sie von den Rechten immer apostrophiert wurde und wird, sondern daß sie ihrem Wesen nach eher eine sozialdemokratische Partei - mehr als alles andere - war. Eine sozialdemokratische Partei, die aber eingebunden war in ein internationales Machtgefüge, das sie selbst allenfalls am Rande mitbestimmt hat.

In der DDR gab es eine Ost-NPD, eine Ost-FDP, eine Ost-CDU usw. - im Grunde das gleiche Spektrum wie hier, wenn auch anderes verbandelt, aber es gab keine Ost-SPD, sondern es gab mit der SED ein besonderes Konstrukt aus der sog. Vereinigung von SPD und KPD, bei dem sich die KPD in formaler und die SPD in inhaltlicher Hinsicht weitgehend durchgesetzt hatte.

Gewiß, es gibt programmatische Differenzen zwischen SPD und PDS. Aber bei genauem Hinsehen ist belegbar, daß die PDS durch die Bank weg sozialdemokratischer ist als die SPD, die sich eher in Richtung der

Demokratischen Partei der USA entwickelt.. Das bunte Spektrum innerhalb der PDS, das ja von ihren potentiellen Partnern wie den Grünen eher bemäkelt wird - daß der eine rechts, der andere links ist, der eine für, der andere gegen AKWs ist usw., und daß man darum nicht weiß, was wirklich Sache ist - das ist doch eine Situation, die wir in der SPD genau so gut beobachten können. Vielfarbiger sogar noch. Wer heute Mitglied in der SPD ist, der muß nicht unbedingt das Parteiprogramm gelesen haben, geschweige denn es vertreten; der ist aus allen möglichen Gründen in dieser Partei, oft aus blanker Tradition. Insofern sehe ich in der PDS eine Sozialdemokratie mit besseren Startchancen in der Ex-DDR. Aber, wie gesagt, irgendwelche Impulse für eine Rekonstruktion einer radikalen oder revolutionären Linken sind von der PDS nicht zu erwarten.

Kt.: Das, was die PDS im Westen bisher an sich gezogen hat, muß wohl überwiegend als der sektiererische Restbestand der alten Linken bezeichnet werden. Das sind Grüppchen oder eher noch einzelne Personen, die - auch wenn das Wort oft mißbraucht wird - tatsächlich nicht politikfähig sind, wenn man darunter eine nach außen gerichtete Politik versteht. Diese Leute sind in jeder Hinsicht ein Klotz am Bein der PDS. Sie sind auch imagemäßig ein Ballast, in ähnlicher Weise wie die Kommunistische Plattform, die bestimmte abgestandene Strömungen aus der Ex-DDR repräsentiert. Auf der anderen Seite stellen sie wohl für den maßgeblichen Flügel der PDS, der die Partei auf eine Juniorpartnerschaft für die SPD hintrimmen möchte, auch eine Art von innerparteilichem Alibi dar: Seht her, so tolerant sind wir doch!

Wi.: Die kommunistische Plattform in der PDS ist - um im Bild zu bleiben - der letzte Widerhall der Ulbricht-Gruppe der alten KPD, also autoritäre Befehlsempfänger, denen allerdings ihr General abhanden kam.

Kt.: Vielleicht ist das eine zu undifferenzierte Sichtweise dieser Strömung. Jedenfalls vermisse ich einen praktischen, aktuellen Bezug ihrer Radikalität, vor allem in der Sozialpolitik. Das, was sie machen, ist überwiegend ein historischer Radikalismus, der sich darauf bezieht, daß die DDR-Vergangenheit so schlimm nicht gewesen sei ...

Wi.: Was teilweise ja sogar sympathische Züge hat, weil die Realität der DDR wahrlich nichts mit ihrem Zerrbild in der westdeutschen Medienlandschaft und in den Köpfen von 98 Prozent der Wessis zu tun hatte.

Kt.: Deinem Hinweis auf die "sympathischen Züge" stimme ich grundsätzlich zu.

Neben dem Hochhalten der alten DDR bezieht sich der Radikalismus der "kommunistischen" Strömung in der PDS auch darauf, daß man nicht alles über Bord werfen soll, nur weil Marx, Lenin oder Engels oder sonstwas drauf steht. Das ist auch richtig. Nur ergibt das alles noch keine praktische, aktuelle Politik.

Wi.: Nein, wie gesagt, aus der PDS können keine Impulse erwartet werden für eine mögliche Rekonstruktion einer radikalen deutschen Linken. Ob es überhaupt Impulse von außen geben kann, weiß ich nicht. Ich würde es eher bezweifeln.

Im dritten und letzten Teil unserer Serie, der in ak 399 erscheinen wird, setzen sich W. K. Goltermann und K. Mellenthin u.a. mit den Thesen Karl Heinz Roths zum Neuen Proletariat auseinander.

23. War die chinesische Kulturrevolution " zutiefst reaktionär"?

Autor: j., Hamburg · Rubrik: KB und AK; China · CD-Datei: daten/aksuche/ak398/22.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:398:22

Im Jubiläums-ak 397 unternehmen nyg. sowie weitere Genossen aus Berlin den Versuch der Neubewertung der chinesischen Kulturrevolution. Sie leugnen zwar nicht deren emanzipative Aspekte, verweisen jedoch auf die "Greuel", auf die "schreckliche Entladung von Aggressionen" durch die revolutionäre Massenbewegung, und fassen ihre Wertung im folgenden Satz zusammen: "In der Intellektuellen- und Wissenschaftsfeindlichkeit, in der Kulturzerstörung und in ihrer antizivilisatorischen Praxis zeigte sich die KR als zutiefst reaktionär, als Aufstand gegen die Moderne, eine Art Heilsbewegung mit einem gottähnlichen Mao als Zentrum." (S. 24)

In dem Berliner Beitrag wird durchgängig der Eindruck erweckt, die Kulturrevolution habe sich in Machtkämpfen innerhalb der Partei und der durch sie gesteuerten Bewegung einerseits und andererseits in "nicht enden wollendem (sinnlosem?) Streit" der spontanen Bewegung erschöpft. Die KR habe "keine definierbare soziale Basis" gehabt. Richtig ist das sicher gegenüber dem selbstproklamierten Anspruch ("Große Proletarische" etc.) - das Industrieproletariat trat eher im Rahmen der (gelenkten) Gegenbewegungen in Erscheinung. Heftige soziale Widersprüche bildeten dennoch den zentralen Punkt für die Radikalisierung von Teilen der kulturrevolutionären Bewegung 1967.

In der damaligen Artikelserie im AK (1) bin ich darauf sehr ausführlich eingegangen, darum seien hier nur zwei besonders betroffene und aktive Schichten benannt: die Jung- und Vertragsarbeiter in den Städten, die zu in jeder Beziehung schlechteren Bedingungen als die Stammarbeiter beschäftigt waren, und die arme Landbevölkerung, die von der die großen Städte bevorzugenden Entwicklungspolitik der Parteiführung, der Herausbildung neuer "reicher Bauern" etc. handfest benachteiligt wurde und dagegen - z.T. sehr massiv - rebellierte.

Die Ursachen dieser Rebellion lagen gerade nicht in der "archaischen Rückständigkeit" Chinas, sondern in der Enttäuschung der Benachteiligten über nicht eingehaltenen egalitären Versprechungen der chinesischen Revolution.

Inhalt und Form

Die Formen der Rebellion schöpften zweifellos aus der Vergangenheit: Von den spitzen Papierhüten für gestürzte "Machthaber" angefangen bis hin zu dem sophistischen Streit um die "korrekte" Interpretation irgendwelcher Textstellen und den absurden Ritualen der Mao-Verehrung. Das Verhaftetsein in diesen Formen und die Unfähigkeit der allermeisten Rebellengruppen zu einer eigenständigen Analyse der Situation war zweifellos ein entscheidender Punkt für die Niederlage der Bewegung.

nyg. beklagt insbesondere die "Intellektuellen- und Wissenschaftsfeindlichkeit" der KR. Dazu muß man wissen, daß in der chinesischen Tradition der Typ des "heimatlosen", "zersetzenden" Intellektuellen, gegen den etwa die Nazis dumpfe Ressentiments mobilisierten, keine Rolle spielt. Im konfuzianischen China war der Intellektuelle (wie auch der Wissenschaftler) staatlicher Beamter, er repräsentierte stets und zuallererst die ewig währende kosmische Ordnung des feudalen Staates. Dieser Typ des Mandarins, des Beamtengelehrten, ist die historische Folie, vor dem die "antiintellektuellen" Ausschreitungen der Kulturrevolution zu verstehen sind. Letztere waren häufig (dumme, bornierte etc. - alles zugestanden) Begleiterscheinungen eines völlig legitimen antibürokratischen Aufbegehrens. (Eine andere Sache ist, daß die "Kulturrevolutionäre Gruppe beim ZK" und insbesondere die spätere "Viererbande" dem nichts entgegensetzte, sondern im Gegenteil die rein ideologischen Auseinandersetzungen immer weiter anheizte.)

Die tatsächlichen Gründe, warum Lehrer, Schul- und Universitätsdirektoren mit solcher Begeisterung gedemütigt wurden, hatten in der Regel mehr mit deren feudalistischen Unterrichts- und Verwaltungsstil und mit dem von ihnen beförderten Leistungsdruck zu tun als mit den ideologischen Verfehlungen, derer sie beschuldigt wurden. Der tiefste Bruch mit den konfuzianischen Traditionen dürfte für die Teilnehmer der KR nicht durch die Trennung von ihren Familien ausgelöst worden sein, sondern dadurch, daß sie bisher unangreifbare Autoritäten aktiv vom Sockel stießen. "Alle Werte wurden damals auf den Kopf gestellt. Kinder

belehrten die Eltern. Studenten denunzierten ihre Professoren. Angestellte richteten über ihre Vorgesetzten." - so gruselt es noch heute das "Handelsblatt" (15.5.96).

Daß die Auseinandersetzungen gewaltsam ausgetragen wurden, war m.E. nicht in erster Linie der Entladung leichtfertig angeheizter archaischer Aggressionen geschuldet: Zweifellos gab es auch die, zweifellos gab es zahllose Willkürakte, zweifellos gab es Leute, die die Gelegenheit nutzten, um alte Rechnungen zu begleichen, zweifellos gab es schreckliche Exzesse. Dennoch geht der größte Teil der Todesopfer auf Militäreinsätze bei der Niederschlagung von Rebellengruppen zurück - nicht auf ein Gemetzel aller gegen alle. (Die Zahlen der Todesopfer variieren in einer enormen Spannbreite von - sicher untertriebenen - amtlichen 37.000 bis zu 4 Millionen (meistbietend die FAZ). Solange eine ernsthafte wissenschaftliche Beschäftigung mit der Kulturrevolution in China selbst unmöglich ist, bleiben diese Zahlen alle im Bereich der Spekulation.) Die Erbitterung der Kämpfe resultierte aus den oben angerissenen konträren sozialen und gesellschaftlichen Interessen. In Guanxi beispielsweise wurden die Auseinandersetzungen von beiden Seiten mit schweren Waffen geführt; die Großstädte Wuzhou und Liuzhou wurden dabei fast völlig zerstört.

Ausgerechnet die Landverschickung von Jugendlichen wird von nyg. positiv gewertet. Zeitgenossen sahen das anders: "Kinder, die aufs Land geschickt werden, gehen ins Elend, in ein Leben ohne Zukunft." (2) Schon in den Jahren vor der Kulturrevolution waren Jugendliche aus den übervölkerten Städten aufs Land verschickt worden. Wo den Aufrufen nicht freiwillig gefolgt wurde, wurden massive Drohungen gegen die Jugendlichen selbst und gegen deren Eltern eingesetzt. Im Lauf der Kulturrevolution kehrten diese Jugendlichen in die Städte zurück (und stellten häufig den aktiven Kern von revolutionären Rebellengruppen).

Über ihre Lebensbedingungen berichteten sie: "Wir sind Sklavenarbeiter geworden. ... Möglichkeiten, sich auf irgendeine Weise fortzubilden, gibt es nicht, auch Zeitungen sind kaum vorhanden. Bargeld bekommen wir überhaupt nicht, nur Gutscheine, die gegen Güter oder Lebensmittel eingetauscht werden können. Wer sich beschwert, wird mit dem Arbeitslager bedroht. Wir leisten härteste körperliche Arbeit, ohne Vergünstigungen, mit nur einem Ruhetag alle zehn Tage." Diese Verhältnisse führten in der Zeit vor der Kulturrevolution zu verbreiteten Selbstmorden. Daß die Verhältnisse sich nach der KR gebessert hätten, ist kaum anzunehmen - es entfiel lediglich die Möglichkeit, Kritik zu artikulieren. Im konkreten politschen Kontext der Jahre 1967/68 bedeutete die massenhafte Landverschickung die endgültige Zerschlagung der Basisorganisationen der Kulturrevolutionäre. Die Aktivisten wurden in alle Winde zerstreut; angesagt war nicht mehr Rebellion, sondern Disziplin und harte Arbeit.

Aufstand gegen welche "Moderne"?

Die tiefgreifendste Differenz scheint mir in nyg.s kleinen Nebensatz vom "Nachholen der kapitalistischen Entwicklungsphase" zu stecken. Offenbar wird dies als einzig mögliche Entwicklungsperspektive Chinas auf dem gegebenen Stand der Produktivkraftentwicklung begriffen. Jedes Aufbegehren dagegen wäre dann als "antizivilisatorische Praxis", als "Aufstand gegen die Moderne" - nämlich den Kapitalismus, der kommen soll und muß - abzutun. (Konsequenterweise müßte allerdings die gesamte chinesische Revolution - von den egalitären Bauern-/Soldatenkommunen in Yan'an angefangen - unter dieses Verdikt fallen.)

Wenn dem so wäre, könnte tatsächlich das einzige historische Verdienst der KR darin liegen, die anpassungsfähigsten ihrer Teilnehmer für den kapitalistischen Konkurrenzkampf fit gemacht zu haben. Daß dieses Verdienst gerade der massenweisen Zwangsarbeit von Jugendlichen zugesprochen wird, unterstreicht den makaberen Zynismus des "dialektisch gewendeten" Gedankens.

Die Legitimität von Revolutionen wird - das ist meine Überzeugung - von denen bestimmt, die Widerstand gegen Ausbeutung und Unterdrückung leisten, und nicht von abstrakten politökonomischen Entwicklungsmodellen. In diesem Sinne war die chinesische (wie auch die russische) Revolution legitim - und die Kulturrevolution war eines der wichtigsten Ereignisse in der Geschichte des daraus entstandenen "Realen Sozialismus". Hier wurde gegen die Bürokratisierung des Staates und die Herausbildung einer "neuen Bourgeoisie" eine beispiellose Massenmobilisierung in die Wege geleitet. Wie nirgends sonst wurde das Recht auf Meinungsfreiheit und -äußerung realisiert, die völlige Freiheit, sich zusammenzuschließen, und Kritik an allem Bestehenden zu üben. Auch nachdem 1967/68 die Spitze der Rebellenbewegung gebrochen war, wurde ein gesellschaftlicher Kompromiß institutionalisiert, der noch auf Jahre hinaus erhebliche partizipative

Spielräume bot - nicht nur im gesamten Erziehungswesen, sondern auch im Bereich der unmittelbaren Produktion (Stichwort Dreierverbindung).

Möglich wurde all das durch eine zuvor nicht vorstellbare Initiative aus dem Parteiapparat selbst heraus. Hierin liegt mit das größte historische Verdienst Mao Zedongs - auch wenn wir heute die politische Unzulänglichkeit seines Agierens und dessen seiner Gefolgsleute im weiteren Verlauf der Kulturrevolution sehr klar sehen.

j., Hamburg

Anmerkungen

(1) Sechsteilige Artikelserie, die im AK 1981/82 erschienen ist und 1989 als Broschüre neu aufgelegt wurde: "Rebellion ist gerechtfertigt! Zur chinesischen Kulturrevolution"

(2) Die im Text verwandten Zitate aus Rebellenschriften stammen aus Rainer Hoffmann: Maos Rebellen. Sozialgeschichte der chinesischen Kulturrevolution, Hamburg 1977

24. ML-Geschichte, Schema F. Stalinisierte Kgruppen, antiautoritärer KB?

Stalinisierte K-Gruppen, antiautoritärer KB?

Autor: Michael Steffen · Rubrik: Westdeutsche Linke allgemein; KB und AK · CD-Datei: daten/aksuche/ak398/17.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:398:17

Der folgende Beitrag versteht sich als Erwiderung auf die von nyg. und weiteren Berliner Genossen in ihrem Artikel der Jubiläumsausgabe des ak geäußerten, ausgesprochen schematischen Thesen (1) zur Ende der 60er, Anfang der 70er Jahre in der BRD und Westberlin entstehenden "marxistisch-leninistischen" (ML-) Bewegung und ihren "Kommunistischen Gruppen" (K-Gruppen).

Zwei Quellen

der ML-Bewegung?

Zwar ist es prinzipiell richtig, daß sich die ML-Bewegung aus "zwei Quellen" ("alte" und Neue Linke) speiste, doch ist sie primär ein originäres Produkt der Transformationsprozesse der Neuen Linken gewesen. Die aus der illegalisierten KPD kommenden Kader blieben demgegenüber innerhalb der Bewegung von Anfang an in der Minorität, was daran gelegen haben dürfte, daß sich die westdeutsche KP - im Gegensatz zu den KPen anderer westeuropäischer Länder (z.B. der italienischen) - in den 60er Jahren nicht in größerem Maße an der Revisionismusfrage fraktionierte (maßgeblich hierfür mag gewesen sein, daß die KPD zu diesem Zeitpunkt verboten war und so wenig Spielraum für Fraktionsdebatten bestanden hat).

Die in der ML-Bewegung auftretenden KPD-Altkader (Aust, Dickhut, Flatow u.a.) waren Einzeldarsteller und nicht Vertreter von relevanten, innerhalb der "alten" Linken bestehenden Strömungen. Daß einzelne dieser Kader zu Führern von K-Gruppen wurden (KPD/ML: Aust, Dickhut: KABD/MLPD) (2), begründet sich in der Tat - wie im kritisierten Artikel erkannt - mit dem Bedürfnis der Jung-MLerInnen, an die "Tradition der kommunistischen Arbeiterbewegung" anzuknüpfen. Das konnte aber nicht mehr als ein symbolischer Akt sein, da die ML-Bewegung im wesentlichen eine Jugendbewegung blieb.

KPD/ML: stalinisierte Partei der "alten" Linken?

Daß die KPD/ML ein "sehr geringes studentisches Potential" hatte - wie nyg. u.a. behaupten - entspricht zwar dem Gründermythos der Aust-Gruppe, die sich ja tatsächlich als einzig legitime Nachfolgerin der historischen KPD verstand, hat aber mit den empirischen Fakten nichts zu tun: Die Initiatoren der Gründung kamen nämlich, wie inzwischen belegt ist, keineswegs zum überwiegenden Teil aus der illegalen KPD. Im Gegenteil: Auch innerhalb der KPD/ML überwogen die in der antiautoritären Revolte politisierten Kräfte (das Durchschnittsalter des ersten ZK betrug 29 Jahre). (3) Das lag daran, daß es Aust trotz seiner großen Popularität in den alten KPD-Kreisen nicht gelungen war, auch nur "ein halbes Dutzend Menschen aus seinem Wirkungskreis in der Hamburger KPD für die KPD/ML" zu gewinnen. (4)

Auch die These, daß der "Stalinismus" sich über diese Alt-Kader in die ML-Bewegung vermittelt habe und die KPD/ML folglich "stalinisiert" gewesen sei, mutet etwas merkwürdig an und bleibt außerdem auch innerhalb der Logik des nyg.-Beitrages widersprüchlich, da die angeblich "nahezu reinen Studentenorganisationen" KBW und KPD (5), in denen das den "Stalinismus" vermittelnde Element also gefehlt haben müßte, "bald zu ebenso harten Stalinisten"-Gruppen geworden sein sollen. Wenn mit dem Adjektiv "stalinisiert" auf die von der Aust-Gruppe vertretene Meinung abgehoben werden soll, Stalin sei - bei aller Kritik - ein außerordentlicher Theoretiker und gewiefter Praktiker der kommunistischen Bewegung gewesen, dann ist darauf hinzuweisen, daß diese Position im Prinzip von allen K-Gruppen geteilt wurde, indem sich diese mehr oder weniger positiv auf den Maoismus (der auch die Theorie eines Anti-Antistalinismus ist) und den Marxismus-Leninismus (eine Schöpfung Stalins) bezogen.

Zur Differenzierung der K-Gruppen unter programmatischen Gesichtspunkten bringt der Begriff in seiner Pauschalität also eher wenig. Generell scheint es problematisch, den Stalinismus-Begriff aus seinem historischen und gesellschaftstheoretischen Zusammenhang (6) zu reißen und ihn organisationssoziologisch zu interpretieren. Insofern nyg. u.a. so verfahren, sind sie auf eine Definition Webers verwiesen, für den eine

"stalinisierte" Partei eine kommunistische Partei ist, die weit über das zur Erfüllung der Parteifunktionen hinausgehende Maß zentralisiert und letztlich auf einen einzigen Willen, hier: den "Moskaus", zugeschnitten ist. (7) Die innere Struktur einer solchen Organisation zeichne sich gerade durch extreme Überzentralisierung und Überbürokratisierung aus. Nur kommunistische Parteien, die dieses Surplus aufweisen, sind auf der Basis der Weberschen Definition als "stalinisiert" zu bezeichnen.

Ob dies für die K-Gruppen insgesamt oder für einzelne dieser Gruppen zutrifft, ist aber eher fraglich. Wer sich auf die Logik Webers einlassen will, wird einräumen müssen, daß die Bewertung der inneren Struktur kommunistischer Organisationen als "stalinistisch" der konkreten historischen Situation entkleidet (KPD der 20er Jahre) seltsam unscharf wirkt. Der Begriff fungiert dann lediglich als Synonym für Zentralisierung, Bürokratisierung, fehlende innerparteiliche Demokratie usw. (Prozesse, die auch bürgerlichen Parteien nicht unbekannt sind), womit aber gerade das in der Weberschen Definition beinhaltete Surplus aus dem Blick gerät (was freilich auch heißt, daß Weber ein schlechter Zeuge für den inflationären Gebrauch dieses Begriffes ist). (8)

KB: kulturrevolutionär, antiautoritär?

Und im KB sollen die KPD-Kader "ganz" gefehlt haben? Eine so pointierte Aussage verwundert etwas (es sei denn, nyg. u.a. verfügen über eine detaillierte Mitgliederkartei des untergegangenen Bundes). Es ist zu vermuten, daß der KB ähnlich wie die anderen K-Gruppen (die "Studentenorganisationen" KPD und KBW eingeschlossen) über einen gewissen Anteil von aus der illegalisierten KPD kommenden Kadern verfügt hat (wenngleich im Gegensatz zur KPD/ML und zum KABD nicht an der Organisationsspitze).

Völlig falsch ist allerdings die weitergehende Behauptung, der KB habe auf der Basis der angeblich gänzlich fehlenden KPD-Altkader "von allen ML-Organisationen die besten Voraussetzungen" gehabt, "um Dogmatismus und autoritären Organisationsstrukturen zu entgehen". Wenig später wird gar über ein "antiautoritäres Element" im KB der 70er Jahre berichtet, was über eine Rezeption der chinesischen Kulturrevolution vermittelt gewesen sein soll. Richtig ist, daß von antiautoritären K-Gruppen bis heute nichts bekannt ist. Alle K-Gruppen waren hierarchisch aufgebaut und wurden zentralistisch geführt, die Notwendigkeit zu konspirativer Arbeitsweise verhinderte innerorganisatorische Transparenz (die in "Wir warn die stärkste der Partein" (9) geschilderten Hervorbringungen einer solchen Praxis hatten auch im KB ihren Ort).

Was den Hamburger Bund gegenüber anderen K-Gruppen bei der Operationalisierung dieses Zentralismus auszeichnete, war eine mangelnde Neigung zu Statuten-Schematismus und Bürokratismus (z.B. hieß die Führungsspitze hier schlicht "Leitendes Gremium"), ein breiterer Spielraum für die Herausbildung informeller Strukturen und ein gewisser Pragmatismus in programmatischen Fragen. Von einem "antiautoritären" KB kann aber schon deshalb keine Rede sein, weil die Entstehung der ML-Gruppen ja gerade auf eine - im Horizont der AktivistInnen so bezeichnete - "Überwindung der antiautoritären Phase" der Bewegung zurückgeht: Auch der KB bzw. seine Vorgängerzirkel grenzten sich folglich Anfang der 70er Jahre explizit vom Antiautoritarismus ab.

Das Hamburger Sozialistische Arbeiter- und Lehrlingszentrum (SALZ), Gründerzirkel des KB, maß so z.B. einer als "Flipperproblem" bezeichneten Thematik besondere Bedeutung bei. Diese bestand darin, daß sich viele der von der studentischen Bewegung mobilisierten Lehrlinge und jungen ArbeiterInnen, die als Basis einer sich proletarisch verstehenden Gruppe regelrecht prädestiniert gewesen wären, gerade vom kulturrevolutionären Gestus der Revolte und dem emanzipativen, antiautoritären und hedonistischen Kolorit der Submilieus angezogen fühlten und dahin tendierten, den Bereich der materiellen Produktion so schnell wie möglich zu verlassen - und damit dem wichtigsten Politikfeld des SALZ, der Betriebsarbeit, Boden entzogen. Das sogenannte "Ausflippen" werktätiger GenossInnen aus ihrer Klasse, das ursächlich auf eine "Bestechung der Arbeiterintelligenz" seitens der "Bourgeoisie" zurückzuführen sei, wurde vom SALZ daher scharf verurteilt. (10)

Hatten noch weite Teile der 68er-Revolte linkskommunistischen Rätekonzeptionen zugeneigt, wurde ein solcher Ansatz im Übergang von der antiautoritären in die marxistisch-leninistische Bewegung als "Handwerkelei" denunziert. Das von der Kommunebewegung formulierte Prinzip einer "Wechselwirkung von Selbstveränderung und Gesellschaftsveränderung" (11) war damit einem vollkommen funktionalen Verständnis von Organisation gewichen, die in ihrer Binnendimension einzig auf Disziplin und Effektivität abgestellt sein sollte und ausschließlich als Mittel zum revolutionären Zweck verstanden wurde. Erst Ende der

70er Jahre, nach dem Weggang seiner Zentrumsfraktion, öffnete sich der Rest-KB mit der organisationsintern geführten "Keimformdebatte" weniger instrumentellen Überlegungen (Organisation als "Keimform" gesellschaftlicher Utopie).

Michael Steffen

Anmerkungen:

1) nyg. sowie weitere Genossen aus Berlin: Mao, oder die Hoffnung auf Glück. Die chinesische Geschichte von ak und KB. In: ak, Hamburg, 26.Jg. (1996), Nr. 397, Jubiläumsbeilage, S. 22-24, hier S. 22 f.

2) KPD/ML heißt Kommunistische Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten; aus dem KABD, dem Kommunistischen Arbeiterbund Deutschlands, entstand 1982 die MLPD, die Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands.

3) Vgl. Schlomann, Friedrich Wilhelm / Paulette Friedlingstein: Die Maoisten. Pekings Filialen in Westeuropa. Frankfurt/M. 1970, S. 251.

4) Kt.: Zum Tod von Ernst Aust. In: ak, Hamburg, 15.Jg. (1985), Nr. 262, S. 39.

5) KBW heißt Kommunistischer Bund Westdeutschland; KPD meint hier die 1970 aus den Westberliner Roten Zellen hervorgegangene Kommunistische Partei Deutschlands.

6) "Stalinismus" ist nach Hofmann das historische Phänomen einer "exzessiv machtorientierte(n) Ordnung der Innen- und Außenbeziehungen einer Gesellschaft des erklärten Übergangs zum Sozialismus" (Hofmann, Werner: Was ist Stalinismus? Vorwort von Frank Deppe und Gert Meyer. Heilbronn 1984, S. 29.)

7) Vgl. Weber, Hermann: Die Wandlung des deutschen Kommunismus. Die Stalinisierung der KPD in der Weimarer Republik. Gekürzte Studienausgabe. Frankfurt/M. 1969.

8) Es ist umstritten, ob der Begriff Webers überhaupt in Bezug auf die KPD der 20er, 30er Jahre empirisch haltbar ist. Vgl. neuerdings Mallmann, Klaus-Michel: Kommunisten in der Weimarer Republik. Sozialgeschichte einer revolutionären Bewegung. Darmstadt 1996.

9) Vgl. Wir warn die stärkste der Partein - Erfahrungsberichte aus der Welt der K-Gruppen. Berlin 1977.

10) Das Flipperproblem als Problem der kommunistischen Bewegung begreifen. In: Einheit - Kritik - Einheit, Hamburg, 2.Jg. (1971), Nr.1, S. 21-25, hier S. 24.

11) Bock, Hans Manfred: Geschichte des "linken Radikalismus" in Deutschland. Ein Versuch. Frankfurt/M. 1976, S. 258.

25. Gratulations-Parcours. Lob, Anregungen und Kritik

Rubrik: KB und AK · CD-Datei: daten/aksuche/ak398/21.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:398:21

Hallo ak-Vertrieb,

erstmal herzlichen Glückwunsch zur Titelseite eurer Jubiläums-Ausgabe - der Schraubenschlüssel ist ja ganz entzückend geschichtsträchtig. (...)

A.K., Geiswasser (Frankreich)

Liebe Leute,

zunächst mal'n Lob für eure Jubiläumsnummer. Bin gestern durchgekommen und muß sagen, bezüglich eigener Lückenfüllung in Sachen linker Geschichte: Ausgezeichnet! (...)

S., Redaktion Rote Luzi, Berlin

Liebe ak-Redaktion,

(...) Besten Dank auch für die Einladung zur Feier. Uns fehlt schlicht das Geld, mal eben nach Hamburg zu fahren. Außerdem ist die Fete wohl eher für ältere Genossinnen und Genossen angesetzt, die auch eine gemeinsame Geschichte in der Westlinken haben. Da wollen wir nicht stören. (...)

Antifaschistisches Archiv Potsdam

Wir finden es ausgesprochen schade, daß ihr nicht kommen wollt/könnt. Gerade der Austausch mit jungen GenossInnen fehlt uns. (Anm. d. Red.)

Liebe Freundinnen und Freunde,

mit Sympathie und Bewunderung für die Kontinuität eurer politisch-publizistischen Anstrengungen habe ich eure Zwischenbilanz(en) zu 25 Jahren ak gelesen.

Innerlich besonders beteiligt war auf Grund meiner eigenen politischen Geschichte bei der Lektüre des Artikels "Der Sieg ist nicht mehr gewiß" zur Entwicklung der internationalistischen Politik in ak und KB. Hierzu eine kritische Anmerkung: Ich war überrascht, daß die kurdische nationale Befreiungsbewegung und der mit massiver BRD-Unterstützung geführte Krieg der türkischen Armee mit keiner Silbe erwähnt wurde, obwohl dies ja nun wirklich eine Problematik ist, die in der BRD hautnah zu erlebende Auswirkungen hat. Massive Repressionsmaßnahmen gegen politische Organisationen und Ausdrucksmöglichkeiten hier lebender MigrantInnen inkl. zahlreicher "Staatsschutz"-Verfahren; Abbau demokratischer Rechte, deren Durchführung und propagandistische Begleitung einen üblen rassistischen Beigeschmack aufweist: eine eklatante Mißachtung von anerkannten Menschenrechts-Standards gerade in der Behandlung kurdischer Flüchtlinge, bewußte Abschiebung von Menschen in die Gewalt von Folterern, mit denen ganz offiziell eine intensive Kooperation gepflegt wird. - Macht es die Nähe und Massivität dieses staatlichen Handelns, die linke und demokratische Gruppen und Menschen zum Teil lähmt, mehr noch: Einschränkungen der Wahrnehmung bewirkt?

Ich finde es richtig, die Beschränktheit des Konzepts nationaler Befreiung zu analysieren, wobei die Feststellung einer Beschränktheit der Reichweite kein Abstreiten der Legitimität und politischen Sinnhaftigkeit solcher Kämpfe bedeuten kann und muß. Für solidarisches Verhalten ist auch keine kritiklose Identifikation mit Ideologie und Vorgehensweise z.B. der PKK erforderlich, sondern lediglich die Erkenntnis, daß die kurdische Autonomie-Bewegung in der dortigen Bevölkerung fest verwurzelt ist, daß sie vielleicht den gewichtigsten Anteil am Kampf um demokratische Verhältnisse im türkischen Staat hat, und daß in der Tat die PKK ein authentischer Ausdruck dieser Autonomiebewegung ist, aber bei weitem nicht einzige. Es lohnt sich eine verstärkte Beschäftigung mit der kurdischen "Zivilgesellschaft", die allerdings vom türkischen Staat ebenfalls zum Feind erklärt und zum Objekt brutaler Gewaltmaßnahmen gemacht worden ist.

Ich meine, daß das Verhalten zu einem Kriegsgeschehen, bei unsere BRD-Regierung so massiv involviert ist, und von dem so viele hier lebende Menschen sehr direkt betroffen sind, eine erhebliche Relevanz für die Beantwortung der Frage hat, ob emanzipatorische, fortschrittliche, demokratische Tendenzen hierzulande

noch eine ernstzunehmende Kraft darstellen. Um zu einer solchen Kraft wieder zu werden, sollte vielleicht auch der ak sich verstärkt und entschiedener mit der Problematik befassen.

Im Übrigen: Viel Kraft und Glück für 1997 und die nächsten 25 Jahre!

Mit solidarischen Grüßen

M.J., Frankfurt

Tag auch,

eure Jubiläumsausgabe war ja mal gar nicht so schlecht, aber zumindest 'n Poster (mit großem ak-Werbewappen) hättet ihr beilegen können! Oder'n Kalender entwerfen (lassen), dies sind ja grad wieder groß "in". Von Bauern- und Bäuerinnenfängerei habt ihr wohl keine Ahnung, wa?! Da ist's auch kein Wunder, daß ihr so arme SchluckerInnen seid und bleiben werdet. (...)

Undogmatische Grüße

M.M., Bochum

Kein Mitleid bitte, sondern Barschecks! (Anm. d. Red.)

Liebe Freunde,

herzliche Glückwünsche zu eurem 25jährigen Jubiläum. Viel Erfolg und viel Durchhaltevermögen für die weiteren Jahre.

Als "Lokalpatriot" fand ich es schade, daß ihr im Rückblick auf die KB-Geschichte die anderen KB-Gründergruppen nicht namentlich erwähnt habt. So den KB/ML - Eutin, KB/ML - Flensburg, KAG - Oldenburg, SALZ - Bremerhaven, SALZ - Frankfurt; es wurden immer nur die beiden Hamburger Verbände SALZ und KB genannt. (...)

Tschüß

F. K.-J., Wedemark

F. K.-J., von der Lektüre unserer Jubiläumsnummer angeregt, blätterte in der sog. Mao-Bibel, wobei ihm ein Zeitungsausriß aus der Rosenheimer Zeitung aus dem Dezember 1973 entgegenflatterte. Dies Dokument wollen wir den ak-LeserInnen keinesfalls vorenthalten:

Liebe ak-Redaktion,

vielen Dank für das Jubiläumsexemplar. Es ist sehr viel Interessantes zur linken Geschichte usw. drin. In den heutigen miesen politischen Zeiten gehört ak ganz sicher noch zu den besten Medien überhaupt. (...)

Mit solidarischen Größen

R.S.

Liebe FreundInnen und GenossInnen,

daß es eure und meine Zeitung nun schon 25 Jahre gibt, ist für mich ein Zeichen der Genugtuung und zugleich der Hoffnung, daß die Linke der Bundesrepublik lebendig ist und bleibt. (...)

Allen MitarbeiterInnen der Zeitschrift ak ein schönes Neues Jahr wünscht euch

P.S., Netphen

Liebe Gen.,

(...) Einen V-Scheck über 200 DM als ak-Spende 96/97 habe ich beigefügt - das Überleben im nächsten Jahr ist der Anfang der nächsten 25 ...

Alles Gute

R.M., Oldenburg

Hallo liebe GenossInnen,

möchte euch erst einmal alles Gute zum Neuen Jahr wünschen - vor allem Gesundheit, denn ohne Gesundheit gibt es ja auch keinen AK.

Seit es den AK gibt, bin ich ständiger Leser (...) Außerdem bin ich seit der Gründung des KB hier in Heidelberg Mitglied. Heute gibt es keine der GenossInnen mehr in Heidelberg. Für mich selbst war die Zeit mit dem KB recht gut, ich vermisse ihn selbst sehr. Aber Gott sei Dank gibt es ja den AK - weiter vorwärts damit!

Selber bin ich im vorigen Jahr 70 Jahre jung geworden. In der ApO-Zeit war ich sehr aktiv, teilweise beim SDS in Berlin-West. Ich bin sozusagen ein "Altlinker", und werde es auch bleiben bis zu meinem Lebensende. Sehr gerne würde ich zu eurer Feier kommen, aber ich bin halt Rentner, erhalte monatlich 582 DM und vom Sozialamt 292 DM, davon geht die Miete von 263 DM noch ab, und da bleibt mir wenig zum Leben übrig. Also eine Bahnfahrt zu euch ist da unmöglich.

Eigentlich würde ich mehr Rente erhalten, aber da ich seit der Gründung der FDJ Westdeutschlands bis zu ihrem Verbot Mitglied und Funktionär war, wird diese Zeit für die Rente nicht anerkannt. (...)

Ich selber mache hier in Heidelberg die Monatszeitung "HD-Rundschlag". Mitarbeiter sind u.a. Arbeitslose, Sozialhilfeempfänger, Rentner, Obdachlose usw. Wir werden mal schauen, ob wir im Februar 1997 von dem recht guten guten AK was bringen können.

Also nochmals alles sehr Gute für die Zukunft des AK, und wenn möglich nochmals 25 gute und erfolgreiche Jahre wünscht euch der Leser des AK und das ehemalige Mitglied des KB.

Tschüß, schreibt mal wieder,

wenn es eure liebe Zeit erlaubt

R.F., Heidelberg

Liebe FreundInnen,

(...) Die linke Presse in den USA schrumpft immer noch weiter. Ohne ak könnte ich mich, zum Beispiel, über Mittelamerika gar nicht mehr informieren. Wenn es auch das einzige Gebiet ist, worüber ich keine Informationen brauche, muß ich doch sagen, daß ich die Berichte von Michael Hahn über die USA äußerst solide finde. (Ehrlich gesagt, wer möchte sich eigentlich bei der amerikanischen Linken auskennen?) Ich hoffe nur, daß eure deutschen Leser diese Berichte so sehr schätzen, wie ich den sonstigen Inhalt.

Zum Jubiläum wünsche ich euch auch Glück, und bedaure nur, daß ich nicht mit dabei sein kann.

Mit solidarischen Grüßen

K.T., Newark (USA)

Liebe FreundInnen,

eure Jubiläumsausgabe macht mir große Freude. Soeben bin ich bei eurer Klage angelangt über die mangelnde Resonanz aus der Leserschaft. Da habe ich mich gemüßigt gefühlt, euch aus meiner Psychiatrieknastzelle zu schreiben, was wegen der Konzentration - im Knast ist man jedenfalls ganz allein, hier muß man sich von anderen psychisch Kranken ständig abgrenzen - schon ein Problem ist. (...)

ak begleitet mich nun seit jenem Feierabend 1972 als er mir auf der Straße beim Hamburger Hauptbahnhof angeboten wurde. Ja, das Rufwort "Arbeiterkampf" stimmte gerade in dieser Situation. ak begleitet mich seither und bis zur Jubiläumsausgabe vom Freitag, nachdem ich vor zwei Wochen einen zwangsweisen Unterbringungsbeschluß erhielt. Ich war ohne Erlaubnis des Arztes auf dem Weg zum Flughafen Düsseldorf - um von dort meine geliebte kubanische Brieffreundin in Havanna mit dem Flugzeug zu erreichen - von der Polizei abgefangen worden.

Nelson Mandela: "Das Gefängnis beraubt den Menschen nicht nur der Freiheit, es sucht ihm auch die Identität zu nehmen." Eine Zeitung als Fenster zur Welt.

Hasta la victoria siempre! Viva la solidaridad internacional! Siempre Adelante! Ich grüße auf diesem Wege meine behinderte kubanische Brieffreundin Perla.

W.P., Rickling

betr.: Grußadresse

Zu eurem 25jährigen Bestehen wünschen wir euch das Allerbeste und noch ein wenig mehr. Und was wünschen wir uns von euch?

a) Natürlich eine baldige Rückbenennung in "Arbeiterkampf";

b) endlich einen Sammelband mit diesen ML-Blindenbinden-Comics.

Alles Liebe

T.H., H.B. - im Auftrag des Montagsplenums des buero für angewandten realismus, Ludwigshafen

Hallo ak,

noch mal 25 Jahre?!

Soliplenum Köln

Writing about the revolution. Vom Arbeiterkampf zur permanenten Identitätssuche: Der "ak" wird 25 Jahre alt

Fast jeder Nachachtundsechziger hat mal in ihm geblättert, ihn zuweilen sogar intensiv studiert - doch diese Zeiten sind lange vorbei. Der Jubiläumsfreude tut das allerdings kaum Abbruch. (...) Der Jubilar erfreut sich zwar nicht gerade bester Gesundheit - da es aber die anderen "linken" Blätter aus seiner Gründungszeit inzwischen fast ausnahmslos dahingerafft hat, lautet das Gratulanten-Motto in der Hamburger ak-Redaktion: Hurra, wir leben noch! (...) Mit der Spaltung des KB und der Massenflucht der Linken zu den Grünen verlor der Arbeiterkampf seit Ende der siebziger Jahre auch ein Großteil seiner Leserschaft. Immer mehr wandelte sich die Linkspostille, die Mitte der achtziger Jahre bei einer Auflage von 4500 Exemplaren vor sich hindümpelte, von der Organisationszeitung des Rest-KB zum linken Journal. Nachdem die Organisation endgültig abhanden gekommen war (...), bekam das Blatt einen neuen Titel und neues Gesicht. (...) Doch neue Kleider machen noch kein neues Konzept: Das Konzept der "Revolution in Permanenz", so merkt die Redaktion (...) selbstkritisch an, sei durch eine "Selbstverständnisdebatte in Permanenz" abgelöst worden. Obwohl der ak heute ironischer und weniger ideologisch daherkommt als in seinen Anfangsjahren, geht das Blatt mehr denn je am Bettelstab. Mit einer Auflage von 3300 Exemplaren kann der fast unter Ausschluß der Öffentlichkeit produzierte ak nur mit Hilfe von vielen hundert Stunden ehrenamtlicher Arbeit und genauso vielen hundert Mark Spenden noch jeden Monat erscheinen.

Aus: taz, 17.12.1996. Autor dieses Artikels ist Marco Carini

Jubiläum: 25 Jahre "ak"

Im Dezember wurde die Hamburger Monatszeitung analyse & kritik - kurz: ak - 25 Jahre alt. Der ak gehört damit (neben der konkret und der reichlich verstaubten UZ) zu den ältesten linken Publikationen Westdeutschlands: 1971 in Hamburg unter dem Namen "Arbeiterkampf" (deshalb: ak) gegründet, geriet das Blatt kaum 15 Jahre später in eine Sinnkrise, die damals fast alle Zeitschriften (samt ihren Herausgebern) erfaßte, die aus den Nachbeben der 68er-Revolte und den folgenden Diskussionen um die Zukunft dieser Gesellschaft hervorgegangen waren. Im Gegensatz zu den anderen jedoch, die als Resultat dieser Krise zumeist den Suizid beschlossen, sorgte der ak durch seine Berichterstattung geschickt für die Selbstauflösung seiner Herausgeber - bei Sicherung der eigenen Existenz. Er behielt (wg. Leser/Blatt-Bindung) sein Kürzel bei, änderte es fortan allerdings in analyse & kritik - und lebt immer noch. Wir gratulieren zum Jubiläum!

Aus: feder hamburg, Mitgliederinformation der Deutschen Journalisten Union in der IG Medien, Nr. 8, Dezember 1996

Wat löpt-Tip

(...) Damals hieß sie Arbeiterkampf, heute analyse & kritik. Eins ist sie aber seit ihrer Gründung 1971 immer gewesen: eine radikale, linke Zeitung, die sich keinen Marktgegebenheiten angepaßt hat. Herzlichen Glückwunsch, ak! (...)

Aus: HH 19, Stadtmagazin für Politik und Kultur, 19.12.1996.

ak im Radio

Zu Interviews anläßlich unseres Jubiläums baten die freien Radios FSK, Hamburg, und Dreyeckland, Freiburg, Mitglieder der ak-Redaktion.

26. "Ausrottung des Berufsverbrechertums". Die Kripo im Nationalsozialismus. Rezension

Die Kripo im Nationalsozialismus - Buchvorstellung

Autor: Vo. · Rubrik: Geschichte des Faschismus; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak398/02.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:398:02

Wer kennt es nicht, das zweitstärkste "Argument", wenn es alten und jungen deutschen Spießern darum geht zu erklären, daß Adolf Hitler und die Nazis auch "gute Sachen" gemacht hätten. Zuallererst kommen selbstverständlich die Autobahnen, die "Hitler gebaut" hat, und dann kommt auch schon die Bekämpfung der Kriminalität: Bei den Nazis habe sich jede Oma zu Hause und auf der Straße noch sicher fühlen können.

Das ungeheure Ausmaß staatlichen Verbrechens und Terrors, mit dem die "Erfolge" in der Kriminalitätsbekämpfung erreicht wurden, zeichnet nunmehr eine umfassende Studie von Patrick Wagner nach (in der übrigens zugleich auch noch nachgewiesen wird, daß es mit den "Erfolgen" so weit her wie immer behauptet tatsächlich gar nicht war). In seinem Buch "Volksgemeinschaft ohne Verbrecher. Konzeptionen und Praxis der Kriminalpolizei in der Zeit der Weimarer Republik und des Nationalsozialismus" (Hamburg 1996) sind jene Kapitel, die sich mit dem NS-Terror gegen sog. Berufsverbrecher, Asoziale und Arbeitsscheue befassen, sicher diejenigen, die am stärksten unter die Haut gehen. Denn hier wird die ganze Menschenverachtung, Brutalität und Vernichtungsdynamik des NS-Regimes exemplarisch offengelegt anhand des Denkens und Handelns einer bestimmten Gruppe und einer bestimmten Institution aus dem Gefüge der Täter und ihres Regimes. Das Buch zeigt, daß und wie die Kriminalpolizei in hohem Maße Mitverantwortung für den nationalsozialistischen Terror trug.

Die Kripo: Teil des NS-Terrorsystems

Reinwaschungsversuche seitens des Berufsstandes selbst und der etablierten Politik aus der Nach-NS-Zeit werden gründlich widerlegt. Die Reinwaschung hatte nach dem Muster funktioniert: Dort "böse" Gestapo, hier "unpolitische", leider partiell vom Regime "mißbrauchte" Kriminalpolizei. Die habe sich im wesentlichen aber lediglich der Bekämpfung des Verbrechens gewidmet, und das sei schließlich eine Aufgabe, die in jeder Staatsform bewältigt werden müsse. Wagner zeigt nun aber sehr genau, wie sich der Apparat Kriminalpolizei und sein Personal nahtlos und willig in das Gesamtgefüge des NS-Unterdrückungssystems eingliederten und ihren nicht unerheblichen Beitrag zum Funktionieren dieses Systems leisteten. Dabei wurde auch die ureigene alltägliche Arbeit der Kripo seit 1933 in einer durch und durch nationalsozialistisch radikalisierten, d.h. allen menschenrechtlichen und rechtsstaatlichen Standards Hohn sprechenden Weise durchgeführt. "Unpolitisch" war diese Kripo-Arbeit ganz und gar nicht, von einem "Gegensatz" zur Gestapo kann erst recht nicht die Rede sein. Wagner weist vielmehr nach, wie stark die personellen Verbindungen zwischen Kripo und Gestapo waren, wie reibungslos ihre Kooperation im alltäglichen Terrorgeschäft funktionierte und wie die zeit- und teilweise zwischen Kripo und Gestapo tatsächlich bestehende Konkurrenz nur dazu führte, daß die Kripo sich mit aller Kraft bemühte, noch eifriger und rücksichtsloser als die Gestapo Verfolgungsmaßnahmen gegen "Volksschädlinge" durchzusetzen (Wagner stellt in diesem Zusammenhang ausführlich dar die Verfolgung von Homosexuellen, Frauen, die eine Schwangerschaft abgebrochen hatten, und jüdischen BürgerInnen, die Liebesbeziehungen zu nichtjüdischen Deutschen hatten).

Eine große Stärke von Wagners Studie ist es, daß diese willige Mitarbeit der Kripo im NS-System aus der Logik des Apparats und des kriminalpolizeilichen Handelns erklärt wird, also deren immanente "Faschisierungstendenzen" (wie man früher in dieser Zeitung gesagt hätte) herausgearbeitet werden. Und eine zusätzliche Stärke ist es, daß der Autor auf der einen Seite die zwar bestehenden Kontinuitäten und fließenden Übergänge von bürgerlich-parlamentarischer Machtausübung zu faschistischer Herrschaft auf dem Gebiet der Verbrechensbekämpfung deutlich aufzeigt und zugleich auf der anderen Seite den qualitativen Sprung, den der Wechsel zur faschistischen Herrschaftsform auch auf diesem Feld bedeutete, sehr klar markiert. Er bringt diese Dialektik auf die Formel von Kontinuität und Bruch: Kontinuität der kriminalpolizeilichen Konzeptionen über die faschistische Machtübernahme 1933 hinweg, Bruch der kriminalpolizeilichen Praxis zwischen Weimarer Republik und Nationalsozialismus: Was vor 1933 nur gedacht, aber wegen rechtsstaatlicher

Beschränkungen nur ansatzweise praktisch umgesetzt werden konnte, wurde nach 1933, befreit von jeglichen rechtsstaatlichen Fesseln, umfassend und radikalisiert kriminalpolizeiliche Praxis.

Modernisierung in der Weimarer Republik

Um diese Kontinuitäten und Brüche und um die dem Apparat und seinem Handeln immanenten Faschisierungstendenzen aufzeigen zu können, bezieht Wagner die Geschichte der Kripo in der Weimarer Republik in seine Darstellung mit ein. Das ist aber nicht nur notwendig als Vor-Geschichte der Kripo im NS, sondern auch für sich gesehen äußerst spannend, geht es doch hier um die Entstehung einer modernen Kriminalpolizei überhaupt. Denn der "eigentliche innovative Schub für die deutsche Kriminalpolizei (erfolgte) während und durch die Weimarer Republik" (S. 401 - alle Seitenangaben im folgenden beziehen sich auf die o.g. Studie). Wagner konzentriert sich dabei wegen ihrer herausragenden Bedeutung auf die Kripo der großen Städte (vor allem Hamburg und Berlin); er schildert deren organisatorischen Aufbau, ihre Arbeitsweise im Innen- und Außendienst (Streifen, Razzien, Spitzel), die Ausbildungs- und Karrierewege der Kripo-Beamten, die Einführung naturwissenschaftlicher Methoden in die Arbeit usw. Die Modernität und Innovationsfähigkeit dieser Berufssparte werden genauso herausgearbeitet wie die professionelle Borniertheit der Kriminalisten. Gerade die Kombination von - technischer - Modernisierung und - ideologischer - Borniertheit sollte zu dem Charakteristikum des Kripo-Apparats werden, das später seine nahtlose Einfügung in das faschistische Terrorsystem beförderte. Die Modernisierung fand ihren Niederschlag vor allem in der "Verwissenschaftlichung" kriminalpolizeilichen Handelns, in der Effektivierung und Rationalisierung der Arbeit (Einführung von Personenakten, Verbrecheralben, Verbrecherkarteien u.a. Informationssammlungen). Die Borniertheit drückte sich (neben dem von den Interessen der Bourgeoisie vorgegebenen "extremen Vorrang, der im Aufmerksamkeitsraster der Kripo der Verfolgung von Eigentumsdelikten zukam" (81)) vor allem in ihrer Auffassung vom Verbrechen bzw. vom Verbrecher aus. Herrschende Meinung nämlich war, daß wesentlich eine eingrenzbare Gruppe von sog. Berufsverbrechern verantwortlich zu machen sei für den allergrößten Teil schwerer krimineller Delikte. Diese Berufsdelinquenten wiederum ließen sich an bestimmten Merkmalen, insonderheit ihrer Spezialisierung und ihres immer gleichen Vorgehens bei ihren Taten, erkennen (sog. Perseveranzthese). Konsequenz dieser Auffassung vom Verbrechen war die Meinung, prinzipiell könne es der Kripo gelingen, diese Berufsverbrecher mit den angesprochenen modernen Methoden allesamt zu erfassen und unschädlich zu machen, mithin das Verbrechen schlechthin auszurotten.

Auch wenn diese These vom Berufsverbrechertum als Ursache allen Übels empirisch nicht haltbar ist, so blieb sie doch für die kriminalpolizeiliche Theoriebildung und Praxis während der gesamten Weimarer Republik bestimmend und sollte dann während des Nationalsozialismus für die Betroffenen vernichtende Folgen haben.

Daß das Bild vom Berufsverbrecher aufrechterhalten wurde, ist darauf zurückzuführen, daß es in der Kripo-Praxis tatsächlich zu begrenzten Erfolgen führte: Man konnte sich auf eine überschaubare Zahl von "Kunden" konzentrieren, die als Wiederholungstäter aufgefallen waren und die besonderem Überwachungs- und Verfolgungsdruck ausgesetzt werden konnten; deswegen wurden sie auch überdurchschnittlich oft geschnappt - was wiederum die These vom "Berufsverbrecher" erhärtete. Faktisch war es dagegen so, daß weit stärker soziale (Not-)Lagen dazu führten, daß Menschen ausnahms- und zeitweise kriminell wurden, daß der Großteil der Täter also keineswegs dem Bild vom Berufsverbrecher entsprach (Kriminalstatistiken zeigen, daß in den wirtschaftlichen Krisen zu Beginn und zu Ende der Weimarer Republik die Kriminalität weit größer war als in der Phase der relativen Stabilisierung Mitte der 20er Jahre). Kriminalität hing also weitgehend von äußeren, von der Kripo selbst nicht beeinflußbaren, Faktoren ab. Genau das aber wollte die herrschende Meinung in der Kripo - und in der Gesamtgesellschaft - nicht wahrhaben. Sie hing der schlechten Utopie der vollständigen Eliminierung des Verbrechens an (bei Fortexistenz der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft und der mit ihr notwendig verbundenen sozialen Probleme und Konflikte, versteht sich), und sie wollte diese Utopie durch Bekämpfung des "Berufsverbrechertums" realisieren.

Die "Unterwelt": bunt und spießig

Diese bornierte Theorie und Praxis traf auf eine sehr viel differenziertere und buntere Wirklichkeit auf der "Gegenseite", also der "Unterwelt". Wagner zeichnet ein dichtes und anschauliches Bild dieser Subkultur, aus dem deutlich wird, daß jene Menschen, die ihren Lebensunterhalt (fast) ausschließlich aus kriminellen Aktivitäten bestritten, eine äußerst kleine Minderheit bildeten, daß vielmehr die Übergänge zum (sub-)proletarischen Milieu fließend waren, daß es verschiedene sub-kulturelle Milieus mit Überlappungen gab,

in denen sich die Leute bewegten, die hin und wieder, mehr oder weniger oft, delinquent wurden und die die Kripo besonders auf dem Kieker hatte. Wagner vermittelt spannende Einblicke in diese Subkulturen, jenseits von Sozialromantik und Denunziation. Er geht auf Orte, Sprache und Lebensverhältnisse der "Verbrecherwelt" ausführlich ein; er zeigt auf, daß es auch in diesem Milieu Hierarchien gab - von den die Wäsche von der Leine klauenden "Flatterfahrern" ganz unten bis zu den handwerklich hochqualifizierten Geldschrankknackern, der Elite der Zunft mit entsprechend elitärem Bewußtsein.

Wagner macht deutlich, daß die Menschen in diesem Milieu bestimmten Normen und Werten folgten - wie etwa der "Solidarität des Helfens und Schweigens" (64) untereinander, die es verbot, gegenüber der Kripo zu "singen", und die eine "gerechte" Verteilung der Beute gebot. Gleichzeitig zeigt er aber auch, daß diese Normen und Werte aus egoistischen Motiven verletzt wurden, daß man also z.B. bei der Aufteilung der Beute Kumpane übers Ohr haute. Kurz: Bei den Angehörigen des Milieus handelte es sich weder um "edle Räuber" noch um gesellschaftlichen "Abschaum", sondern im Milieu spiegelte sich die umgebende bürgerliche Gesellschaft ziemlich genau wider, weswegen es auch "irreführend (wäre), gewerbsmäßige Kriminalität als Form bewußten Klassenkampfes interpretieren zu wollen" (69). Diese "normalen" Wesenszüge des Milieus kommen sehr schön zum Ausdruck etwa im Treiben der sog. "Barmbeker Verbrechergesellschaft", der Gruppe um Adolf Petersen in Hamburg zu Anfang der Weimarer Republik (man erinnere sich: Adolf Petersen - der "Lord von Barmbek") oder im Vereinsleben der sog. Ringvereine in Berlin zu Ende derselben; auf diese Hamburger und Berliner Erscheinungen geht Wagner ausführlich ein. Der "Lord von Barmbek" wird bei ihm auf das Normalmaß eines nicht besonders begabten (die Berliner Geldschrankknacker waren handwerklich sehr viel besser und arbeiteten mit sehr viel moderneren Methoden: Einsatz von Schneidbrennern!) und nicht besonders fairen (er betrog seine Leute wiederholt um ihre Anteile) Kleinbürgers zurechtgestutzt. Die Berliner Ringvereine mit so rührenden Namen wie "Immertreu", "Glaube, Liebe, Hoffnung", "Fidele Brüder" oder "Felsenfest", in denen sich nach Auffassung der damaligen Kripo die Avantgarde des deutschen Verbrechertums organisierte, werden porträtiert als gleichermaßen kleinbürgerliche Verbände - mit Stiftungsfesten und Vereinswimpeln, Mitgliedsbeiträgen, vereinsinternen Schiedsgerichten und Strafen, umständlichen Satzungen und langweiligen Sitzungen, geprägt vom Streben nach (zumindest dem Schein von) bürgerlicher Reputierlichkeit.

Gegen das ,,Heer der Berufsverbrecher"

Lassen sich die Passagen über das "Milieu" in der Weimarer Republik und den zuweilen skurrile Züge annehmenden permanenten Kampf zwischen Kripo und Milieu hier und da mit einem Schmunzeln lesen, so gefriert einem das Lachen, sobald man sich zur zweiten Buchhälfte, zu 1933 und den Folgen vorgearbeitet hat. Nun setzte die Kripo zur entscheidenden "Schlacht gegen das Heer der Berufsverbrecher" an. Die Beamten des Apparats waren gerade während der Weltwirtschaftskrise am Ende der Weimarer Republik hochgradig frustriert: Die Kriminalität stieg (in Folge der wirtschaftlichen Notlage vieler Menschen) drastisch an, Erfolge in der Verbrechensbekämpfung blieben weit hinter den Erwartungen zurück. Verantwortlich machten die Kripo-Beamten dafür nicht zuletzt eine in ihren Augen viel zu "lasche" Justiz, die rechtsstaatlichen Regeln und Verfahren, die ihrem Agieren Grenzen setzten, und eine kritische (Presse-)Öffentlichkeit, die Pannen und Fehler kriminalpolizeilicher Tätigkeit mitleidlos aufdeckte und oft genug Schadenfreude äußerte, wenn der Kripo einmal wieder ein "großer Fisch" durch die Lappen gegangen war. Zu der Unzufriedenheit mit diesen Erscheinungsformen des Weimarer "Systems" kamen noch Frustrationen über geringe Bezahlung, lange Arbeitszeiten und schlechte Arbeitsbedingungen, mangelnde Aufstiegsmöglichkeiten ("Beförderungsstau" in der Behördenhierarchie) und ein geringes öffentliches Ansehen des Berufsstandes.

Das alles trug dazu bei, daß die Nazis bei den Kripobeamten früh zahlreiche begeisterte Anhänger fanden, zumal sich die Kripo ohnehin großteils aus einem rechten deutschnationalen Milieu rekrutierte (Stichworte: bürgerlicher oder kleinbürgerlicher Familienhintergrund, ehemalige Offiziere und Freikorpsleute, Studienabbrecher), das sich während der Weltwirtschaftskrise nach rechts radikalisierte. Auch für die Kripo gilt: "Aus Unzufriedenheit mit der Weimarer Republik wurde in der Krise nach 1929 Zustimmung für die NSDAP" (180). Bereits 1932 stellte die NSDAP die eindeutige Mehrheit in den Berufsvertretungen der Kripo. Nach der Machtübernahme stiegen bewährte Parteigenossen unter den Kripo-Beamten in Spitzenpositionen auf, auch die deutschnationalen und konservativen Beamten wendeten sich nunmehr den Nazis zu, bis zum 1.5.1933 waren sie in großer Zahl in die Partei eingetreten; Säuberungen im Apparat waren mithin nicht nötig, weil die

Masse der Kripo-Leute ohnehin NS-Anhänger waren, einzelne Sozialdemokraten oder Angehörige bürgerlicher Parteien wurden kaltgestellt.

Für die Kripo stellte sich die NS-Machtübernahme zuallererst als einzigartige Gelegenheit dar, ihre Vision von der Eliminierung des Verbrechens nun endlich doch zu realisieren. Aller rechtsstaatlichen Beschränkungen und der kritischen Aufmerksamkeit einer freien Presse ledig, konnte man jetzt voll loslegen. Noch im Frühjahr 1933 wurden die Ringvereine ohne jegliche Rechtsgrundlage aufgelöst, vom Mai bis Oktober 1933 wurden Großrazzien durchgezogen und mit markigen Erfolgsmeldungen abgeschlossen. Der Eindruck, der den "Volksgenossen" vermittelt wurde: Jetzt wird endlich aufgeräumt. Die neuen Machthaber ließen der Kripo freie Hand und schufen alle pseudo-rechtlichen und anderen Voraussetzungen, um das "Berufsverbrechertum" verfolgen zu können: "Gewohnheitsverbrechergesetz", "Sicherungsverwahrung", "Vorbeugungshaft", "planmäßige Überwachung". Kurz: Der Nationalsozialismus machte das "Agieren der Kripo im rechtsfreien Raum" (194) möglich. Die Sprache der Kriminalisten nach 1933 - so Wagner - "atmet die Atmosphäre des legalisierten Staatsterrors. Stereotyp wiederholt sich die militärischen Denkkategorien entlehnte Formel von der Vernichtung des Gegners" (198). Dabei wurde in einer ersten Phase nationalsozialistischen kriminalpolizeilichen Handelns darunter noch "nicht die physische Vernichtung aller bekannten Berufsdelinquenten, sondern die Liquidierung des sozialen Phänomens Berufsdelinquenz durch selektiven Terror gegen einzelne" (201) verstanden. Diese Abschreckungsstrategie hatte daher zwar noch keine quantitativ bedeutenden Mengen von Opfern zur Folge, wohl aber erschütternde Einzelschicksale: Menschen wurden ihrer fundamentalen Rechte beraubt und oft dem Tode ausgeliefert, nur weil Kriminalbeamte sie als "Berufsverbrecher" kategorisierten. Eine ganze Reihe dieser Schicksale kann Wagner nachzeichnen, weil es ihm möglich war, den geschlossen erhalten gebliebenen Bestand von personenbezogenen Vorbeugungsakten der Kripo Duisburg, der für den Zeitraum November 1933 bis März 1945 402 Fälle umfaßt, auszuwerten.

Eskalation des Terrors

Die terroristische Praxis wurde seit 1936/37 nochmals radikalisiert und ausgeweitet, wofür Wagner mehrere Gründe anführt und ausführlich erörtert. So hatte die Kriminalprävention nationalsozialistischen Zuschnitts bei weitem nicht die erwarteten Erfolge. Zwar ging die Kriminalität tatsächlich in den ersten Jahren der NS-Herrschaft zurück - wenn auch nicht in dem von den Nazis immer behaupteten sensationellen Umfang, wie Wagner anhand der Analyse der vielfältigen Manipulationen der entsprechenden Statistiken nachweist. (Zudem - so Wagner - sei dieser Rückgang insofern normal gewesen, als sich die wirtschaftliche Lage und damit die sozialen Verhältnisse wieder stabilisierten, so daß sich lediglich eine auch schon für Weimarer Verhältnisse zutreffende Beobachtung bestätige). Doch mußte die Kripo - trotz aller in der gleichgeschalteten Presse verbreiteten Erfolgsmeldungen - intern zugestehen, daß sich die Strukturen des "Milieus" den neuen Verhältnissen hatten anpassen können und nicht hatten zerschlagen werden können. Die Konsequenz, die man daraus im Apparat zog: noch härtere und noch umfassendere Repression. "Immer mehr Menschen erhielten zu immer früheren Zeitpunkten ihrer kriminellen Karrieren das Etikett des Berufsdelinquenten. Im Bemühen, den Gegner restlos zu erfassen, um lückenlose Sicherheit herzustellen, gab es für den kriminalpolizeilichen Apparat keinen Endpunkt, sondern nur dauernde Ausweitung der Perspektive" (226).

Zudem wurde das Konzept des "Berufsverbrechers" nunmehr rassistisch radikalisiert. Im Nationalsozialismus setzte sich jene auch schon zu Weimarer Zeiten bestehende erbbiologische Strömung innerhalb der Kriminologie rundum durch (und zwar eben nicht nur theoretisch, sondern als Anleitung exekutiver Praxis), die "das Verbrechen" auf genetische Ursachen im "geborenen Verbrecher" zurückführte. Dieses "erbmäßig bedingte Verbrechertum" galt es "auszurotten". Dabei wurde der Kreis über die bisher als "Berufsverbrecher" qualifizierten Menschen ausgeweitet: "Asoziale" und "Arbeitsscheue" galten dieser "Theorie" gemäß als ebenfalls genetisch bestimmte Menschentypen, aus denen sich die "geborenen Verbrecher" reproduzierten, sie wurden folglich von nun an in die Maßnahmen der Kriminalprävention mit einbezogen.

Und schließlich wurden die internen Machtkämpfe um die Oberhoheit der Polizei 1936 zugunsten der SS entschieden; Himmler wurde "Chef der Deutschen Polizei", Heydrich "Chef der Sicherheitspolizei", in der Gestapo und Kripo unter einem Dach zusammengefaßt wurden, wobei die Kripo auch erst von nun an mit Schaffung des Reichskriminalpolizeiamts reichsweit organisiert und zentralisiert wurde.

Diese organisatorischen Umstrukturierungen sowie die Herausbildung eines rassistischen "theoretischen" Überbaus kriminalpolizeilicher Praxis ermöglichten Radikalisierung und Ausweitung der Kriminalprävention.

Nunmehr ging es nicht mehr um Abschreckung durch Terror gegen Einzelne, sondern um die vollständige Erfassung und "Ausmerzung" der "Berufsverbrecher" und ihres "Nährbodens" von "Asozialen" und "Arbeitsscheuen". Damit bekam die Kripo einen aktiven Beitrag zur Schaffung der "Volksgemeinschaft" zugewiesen. Nun ging es "statt defensiver Gefahrenabwehr (um) offensive (...) Schaffung der Volksgemeinschaft der ‚gut gearteten` Deutschen durch Ausmerze der ‚schlecht gearteten`" (300). In Großaktionen - wie der "Aktion Arbeitsscheu Reich" im Juni 1938 - und in alltäglicher kriminalpolizeilicher Kleinarbeit wurden fortan die KZs gefüllt. Wagner weist darauf hin, daß diese Auffüllung der KZs seit 1938 auch ökonomische Gründe hatte. Die KZs wurden seit 1938 zu Produktionsstandorten von SS-Betrieben, die einen großen Bedarf an Arbeitssklaven hatten. Außerdem machte es der Arbeitskräftemangel in der für den in Aussicht genommenen Krieg auf Hochtouren produzierenden Wirtschaft notwendig, alle verfügbaren Arbeitskräfte auch zur Arbeit zu zwingen und die Arbeiter durch Drohung mit terroristischen Maßnahmen zu disziplinieren. Insofern ging es um "die Mobilisierung von Sklavenarbeitern für die eigenen Betriebe und die Durchsetzung des gesamtgesellschaftlichen Arbeitszwangs" (289). Zudem aber hat die Kripo auch - wie Wagner nachweist - "aus eigenem Antrieb und über den Bedarf der KZs hinaus Menschen deportiert (...), derer sie sich ... entledigen wollte" (290). Wagners Fazit: Es ging um "dreierlei: Requirierung von Zwangsarbeitern, terroristische Erzwingung von Arbeitsdisziplin und kriminalpräventive Ausjätung" (291).

Beteiligung am Massenmord

Der Krieg stellte die Kripo vor neue Herausforderungen. Zahlreiche Kripo-Beamte wurden aus dem Inland abgezogen und folgten in den Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei den siegreichen deutschen Soldaten in die okkupierten Länder und beteiligten sich dort in führenden Positionen an den Massenmorden an der einheimischen Bevölkerung. Das führte zu Hause zu erheblichem Personalmangel bei der Kripo, und die verbliebenen Beamten sahen sich mit neuen kriegsbedingten Formen der Kriminalität konfrontiert, die mit den gängigen "theoretischen" Konstrukten nicht zu fassen waren und die die Beamten praktisch völlig überforderten. Der Krieg schuf neue Delikte und damit neue Aufgaben für die Kripo (Verfolgung von sog. Kriegswirtschaftsdelikten - wie etwa Privatschlachtung oder Fälschung von Bezugskarten -, Kriegsfahndung nach flüchtigen Kriegsgefangenen und Zwangsarbeitern, Jagd auf Plünderer, Identifizierung von Bombenopfern, Bekämpfung der "Jugendverwahrlosung").

Insbesondere ab 1943 kam es dann zu einem deutlichen Ansteigen der Kriminalität "als Folge der gesellschaftlichen Verwerfungen im Gefolge des Luftkrieges" (319). Denn "die Zerstörungen des Bombenkrieges schufen materielle Notwendigkeiten, technische Möglichkeiten und psychische Dispositionen, die vor allem Eigentumsdelinquenz zu einem Massenphänomen machten" (320). Das heißt, "daß ein Großteil der Täter sich aus den Reihen der unter Friedensbedingungen sozial angepaßten Bevölkerung rekrutierte" (322). Mit anderen Worten: Die braven, sauberen, ordentlichen deutschen Volksgenossen wurden nun selber massenhaft zu "Verbrechern", und so brachen alle Versprechungen des Regimes auf eine von Kriminalität und Kriminellen gesäuberte Volksgemeinschaft in sich zusammen - gerade wegen des Verhaltens der "normalen" Glieder dieser Volksgemeinschaft im Gefolge des vom Regime angezettelten verbrecherischen Krieges.

Die Kripo kapitulierte alsbald vor der "einfachen" Kriminalität der Volksgenossen. Sie kam seit 1943 mit ihren Ermittlungen nicht mehr nach und mußte in dieser Hinsicht faktisch Bankrott erklären. "Kompensiert" wurde dieses Scheitern durch weitere Radikalisierungsschübe der Kriminalprävention während des Krieges. Wagner zeichnet Phasen und Maßnahmen dieser Radikalisierung nach, die letztlich auf die physische Vernichtung der aus der Volksgemeinschaft Ausgegrenzten in den KZs zulief. "Den Verlust realer Kontrolle über das soziale Terrain suchte die Kripo durch immer neue Verschärfungen der kriminalpräventiven Maßnahmen zu kompensieren. 70.000 bis 80.000 Menschen verschleppte sie allein bis Ende 1943 in die Konzentrationslager" (404). Die Kripo war willentlich und wissentlich Träger mörderischer Vernichtungspolitik. Wagner: Wenn Kripo-Beamte 1943 von der "Ausrottung gefährlicher Berufsverbrecher" redeten, äußerten sie "keine leere Phrase, sondern wußten genau, wovon sie sprachen - und meinten es auch" (339). Dabei wurde der Kreis der als "Berufsverbrecher" qualifizierten Menschen im Krieg nochmals ausgeweitet, zum Schluß war kaum noch jemand, der auch nur durch geringstes abweichendes Verhalten auffällig wurde, davor sicher, als "Berufsverbrecher" abgestempelt und dementsprechend behandelt zu werden. Wagner: "Bei Geldschrankknackern hatte man begonnen, nun war die Kripo bei Hühnerdieben angelangt" (361).

Ausweitung und Intensivierung des Terrors begründete die Kripo mit den Notwendigkeiten der Sicherstellung des "Endsieges". Sie begriff ihre Hauptaufgabe nun als Sicherung der Heimatfront; gelte es doch, mit allen

Mitteln ein zweites 1918, eine zweite Novemberrevolution, zu verhindern. Die aber war aus Sicht der Nazis von Berufsverbrechern, Zuchthäuslern und Asozialen angezettelt worden. So verwundert es nicht, daß Wagner für die letzte Kriegsphase feststellen muß: "In den letzten Wochen des Krieges gehörten vielerorts auch Kripobeamte zu den mobilen Einsatzkommandos der Sicherheitspolizei, die noch kurz vor Toresschluß Tausende von politischen Gegnern und Zwangsarbeitern ermordeten" (253).

Für die Zeit nach dem Endsieg plante man zudem für eine massenmörderische kriminalbiologisch begründete Rassenpolitik, wie Wagner u.a. an den Arbeiten zu einem "Gemeinschaftsfremdengesetz" zeigt. Der letzte Entwurf dieses Gesetzes vom März 1944 sah u.a. die Zwangssterilisation, die Internierung oder planmäßige Überwachung "Gemeinschaftsfremder" vor. Betroffen gewesen wären mehr als eine Million Menschen. "Eine Vorhersage darüber, was die Opfer eines in systematische Rassenpolitik umgesetzten kriminalbiologischen Rassismus nach dem deutschen Endsieg erwartet hätte, ist nach den vorangegangenen Massenmordkampagnen von der ‚Euthanasie` bis zum industrialisierten Mord an Juden, Roma und Sinti nicht spekulativ" (396): Die systematische Ermordung der "Gemeinschaftsfremden" war vorgedacht. Nur der Sieg der Alliierten verhinderte die Umsetzung dieser Pläne in die Praxis.

Kripo und Faschismus

Gleichwohl zeigt Wagners Ausblick auf die Zeit nach 1945, daß auch über den Bruch des Kriegsendes Kontinuitäten ins Nachkriegsdeutschland hineinreichen. Die personelle Renazifizierung der Kripo begann bereits 1946 (auf das Expertenwissen der "Fachleute" wollte man nicht verzichten!), in der Folge kam es zur Reinwaschung und Rehabilitierung der Täter. Der Glaube an das Konzept "Berufsverbrecher" blieb auch nach 1945 erhalten, in den 50er Jahren gab es folglich Vorstöße, um planmäßige Überwachung und Vorbeugungshaft wieder einzuführen. Demgegenüber wurde im gesellschaftlichen Klima Nachkriegsdeutschlands eine öffentliche Debatte über das den Opfern nationalsozialistischen kriminalpolizeilichen Handelns angetane Unrecht verhindert. Die Opfer blieben als "Berufsverbrecher", "Asoziale", "Arbeitsscheue" stigmatisiert.

Daran war auch die Linke nicht unbeteiligt. Um auf die eingangs erwähnten Spießer zurückzukommen: Es gibt auch linke Spießer. Gegen abweichendes Verhalten, zumal wenn es sich in Arbeitsunlust äußert, gab es auch beim klassenbewußten deutschen Proletariat und seiner organisierten Avantgarde allergrößte Vorbehalte - das machte der Linken die Beschäftigung und die Solidarität mit diesen Opfern offensichtlich lange Zeit sehr schwer. Und welcher Linke kennt nicht die Berichte von ehemaligen "politischen" KZ-Häftlingen aus ihrer Haft, in denen die ebenfalls eingesperrten "Berufsverbrecher" als ausgemachte Schurken und willige Handlanger der SS dargestellt werden, so daß unterschwellig noch nachträglich eine Entsolidarisierung von dieser Opfergruppe vollzogen wird und sie in der "Hierarchie der Opfer" irgendwo ganz unten eingeordnet wird.

Diese Ignoranz durchbrochen zu haben, ist ein weiteres wichtiges Verdienst Wagners, der mit seiner Studie das Grundlagenwerk für alle, die sich mit der Geschichte der Kriminalpolizei im Nationalsozialismus - und damit einem zentralen Bereich nationalsozialistischer Herrschaft - befassen wollen, geschrieben hat. Darüber hinaus hat er einen wesentlichen Beitrag zur Geschichte von Kriminalpolizei in Deutschland generell vorgelegt, der auch grundsätzliche Schlüsse über das Wesen dieser Institution zuläßt.

So lehrt die Studie von Patrick Wagner Linke heute m.E. - unter anderem - zweierlei: Zum einen nicht den immensen qualitativen Unterschied zu unterschätzen zwischen faschistischer Diktatur und bürgerlich-demokratischem Rechtsstaat, auch und gerade was das Gebiet polizeilicher staatlicher Repression anbelangt, also äußerst vorsichtig zu sein mit diesbezüglichen Faschismus- und Faschisierungsvorwürfen und die Errungenschaften bürgerlicher Rechtsstaatlichkeit nicht gering zu schätzen; zum anderen äußerst wachsam zu sein gegenüber allen Entwicklungen, die sich "natur"notwendig aus der Logik polizeilicher Apparate, polizeilichen Denkens und Handelns heraus ergeben, die eben diese Rechtsstaatlichkeit infrage stellen und auf totale Erfassung und Repression der dem staatlichen Gewaltmonopol unterworfenen StaatsbürgerInnen zielen. Insbesondere gilt es, stete Aufmerksamkeit zu richten auf immer neue technische "Fortschritte" und einen darauf basierenden technokratischen Machbarkeitswahn der kriminalpolizeilichen Apparate.

Offene Fragen

Zum Schluß ein wenig Kritik. Zugegeben, es ist immer ziemlich albern, dem Autoren eines 500-Seiten-Werkes vorzuhalten, was er alles nicht behandelt hat, gleichwohl sollen zwei, drei diesbezügliche "Wünsche" geäußert werden. Wenn es denn stimmt, daß für viele Berufsdelinquenten "das Leben in Freiheit lediglich ein mehr oder minder kurzes Zwischenspiel zwischen zwei Zwangsaufenthalten in Haftanstalten" war, daß mithin "auch Gefängnisse und Zuchthäuser zur Geographie des illegalen Milieus" (73) gehörten, dann wäre es wünschenswert, über das Leben in den Gefängnissen mehr zu erfahren. Allgemeiner noch: Wünschenswert wäre es, mehr über Sichtweisen und Befindlichkeiten der von den kriminalpolizeilichen Maßnahmen Betroffenen zu erfahren. Deren Perspektive fehlt aber. Wie erging es den als "Berufsverbrecher" oder "asozial" stigmatisierten - in ihrem Kiez, im Knast, in Polizeigewahrsam, unter Überwachung, beim Verhör, im KZ? Darüber können die von Wagner ausgewerteten Quellen, die ja weitgehend Handeln und Sicht der Täter wiedergeben, sicher nur wenig Aufschluß geben, und vergleichbare Quellen haben die Opfer nicht hinterlassen. Aber vielleicht hätte man die Lücken zumindest teilweise mit Methoden der "oral history" - Interviews mit den ehemaligen Vorbeugungshäftlingen u.a. - füllen können? Und schließlich wäre es auch wünschenswert gewesen, das Verhalten der einfachen deutschen "Volksgenossen" zu der Praxis der Kripo, ihre Einstellung zum Verbrechen und den Verbrechern, ihre Bewertung der kriminalpräventiven Maßnahmen und ihre Auffassung davon, wie der Kriminalität zu begegnen sei, darzustellen. Zu vermuten ist ja, daß dabei Erschreckendes zutage gekommen wäre. Solche Untersuchungen und Darstellungen zum gesellschaftlichen Umfeld und zu den "Adressaten" kriminalpolizeilichen Handelns hätten die Sache noch runder (aber auch noch länger) gemacht. Vielleicht ist das ja eine Aufgabe, die - wie es so schön heißt - künftiger Forschung vorbehalten sein muß.

Ein Problem zum Schluß: Das Buch ist sauteuer. Aber wenn die WG, die Antifa- oder Bürgerrechtsgruppe oder auch Mutter, Vater und die halbstarken Nachkommen zusammenlegen, dann müßten sie sich schon ein solches kostbares Geschenk machen können. Es lohnt sich allemal.

Vo.

Wagner, Patrick: Volksgemeinschaft ohne Verbrecher. Konzeptionen und Praxis der Kriminalpolizei in der Zeit der Weimarer Republik und des Nationalsozialismus. Hamburg 1996 (Hans Christians Verlag), 544 Seiten, 68DM

27. "Gott will es" - ein Funke wird zum Steppenbrand. Der erste Kreuzzug von 1096 und der christliche Antijudaismus

Autor: ef. · Rubrik: Antisemitismus/Wiedergutmachung; Geschichte · CD-Datei: daten/aksuche/ak398/04.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:398:04

Im Jahre 1096, also vor genau 900 Jahren, startete der erste Kreuzzug - ein entscheidendes Datum in der europäischen, wenn nicht sogar der Weltgeschichte. Dies gilt gerade für die Juden, fiel doch der Startschuß für die Kreuzzüge zusammen mit dem ersten systematischen Pogrom gegen die Juden in Europa. In diesem Artikel geht es um Ursachen und Ziele der Kreuzzüge und um die christliche Judenfeindschaft, deren Grundlagen bereits in den Schriften des Neuen Testaments gelegt wurden.

Als Papst Urban II. im November 1095 in Clermont Ferrand mit dem Satz "Gott will es!" zum ersten Kreuzzug aufrief, leitete er nach Steven Runciman, dem großen Geschichtsschreiber der Kreuzzüge, das zentrale Ereignis der mittelalterlichen Geschichte ein. Der Aufruf entwickelte eine Dynamik, die schon bald nicht mehr von oben beherrscht und kanalisiert werden konnte. Als Aufbruchtermin war der 15. August 1096 vorgesehen. Doch bereits ab Frühjahr 1096 setzten sich Massen von verarmten, aufgeputschten und zu allem entschlossenen Christen in einem chaotischen Zug nach Osten in Bewegung. Dieser Zug unter Leitung Peters des Einsiedlers ging als Kreuzzug der Armen in die Geschichte ein. Der offizielle Kreuzzug folgte erst im Sommer nach. Nach drei Jahren der Massaker und Greueltaten gelang es den Kreuzfahrern schließlich im Juli 1099, Jerusalem einzunehmen. Ein rituelles Schlachten und Gemetzel begann. So schreibt der Kreuzritter Fulcher von Chartres: "Unsere Herren und Soldaten (...) schnitten denjenigen, die sie gerade getötet hatten, die Bäuche auf, um den Innereien die Goldstücke zu entnehmen, die die Sarazenen mit ihren großen Kehlen hinuntergeschluckt hatten (...) Mit gezückten Schwertern liefen unsere Männer durch die Stadt und verschonten niemanden, auch nicht die, die um Gnade baten." (Jones/Ereira: 74) Die Moslems, die in der Al-Aksa-Moschee Zuflucht gesucht hatten, wurden ebenso umgebracht wie die Juden Jerusalems, die sich in die Synagoge zurückgezogen hatten.

Wenn die Kreuzzugs-Chronisten dieses rituelle Schlachten in aller Detailbesessenheit schildern, dann nicht deshalb, weil sie, angewidert von dem Vorgehen der Kreuzzugsheere, auf das Schicksal der Juden und der Moslems aufmerksam machen wollten. Dies entsprach vielmehr ihrem Bild von einem Gott, der sich durch Blut versöhnen läßt, und dessen besudelte und entweihte Heiligtümer durch nichts anderes gereinigt werden können als durch das Blut seiner Widersacher.

Die Judenpogrome in Deutschland

Die ersten Opfer der Kreuzzüge waren die Juden im Deutschen Reich. Systematisch wurden in allen jüdischen Gemeinden im Reich Massaker angerichtet. Den Anfang machte Speyer am 3. Mai 1096. Nur dem Eingreifen des Bischofs war es zu verdanken, daß nicht mehr als elf Juden getötet wurden. In Worms waren es 800, in Mainz 1014, in Köln 150 und in Neuss 200 Juden, die den Massakern zum Opfer fielen. Insgesamt wurden bei den Pogromen des Jahres 1096 4000 bis 5000 Juden umgebracht.

Die Pogrome gegen die Juden blieben kein Einzelfall des ersten Kreuzzeuges. Sie waren vielmehr ein Charakteristikum aller folgenden Kreuzzüge. Wie kam es zu dieser aufgeputschten Stimmung und infolge davon zu den Massakern gegen die jüdische Bevölkerung? Was waren die Motive und Interessen? Welche Elemente führten zu dieser Mentalität, die das "Gott will es" als Aufruf zum Massenmord an Juden und Moslems verstand? Dazu ist eine etwas ausführliche Auseinandersetzung mit dem traditionellen christlichen Judenhaß notwendig. Er war ein notwendiges, wenn auch nicht hinreichendes Element für die Ereignisse von 1096 bis 1099.

Der traditionelle christliche Judenhaß

In ihrer Studie "Nächstenliebe und Brudermord. Die theologischen Wurzeln des Antisemitismus" räumt Rosemary Ruther mit der Legende auf, der Anti-Judaismus des Christentums sei erst relativ spät, etwa mit den Kreuzzügen, entstanden. Sie zeigt vielmehr, daß er schon ein zentrales Element im Neuen Testament darstellt. Gleichzeitig wendet sie sich gegen die These, daß der christliche Judenhaß nur eine Fortsetzung des

nicht-christlichen Judenhasses darstelle. Er ist etwas qualitativ Neues. "Ein Heide mag einem Juden mit Verwunderung oder Verachtung begegnen, doch der Polytheismus der heidnischen Kultur konnte nie zu fanatischem Judenhaß führen. (...) Die Aggressivität des christlichen Antisemitismus kann m.E. aus ihrem Ursprung heraus verstanden werden: Religiöse Bruderschaft in einem exklusiven Glauben, die zu Rivalität geworden ist." (S. 35)

Das Christentum entwickelte sich in Kleinasien in einer Zeit voller sozialer und politischer Spannungen. "Das Palästina der Zeitenwende müssen wir uns als eine in vieler Hinsicht desintegrierte, unter einer imperialistischen Besatzung lebende Gesellschaft vorstellen (...) Das entstehende Christentum muß zunächst als eine Gruppe von Wanderradikalen ... um einen Rabbi analysiert werden." (Brumlik: 134) In dieser Zeit, die von vielen als Zeit apokalyptischer Krisen wahrgenommen wurde, entstanden eine Reihe von jüdisch-messianischen Sekten, die sich vom offiziellen Judentum abgrenzten. Im Unterschied zu anderen jüdisch-messianischen Sekten, etwa den Essenern, glaubten die Christen, ihr Lehrer sei bereits der Messias, den die jüdische Welt solange erwartete. Da das traditionelle Judentum Jesus nicht als den Messias akzeptierte, wurde es dafür massiv von den Christen angegriffen. So bezeichnet Matthäus die Juden in seinem Evangelium als Verbündete der Feinde Gottes, als aus dem wahren Bund Herausgefallene, als Heuchler, blinde Narren, Ottern, Schlangengezücht usw. Die Zerstörung des Zweiten Tempels durch die Christen im Jahre 70 n.u.Z. wurde als Strafe für die Ablehnung Christi interpretiert. Mit diesen scharfen Angriffen versuchte das Frühchristentum eine eigene Identität aufzubauen. Im Zentrum stand dabei ein neues Heilsprinzip: Nur wer Jesus als den Messias akzeptierte, konnte das Heil erringen.

Erst als den Christen klar war, daß es ihnen nicht gelingen würde, die Träger des Judentums zu bekehren, wandten sie sich der "Heiden"mission zu. In der Leidenspassion des Markus-Evangeliums findet sich dazu eine Parallele: Die jüdischen Führer töten Jesus, der erste Gläubige ist ein römischer Hauptmann am Kreuz. Der Versuch, das offizielle Judentum für den Tod Christi verantwortlich zu machen, obwohl es nur eine Nebenrolle spielte, und die Römer von der Verantwortung freizusprechen, ist ein Charakteristikum der Evangelien. Die Todesstrafe wurde niemals von jüdischen Religionsgerichten gegen christliche Prediger verhängt. Der Sinn dieser einseitigen Schuldzuweisung bestand in der Notwendigkeit, einen Sinn in der Kreuzigung zu sehen. Es wird ein Bild von Israel und dem abtrünnigen Judentum gemalt, das schon immer seine Propheten ablehnte und tötete. Die Kreuzigung Jesu ist in diesem Gemälde der absolute Höhepunkt des Abfalls. Das Gleichnis vom Weinberg, das sich bei allen Synoptikern findet, ist das wichtigste Beispiel für diesen Abfall. (siehe Lukas 20,9-19) Der Haß der Christen gegenüber den nicht bekehrbaren Juden steigerte sich ins Unermeßliche. "Somit stellt ihr euch selbst das Zeugnis aus, daß ihr die Söhne derer seid, die die Propheten getötet haben. (...) Ihr Schlangengezücht! Ihr Nattern! Wie wollt ihr dem Gericht der Hölle entrinnen? Siehe, ich sende deshalb zu euch Propheten und Weise und Schriftgelehrte; etliche von ihnen werdet ihr töten und kreuzigen, und etliche von ihnen werdet ihr in euren Synagogen geißeln und von einer Stadt zur anderen verfolgen, damit alles gerechte Blut über euch komme, das auf Erden vergossen wird." (Matthäus 23,29-35) Diese Position erfährt dann in den späteren Schriften des Neuen Testaments, bei Paulus, dem Hebräerbrief und dem Johannes-Evangelium eine Zuspitzung.

Seit Paulus finden wir im Christentum die Übernahme einer gnostisch-dualistischen Sichtweise, die die Dämonisierung des Judentums als Verkörperung allen Übels erleichtert. In diesem Weltbild mit seinen klaren Gut-Böse-Gegensätzen verkörpert das Judentum das Leibliche, die geschichtlich-vergängliche Welt des gefallenen adamitischen Menschen. Demgegenüber sind die Christen die "Söhne des Lichts", sie gehören bereits dem zukünftigen eschatologischen Zeitalter an. Bei Paulus haben wir zum erstenmal im Christentum die Lehre von den zwei Reichen. Die beiden Reiche, Christentum und Judentum, stehen sich diametral gegenüber. Und im Gegensatz zu seinen synoptischen Vorläufern sind die Juden Abgefallene von Anfang an, nicht erst seit der Ablehnung Christi. Sein Ziel ist, die endgültige Rechtfertigung des Christentums zu sichern, indem er den Antijudaismus durch Aufnahme gnostischer Elemente verabsolutiert.

Eine weitere Steigerung erfährt der Antijudaismus schließlich im Johannes-Evangelium. Hier taucht zum erstenmal der Vorwurf des Gottesmordes auf. D.h. die Tötung Jesu wird jetzt nicht mehr nur interpretiert als Mord an Gottes Propheten, sondern an Gottes offenbartem Selbstausdruck, also an Gott selbst. Ruether kommt in ihrer Studie zu dem Schluß, daß "Johannes die äußerste theologische Form jener Verteufelung ‚der Juden` (liefert), welche die Wurzel des Antisemitismus in der christlichen Tradition ist." (S. 112)

Die antijüdischen Schriften der Kirchenväter

Der Judenhaß ist also bereits in den Gründungsdokumenten des Christentums angelegt. Er findet seine konsequente Fortsetzung im "theologischen Antisemitismus" der folgenden Jahrhunderte, deren Schärfe auch der Konkurrenzsituation beider Religionen geschuldet war. Origines, einer der wichtigsten Vertreter des Christentums im 3. Jahrhundert, vertritt die These von einer göttlichen Züchtigung der Juden.

Von großer Bedeutung in den ersten nachchristlichen Jahrhunderten waren die Adversus-Judaeos-Schriften der Kirchenväter. Diese begegnen uns bevorzugt vom 2. bis 6. Jahrhundert, spielen aber bis ins hohe Mittelalter eine wichtige Rolle. Im Kern bestanden sie aus einer Reihe alttestamentlicher Texte, denen wenige Texte des Neuen Testaments beigefügt wurden. In diesen Schriften werden immer wieder dieselben Themen variiert. So finden sich etwa bei Papst Cyprians Schrift aus dem 3. Jahrhundert "Drei Bücher von Zeugnissen gegen die Juden" folgende antijüdische Leitsätze, für die dann Belegtexte gesammelt wurden: a) die Juden sind unter göttlichen Zorn gefallen, weil sie von Gott abgewichen und Götzen gefolgt waren; b) sie glaubten den Propheten nicht und töteten sie; c) sie lehnten - wie vorhergesagt - den Herrn ab; d) sie verstehen die Schrift nicht, die nur den Christen zugänglich war; e) sie sollten Jerusalem und das verheißene Land verlieren; f) die alten Zeichen der Befreiung hören auf und an ihre Stelle treten neue Zeichen; g) jüngere Völker verdrängen die Juden als Gottesvolk. (Ruether: 114)

Antijüdische Schriften finden wir bei allen bekannten Kirchenvätern der damaligen Zeit, sei es etwa im "Traktat gegen die Juden" des Augustinus oder in den acht Predigten des Johannes Chrysostomos (386-388), die einen unbestreitbaren Höhepunkt der antijüdischen Traktate darstellen. Diese Predigten strotzen vor Gewalttätigkeit und Geschmacklosigkeit. Chrysostomos hielt seine Predigten in Antiochien in einer ungemein spannungsgeladenen Zeit. Sein Judenhaß sollte denn auch bald Wirkung zeigen. Im frühen 5. Jahrhundert brach die Gewalt gegen die Juden los. Zum erstenmal hörte man hier von seiten der Christen den Vorwurf des Ritualmords gegenüber den Juden. Die Synagogen der Stadt wurden zerstört. In den folgenden Jahrzehnten kam es zu gewalttätigen Versuchen der Massenbekehrung, bis die Juden schließlich infolge eines Massakers gänzlich aus der Stadt vertrieben wurden.

Der Sündenkatalog gegen die Juden wird immer mehr erweitert. Chrysostomos wirft ihnen sogar vor, daß sie versucht hätten, Moses zu töten. Die Juden seien aufsässig, lästerhaft, sowie sinnlich und ehebrecherisch. Der Vorwurf, die Juden seien Kannibalen, die sogar ihre eigenen Kinder aßen, taucht ebenfalls bei Chrysostomos auf. Im 3., spätestens im 4. Jahrhundert war bei den Christen ein Bild von den Juden tief verankert, das die Geschichte der Juden als eine Abfolge von Verbrechen wahrnahm. Die Verwerfung der Juden war von daher dauernd und unwiderruflich.

Antijüdische Gesetzgebung

Nachdem das Christentum unter dem römischen Kaiser Theodosius I. (378-395) zur exklusiven Staatsreligion aufgestiegen war, wurde der theoretische Judenhaß des Christentums auch im sozialpolitischen und legislativen Bereich umgesetzt. Die Kirche garantierte zwar die Weiterexistenz des Judentums, auch wenn ihre Traktate deutlich machten, daß man die Juden eigentlich töten sollte. Aber sie sollten in sozialem Elend weiterexistieren, um ihren Stand der Verworfenheit deutlich zu machen. Dies spiegelte sich unter den christlichen Kaisern in einer immer schlechteren gesetzlichen Stellung wider.

Bereits unter Konstantin wurde den Juden verboten, christliche Sklaven zu halten - nicht etwa weil das Christentum die Sklaverei abgelehnt hätte. Es ging vielmehr zum einen darum, Christen dem Einfluß von Juden zu entziehen. Zum anderen verfolgte die Kirche schnöde wirtschaftliche Interessen. Ohne christliche Sklaven waren z.B. die jüdischen Grundbesitzer auf nicht-christliche Sklaven angewiesen, die jedoch nur mit großem Aufwand zu beschaffen waren. Da diese jedoch auch frei kamen, wenn sie zum Christentum übertraten, wurde eine Bestellung des Bodens für die Juden immer schwieriger, wenn nicht unmöglich. Viele waren deshalb gezwungen, ihr Land an Christen zu verkaufen. Von den Erträgen konnte die Kirche jetzt wieder den Zehnten einkassieren. Im Handwerk spielte sich eine ähnliche Entwicklung ab. So erfolgte eine immer stärkere Ausgrenzung der Juden aus diesen Wirtschaftszweigen. Die Juden mußten sich deshalb verstärkt auf den Handel und - was ihnen später wieder vorgeworfen wurde - auf Geldgeschäfte konzentrieren.

Eine weitere Ausgrenzung bestand darin, daß den Juden jegliche Form von Missionstätigkeit untersagt wurde. Es wurde zu einem Verbrechen, Jude zu werden oder jemandem bei der Bekehrung zu helfen. Auf Werbung für einen Übertritt zum jüdischen Glauben stand z.T. sogar die Todesstrafe.

Mit dem Kodex Theodosianus von 439 wurde eine Reihe von Entwicklungen zusammengefaßt, die den Sozialstatus der Juden nach und nach verschlechterten. Es war ihnen nun verboten, irgendwelche staatlichen Ämter einzunehmen. Weitere Ausgrenzungen folgten: Es wurde verboten, neue Synagogen zu bauen oder alte zu restaurieren; das Purimfest durfte nicht mehr in der alten öffentlichen Form gefeiert werden; den Juden wurde befohlen, christliche Feste und die Fastenzeit einzuhalten; und natürlich wurden auch Ehen und sexuelle Kontakte zwischen Juden und Christen verboten. Diese Gesetzesinitiativen wurden immer wieder begleitet von Gewalttätigkeiten des christlichen Mobs, angeführt von fanatischen Mönchen. Christliche Kaiser versuchten zwar, mittels Schutzgesetzen diese Gewalttätigkeiten einzuschränken. Dabei stießen sie aber auf den massiven Widerstand der kirchlichen Führung. Dieser gelang es immer wieder zu verhindern, daß die Gewalttäter bestraft wurden oder die jüdischen Opfer Entschädigungen erhielten. Die Drohung mit der Exkommunikation war dabei ein probates Mittel.

Im byzantinischen Reich gab es mit der Gesetzgebung Kaiser Justinians im Jahre 534 nochmals eine massive Verschlechterung der rechtlichen Stellung der Juden. Die verbriefte Legalität des jüdischen Glaubens im Kodex Theodosianus wurde jetzt aufgehoben. Trotz dieser Verschlechterung ist der tiefsitzende, wahnsinnige Judenhaß, wie er dann für das Westreich charakteristisch werden sollte, in Byzanz nicht zu finden. Allgemein gilt für Westeuropa, daß durch den Zusammenbruch der römischen Institutionen und der Geldwirtschaft infolge der Völkerwanderung der Judenhaß sich mehr in unmittelbaren persönlichen "Racheakten" äußerte.

Der Zusammenbruch bedeutete aber auch, daß Juden einen gewissen Wohlstand aufbauen konnten. Sie waren die einzigen, die den Handel nach Kleinasien aufrechterhalten konnten. Die Basis für den Handel lag in den jüdischen Gemeinden von England bis nach China. In dieser Funktion wurden die Juden von den fränkischen Herrschern geschützt und begünstigt. Die wirtschaftliche Stellung der Juden und der Schutz seitens der weltlichen Herrscher führten auf der einen Seite zu einem gewissen Wohlstand, auf der anderen Seite zu Haß und Neid bei der Kirche und den Christen. Dies drückte sich auch in der Liturgie aus, in der man etwa seit der Jahrtausendwende die Juden in volkstümlicher Weise als Feinde der Erlösung dämonisierte. Das Christentum hatte damit die Saat gesät, bevor es zum Drama zu Beginn des ersten Kreuzzuges kam.

Kreuzzugsidee und Endzeitstimmung

Der Kreuzzugsgedanke war zum Zeitpunkt des ersten Kreuzzuges so neu auch wieder nicht. Seinen unmittelbaren Vorläufer hatte er in der christlichen Reconquista in Spanien, die sich zu einem "heiligen Krieg" ausweitete. Mit dem Tod Almansors im Jahre 1002 begann dort die Macht der Moslems zu bröckeln. 1014 gab es zum ersten Mal unter der Leitung Navarras den Versuch, eine Liga christlicher Fürsten zusammenzubringen. Der Gedanke des heiligen bzw. gerechten Krieges hatte eine lange Tradition im westlichen Christentum. Schon Augustinus hatte eingeräumt, daß auf Befehl Gottes Kriege geführt werden dürften. Für Papst Leo IV. war Mitte des 9. Jahrhunderts der Heilige Krieg nicht nur statthaft, sondern wünschenswert; er versprach jedem in einer Schlacht zur Verteidigung der Kirche Gefallenen eine himmlische Belohnung. Kein Wunder also, daß das Papsttum die Reconquista nicht nur mit Sympathie begleitete, sondern sich selbst an deren Spitze stellte.

Als 1063 der König von Aragon in einer Schlacht getötet wurde, versprach Papst Alexander II. unverzüglich allen, die für das Kreuz in Spanien kämpften, die Vergebung aller Sünden und begann mit der Aufstellung eines Heeres. Aber nicht nur die Aussicht auf Absolution war der Grund, daß sich nun ein Zug insbesondere von französischen Rittern über die Pyrenäen ergoß. Eine wichtigere Rolle spielte wohl, daß ihnen vom Papst das eroberte Land als päpstliches Lehen in Aussicht gestellt wurde. Das war vor allem deshalb von Bedeutung, weil sich in großen Teilen Frankreich bereits das Erstgeborenenrecht durchgesetzt hatte, also die ausschließliche Übertragung von Grund und Boden an den Erstgeborenen. Die Nachgeborenen gingen leer aus. So entstand ein verarmtes Rittertum, das nach Macht und Reichtum gierte.

Das ganze 11. Jahrhundert war voll von apokalyptischen Endzeitstimmungen. Dabei spielten die Voraussagen in der Offenbarung des Johannes eine bedeutende Rolle, ein Text voller Gewalt und blutiger Visionen. Dieser Text wurde vielfach wörtlich genommen. Dort war die Rede vom Satan, der nach tausend Jahren "aus seinem Gefängnis losgelassen werden (wird) und ausziehen wird, um die Völker an den vier Enden der Erde zu verführen, den Gog und Magog, sie versammeln zum Streit." (Offenbarung, 20,7). Bei Luther heißt es dazu in einer Anmerkung: "GOG. Das sind die Türcken, die von den Tattern herkommen und die roten Jüden heissen."

Das Gefühl, daß das vorhergesagte Jüngste Gericht und das neue Jerusalem unmittelbar bevorstanden, war damals weit verbreitet. Die Auferstehung aller Toten würde bald kommen, und mit ihnen der Sturz all derer in den feurigen Pfuhl, die nicht im Buch des Lebens verzeichnet waren, während ein neues Jerusalem vom Himmel herabsteigen werde. Und dabei war noch nicht einmal das alte Jerusalem aus den Händen Satans, des absolut Bösen, also der Juden und Moslems, befreit.

So änderte sich bei vielen die Haltung gegenüber den Juden und Moslems, die im übrigen oft als synonyme Begriffe verwendet wurden. Immer mehr verbreitete sich der Gedanke, die ohnehin Unbekehrbaren auszurotten. Mußte nicht nach der johanneischen Offenbarung der Unglaube vernichtet sein, ehe das Tausendjährige Reich anbrechen konnte? Wenn das der Fall war, dann durfte man auch die Juden im eigenen Land nicht schonen. Der Papst versprach den Kreuzzugsteilnehmern die Absolution für alle Sünden, sogar für Mord. Hinzu kam der "glückliche" Umstand, daß man mit der Ermordung der Juden im eigenen Lande nicht nur Gott einen Gefallen tat, sondern auch sich selbst. Man konnte sich an ihrem Wohlstand bereichern, ohne die Strapazen der weiten Reise auf sich nehmen zu müssen. Und außerdem war man mit einem Schlag alle Schulden los, die die verarmten Ritter zur Finanzierung des Kreuzzuges bei den Juden aufgenommen hatten.

Die soziale Basis der Kreuzzugsidee

Sowohl die Kreuzzugsidee als auch die Vorstellung vom bevorstehenden Tausendjährigen Reich (Millenarismus) hatten ihre soziale Basis im verarmten Rittertum und in der an Hunger und Armut leidenden Bevölkerung der Städte, die sich im 11. Jahrhundert allmählich entwickelten. In diesem Jahrhundert vollzogen sich auf wirtschaftlichem und technischem Gebiet Veränderungen von nachgerade revolutionären Ausmaßen. Der Handel begann sich wieder in einem größeren Maße zu entwickeln. Die Dreifelderwirtschaft wurde eingeführt, der Hakenpflug durch den Wendepflug abgelöst, das Kummet trat an die Stelle des Jochs, und schließlich wurde auch noch das Saatgut verbessert.

Die Neuerungen führten zu ungeheuren Produktivitätssteigerungen. Doch die Armen hatten wenig von dieser Entwicklung. Die rasante Zunahme der Bevölkerung löste neue Wanderungsströmungen vom Land in die Städte aus und führte zu einer Konzentration der Armut in den Städten. Hinzu kamen immer wieder periodische Seuchen und Hungerkrisen aufgrund des sog. Mutterkornbrandes, der die Ernten vernichtete. Besonders im Rheinland, wo die Kreuzzugsidee eine Massenbasis fand, hatte der Mutterkornbrand im Jahre 1094 verheerende Auswirkungen. So hatte sich in weiten Teilen der Bevölkerung schon eine explosive Stimmung entwickelt, als im Jahre 1095 auch noch der Einschlag von Meteoriten neue Schreckensvisionen auslöste.

Die Wanderprediger, die zuerst die millenaristischen Ideen und dann den Aufruf zum Kreuzzug verbreiteten, hatten unter diesen Bedingungen leichtes Spiel, den sozialen Dampf in Richtung Jerusalem zu kanalisieren. Wenn der Anti-Christ, worunter man Juden und Moslems verstand, vernichtet sei, würden die Christen im Land voll Milch und Honig ohne materielle Probleme leben können.

Der Aufstieg des Papsttums

Der Anlaß für den Kreuzzug war der Hilferuf des byzantinischen Kaisers Alexios Komnenos I. an den Papst, ihm Ritter im Kampf gegen die islamischen Konkurrenten zu schicken. Nach der vernichtenden Niederlage bei Mantzikert 1071 gegen die türkischen Seldschuken war der Islam bedrohlich nah an Byzanz herangerückt. Dies drückte eine gravierende Machtverschiebung in Kleinasien aus, wo sich seit Jahrhunderten diverse islamische Dynastien und Byzanz als Feinde gegenüberstanden.

Der Papst nutzte nun den Hilferuf zur Profilierung seiner eigenen Macht sowohl gegenüber Byzanz als auch gegenüber den weltlichen Herrschern. Sein Aufruf zum Kreuzzug war auch Ausdruck des gewachsenen Selbstbewußtseins und Machtanspruchs. Bis zur Mitte des 11. Jahrhunderts war das Verhältnis zwischen Rom und Byzanz geprägt durch die absolute Vorherrschaft von Byzanz. Byzanz war eine riesige geistige und wirtschaftliche Metropole. Rom und der Westen waren für sie lediglich "der ungehobelte äußerste Vorposten der zivilisierten Welt." (Le Goff: 19) Im allgemeinen wird in der Geschichtsschreibung das Schisma von 1054 als der entscheidende Bruch zwischen Rom und Byzanz identifiziert. Für die Zeitgenossen spielte er aber nur eine untergeordnete Rolle, wie schon allein der Hilferuf von Byzanz an Rom zeigt.

Den Grundstein für das Erstarken Roms hatte die Kirchenreform gelegt, die vom Kloster Cluny ausging mit dem Ziel, das Papsttum erst unabhängig vom weltlichen Reich zu machen und schließlich das Primat des Papsttums gegen die weltlichen Herrscher durchzusetzen. Der Grund für die Kirchenreform lag darin, daß in den Augen vieler Christen und Ordensbrüder die päpstliche Kirche moralisch bankrott war. Das Verbot der Simonie, also der gängigen Praxis des Ämterkaufs, und die Einführung des Zölibats sollten die Mittel der moralischen Erneuerung sein.

Das eigentliche Ziel war aber, die Kirche unabhängig von der weltlichen Macht zu machen. Die Kirche war bis Mitte des 11. Jahrhunderts völlig von den weltlichen Herrschern abhängig. Der Reformpartei, die mit Gregor VII. (1073-1085) zum erstenmal den Papst stellte, war es vor allem unerträglich, daß die kirchlichen Würdenträger durch die weltlichen Herrscher eingesetzt wurden. Mit der gregorianischen Reform wurden diese Absichten in die Tat umgesetzt. Dies führte bald zu einem entscheidenden Konflikt zwischen Kirche und Reich, dem sog. Investiturstreit, einer machtpolitischen Frage ersten Ranges. Wer das Recht hatte, die geistlichen Würdenträger einzusetzen, hatte natürlich auch die Möglichkeit, sich mit einer treuen Anhängerschaft zu umgeben. Ein Höhepunkt dieses Streites dürfte den meisten bekannt sein: der berühmte Gang von Kaiser Heinrich IV. nach Canossa im Jahre 1077, um eine Rücknahme der von Papst Gregor VII. ausgesprochenen Exkommunikation zu erreichen.

Die Reform und die damit einsetzende Auseinandersetzung mit dem Reich hatte aber auch materielle Ursachen. Durch Schenkungen verfügte die Kirche über einen riesigen Grundbesitz. Von seiten des Klerus, insbesondere der Klöster bestand das Interesse, diese wirtschaftliche Macht von dem Einfluß durch weltliche Herrscher unabhängig zu machen. Dieser Kampf zwischen päpstlicher und weltlicher Macht tobte auch noch während der Zeit des Pontifikats von Urban II. Der Kreuzzugsaufruf war ein Mosaiksteinchen in diesem Machtspiel. Der Zeitpunkt war günstig, um sich als Führer der Christenheit zu präsentieren, waren doch sowohl der Kaiser als auch der französische König Philipp I. exkommuniziert und somit von diesem gemeinsamen großen kirchlichen Unternehmen ausgeschlossen. Außerdem war Kaiser Heinrich IV. durch den Aufstand seines Sohnes Konrad machtpolitisch außer Gefecht gesetzt.

Der Funke wird zum Steppenbrand

Im Jahre 1096 bündelten sich also viele Faktoren: Das reformierte Papsttum war bestrebt, seine Macht zu konsolidieren; die weltlichen Gegner waren geschwächt; es gab mit den Wanderpredigern eine geistige und mit den verarmten Rittern eine militärische Führungsschicht; es gab den verarmten aufgeputschten Mob, der zu allem bereit war und für den eine handfeste Belohnung in Aussicht stand; und schließlich verfügte man mit den Moslems und vor allem mit den Juden über Sündenböcke, die für all die Übel in der Welt verantwortlich gemacht werden konnten. Es bedurfte nur noch eines Funkens und eines "Gott will es", um einen grausamen Steppenbrand auszulösen.

In der abendländischen Geschichtsschreibung wurden die Kreuzzüge fast immer verharmlost. Ähnlich der Eroberung Amerikas werden sie - etwa bei Hegel - als Begegnung zweier Kulturen dargestellt, bei der Orient und Okzident sich gegenseitig befruchtet hätten. (vgl. zur Kritik an dieser Position le Goff: 142 ff) Noch heute sind solche Einschätzungen etwa in der FAZ (16.12.1995) beheimatet, wenn es dort heißt: "Es besteht nichtsdestoweniger Übereinstimmung darüber, daß sie Handel und Wandel gefördert, die Kenntnis fremder Räume, Kulturen und Religionen vermehrt, trotz aller Feindschaft Toleranz zwischen Menschen verschiedener Herkunft und Anschauung angebahnt und so ‚im Abendland die ganze höhere Richtung und Kultur bereichert haben`(Jacob Burckhardt)".

Wie diese "Toleranz" sich in der abendländischen Geschichte für die Juden auswirkte, sollte hinlänglich bekannt sein. Das grausame Verhalten der Christen grub sich aber auch tief in das Geschichtsbewußtsein der islamischen Welt ein. "Die arabische Welt (...) hat sie (die Franken, Anm. ef.) als Barbaren erlebt (...) und sie bringen es nicht fertig, die Kreuzzüge einfach als längst abgeschlossenes Kapitel der Geschichte zu betrachten." (Maalouf: 283). Noch der Papst-Attentäter Ali Agca begründete seinen Anschlag vom 13.5.1981 in einem Brief mit den Worten: "Ich habe beschlossen, Johannes Paul II., Obersten Kriegsherrn der Kreuzritter, zu töten" (ebd., S. 284).

ef.

Literaturauswahl

Ruether, R.: Nächstenliebe und Brudermord. Die theologischen Wurzeln des Antisemitismus. München 1977.

Runciman, Steven: Die Geschichte der Kreuzzüge. München 1989 (Original: Cambridge 1950-1954)

Le Goff, Jacques: Das Hochmittelalter. Fischer Weltgeschichte Bd 11. 1989

Poliakov, Leon: Geschichte des Antisemitismus, Bd. I. Worms 1979

Brumlik, Micha: Satanische Verfolger, Gottesmörder oder musealer Rest. Über die dreifache Stellung des christlichen Gedankens zu den Juden, in: Best, Michael (Hrsg.): Der Frankfurter Börneplatz. Zur Archäologie eines politischen Konflikts. Frankfurt/M. 1988

Maalouf, Amin: Der Heilige Krieg der Barbaren. Die Kreuzzüge aus der Sicht der Araber. München 1996

Jones, Terry/ Alan Ereira: Die Kreuzzüge. München 1995

Die Motive der Kreuzfahrer

In diese christliche Glaubensbewegung mischten sich jedoch, wie bei allen religiösen und politischen Bewegungen, Motive, Tendenzen und Interessen verschiedenster und oft gegensätzlicher Art. Zum kirchlich-religiösen Antrieb kamen von allem Anfang an, und im weiteren Verlauf in immer stärkerem Maße, wirtschaftlich-politische Bestrebungen und alle Sehnsüchte und Begierden der Menschen jener Zeit.

Die Kirche verfolgte mit ihren Bemühungen zur Organisierung der Kreuzzüge nicht nur Ziele in der Ferne des Orients, sondern strebte gleichzeitig danach, ihre Macht über die Gläubigen zu stärken, im Kampf gegen den Unglauben und der Ketzerei wie in dem Ringen um die Oberherrschaft über die Staatsmacht, über Kaiser und Fürsten. Was die Kreuzfahrer selbst betrifft, so wurden sie (...) aus den verschiedensten Motiven zur Teilnahme an den Kreuzzügen getrieben: aus religiösem Fanatismus wie auch ganz weltlicher Abenteuerlust, aus dem Streben nach seelischer Entsühnung, die von der Kirche als Belohnung versprochen wurde, wie aus dem Streben nach Entschuldung in materieller Hinsicht: Anleihen mußten seit dem zweiten Kreuzzug mindestens während der Dauer des Kreuzzuges nicht zurückgezahlt oder verzinst werden. Den großen Handelsstädten Italiens mit Venedig an der Spitze, den großen Kaufleuten winkte der Gewinn aus dem nun gewaltsam in europäische Hände überführten Mittelmeerhandel, und den Rittern und Fürsten die Aussicht auf die Siegesbeute und auf Herrschaft über eroberte Gebiete in Palästina und Syrien. Für viele Teilnehmer an den Kreuzfahrten war es ein Ausbruch aus der Enge des europäischen Landlebens in die sagenhafte Weite und Fülle des Orients, ein Ausbrechen aus der strengen Zucht der heimatlichen Gesetze und Bräuche in ein ungebundenes Leben, in ein ungehemmtes Ausleben der Triebe und Wünsche.

Aus: Alex Bein: Die Judenfrage. Biographie eines Weltproblems, Band I, Stuttgart (DVA) 1980, S. 79

28. Der bewaffnete Kampf auf dem "Sterbebett"? Diskussionsbeitrag zu "Kein Volkskrieg in Mexiko" aus ak 396

Autor: Chile AG Braunschweig · Rubrik: Mexiko · CD-Datei: daten/aksuche/ak398/08.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:398:08

Boris Kanzleiters hat in seinem Artikel "Kein Volkskrieg in Mexiko!" in ak 396 Fragen aufgeworfen, die weit über eine Auseinandersetzung mit der EPR hinausreichen.

Worum geht es?

Der Verfasser stellt in seinem Beitrag zwei politische Strategien einander gegenüber und erklärt sie für unversöhnlich. Auf der einen Seite stehe die EZLN als breite soziale Emanzipationsbewegung, die mit vorrangig friedlichen und zivilen Mitteln Menschen zur Machtausübung befähigen will. Auf der anderen Seite, so der Verfasser, befinde sich die EPR, die im "alten Stil" die Übernahme der Macht anstrebe und - das führt der Verfasser zwar nicht aus, muß es aber meinen, denn sonst gäbe diese Unterteilung keinen Sinn - die Machtausübung im alten Stil nach ML-Manier betreiben will.

Die EPR-Strategie werde von Seiten des mexikanischen Staates und der USA dazu genutzt, eine harte Linie in Form massiver Repression und Einschüchterung durchzusetzen. Damit soll nicht nur die EPR besiegt, sondern - in einem Klima der Angst - die EZLN des politischen Rückhaltes beraubt werden, um auch diese Bewegung militärisch zerstören zu können. Die Logik des Verfassers gipfelt in dem Schlußsatz: "Deshalb kann die Perspektive der Linken nur heißen: Kein Volkskrieg in Mexiko!"

Dazu einige Anmerkungen:

1. Der Machtbegriff

Der Verfasser zielt stark auf die Unterscheidung von "Macht ausüben" und "Macht übernehmen" ab. Die sozialistische Geschichte hat tatsächlich einen gewaltigen Widerspruch zwischen diesen beiden Inhalten entwickelt. Spätestens nachdem die Macht übernommen war, entwickelte sich das Machtausüben zum Privileg weniger. Wir möchten jedoch die These aufstellen, daß die lateinamerikanische Variante des angewandten Marxismus/Leninismus weniger mechanisch war, daß die Bewertung des subjektiven Faktors Mensch deutlich über der objektiven Situation stand und sich damit wohltuend z.B. vom sowjetischen Ansatz abhob. In diesem Zusammenhang spielt(e) die Orientierung an den tatsächlich empfundenen Bedürfnissen der Menschen eine größere Rolle. Viele lateinamerikanische Theorieansätze gehen davon aus, daß die Menschen dazu befähigt werden, ihre Bedürfnisse zu erkennen und dafür zu kämpfen, sowie Stück für Stück die erhaltene Freiheit in Eigenverantwortung in der Praxis auszufüllen.

Wir halten die EZLN für eine soziale Emanzipationsbewegung, die auf eine sehr lebendige Art eine weitreichendere Definition von Macht in die praktische Auseinandersetzung eingeführt hat. Ihr Verständnis von Macht ist nicht nur ein juristisches und politisches, sondern bezieht den Menschen als Subjekt in den Prozeß der gesellschaftlichen Gestaltung ein.

Wir haben im Pinochet-Chile beobachtet, daß solche oder ähnliche Basisbewegungen soziale und politische Strukturen schufen, die weit über die Mobilisierungsfähigkeit der (Restbestände der) Linken hinausreichten und zu bestimmten Zeiten eine enorme politische Kraft entwickeln konnten. Wir gehen jedoch davon aus, daß diese Kräfte in Chile nicht entscheidend dafür waren, die Militärdiktatur abzulösen. U.E. war es vielmehr die Erkenntnis der internationalen Machtzentren, nicht mehr starre Befehlsstränge zu benötigen, sondern die schöpferische Gestaltung der an der kapitalistischen Produktion und Reproduktion teilnehmenden Menschen. Und dazu mußten die diktatorischen Strukturen auf bestimmten Ebenen "demokratisiert" werden.

Aus den genannten Gesichtspunkten wird deutlich, daß wir nicht nur große Sympathien für die EZLN haben, sondern ihre inhaltliche Anwendung von Demokratie und Emanzipation politisch und ideologisch für elementar halten - und das auch ausdrücklich für die sogenannte revolutionäre Linke und über die Grenzen von Mexiko hinaus.

2. Emanzipation ohne politischen Inhalt

Eine soziale Emanzipationsbewegung befindet sich nicht unbedingt in einem antagonistischen Wechselverhältnis zum übrigen kapitalistischen System. Entziehen wir ihr die politischen Inhalte, ergibt sich das "sozialarbeiterische" Konzept der Gemeinwesenarbeit mit Hilfe von "Community Organizing" (CO). Dieses Konzept wird seit einigen Jahren in bestimmten absoluten Elendsgebieten und rechtsfreien Räumen der USA mit Erfolg angewandt. Im Kern geht es darum, mit minimaler staatlicher Ressourcenzuführung unter Mobilisierung von Selbsthilfe, Selbstvertrauen und Solidarität (nach CO gleich "Macht") der Betroffenen in einem Mikrokosmos Strukturen zu schaffen, die ein (Über-)Leben in Armut halbwegs erträglich machen. Diese Konzeption ist für die Herrschenden ambivalent. Sie bietet die Möglichkeit, mit geringem Aufwand die von den Betroffenen selbst geschaffenen und damit akzeptierten Strukturen zu nutzen, um die lokale Welt für das Gesamtsystem wieder kontrollierbar zu machen. Sie birgt gleichzeitig die Gefahr in sich, daß die Betroffenen lernen Macht auszuüben, immer mehr Forderungen stellen und so mit dem Gesamtsystem in einen antagonistischen Konflikt geraten.

Die Herrschenden sind im Umgang mit diesen Projekten mittlerweile so flexibel geworden, daß kein einheitliches Schema erkennbar ist, sondern daß die inhaltliche Bestimmung in einem beständigen Kleinkrieg erfolgt.

Wir wollen und können die EZLN nicht auf eine pädagogische Massenorganisation reduzieren. Es geht uns nur darum, die Kreativität des Gegners im Klassenkampf deutlich zu machen. Und in diesem Zusammenhang sollten wir uns vielleicht die Frage stellen, ob nicht im Umgang der Herrschenden mit den Armutsquartieren der USA und der Armutsregion Chiapas Parallelen zu finden sind, ob nicht Chiapas das Labor für eine "neue" Variante der (präventiven) Aufstandsbekämpfung geworden ist.

Folgt man dieser Sichtweise, dann wäre Kanzleiters Argumentation, daß die EPR vom Staat instrumentalisiert werde, um auch die EZLN zu zerschlagen, ohnehin nicht sonderlich stichhaltig, sondern vorweggenommene und überzogene Unterwerfung.

3. Erfahrung Chile

Folgt man dieser Sichtweise nicht, dann bleiben in der Logik des Verfassers trotzdem einige Probleme offen. Unabhängig von der innenpolitischen Situation und der besonderen Bedeutung Mexikos für die USA, ist Chiapas ein wesentliches Moment in der Entwicklung sozialer und politischer Revolten in den Ländern des "Südens" (und wenn wir uns als metropolitane Linke nicht so im politischen Abseits wohlfühlen könnten, gäbe es auch im "Norden" gute Entwicklungsmöglichkeiten).

Dementsprechend wird es für den mexikanischen Staat, die USA und die anderen Verbrecher Schmerzgrenzen geben, die die EZLN nicht überschreiten darf, ohne vernichtet zu werden. Damit befindet sich diese Bewegung in einer "Patt-Situation". Sie hat objektiv nicht die Stärke weiterzugehen - was sie aber müßte, um das Erreichte abzusichern und auszubauen. Und die übrige Linke, wo auch immer, kann die EZLN selbst bei größter Kraftanstrengung nicht aus diesem Patt befreien. Das ist, gelinde gesagt, eine extrem unbefriedigende Situation.

Es gibt nun zwei Möglichkeiten, damit umzugehen. Die eine beschreibt Boris und wir wollen sie in der Konsequenz zuspitzen: Um das Erreichte abzusichern und auszubauen, muß die Opposition quantitativ und qualitativ ausgebaut werden, wobei die Betonung auf dem "Zivilen" liegt. Zwar wird dem militärischen Widerstand verbal eine Existenzberechtigung zugesprochen, mit dem Hinweis auf seinen ausschließlich taktischen Wert ("Selbstverteidigung") erfolgt jedoch faktisch seine Ausgrenzung als generelles politisches Mittel. Dieser Einschub hört sich radikal an. Aber er impliziert, daß die Linke generell - oder zumindest die Linke in Mexiko - eine Strategie gefunden hat, die Machtverhältnisse im Land zu verändern. Die sehen wir aber nicht. Die von Boris angebotene Variante halten wir für die x-te Auflage des friedlichen Übergangs zum Sozialismus à la Chile. Die Machtverhältnisse im Land müßten nämlich so beeinflußt werden, daß sich die harte Linie, die eine Eskalation des "Bürgerkrieges niedriger Intensität" will, nicht durchsetzen kann. Dies könnte nur über Fraktionierung und Einbindung relevanter Teile des Herrschaftssystems funktionieren.

Selbst wenn sich im Zuge der neoliberalen Umgestaltung Teile der Bourgeoisie aus der Erkenntnis heraus, Verlierer dieses Prozesses zu sein, auf die Seite der zivilen Opposition schlagen würden, müßte Mexiko radikal mit der NAFTA etc. brechen, um überhaupt eine Chance auf eine wie auch immer geartete alternative Gesellschaft zu bekommen. Wir haben aber u.a. in Chile gesehen, daß selbst unter objektiv wesentlich

günstigeren historischen Bedingungen der zivile Übergang in eine andere Gesellschaft nicht möglich ist und daß die unter Pinochets Militärdiktatur tatsächlich entstandene Fraktionierung der Bourgeoisie zumindest so "gelöst" wurde, daß dieses Lager politisch keine eigene Kraft mehr entwickeln kann.

Und um noch einmal die Erfahrungen aus Chile zu bemühen: Boris` Argumentation, Sprachgebrauch und Umgang mit anderen Linken erinnern sehr stark an das Verhalten der Unidad Popular, bevor sie durch den Putsch eines besseren "belehrt" wurde. Wie oft müssen wir eigentlich die gleichen Fehler wiederholen, um endlich aus ihnen zu lernen?

Die andere Möglichkeit ist auch nicht der "Stein der Weisen". Aber es kann heute u.E. einfach nur darum gehen, das soziale und politische "Chaos" des Kapitalismus nicht zu kanalisieren, sondern verantwortungsvoll zu forcieren. Wenn in Mexiko aufgrund der nicht mehr ertragbaren Lebenslage neben der EZLN andere politische Initiativen entstehen, erhöht sich notwendigerweise der Druck auf das System. Mit der FAC-MLN (einem Bündnis aus ca. 400 Initiativen) und der EPR sind weitere politische Kräfte entstanden, deren Bedeutung in der BRD zugunsten der EZLN gerne heruntergespielt wird. Im Zuge dieser enormen gesellschaftlichen Dynamik entwickeln sich auf Grund unterschiedlicher Sichtweisen und Erfahrungen "automatisch" auch verschiedene Kampfformen. Diese müssen diskutiert und in bestimmten Situationen aufeinander abgestimmt werden. Ein Ausschlußprinzip, wie Boris es in seinem Artikel "Kein Volkskrieg in Mexiko!" letzten Endes mit der EPR fordert, wäre der Beginn der Kanalisierung von Widerstand.

Aber genau in dem Gegenteil liegt unsere Chance. Neben der politischen und ideologischen Grundorientierung auf Emanzipierung der Unterdrückten sind Unberechenbarkeit, Vielfältigkeit des Widerstandes mit den gewonnenen Erfahrungen und die praktische Verknüpfung der Ansätze zu einer gegenwärtig nicht bestimmbaren gemeinsamen Strategie die Momente, die das herrschende System zerstören können.

Natürlich erhöht eine solche Vorgehensweise die Repression. Wir haben aber in unserer ersten Stellungnahme im ak 395 deutlich gemacht, daß sich der mexikanische Staat sowieso schon längerfristig auf eine Eskalation des Krieges gegen die Mehrheit der Bevölkerung vorbereitet hat. Die EPR wird jetzt nur als Vorwand für dieses Verhalten benutzt. Boris ist in seiner Stellungnahme in ak 396 auf unsere Argumentation nicht eingegangen, sondern macht weiterhin die EPR für die Eskalation der Unterdrückung verantwortlich. Wir halten dieses Vorgehen nicht gerade für konstruktiv.

4. Das "Chaos" forcieren

Da wir nicht in militärischen Kategorien denken, wie Boris uns unterstellt, erklären wir auch nicht den Volkskrieg schlechthin zum alleinigen Mittel im Widerstand gegen das mexikanische Regime. Wir halten es da mit der EPR, die eine Vereinigung der verschiedenen Kampfformen anstrebt, aber dabei militärisches Vorgehen notgedrungen mit einbezieht. Über die konkrete Anwendung der Kampfformen muß mensch gegebenenfalls streiten.

Wir denken nicht, daß der Sturz des mexikanischen Systems in näherer Zukunft auf die Tagesordnung gesetzt werden kann. Und selbst wenn, wäre diese alternative Gesellschaft angesichts der globalen Konstellation nicht existenzfähig. Wir wiederholen uns: Die Situation für revolutionäre Veränderung ist ungünstig. Andererseits spitzt sich die soziale Lage in den verschiedenen Gesellschaftsgruppen dermaßen zu, daß wir überall auf der Welt punktuelle oder breitere Fronten gegen Erscheinungsformen des Kapitalismus organisieren können. In diesem Zusammenhang sollte der Aufruf der EZLN, weltweit gegen den Neoliberalismus anzukämpfen, auch in der BRD in die Praxis umgesetzt werden. Dies wäre neben konkreter Solidaritätsarbeit zu Mexiko praktizierter Internationalismus. Wir wissen nicht, ob sich aus diesem so forcierten "Chaos" revolutionäre Perspektiven in der Praxis (!) ergeben, aber wir sehen darin eine Chance.

Chile AG Braunschweig

29. Auf eigenen Füßen stehen! Eine Erwiderung auf Js. Dutschke-Kritik in ak 396

Autor: Christoph Jünke · Rubrik: Westdeutsche Linke allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak398/18.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:398:18

Im unmittelbaren Anschluß an meinen Rezensionsartikel zu Rudi "Dutschkes Vermächtnis" (ak 396) hat mich ak-Redakteur Js. der "falschen Heroisierung" beschuldigt. Freundlich im Ton, hart in der Sache merkt er "einige kritische Punkte aus Rudis Wirken in den 70er Jahren" an, die mir hier die Gelegenheit geben sollen, meine Gedanken zum Thema zu vertiefen.

Js. kritische Anmerkungen zu meinem Versuch, den roten Faden von Leben und Werk Rudi Dutschkes zu rekonstruieren, beziehen sich auf drei Punkte. Erstens auf Dutschkes Haltung zur "nationalen Frage", die ich verteidigt habe. Zweitens auf Dutschkes Rolle im Gründungsprozeß der GRÜNEN, die auch ich als teilweise problematisch bezeichnet habe. Und drittens auf meine metaphorische Rede von den eigenen Füßen, auf denen eine deutsche Linke endlich stehen sollte.

Dutschke und

die "nationale Frage"

Dutschkes umstrittene Thesen zur deutschen Frage sind interpretationsbedürftig, da sie, wie so vieles bei ihm, ausgesprochen fragmentarisch und mehrschichtig geblieben sind. Ich habe in meinem Artikel eine grobe Interpretation derselben vorgelegt, die Dutschkes Aufgreifen dieser Frage aus seinem generellen revolutionsstrategischen Ansatz heraus erklärt und rechtfertigt. Bemerkenswert an der Entgegnung von Js. ist nun, daß er sich auf meine Argumentation kaum einläßt und sich statt dessen damit begnügt, einige offensichtlich nur über Dritte rezipierte Dutschke-Zitate aus ihrem Zusammenhang zu reißen, was - vorsichtig formuliert - ziemlich unsauber ist.

Js. wirft Dutschke nationalistisches Denken, sowie "haarsträubende" und "heillos naive" Ansichten zur Deutschland-Frage vor. Seine Belege sind jedoch recht mager. Schnell zu widerlegen ist das von Js. gewählte Beispiel von Dutschkes angeblich vaterländischer Haltung zur NATO, die Js. aus einer Gretchen Dutschke-Bemerkung herausliest. Doch auch Gretchen Dutschke ist nicht unfehlbar und ihre diesbezügliche Aussage läßt sich nirgends bei Dutschke belegen. "Die NATO unter Führung der US-Regierung tut alles, um die demokratische Sonne des Sozialismus nicht aufkommen zu lassen. Das war und ist unzweideutig", so nur die markanteste der immer wiederkehrenden Formulierungen Dutschkes. (1)

Auch die von Js. benutzten Dutschke-Zitate weisen keinerlei nationalistisches Gedankengut auf. Es sei denn - und hier liegt wohl der Hase im Pfeffer -, man geht davon aus, daß das Benutzen der Begriffe "Volk", "Identität", "amerikanische Besatzungsarmee" u.ä. oder der Beifall von Nationalisten per se auf Nationalismus hinweißt. Doch sollten wir dieses Niveau ruhig Jürgen Elsässer und seinen antideutschen Deutschen überlassen. Es kommt vielmehr - wie immer - auf den Kontext an und hier ist der von Js. weidlich zitierte Wolfgang Kraushaar nicht der beste Ratgeber für marxistische SozialistInnen.

Kraushaars Beitrag hat seine Verdienste, denn er zeigte 1992 zum ersten Mal ausführlich auf, daß und wie die "deutsche Frage" in Dutschkes Denken zeitlebens präsent war. Doch schon bei seinem zentralen Befund wird Kraushaar auffallend ungenau. Er behauptet, "daß die Forderung nach Wiederherstellung der nationalen Einheit Deutschlands eine durchgängige Grundposition Rudi Dutschkes war". (2) Das ist falsch, weil zu ungenau, denn Dutschke ging es immer um eine sozialistische Wiederherstellung - und zwar als erste Etappe oder als Abfallprodukt (da blieb er ungenau) eines europäischen Sozialismus.

Gretchen Dutschke hat in ihrem ebenfalls von Js. zitierten Artikel vollkommen zurecht darauf hingewiesen, daß es ihrem Mann hier nicht um die Schaffung eines Nationalstaates ging, sondern um eine Wiedervereinigung "nur unter der Bedingung einer internationalen revolutionären sozialistischen Umstrukturierung, die ökonomisches Machtstreben ausschlösse". (3) Dies unterschied Dutschke auch wesentlich vom rechten 'Nationalrevolutionär' Henning Eichberg, der Dutschke in dessen Auseinandersetzung mit der Linken zweifelhaften Beifall spendete: "Bei Eichberg gibt es nur einige Zitate von mir, mehr aus dem Zusammenhang gerissen, versteht sich. Um nationalistisch vorgehen zu können. Von meinem Sozialismus-Fundament in der

Diskussion über die so schwierige deutsche und europäische Frage bleibt dann bei ihm nichts mehr übrig", so Dutschke 1979. (4)

Genau das gleiche tut nun Js., allerdings um antinationalistisch vorzugehen. "Eichberg hatte Dutschkes Ideen ernst genommen", schreibt Js. und sieht eine unheilvolle Allianz der beiden. Das passiert eben, wenn man den revolutionsstrategischen Kontext ignoriert. (5)

Dutschkes Aufwerfen der "deutschen Frage" war die Konsequenz seiner eindringlichen Analyse der "Überdeterminierung" deutscher Klassenkampfprozesse durch die nun unter dem Zeichen der Entspannungspolitik sich fortschreibende Blockkonfrontation im allgemeinen, die deutsche Teilung im besonderen. Für ihn war die (sozialdemokratische) Entspannungspolitik v.a. auch ein Mittel, die zunehmenden oppositionellen Kräfte in beiden deutschen Staaten klein zu halten und damit eine Politisierung der deutschen Klassenkämpfe zu verhindern. Ihm ging es statt dessen darum, "eine neue Kooperation und Kommunikation zwischen West- und Osteuropa herzustellen" und er klagte die Linke an, daß dies "weder theoretisch noch politisch-organisatorisch gelungen ist (teilweise nicht einmal versucht wurde)". (6) Warum Js. meine Aussage, daß es Dutschke um diesen politischen Kern ging, in die Unterstellung umbiegt, ich hätte behauptet, es ginge ihm "nur" darum, und warum er diese Einschätzung für "eine kraße Verharmlosung" hält, wird nicht erklärt.

Eine Linke, die sich dem Freund-Feind-Schema der Blockkonfrontation (7) nicht entziehen kann, keine unabhängigen Perspektiven jenseits von kapitalistischem Bürgertum und realsozialistisch-bürokratischem Despotentum zu entwickeln vermag, wird nicht in der Lage sein, die deutsche Arbeiterklasse in sozialistisch-antiautoritärem Sinne zu politisieren. "Ohne Klarheit an dieser Ecke (...) werden gerade die Unterdrückten, Ausgebeuteten und Beleidigten in der BRD und der DDR im besonderen nicht bereit sein, über Lohnkämpfe hinaus in den politischen Klassenkampf einzusteigen." (8) Genau dies war jedoch, Dutschke zufolge, das zentrale Dilemma jener westdeutschen Linken, die es deswegen an der nötigen Solidarität mit ostdeutschen Oppositionellen fehlen ließen und sich selbst zu Komplizen der DDR-Bürokratie machten. Kurze Erinnerung: Es war die Zeit von Solschenizyn, Biermann, Havemann, Bahro und dem "DDR-Manifest". Die in den letzten Jahren aufgedeckten Fälle inoffizieller westlinker Mitarbeit an der STASI sind bekanntlich nur der besonders widerwärtige Gipfel eines allgemeinen Phänomens linker Subalternität. Dutschke konnte über die breite linke Akzeptanz der Mauer auch in den Köpfen nur den Kopf schütteln, als ihm bspw. ein "Hamburger ML-Zeitgenosse" 1977 auf seine Frage "ob nicht eine Kritik der Verhältnisse in der BRD mit einer Kritik der Verhältnisse in der DDR verknotet sein müßte", kurz und endgültig erklärte - "mit vollem Recht", wie Js. meint -: "Portugal hat mit uns mehr zu tun als die Deutsche Demokratische Republik." (9) Da hat sich die Geschichte in den letzten Jahren doch bitter gerächt. Auf den Zusammenbruch der DDR konnte die radikale Linke unter solchen Umständen nur mit politischer Paralyse reagieren, oder, schlimmer noch, mit übelster Verleumdung der sogenannten "Republikflüchtigen". Hier hat auch und gerade ein ak- Redakteur einiges zu verarbeiten!

Bleibt noch ein letzter Kritikpunkt von Js. an Rudi Dutschke. Dutschke wolle "Volk" und "Klasse" gleichermaßen zur Identitätsstiftung heranziehen. Das ist Unsinn. "Volk", sprich Bevölkerung, bildet für Dutschke den unhintergehbaren Ausgangspunkt jeder, auch der linken Politik, quasi als materialistischen Boden. "Klasse" bezeichnet statt dessen das politische und soziale Mittel zum Zweck, den Weg zu einem sozialistischen, d.h. klassen- und grenzenlosen "Verein freier Individuen" (Marx). Gretchen Dutschke hat das sehr schön auf den Punkt gebracht: "Sozialismus und Kommunismus als Hauptwörter nennen das Hauptziel und Zentrum. Deutsch ist das Eigenschaftswort, der zufällige, von Geburt her bestimmte Rahmen." (S.50) Mit Dutschke selbst läßt sich gegenfragen: "Hat es jemals in der Geschichte einen Befreiungs- und Veränderungskampf jenseits der realen Spannung von sozialer und nationaler Frage im internationalen Klassenkampfkomplex gegeben?" (10)

Natürlich, lieber Genosse Js.: Nationale Identität ist Voraussetzung sozialistischer Politik. Das steht in keinerlei Gegensatz dazu, daß nationale Identität auch ein Hindernis für sozialistische Politik ist, sofern sie auf Ausschlußdenken beruht, sprich: Nationalismus ist. Auch der- oder diejenige, der/die zu Recht eine besondere Sensibilität für deutsche Kontinuitäten und Möglichkeiten hat und dies in seine/ihre Emanzipationsstrategie zu integrieren versucht, hat natürlich eine nationale Identität.

Dutschkes "Fehler" bei der Behandlung der deutschen Frage liegen woanders und darin begründet, daß er die Fragen nur fragmentarisch, nicht umfassend und kollektiv diskutieren konnte. "Daß die nationale Frage in Deutschland nur im Schatten des Faschismus aufgenommen werden konnte, war Rudi bewußt, aber er hat

das nur in Ansätzen durchdacht", so Gretchen Dutschke. (S.53) Doch v.a.: "Dutschke war nicht in der Lage, seine Einsichten auch in zweckinstrumentelles politisches Handeln umzusetzen." (Krausharr, S.45) Daß Dutschke deswegen eine mangelhafte politische Taktik aufwies, ändert aber nichts daran, daß er die richtigen Fragen gestellt und die richtige strategische Richtung der Antworten angegeben hat. Konnte man in den 70ern von einem Einzelkämpfer mehr erwarten? Auch Dutschke war schließlich Teil jener von ihm so glänzend beschriebenen "linken Misere".

Dutschke bei den GRÜNEN

"Eine Grüne Liste, die nicht durch Sektiererorganisationen, sondern durch glaubwürdige Persönlichkeiten aus den verschiedensten gesellschaftlichen Bereichen getragen würde, könnte, trotz der verschleiernden Alternative Schmidt-Strauß, real-politisch testen, wieviel diejenigen in dieser Gesellschaft politisch wert sind, die das konkrete Menschenrecht des Überlebens, Demokratie und Sozialismus in den Mittelpunkt stellen." (11) Hierüber ließe sich heute anders diskutieren als damals. Damals war dies zweifelsfrei richtig und gewann eine neue, umfangreiche Jugendbewegung für sich. Verständlich, wenn gerade Dutschke mehr als übervorsichtig den diversen Vereinnahmungsversuchen von links gegenübertrat. Daß ihm, wie Js. pauschal verkündet, "radikale Linke unerwünscht (waren)" kann nur jemand sagen, der ihn für keinen solchen hält oder vergißt, wieviel radikale Linke Dutschke in die GRÜNEN reingezogen hat.

Auch sonst ist dies falsch. Gretchen Dutschke beschreibt ihn ihrer Biographie ein Treffen Dutschkes mit den damaligen KPD-Führern Semler und Horlemann, bei dem Dutschke sagte: "Eines ist wichtig dabei: Das Konzept (neue grüne Partei; c.j.) kann nur funktionieren, wenn die linken Sekten, wenn die KPD sich auflöst. Dann können wir zusammenarbeiten." (12) Das sieht dann schon etwas anders als bei Js. aus. Und mal ehrlich: Bedurfte es wirklich eines Rudi Dutschke, um die sicherlich vorhandene Ausgrenzung mancher Linker (nicht "der Linken", wie Js. schreibt) voranzutreiben? Dutschkes vehement vorgetragene Forderung nach einem Unvereinbarkeitsbeschluß - ich habe es in meinem Artikel besonders hervorgehoben - war ein Fehler. M.E. wurzelnd in seiner ins sektiererische driftenden Ignoranz der positiven Elemente des K-Gruppentums.

Dutschke konnte sich damit aber auch nicht durchsetzen. Und zwar v.a. deswegen, weil gerade jene Rechten, die Js. in die böse Ecke stellt, so weit nicht gehen wollten. Dutschke hätte selbst bald eingesehen, daß die Hauptgefahr für die grüne Partei in Zeiten des politischen Aufbruchs nicht in sektiererischen Linken bestand, sondern in den Mechanismen institutioneller Etablierung in Zeiten der politischen Stagnation. Er hätte aber wohl auch den passenden Kommentar abgegeben über jene ehemaligen KB-Genossen, die in den 80ern zuerst Exponenten des ökosozialistischen Flügels waren und nach ihrem prinzipienlosen, weil vereinzelten und kaum begründeten Ausstieg aus den Grünen die Ökologie in den 90ern nur noch als "ein nationales Industrieprojekt im Kampf gegen andere Nationen" ansehen können. (13)

Ich bleibe dabei, die diesbezüglichen Fehler Dutschkes waren taktischer Natur, der Ansatz und das Ziel waren absolut korrekt. Js. gibt es übrigens selbst zu, wenn er für "gar nicht mal so unwahrscheinlich" hält, "daß Rudi sich später von den Grünen ab und neuen linken Projekten zugewandt hätte". Oder meint er gar, daß das grüne Projekt von Anfang an eine Totgeburt war?

Auf eigenen Füßen?

Nicht nur, daß Js. Dutschkes revolutionsstrategischen Rahmen ignoriert - Folge einer allzu blinden Lektüre Kraushaars -, bei näherer Betrachtung erfährt man auch, daß er selbst einen solchen offensichtlich gar nicht mehr besitzt. Warum sonst gibt er sich so entsetzt über die Gedankenspiele einer Rätedemokratisierung Berlins mit entsprechenden Folgen für Gesamtdeutschland, die Dutschke und Freunde 1967 anstellten? Das mag uns heute ein Schmunzeln hervorlocken, aber manchmal braucht man eine solche Naivität und Unbefangenheit, um Revolution zuallererst wieder denkbar zu machen.

Und warum sonst stellt Js. am Ende seiner Ausführungen seinen Kopf auf Durchzug: Ich habe weder von "Amerikanisierung", noch von "Russifizierung" gesprochen (und wenn Dutschke davon sprach, so ist auch dies nicht per se problematisch), schon gar nicht davon, daß wir eine "Revolutionstheorie nach deutschem Reinheitsgebot" brauchen. Ich habe auch nicht gesagt, daß die Verwurzelung in den hiesigen Klassenkämpfen ausreicht, für was auch immer. Und daß Dutschke mit dem Bündnis mit der bürgerlich-demokratischen Intelligenz nicht den Neofaschisten Thies Christophersen gemeint hat, muß man daran wirklich erinnern, werter Genosse Js.? Und zu guter Letzt, womit wir wieder beim Anfang wären: Auf eigenen Füßen stehen, das

beginnt damit, daß man sich ein Urteil über Dutschkes Schriften erst dann erlaubt, wenn man auch mit ihnen vertraut ist.

Christoph Jünke

Anmerkungen:

(1) Aufrecht Gehen. Eine fragmentarische Autobiographie, Berlin 1981, S. 45.

(2) Wolfgang Krausharr: "Rudi Dutschke und die Wiedervereinigung. Zur heimlichen Dialektik von Internationalismus und Nationalismus", in: Mittelweg 36, Nr. 2/1992, S. 37.

(3) Gretchen Klotz-Dutschke: "Rudi Dutschke - 'Ein deutscher Sozialist'", in: Mittelweg 36, Nr. 2/ 1992, S. 53.

(4) Leserbrief, in: avanti 6-7/1979, (Hervorhebungen: Rudi Dutschke).

(5) Bei Kraushaar führt das charakteristische Ausblenden übrigens zu einer hanebüchenen Verschwörungstheorie: Schon Dutschkes Verweigerung des Kriegsdienstes in der DDR sei nicht auf pazifistische, sondern patriotische Motive zurückzuführen. Vor '68 habe Dutschke den marxistischen Internationalismus lediglich als Hilfsmittel benutzt, als 'zeitweiligen Ausweg', als "Legitimationsformeln", als Mäntelchen für seine geheime, eigentliche, nämlich nationale Grundoption. Er habe aus Angst vor seinen Genossen "Positionen verschachtelt", "verstecktes Spiel" getrieben usw.

(6) "Zur nationalen Frage", in: avanti 10/1978.

(7) "Der besondere Kampf der SDS-Generation vor uns für die Anerkennung der DDR, schon lange vor der Ost-Politik der SPD und FDP-Koalition, war historisch korrekt und noch bei uns unvermeidlich. Theoretisch aber noch ungeklärt. Dieser Kampf war in Wirklichkeit ein Kampf um die Anerkennung einer über die Großmächte entstandenen Realität der Spaltung. Es war aber kein Kampf um die Anerkennung des Sozialismus, wie sich manche einbildeten." "Von der APO zur 'linken Liste'", in: das da 11/1977.

(8) Aufrecht Gehen, a.a.O., S. 45. "Die Rechtfertigungstheorien in der SU, in der DDR usw. haben mit dazu beigetragen, eine revolutionäre Renaissance des Marxismus zu verhindern", sagt er in dem wichtigen Interview "Es geht um das sozialistische Problem der Wiedervereinigung" in der Zeitschrift Blickpunkt vom 6. November 1973.

(9) Aufrecht Gehen, a.a.O., S. 78.

(10) Aufrecht Gehen, a.a.O., S. 42.

(11) Mein langer Marsch. Reden, Schriften und Tagebücher aus zwanzig Jahren, Reinbek bei HH 1980, S. 202.

(12) Gretchen Dutschke: Wir hatten ein barabarisches, schönes Leben. Rudi Dutschke - Eine Biographie, Köln 1996, S. 450. Kurze Zeit später löste sich die KPD auf!

(13) Thomas Ebermann/Rainer Trampert: Die Offenbarung der Propheten, Hamburg 1995, S. 7.

30. Neue alte Heimat: Antikommunismus. Ex-DDR"Bürgerrechtler" und CDU starten Rote-Socken-Kampagne `98

Autor: mb., Berlin · Rubrik: CDU/CSU · CD-Datei: daten/aksuche/ak398/20.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:398:20

Sieben ostdeutsche Neumitglieder - mehr oder weniger prominente ehemalige "Bürgerrechtler" - darf die CDU seit dem 18. Dezember in ihren Reihen begrüßen, darunter die bündnisgrüne Bundestagsabgeordnete Vera Lengsfeld (früher Wollenberger). Daß eine Bundestagsabgeordnete direkt von der einen Partei in die andere wechselt, hat in der BRD Seltenheitswert. Das letzte Mal passierte das 1972, als der SPD-Abgeordnete Günther Müller zur CDU überlief. Unerwartet kam der Übertritt von Lengsfeld eigentlich nicht. Nach etlichen Austrittsandrohungen in den letzten Jahren überrascht allenfalls der Zeitpunkt, den die notorische Stasi-Entlarverin (bevorzugtes Ziel: Gregor Gysi) wählte.

Die Logik der Demokratiebewegung?

Zum neuen Kampfbataillon der CDU zählen neben Lengsfeld: Günther Nooke, früherer Brandenburger Bündnis90-Abgeordneter; die ehemalige SPD-Bundestagsabgeordnete Angelika Barbe; der Grünen-Stadtrat Wolfgang Kupke aus Halle; der Vorsitzende des "BürgerBündnisses freier Wähler" in Brandenburg, Markus Derling; schließlich Hildigund und Erhard Neubert, Mitbegründer des "Demokratischen Aufbruchs" (DA), der 1989/90 gegründet wurde und später in der CDU aufging. Damals machte das Ehepaar Neubert diesen Schritt allerdings noch nicht mit, da er zu weit nach "rechts" führen würde!

Vera Lengsfeld und ihre FreundInnen reklamieren für sich, "in der Logik der Demokratiebewegung der DDR" zu handeln. (jW, 18.12.96) Heute könnten sie in der CDU "als Oppositionelle und Bürgerrechtler in der DDR" ihre Anliegen am besten vertreten: "Im Wettstreit um die politische Macht in der Bundesrepublik Deutschland bringen wir uns auf der Seite derer ein, die jegliche Machtbeteiligung der PDS ablehnen und daran festhalten werden. ... Wir wollen alle Versuche verhindern, nach der ‚sanften Revolution` von 1989 eine ‚sanfte Konterrevolution` durchzuführen. ... Die nächsten Wahlen in der Bundesrepublik (werden) Richtungswahlen sein." (FAZ, 18.12.96)

Die Behauptung, mit ihrem Beitritt zur CDU bewegten sie sich in der Tradition der Bürgerbewegung, blieb nicht unwidersprochen. Friedrich Schorlemmer äußerte sich empört, ebenso die Bündnisgrünen Werner Schulz, Marianne Birthler und Wolfgang Ullmann. In einem Offenen Brief an Lengsfeld fragen sie: "Hast Du alles vergessen, Vera? ... Unser Hohn, als Kohl die Blockflöten ans Herz gedrückt hat? Die Asylrechts-Schande? Die Pläne für den Lauschangriff?" Aber solche Überlegungen scheinen keine Rolle mehr zu spielen.

Statt dessen: "Freiheit statt Sozialismus" - Pfarrer Hintze hat wohl die alten CDU-Wahlplakate von 1976 seinen ostdeutschen Neumitgliedern als brandneu untergejubelt. Wer will den Sozialismus in der BRD? Darauf wissen Lengsfeld und Barbe Antwort. Beide warfen ihren ehemaligen Parteien vor, sie biederten sich bei der PDS "aktiv" an, um künftige Mehrheiten (also anscheinend: sozialistische) vorzubereiten. Die Indizien: Die PDS-Kontakte des SPD-Fraktionsvorsitzenden Ringstorff in Mecklenburg-Vorpommern oder die wachsende Nähe zwischen SPD, Bündnisgrünen und PDS im Magdeburger "Tolerierungsbündnis" u.v.m. Vera Lengsfeld bemühte vor allem den Beschluß der thüringischen Grünen von November, eine Zusammenarbeit mit der PDS nicht mehr kategorisch auszuschließen; das sei "bündnisgrüne Anbiederung" an die "SED-Nachfolgepartei".

Reaktionen

"Absurdes Theater" nennt der bündnisgrüne BuVo-Sprecher Trittin diesen Vorwurf. Womit er durchaus den Tatsachen gerecht wird. Spätestens seit der Suhler Bundesversammlung Ende November ist die Parteilinie in dieser Frage festgelegt: Auf Bundesebene wird eine Koalition mit der PDS oder eine Tolerierung durch die PDS abgelehnt. Denn, so die Grünen: "Wer PDS wählt, wählt Helmut Kohl." Auf Landesebene schaut es etwas anders aus. Dort wird eine Zusammenarbeit mit der PDS nicht mehr ausgeschlossen bzw. die Entscheidung darüber offen gelassen. Angesichts der Schwäche der Ostgrünen, die nur noch in Sachsen-Anhalt im Landtag vertreten sind, steht die Umsetzung dieser Beschlüsse allerdings nicht auf der Tagesordnung.

Bei der SPD gilt immer noch die "Dresdner Erklärung" aus dem Jahre 1994: Harte inhaltliche Auseinandersetzung mit der PDS bei gleichzeitiger klarer Abgrenzung. Auch wenn in den ostdeutschen Landesverbänden durchaus auch die Zusammenarbeit mit der PDS gesucht wird, der Parteivorstand hält an seiner Position fest - vor allem im Hinblick auf die Wahlchancen im Westen. Da war es den Sozialdemokraten natürlich äußerst unangenehm, daß zeitgleich mit dem Eintritt der Ex-DDR-Bürgerrechtler in die CDU ein Papier von Wolfgang Thierse bekannt wurde, in dem er vorsichtig die Möglichkeiten einer Zusammenarbeit mit der PDS auf ostdeutscher Landesebene thematisierte. Die Reaktionen in der SPD zeigen aber, daß selbst solch zögerliche Überlegungen nicht mehrheitsfähig, geschweige denn strategiebildend sind. Was Lengsfeld & Co. zu bieten haben, sind nichts anderes als Schauermärchen.

Ludger Volmer bringt da mehr Licht ins Dunkel. "Schon bei den Fusionsverhandlungen von Grünen und Bündnis 90 in den Jahren 1991 und 1992 (war) ersichtlich, daß ein Teil dieser Leute so konservativ ist, daß er auf Dauer bei uns keinen Platz hat." (jW, 18.12.96) Auch der Hinweis von Joschka Fischer, die Ostgrünen machten jetzt ebensolche "Häutungsprozesse" durch wie früher die Westpartei, zielt in die richtige Richtung. Sechs Jahre nach der Vereinigung der beiden deutschen Staaten stabilisiert sich die Parteienlandschaft in Ostdeutschland. Nach einer Übergangs- und Orientierungsphase positionieren sich die politischen Akteure (aber auch die WählerInnen) entlang ihrer ideologischen Präferenzen. Die von einigen CDU-Politikern erwarteten weiteren Übertritte zu ihrer Partei werden wohl - von individuellen Ausnahmen abgesehen - ausbleiben. Bei den Bündnisgrünen kommt als prominentes Mitglied nur noch Konrad Weiß in Frage, vor allem nachdem Wolfgang Templin wegen fehlender Beitragszahlungen Anfang November von den Berliner Grünen auf kaltem Wege ausgeschlossen wurde. Auch bei der SPD wird es wohl zu keinen nennenswerten Abwanderungen kommen.

Auf Westdeutschland wird dieser Übertritt hingegen nicht zu unterschätzende indirekte Auswirkungen haben. Ist er doch eine Ergänzung und Fortführung der "Rote-Socken-Kampagne" der CDU, die eigentlich auf SPD und Bündnisgrüne zielt. Zwar sah es einige Zeit so aus, als wollte die CDU auf die antikommunistische Karte in den kommenden Wahlkämpfen verzichten. Jedenfalls pfiff Kohl vor einigen Monaten seinen Generalsekretär Hintze zurück. Was damals schon absehbar war, bestätigt sich nun: Es handelte sich dabei nur um eine taktische Zurücknahme, mit dem Ziel, den Unmut der Ostlandesverbände mit dieser Kampagne zu unterlaufen.

Die Regierungsparteien werden bis zu den nächsten Bundestagswahlen alles daran setzen, von den drängenden sozialen Fragen abzulenken. Die Proteste um die Frage der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall haben gezeigt, wie schnell der marktradikale Abbau des Sozialstaats und der neoliberale Umbau der Gesellschaft auf Widerstand stoßen können. Gegen die Gefahr einer rot-grünen Reformalternative - wie unattraktiv sie auch aus linker Sicht sein mag - setzen die Regierungsparteien auf die ideologische Polarisierung. Die Aktivierung antikommunistischer Ressentiments erscheint ihnen als adäquates Mittel, eine rot-grüne Mehrheit zu verhindern. Wenn ehemalige "Bürgerrechtler" dabei mitmachen, bekommt die Sache erst den richtigen Pfiff.

mb., Berlin

31. Quelldatei 09.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak398/09.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:398:09

Revolutionärer Film 1918-1933

Wunderlich wird es dem Redakteur dieser Rubrik um's Herz, wenn er - vor gut einem Vierteljahrhundert selbst um "revolutionäre Kunst" bemüht - nun sieht, was die Nachgeborenen heute so bewegt: Der, wie die uns in Haus gekommene Broschüre heißt, Revolutionäre Film in Deutschland (1918-1933). Sei's drum. In einer Zeit, in der Arbeiterklasse, Sozialismus und Revolution bei 99,9% der Nachgeborenen super-out sind, ist es doch sehr tapfer, den Versuch der Eroberung des Films durch Organisationen der Arbeiterklasse in der Weimarer Republik vor dem gänzlichen Vergessen bewahren zu wollen. Die Broschüre bietet auf ihren ersten zwanzig Seiten eine lesenswerte und lesbare Einführung in die "revolutionäre Filmpraxis" jener Zeit vor dem Hintergrund der Monopolisierung und politischen Ausrichtung der deutschen Filmindustrie. Weitere dreißig Seiten enthalten eine Filmographie, in die bei Filmen zentraler Bedeutung (wie z.B. "Kuhle Wampe") anhand zeitgenössischer Dokumente die Debatte um diese Filme eingearbeitet ist. Bei jedem der Filme ist (sofern vorhanden oder bekannt) die Möglichkeit zur Ansicht oder Ausleihe nebst den dazugehörigen Verleihadressen angegeben. Beschlossen wird die Broschüre mit Aufsätzen von u.a. Béla Balasz, Edwin Hoernle und Willi Münzenberg zu Gestaltung und Praxis des revolutionären Films.

Revolutionärer Film in Deutschland (1918-1933). Hg. Stattkino Berlin, 1996. 72 S. Bezug: Gegen 12.90 DM Vorkasse (inkl. Porto) bei Stattkino Berlin e.V., Sodtkestr. 39, 10409 Berlin.

Lateinamerika

Mit der im November 96 erschienenen Nummer 200 feierte die Zeitschrift der Informationsstelle Lateinamerika ila ihren 20. Geburtstag. Gratulation von Haus zu Haus! Die ila-Redaktion legte zu diesem Anlaß eine 116seitige "notwendige Rückschau" auf 20 Jahre Solidaritätsarbeit vor. Einer interessierten Leserschaft wird die Möglichkeit gegeben, anhand der seit 1976 erschienenen Artikel die Stationen internationaler Solidarität am Beispiel Lateinamerikas nachzuvollziehen. Beginnend mit der Selbstdarstellung im ersten ila-info "Was wir wollen" führt der Weg über die Aktionen zur Fußball-Weltmeisterschaft in Argentinien (1978), Debatten zur Nicaragua-Solidarität (1981 ff.), die US-Invasion auf Grenada (1983), weltweite Verschuldung (1984), die kritische Erörterung der FMNL-Strategie (1985), die Entwicklung in Chile (1989), auf Haiti (1991) und Kuba (1992) bis zu den Rappern in Bogota (1995). Das Fazit der ila-Redaktion ist beachtlich illusionslos: "zwanzig Jahre emanzipatorische Arbeit ohne gesellschaftliche Emanzipationsfortschritte." Dies ist nun allerdings eine Sichtweise, die ohne lautes Pfeifen im dunklen Keller wohl nicht zu ertragen wäre. Also schließt das Editorial der Jubiläumsausgabe mit den Sätzen: "Aber wäre diese dumpfe deutsche Gesellschaft ohne Projekte und Initiativen wie die ila nicht noch unerträglicher, als sie es heute ist? Sicherlich. Ob es sich also gelohnt hat? Und ob es sich gelohnt hat!"

ila. Zeitschrift der Informationsstelle Lateinamerika. Nr. 200, Nov. 96. A4, 116 S., 8 DM. ISSN 0946-5057.

Türkei-Kurdistan

Eine IPPNW-ÄrztInnen-Delegation hat eine Reise in ein Land unternommen, das, wie es im Untertitel ihres Berichts heißt, "mit Waffen aus Deutschland zerstört wird". Die Delegation bereiste die Region im April 1996. Sie berichtet über ihre Besuche bei und Gespräche mit u.a. der Menschenrechtsstiftung "Adana", dem Menschenrechtsverein IHD in Diyarbakir und dem türkischen wie dem kurdischen "Roten Halbmond". Weitere Abschnitte der Broschüre beziehen sich auf die Verfolgung von Ärzten, die Situation der Flüchtlinge in Van und die Folter an kurdischen Gefangenen.

Krieg und Gesundheit in Türkei-Kurdistan. Bericht einer IPPNW-ÄrztInnen-Delegation in ein Land, das mit Waffen aus Deutschland zerstört wird. Hg. Internationale Ärzte für Verhütung des Atomkrieges, Ärzte in sozialer Verantwortung (IPPNW Deutschland) u.a. A5, 68 S. 6 DM plus Versandkosten. Bezug: medico international, Obermainufer 7, 60314 Frankfurt/Main.

Nicaragua

León, die zweitgrößte Stadt Nicaraguas, und Hamburg sind seit 1989 Partnerstädte. In der Schriftenreihe der Landeszentrale für politische Bildung Hamburg ist eine informative Broschüre erschienen. In den ersten Kapiteln wird ein Überblick gegeben auf Bevölkerung, Geografie und Geschichte Nicaraguas sowie die Stadt León. In den weiteren Abschnitten werden Entstehung, Entwicklung und Projekte der Städtepartnerschaft Hamburg-Léon dargestellt.

Ulrike Hanmann, Doris Henning, Sibille Lutz: León. Hamburgs Partnerstadt in Nicaragua. Landeszentrale für politische Bildung (Große Bleichen 23), Hamburg 1996. 104 S. - Die Broschüre ist bei der angegebenen Adresse kostenlos zu erhalten.

Wolfgang Harich

Den renommierten Heinrich-Mann-Preis erhielt Wolfgang Harich, als er 29 Jahre alt war. Wenige Jahre später galt er als einer der gefährlichsten Staatsfeinde seines Landes. 1956 wurde der nun 33jährige Philosoph zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt, weil er die DDR entstalinisieren und Ulbricht stürzen wollte. Wolfgang Harichs Bericht über sein bewegtes Leben, vor allem über die politischen Auseinandersetzungen in der DDR, hat der Rundfunkjournalist Matthias Eckholt 1992 aufgezeichnet und daraus ein einfühlsames Lebensbild gefügt. Lesenswert ist das - leider sehr stümperhaft edierte - Bändchen Begegnung mit Wolfgang Harich nicht zuletzt auch deshalb, weil es Harichs weitgehend unbekannte Sicht auf die DDR-Geschichte vermittelt. So zum Beispiel seine überraschende, aber gut begründete These, daß Ulbricht den Aufstand vom 17. Juni 1953 wissentlich provoziert habe, um dadurch seine Position als Staatschef zu sichern. - Über ein Gedenkkolloquium für den im März 1995 verstorbenen Wolfgang Harich haben wir im April 1996 (ak 389) berichtet. Jetzt ist ein Protokollband über dieses Kolloquium herausgekommen, das die Alternative Enquetekommission anläßlich des ersten Todestags von Harich veranstaltet hatte. Der Herausgeber hat sämtliche Beiträge der Veranstaltung und einige bisher unveröffentlichte Texte über Harich in den Band aufgenommen - allerdings mitunter ohne Blick auf die Qualität. Trotzdem: Das Buch mit dem irreführenden Titel Ein Streiter für Deutschland vermittelt einen recht guten ersten Eindruck von der Vielseitigkeit dieses marxistischen Theaterkritikers, Philosophen, Literaturhistorikers und Ökologen, der Denken und Handeln stets verbinden wollte und daher bis zu seinem Lebensende einer der unbequemsten deutschen Intellektuellen blieb - auch in der um fünf neue Bundesländer erweiterten BRD. (A.M.)

Matthias Eckholdt: Begegnung mit Wolfgang Harich. Schwedt (Kiro-Verlag) 1996. 143 S., 24.50 DM.

Ein Streiter für Deutschland. Auseinandersetzung mit Wolfgang Harich. Hg. Siegfried Prokop. Berlin (edition ost) 1996. 256 S., 14.80 DM.

32. Quelldatei 26.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak398/26.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:398:26

Kalender - Kalender - Kalender

Israel und Palästina

Der Friedensprozeß und die Hindernisse auf dem Weg zu einer für beide Seiten befriedigenden Lösung stehen im Zentrum eines 14tägigen Bildungsurlaub in Israel und Palästina, den das Internationale Bildungs- und Begegnungswerk und das Projekt Freundschaft Birzeit-Münster vom 9. - 23.2.97 veranstaltet.

_Die Reise führt von Tel Aviv über den Golan in die Westbank und nach Jerusalem. Dabei werden auch andere für Israelis und PalästinenserInnen wichtige Themen wie Ökologie, Menschenrechte, Holocaust und Aufbau der palästinensischen Selbstverwaltung eine Rolle spielen. Die Auseinandersetzung gilt gleichermaßen beiden Gesellschaften; die Hälfte der Reisezeit wird in palästinensischen Gebieten verbracht.

Informationen bei IBB e.V., Reinoldstr. 2-4, 44135 Dortmund, Tel. 0231/95 20 96 0, Fax 0231/52 12 33.

Bierseligkeit

Die Basisgruppe Geschichte aus Göttingen lädt zu einer Vortragsreihe unter dem Titel "Bomben, Blut und Biederkeit. Die konservativen Eliten zwischen Bierseligkeit und Terrorismus" ein:

23.1.1997, 20 Uhr, Theaterkeller: "Studentenverbindungen als Männerbünde" - Alexandra Kurth, Marburg.

30.1.1997, 20 Uhr, Theaterkeller: "Studentische Verbindungen im rechtsextremen Spektrum, am Beispiel der österreichischen Burschenschaften und ihre Vertrickungen in den Briefbombenterror" - Herbert Amberger/Bernd Schwanthaler, Wien.

6.2.1997, 20 Uhr, Apex: "Konservatismus und Intelligenz. Die konservative Elite in Wissenschaft und Hochschule" - Ludwig Elm, Jena.

Anti-Siemens-Demo

Am 13. Februar feiert der Siemens-Konzern sein 150 jähriges Jubiläum. Entsprechend gefeiert werden soll bei der diesjährige Hauptaktionärsversammlung des Konzerns in Berlin. Unter dem Motto "Siemens zerschlagen! Kampf dem Atomkapital überall!" wollen Berliner Anti-Atom-GegnerInnen allerdings die Siemens-Jubelfeier trüben.

Sie rufen für den 8. Februar zu einer bundesweiten Demonstration in Berlin auf. Vor allem feministische, antirassistische und antikapitalitische Inhalte sollen dabei im Vordergrund stehen. Die linksradikale Ausrichtung dieses Polit-Events speist sich ebenso aus der Kritik an der übrigen Anti-AKW-Bewegung, wie an der Siemens-Boykott-Kampagne, deren Ziel ein Siemens-Konzern mit Ökotouch sei - so die VeranstalterInnen.

Zur Einstimmung ist am Vorabend eine Diskussionsveranstaltung zum Thema "Ökologie - eine Sackgasse für die Linke" geplant. Diskutanten: Jutta Ditfurth (Ökolinx) und Jürgen Elsässer (junge Welt).

Demo: 8.2.1997, 13 Uhr, Breitscheidplatz, Berlin. Nähere Informationen zu Veranstaltung und Demo in der linken (Tages-) Presse oder direkt bei der Demonstrationsvorbereitungsgruppe c/o Infoladen "Nachladen", Waldemarstr. 36, 10999 Berlin; Tel.:030/615 73 29, FAX 030/615 28 60 (Mo. 16-20 Uhr).

Antifa-Demo in Eningen

Durch Erbschaft erhielt die NPD 1994 ein Haus im badenwürttembergischen Eningen. Bedingung: Ausbau zu einer "Nationale Begegnungsstätte". Nach langem Hin-und-her ist der Ausbau jetzt abgeschlossen. Bewohnt wird die Villa seitdem von JN-Bundesvorsitzenden Holger Apfel und JN-Kader Jürgen Diestler. Als Dauergast hat sich der im Bereich Anti-Antifa auf Bundesebene tätige Rainer Hatz einquatiert. Das bundesweite Antifatreffen (BAT) und linke Gruppen aus der Region wollen dem Treiben der Nazis nicht tatenlos zusehen und rufen deshalb zu einer bundesweiten antifaschistischen Demonstration auf. Unter dem Motto. "Gegen faschistische Zentren - in Eningen und anderswo!" soll der Widerstand gegen das NPD-Schulungszentrum

deutlich gemacht werden. Nach der Demo gibt es dann Kulturprogramm und Rock gegen Rechts in der "Licht und Kraft Halle", Eningen.

1.2.1997, 14.30 Uhr, Treffpunkt am Ortseingang Eningen aus Richtung Reutlingen.

Arbeit zu jedem Preis?

Natürlich nicht! Begründung liefert die Reihe Forum 3 - Politische Gespräche.

20.2.1997, 20 Uhr, Haus Drei, Hamburg

NRW-Antifa-Konferenz

Den Zusammenhang denken! Daß könnte das Motto der 19. Landeskonferenz antifaschistischer Initiativen und Organisationen NRW am 25.1.1997 in der Heinrich-Böll-Gesamtschule, Bochum sein. Antifaschismus ist Widerstand gegen offene faschistische Strukturen, ebenso wie Widerstand gegen die wirtschaftsliberale Umgestaltung der Gesellschaft - so die Veranstalter. Wie eine gemeinsame Politik dagegen aussehen und umgesetzt werden könnte, soll ein weiteres Thema sein.

Information: Koordinationsausschuß der Landeskonferenz, c/o W. Freye, Postfach 10 02 65, 45003 Essen.

Reichshauptstadt

Auch für das erste Halbjahr 1997 hat die Berliner Gesellschaft für Faschismus- und Weltkriegsforschung wieder ein ebenso umfangreiches, wie interessantes Vortragsprogramm zusammengestellt.

11.2.1997: Die Neugestaltung Berlins zur Reichshauptstadt - Auf Kosten der Berliner Juden 1938 - 1942; Referentin: Susanne Willems, Berlin.

11.3.1997: Die Geheime Staatspolizei und ihre Arbeitserziehungslager im Zweiten Weltkrieg; Referentin: Gabriele Lofti, Münster.

8.4.1997: Der "Aufbruchkreis" der KPD; Referent: Dr. Hans Coppi, Berlin.

13.5.1997: Die Rolle der NSDAP in der deutschen Besatzungspolitik im Zweiten Weltkrieg; Referent: Dr. Armin Nolzen, Bochum.

10.6.97: Die jüngste Antifaschismus-Diskussion in Italien; Referent: Dr. Manfred Steinkühler, Berlin.

Alle Vorträge finden um 15 Uhr in der Gedenkstätte Deutscher Widerstand, Stauffenbergerstr. 13-14, 10785 Berlin, Saal C statt.

Wehrmacht

Prof. Dr. Kurt Pätzold, Berlin, beleuchtet in Wiesbaden den "Streit um die Wehrmacht".

Das "Bildungs- und Solidaritätswerk Anna Seghers" lädt hierzu am 21.2.1997, 20 Uhr in den Bürgersaal des Gemeindezentrums West ("Gewerbeschule"), Wellritzstr. 38a in Wiesbaden ein.

Abschiebehaft

Unter dem Titel "Ich möchte nicht mehr sitzen hier für Deutschland" wird eine Ausstellung in Kassel gezeigt, ergänzt durch ein unfangreiches Begleitprogramm.

19.1.1997: Podiumsdiskussion zur Situation von Flüchtlingen in Kassel.

21.1.1917: Frauenmigration - Auf der Suche nach einem besseren Leben; Referentin: Mitarbeiterin von Asigra e.v., Frankfurt/Main.

26.1.1997: 11 Uhr, Info-Frühstück. Austausch und Informationen für Initiativen und Interessierte.

28.1.1997: Perspektiven des Widerstands. Mit Internationaler Menschenrechtsverein (Bremen), Antirassismusbüro Bremen, Aktion Zuflucht Marburg.

Alle Veranstaltungen beginnen um 20 Uhr. Ausstellung: So.-Mi., 11-19 Uhr. Ort: Kulturzentrum Schlachthof, Kassel.

Israel 1948-1996

Ohne Kriege und Konflikte zu ignorieren, wird es in einem VHS-Kurs in Hamburg vor allem um innere Entwicklung des israelischen Staates und seiner Bevölkerung gehen.

Samstag, 8.2.1997, 15-18 Uhr, danach 12 Abende donnerstags, 19.30-21.45 Uhr. Gedenk- und Bildungsstätte Isrealitische Töchterschule, Karolinenstr. 25, Hamburg. (Anmeldung: Kursnummer M 51417, 64,- DM - bei der VHS Hamburg, Schanzenstr. 75-77)

TIE: Gegen Konkurrenz- und Standortlogik

Um die Bestandsaufnahme von Politik in Betrieb und Gewerkschaft, sowie um Perspektiven von Veränderungen geht es auf einem Kongreß unter Beteiligung von KollegInnen aus Brasilien, Kanada, Südafrika, Südkorea, USA und mehreren ost- und westeuropäischen Ländern. Grundlage der Diskussion ist der Text "Elemente einer neuen ArbeiterInnenbewegung im Kontext der Schlanken Produktion und des Neoliberalismus" (in: express, 11-12/96).

Anmeldung bis zum 1.2., Tagungsunterlagen und weitere Informationen: TIE/express, PF 10 20 62, 63020 Offenbach, Tel.: 069/885007, -06.

33. Spendeneingang vom 10.12.96 bis 10.1.97

CD-Datei: daten/aksuche/ak398/spenden.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:398:spenden

Th.K., Berlin 500,00

V.B., Hamburg 500,00

R.B., Hamburg 100,00

W.B., Hamburg 280,00

J.G., Hamburg 75,00

T.R., Hamburg 100,00

H.H., xy 150,00

A.K., Tübingen 40,00

J.-S.D., Berlin 50,00

W.F., Köln 200,00

A.B., München 30,00

R.O., Kasseedorf 50,00

U.S., Hamburg 200,00

S.B., xy 20,00

D.K., xy 100,00

G.O., Berlin 100,00

H.-J.K., Berlin 100,00

L.M. Hauskto., xy 250,00

M.S.,. xy 400,00

J.G., Hannover 25,00

J.Z., Köln 30,00

D.A., xy 100,00

U.Sch., xy 100,00

KL-P, 100,00

N.R.G., Augsburg 100,00

R.aus Waldihausen 100,00

W.K., Twedt 300,00

E.F., Hamburg 150,00

St.K., Sassendorf 20,00

G.P., Kiel 100,00

J.M., Stade 156,00

G.K., xy 1.000,00

B.H., Frankfurt/M. 20,00

Th.H., Marbach 20,00

P.L.-A., xy 150,00

P.D., Köln 250,00

E.E., xy 10,00

Th.B., Berlin 30,00

H.E.W., St. Augustin 50,00

R.G., Mainz 200,00

D.M., xy 20,00

U.S., Karlsruhe 100,00

K.H., xy 100,00

S.G., Tübingen 200,00

M.H., Tübingen 1.000,00

P.St., Brackwede 20,00

R.H., Berlin 28,00

K.-H.S., Bamberg 40,40

R.Sch., xy 100,00

E.C., Braunschweig 200,00

R., Braunschweig 200,00

M.M., Berlin 200,00

St.M., Kaiserslautern 300,00

M.B., Wiesbaden 50,00

F.G., Bad Herrenalb 50,00

B.M., Nürnberg 50,00

G.F.G., Henstedt 75,00

B.+A.R., Biberbach 100,00

P.S., Tübingen 200,00

W.F., xy 20,00

A.B., xy 20,00

W.Z., xy 100,00

W.R., Bremerhaven 500,00

Zelle altruist.

KartenspielerInnen 839,00

I.B., Hamburg 1.000,00

W.Sch., Berlin 1.000,00

M.Sch., Berlin 50,00

H.F., Hamburg 400,00

D.B., xy 75,00

V.B., Bremen 100,00

J.N., Hamburg 2.000,00

R.R., St. Ingbert 100,00

H.G., Nürnberg 100,00

R.Pf., Northeim 100,00

W.S., Aachen 1.000,00

X.X., Hamburg 100,00

Ch.I., xy 20,00

J.W., Kiel 30,00

R.L., Schellerten 50,00

J.R., Hamburg 300,00

Summe seit ak 397 17.193,40

insgesamt 26.823,40